

LB  BW

Bereit für Neues

Geschäftsbericht 2020



Kenngrößen des LBBW-Konzerns

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. EUR	01.01. – 31.12.2020	01.01. – 31.12.2019 ¹
Zinsergebnis	1.771	1.676
Provisionsergebnis	538	558
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	- 362	172
davon Risikovorsorge	- 544	- 151
Sonstiges betriebliches Ergebnis	198	148
Nettoergebnis	2.146	2.553
Verwaltungsaufwendungen	- 1.743	- 1.810
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 118	- 102
Restrukturierungsergebnis	- 32	- 31
Konzernergebnis vor Steuern	252	610
Ertragsteuern	- 80	- 167
Konzernergebnis	172	443
Kennzahlen in %	01.01. – 31.12.2020	01.01. – 31.12.2019¹
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (RoE)	1,9	4,6
Kosten-/Ertragsrelation (CIR)	70,4	71,9
Bilanzzahlen in Mrd. EUR	31.12.2020	31.12.2019¹
Bilanzsumme	276,4	256,7
Eigenkapital	14,0	13,8
Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (nach vollständiger Umsetzung)	31.12.2020	31.12.2019
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	82,3	80,5
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	14,8	14,6
Gesamtkapitalquote (in %)	22,8	22,9
Mitarbeiter	31.12.2020	31.12.2019
Konzern	10.121	10.005

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).
Differenzen sind rundungsbedingt.

Rating (Stand 23. Februar 2021)

Rating	Moody's Investors Service	Rating	Fitch Ratings
Long-term Issuer Rating	Aa3, stabil	Long-term Issuer Default Rating	A-, negativ
Long-term Bank Deposits	Aa3, stabil	Long-term Deposit Rating	A
Senior Unsecured Bank Debt	Aa3, stabil	Long-term Senior Preferred Debt Rating	A
Junior Senior Unsecured Bank Debt	A2	Long-term Senior Non-Preferred Debt Rating	A-
Short-term Ratings	P-1	Short-term Issuer Default Rating	F1
Baseline Credit Assessment (Finanzkraft)	baa2	Viability Rating (Finanzkraft)	bbb
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	Öffentliche Pfandbriefe	-
Hypothekenpfandbriefe	Aaa	Hypothekenpfandbriefe	-

Kenngrößen des LBBW-Konzerns

01

Vorwort des Vorstands
Bericht des Aufsichtsrats
Corporate Governance bei der LBBW
Vergütungsbericht

Vorwort und Berichte

Seite 4 →

03

Gewinn- und Verlustrechnung
Gesamtergebnisrechnung
Bilanz
Eigenkapitalveränderungsrechnung
Kapitalflussrechnung
Anhangangaben (Notes)

Konzernabschluss

Seite 96 →

02

Grundlagen des Konzerns
Wirtschaftsbericht für den Konzern
Risikobericht
IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess
Prognose- und Chancenbericht
Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank)

Zusammengefasster Lagebericht

Seite 26 →

04

Versicherung der gesetzlichen Vertreter
Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Weitere Informationen

Seite 261 →

01

Vorwort und Berichte



Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das Geschäftsjahr 2020 war ein außergewöhnliches Jahr. Die Coronakrise ist eine globale Herausforderung von historischer Dimension. In dieser Ausnahmesituation hat die LBBW ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll bewiesen und ihre Kunden nach besten Kräften unterstützt. Darüber hinaus hat sich die Bank entlang ihrer strategischen Stoßrichtungen erfolgreich weiterentwickelt. Der große Dank für diese herausragende Leistung gilt unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unter erschwerten Bedingungen im privaten und beruflichen Umfeld mit großer Leidenschaft für die LBBW und unsere Kunden tätig waren.

Im operativen Geschäft hat sich unser gut ausbalanciertes Universalbankmodell mit vier starken Säulen erneut bewährt. Im Unternehmenskundengeschäft konnten wir die Finanzierungsmargen ausweiten und das Cross-Selling ausbauen. Neben dem erneut starken Corporate-Finance-Geschäft waren Risikoabsicherungen stark gefragt. Einen weiteren Schwerpunkt bildete insbesondere zu Beginn der Pandemie die Liquiditätsversorgung unserer Kunden. Die Immobilienfinanzierung war von einem sehr kräftigen Neugeschäft geprägt. Im Kapitalmarktgeschäft verzeichneten wir eine hohe Nachfrage bei Absicherungs- und Anlageprodukten. Insgesamt stabil entwickelte sich unser Privatkundengeschäft.

Parallel zu der guten operativen Ertragsentwicklung haben wir unsere Kosten durch ein stringentes Management gesenkt und unsere Kosten-/Ertragsrelation weiter verbessert. Sehr deutlich aufgestockt haben wir die Zuführungen zur Risikovorsorge. Darin enthalten ist eine erhebliche Vorsorge für potenzielle coronabedingte Kreditausfälle. Zudem belastete ein großer Einzelfall. Dennoch erreichte die Bank ein Konzernergebnis vor Steuern von 252 Millionen Euro. Dies zeigt, dass die LBBW auch außergewöhnliche Belastungen gut verkraftet. Unsere Kapitalausstattung ist mit einer harten Kernkapitalquote von 14,8 Prozent weiterhin sehr robust.

Angesichts der gravierenden Folgen von Corona haben wir uns ab dem Sommer intensiv mit der Frage beschäftigt, ob wir unsere Strategie verändern müssen. Das Ergebnis der gründlichen Analyse war, dass unsere bereits 2017 definierten strategischen Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Agilität, Nachhaltigkeit und Digitalisierung zeitgemäßer denn je sind. Während des Lockdowns haben sich unsere intensiven Bemühungen um Digitalisierung und agile Arbeitsmethoden ausgezahlt. Wir konnten sehr schnell vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeit im Homeoffice ermöglichen. Zugleich haben wir unser Profil als nachhaltige Bank weiter geschärft, etwa durch die Begleitung unserer Kunden bei diversen Green-Finance-Transaktionen und den Aufbau einer auf Nachhaltigkeit spezialisierten Beratungseinheit. Die Bank selbst arbeitet dank einer Investition in Aufforstungsprojekte in Afrika und Südamerika ab diesem Jahr klimaneutral.

Wir sind davon überzeugt, dass die Megatrends Digitalisierung und Nachhaltigkeit weiter an Bedeutung gewinnen. Damit sehen wir uns in der grundsätzlichen Ausrichtung der Bank bestätigt. Gleichwohl nehmen wir Anpassungen an den Stellen vor, wo sie nötig sind. So werden wir unsere Risikopolitik und unser Kostenmanagement weiter schärfen. Zugleich wollen wir Wachstumspotenziale etwa im Asset und Wealth Management fokussiert erschließen.

Für das laufende Jahr erwarten wir ein anspruchsvolles Umfeld, das weiterhin durch coronabedingte Unsicherheiten geprägt sein dürfte. Wir fühlen uns hierfür mit unserem stabilen, diversifizierten Geschäftsmodell und unserer finanziellen Stärke gut gerüstet. Unser Vorsteuerergebnis sollte daher den Vorjahreswert übertreffen.

Abschließend möchten wir uns bei unseren Kundinnen und Kunden, Geschäftspartnern und Eigentümern für ihr Vertrauen und die ausgezeichnete Zusammenarbeit bedanken. Gerade in Ausnahmesituationen wie der Corona-Pandemie ist dies für uns besonders wertvoll.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



RAINER NESKE
Vorsitzender



ANASTASIOS AGATHAGELIDIS



KARL MANFRED LOCHNER



STEFANIE MÜNZ



DR. CHRISTIAN RICKEN



THORSTEN SCHÖNENBERGER



ANDREAS GÖTZ
Generalbevollmächtigter

01

Vorwort und Berichte



Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

während des abgelaufenen Geschäftsjahres haben wir den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der LBBW regelmäßig überwacht. Über wesentliche Entwicklungen der Bank sowie des Konzerns im Jahr 2020 hat uns der Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend informiert. Die wirtschaftliche Situation der einzelnen Geschäftsfelder sowie die Geschäftslage des LBBW-Konzerns wurden intensiv besprochen. Der Vorstand hat uns über das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse von erheblicher Bedeutung für die Bank unterrichtet und sich von uns beraten lassen. Der Aufsichtsrat war in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die LBBW eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach umfassender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Auch haben wir uns über bedeutende Entwicklungen im nationalen und europäischen Bankenaufsichtsrecht ausgetauscht und die Unternehmensführung und -planung der LBBW kritisch hinterfragt und überwacht. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats stand ich auch zwischen den Sitzungen in engem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vorstands.

Die LBBW hat sich in dem besonders herausfordernden Umfeld der weltweiten Corona-Pandemie 2020 mit ihrem gut austarierten Geschäftsmodell erfolgreich behauptet und ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Ungeachtet der krisenbedingten Herausforderungen wurde die strategische Agenda mit den vier Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Agilität stringent weiterentwickelt und um die Schwerpunkte Kapital- und Prozesseffizienz ergänzt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr fand sich der Aufsichtsrat zu fünf ordentlichen Sitzungen, an denen auch Vertreter der Rechtsaufsicht und der Bankenaufsicht teilnahmen, sowie einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Zudem fand im Anschluss an die Hauptversammlung am 18. Mai 2020 die konstituierende Sitzung des neu gewählten Gremiums statt, nachdem die Hauptversammlung zuvor die Mitglieder des Aufsichtsrats der Landesbank Baden-Württemberg turnusgemäß neu bestellt hatte. Dabei wählte der Aufsichtsrat auf Vorschlag der Hauptversammlung den Unterzeichner zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats und Frau Finanzministerin Edith Sitzmann zu dessen Stellvertreterin. Zudem erfolgte die Besetzung der vier Aufsichtsratsausschüsse und die Wahl der jeweiligen Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertreter.

In allen ordentlichen Aufsichtsratssitzungen hat der Vorstand zur aktuellen Lage und dabei insbesondere zur Entwicklung von Erträgen, Aufwendungen, Risiken und Kapitalquoten berichtet. Nachfragen aus dem Aufsichtsrat wurden unverzüglich und zur Zufriedenheit des Aufsichtsrats beantwortet. Anlassbezogen haben wir uns mit Vorstandsangelegenheiten und Rechtsthemen befasst. Zudem haben wir uns anhaltend mit den gesetzlichen, regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen beschäftigt.

In unserer ersten ordentlichen Sitzung des Jahres am 21. Februar 2020 haben wir die vorläufigen Ergebnisse des Geschäftsjahres 2019 und weitere aktuelle Themen erörtert. In der Sitzung haben wir zudem das Ergebnis der Risk-Taker-Selektion 2020 zur Kenntnis genommen.

Den Schwerpunkt der Sitzung am 30. März 2020 bildete der Jahresabschluss 2019. Vorstand und Abschlussprüfer berichteten umfassend zum abgelaufenen Geschäftsjahr. Der Aufsichtsrat schloss sich nach Würdigung der Berichte und eingehender Diskussion der Empfehlung des Prüfungsausschusses an, dass keine Einwände gegen den Jahres- und Konzernabschluss zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 festgestellt und den Konzernabschluss 2019 gebilligt. Außerdem sind wir dem Vorschlag des Prüfungsausschusses gefolgt und haben der Hauptversammlung vorgeschlagen, die Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer und Prüfer nach § 89 WpHG für das Geschäftsjahr 2020 zu bestellen. Darüber hinaus befassten wir uns mit dem Automobilportfolio der LBBW und der schriftlich fixierten Ordnung. Des Weiteren haben wir dem Gesamtbetrag an variablen Vergütungen für die Bank für das Geschäftsjahr 2019 zugestimmt und die variable Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2019 festgelegt.

Am 15. Juli 2020 haben wir uns intensiv mit den Auswirkungen der Corona-Krise auf Geschäftsentwicklung und Strategie der Bank befasst. Zudem hat uns der Vorstand über die Weiterentwicklung des Asset und Wealth Managements und weitere aktuelle Themen informiert.

Auf der außerordentlichen Sitzung am 25. Mai 2020 haben wir uns mit dem Verkauf der Anteile der LBBW an der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG befasst und diesem zugestimmt.

In der Sitzung am 2. Oktober 2020 erörterten wir das Strategie-Update der LBBW – auch vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie. Genehmigt haben wir den neuen Geschäftsverteilungsplan des Vorstands im Zuge der personellen Veränderungen ab dem Januar 2021. Ferner haben wir den Vergütungsstrukturbericht für das Geschäftsjahr 2019 sowie den Vergütungskontrollbericht 2020 zur Kenntnis genommen. Weitere Gegenstände der Sitzung waren die Auswertung der jährlichen Evaluierung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Sachstand einer Prüfung der Aufsicht. Ferner haben wir uns mit der Änderung des Durchführungswegs der betrieblichen Altersvorsorge befasst.

Am 14. Dezember 2020 haben wir den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 genehmigt und die Mittelfristplanung zur Kenntnis genommen. Einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung bildete die Erörterung der Geschäftsstrategie 2021. Zudem haben wir uns mit der von der Aufsicht regelmäßig geforderten Aktualisierung des Sanierungsplans und Geschäftsordnungs-Anpassungen beschäftigt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte insgesamt vier Ausschüsse gebildet: Risiko-, Prüfungs-, Vergütungskontroll- und Präsidialausschuss, wobei letzterer die dem Nominierungsausschuss gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernimmt. Die aktuelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 14 und 15 dieses Geschäftsberichts abgedruckt.

Der Präsidialausschuss trat im Berichtszeitraum zu fünf ordentlichen und zwei außerordentlichen Sitzungen zusammen. Den Schwerpunkt der Beratungen bildete die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsratsplenums, insbesondere Personalien und Rechtsthemen. Daneben befasste sich der Präsidialausschuss mit der Evaluierung des Vorstands und des Aufsichtsrats 2020 gemäß Kreditwesengesetz (KWG) sowie der Bewertung der Eignung von Mitgliedern des Leitungsorgans gemäß ESMA-/EBA-Leitlinien. Ferner genehmigte der Präsidialausschuss Mandate des Vorstands, diskutierte – speziell in den beiden außerordentlichen Sitzungen – über die langfristige Nachfolgeplanung des Vorstands und überprüfte die Grundsätze des Vorstands für die Besetzung der oberen Leitungsebene. Der Präsidialausschuss stimmte zudem der Änderung des Durchführungswegs der betrieblichen Altersvorsorge für aktive Vorstände und ehemalige Vorstände sowie deren Hinterbliebene zu.

Der Vergütungskontrollausschuss nahm in insgesamt vier Sitzungen seine gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wahr. Insbesondere überprüfte er die Vergütungssysteme der LBBW gemäß den Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung. Der Leiter des Personalbereichs informierte ausführlich über die Vergütungsstruktur der Bank. Der Vergütungsbeauftragte nahm regelmäßig an den Ausschusssitzungen teil und legte einen umfangreichen Jahresbericht über seine Tätigkeit vor. In seiner originären Zuständigkeit beriet der Vergütungskontrollausschuss zudem über Fragen der Vorstandsvergütung und bereitete Aufsichtsratsentscheidungen vor.

Der Prüfungsausschuss trat 2020 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Er erörterte den Jahresabschluss, den Konzernabschluss der LBBW sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Er holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und bereitete den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Bestellung der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als neuen Abschlussprüfer vor. Zudem vereinbarte er Prüfungsschwerpunkte und Honorar des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss ließ sich regelmäßig über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichten und hat die Durchführung der Jahresabschlussprüfung überwacht. Auch befasste er sich mit den Aufträgen an den Abschlussprüfer im Rahmen von Nichtprüfungsleistungen. Ebenso erörterte der Prüfungsausschuss mit Vorstand und Abschlussprüfer den Halbjahresfinanzbericht und befasste sich mit der nichtfinanziellen Erklärung. Des Weiteren hat sich der Ausschuss von der Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risikomanagement-, Revisions- und Compliancesysteme überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Unter anderem nahm er den Jahresbericht des Geldwäschebeauftragten sowie den jährlichen Bericht über die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems zur Kenntnis und befasste sich mit dem Aufbau eines Audit Universe der Bank. In sämtlichen Sitzungen wurde zudem über die Arbeit der Konzernrevision durch deren Leitung berichtet.

Der Risikoausschuss befasste sich in insgesamt elf Sitzungen intensiv mit der Risikolage und dem Risikomanagement der Bank sowie den nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte, sofern erforderlich, seine Zustimmung. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung des Vorstands befasste sich der Ausschuss ausführlich mit der Risikotragfähigkeit und den wesentlichen Risikoarten der Bank. Der Risikoausschuss erörterte zudem die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Konzernrisikostategie sowie die Kreditrisiko-, Marktpreisrisiko-, Liquiditätsrisiko-, Immobilienrisiko-, Developmentrisiko-, Beteiligungsrisiko- und Operationelle-Risiken-Strategie mit dem Vorstand. Daneben prüfte der Risikoausschuss, ob das Vergütungssystem der Bank die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank angemessen berücksichtigte. Ferner nahm er den jährlichen Bericht zu den Länderlimiten und deren Auslastung entgegen und nahm Kenntnis von Aktualisierungen des Sanierungsplans sowie vom aktuellen Umsetzungsstand im Hinblick auf die Anforderungen aus BCBS 239. Regelmäßig hat sich der Risikoausschuss darüber hinaus mit weiteren aktuellen Themen und Geschäftsfeldern befasst. Dazu gehörten die Entwicklung der Fokusbranchen, abgeleitet aus der Geschäftsstrategie, Länder-Exposures, die langfristige Unternehmensfinanzierung sowie der Bereich Flugzeugfinanzierungen und das Portfolio Flughäfen, Airlines und Touristik. Durchgehend informierte uns der Vorstand über die aktuelle Lage der Corona-Pandemie mit Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung. Zudem wurde die Entwicklung des LCR-Portfolios der Bank sowie Ratingverfahren und Risikotreiber behandelt.

In den Sitzungen des Aufsichtsratsplenums haben die Ausschussvorsitzenden regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2020 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil (durchschnittliche Präsenz 94 %).

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der LBBW angemessen unterstützt. Neben individuellen Fortbildungsmaßnahmen, insbesondere der neu bestellten Aufsichtsratsmitglieder, hat sich der Aufsichtsrat am 21. Februar 2020 zum Thema Zukunft des Immobilienmarktes und Immobilienbewertung und am 15. Juli 2020 zu Sustainable Finance schulen lassen.

Jahres- und Konzernabschluss

Der Abschlussprüfer Deloitte hat den Jahresabschluss und Konzernabschluss 2020 unter Einbeziehung des Lageberichts geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die Abschlussunterlagen und die wesentlichen Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhielten darüber hinaus alle einschlägigen Prüfungsberichte. Der Abschlussprüfer nahm an den Gremiensitzungen zum Jahresabschluss teil, erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. In seiner Bilanzsitzung am 19. März 2021 erörterte der Prüfungsausschuss ausführlich die Abschlussunterlagen mit Vorstand und Abschlussprüfer.

Der Aufsichtsrat stellte in seiner Sitzung am 25. März 2021 nach Würdigung der Berichte und eingehender Diskussion den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 fest und billigte den Konzernabschluss 2020.

Interessenkonflikte

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 KWG erforderlichen Kreditgenehmigungen sowie den Genehmigungen gemäß dessen Geschäftsordnung. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Beratung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren. Insoweit gelten für den Aufsichtsrat die Regelungen zum Umgang mit Interessenkonflikten in der Gemeindeordnung Baden-Württemberg entsprechend.

Rechtsangelegenheiten

Wir haben uns im Aufsichtsrat und in den jeweiligen Ausschüssen fortlaufend detailliert über bedeutende Rechtsangelegenheiten berichten lassen. Bei Bedarf haben wir von uns beauftragte externe Spezialisten hinzugezogen.

Personalia (Veränderungen in Aufsichtsrat und Vorstand)

Im Aufsichtsrat der LBBW ergaben sich aufgrund der erfolgten turnusmäßigen Neukonstituierung verschiedene Änderungen. Auf Vorschlag der Träger wurden Frau Gabriele Kellermann, Mitglied des Vorstands der BBBank eG, und Herr Dr. Florian Stegmann, Staatssekretär im Staatsministerium Baden-Württemberg und Chef der Staatskanzlei, neu in den Aufsichtsrat der Landesbank Baden-Württemberg gewählt.

Die sieben Vertreter der Beschäftigten wurden am 10. März 2020 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank gewählt und von der Hauptversammlung entsprechend dem Ergebnis der Wahl bestätigt. Seit dem 18. Mai 2020 gehören Herr Jörg Armbrorst, Herr Jens Baumgarten und Frau Wiebke Sommer neu dem Aufsichtsrat der Landesbank Baden-Württemberg an.

Am 30. April 2020 ist Herr Michael Horn, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der LBBW, aus dem Vorstandsgremium ausgeschieden und in den Ruhestand getreten. Am 1. Juli 2020 hat Herr Andreas Götz zunächst als Generalbevollmächtigter seine Nachfolge in der Ressortzuständigkeit angetreten. Zudem haben wir 2020 die Verlängerung des Vertrags von Herrn Rainer Neske als Vorsitzender des Vorstands beschlossen und Herrn Anastasios Agathagelidis und Frau Stefanie Münz mit Wirkung zum 1. Januar 2021 zu Mitgliedern des Vorstands bestellt. Herr Agathagelidis übernimmt in den Bereichen Risikomanagement, Risikocontrolling und Compliance die Nachfolge von Herrn Volker Wirth, der zum 31. Dezember 2020 in den Ruhestand getreten ist. Frau Münz ist im Vorstand für Finanzen, Strategie und Operations zuständig.

Im Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats danke ich dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen im herausfordernden Geschäftsjahr 2020. Mein besonderer Dank gilt Herrn Michael Horn, der in seiner fast 19-jährigen Tätigkeit im Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg, davon über 15 Jahre als stellvertretender Vorstandsvorsitzender, wesentlich dazu beitragen hat, die LBBW zu einer hochangesehenen Kundenbank zu machen. Ebenso gilt mein ausdrücklicher Dank Herrn Volker Wirth, der als hochgeschätzter, exzellenter Risikomanager das Risikomanagement der Bank wesentlich weiterentwickelt hat.

Für den Aufsichtsrat



CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender

Aufsichtsrat der LBBW

Vorsitzender

CHRISTIAN BRAND
Ehemaliger Vorsitzender des
Vorstands der L-Bank

Stv. Vorsitzende

EDITH SITZMANN MDL
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder

JÖRG ARMBORST
(AB 18. MAI 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

JENS BAUMGARTEN
(AB 18. MAI 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

UTA-MICHAELA DÜRIG
(BIS 18. MAI 2020)
Unternehmens- und
Stiftungsberaterin

WALTER FRÖSCHLE
(BIS 18. MAI 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister i. R.

CHRISTIAN HIRSCH
(BIS 18. MAI 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

GABRIELE KELLERMANN
(AB 18. MAI 2020)
Mitglied des Vorstands der
BBBank eG

MARC OLIVER KIEFER
(BIS 18. MAI 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
(BIS 6. JANUAR 2021)
Oberbürgermeister a. D.

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter
der Unternehmensgruppe
Eberspächer

PROF. DR. WOLFGANG REINHART MDL
Fraktionsvorsitzender,
Rechtsanwalt

CHRISTIAN ROGGE
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CLAUS SCHMIEDEL
(BIS 18. MAI 2020)
CEO der Critalog GmbH

B. JUTTA SCHNEIDER
Executive Vice President Global
Services Delivery, SAP SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

WIEBKE SOMMER
(AB 18. MAI 2020)
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

DR. FLORIAN STEGMANN
(AB 18. MAI 2020)
Staatssekretär im Staatsministerium
Baden-Württemberg,
Chef der Staatskanzlei

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Rechtsanwältin, Wirtschafts-
prüferin, Steuerberaterin

BURKHARD WITTMACHER
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Präsidialausschuss der LBBW

Vorsitzender

CHRISTIAN BRAND
Ehemaliger Vorsitzender des
Vorstands der L-Bank

Stv. Vorsitzende

EDITH SITZMANN MDL
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder

FRITZ KUHN
(BIS 6. JANUAR 2021)
Oberbürgermeister a. D.

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Vergütungskontrollaus- schuss der LBBW

Vorsitzender

CHRISTIAN BRAND
Ehemaliger Vorsitzender des
Vorstands der L-Bank

Stv. Vorsitzende

EDITH SITZMANN MDL
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder

FRITZ KUHN
(BIS 6. JANUAR 2021)
Oberbürgermeister a. D.

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschaf-
ter der Unternehmensgruppe
Eberspächer

B. JUTTA SCHNEIDER
Executive Vice President Global
Services Delivery, SAP SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassen-
verbands Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Prüfungsausschuss der LBBW

Vorsitzender

BURKHARD WITTMACHER
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Esslingen-
Nürtingen

Stv. Vorsitzender

PROF. DR. WOLFGANG REINHART MDL
Fraktionsvorsitzender,
Rechtsanwalt

Mitglieder

UTA-MICAELA DÜRIG
(BIS 18. MAI 2020)
Unternehmens- und
Stiftungsberaterin

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister i. R.

GABRIELE KELLERMANN
(AB 18. MAI 2020)
Mitglied des Vorstands der
BBBank eG

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER
Executive Vice President Global
Services Delivery, SAP SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Rechtsanwältin, Wirtschafts-
prüferin, Steuerberaterin

Gast

CHRISTIAN BRAND
Ehemaliger Vorsitzender des
Vorstands der L-Bank

Risikoausschuss der LBBW

Vorsitzender

PETER SCHNEIDER

Präsident des Sparkassen-
verbands Baden-Württemberg

Stv. Vorsitzender

CHRISTIAN BRAND

Ehemaliger Vorsitzender des
Vorstands der L-Bank

Mitglieder

WOLFGANG DIETZ

Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

WALTER FRÖSCHLE

(BIS 18. MAI 2020)

Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

GABRIELE KELLERMANN

(AB 18. MAI 2020)

Mitglied des Vorstands der
BBBank eG

DR. FRITZ OESTERLE

Rechtsanwalt

CHRISTIAN ROGG

(AB 18. MAI 2020)

Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CLAUS SCHMIEDEL

(BIS 18. MAI 2020)

CEO der Citalog GmbH

B. JUTTA SCHNEIDER

Executive Vice President Global
Services Delivery, SAP SE & Co. KG

BURKHARD WITTMACHER

Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Esslingen-
Nürtingen

Corporate Governance bei der LBBW

Die LBBW berücksichtigt grundlegende Aspekte des Deutschen Corporate Governance Kodex. Dieser stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält – auch in Form von Empfehlungen – international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Aufgrund seiner Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Kodex für die Landesbank Baden-Württemberg als nicht börsennotiertes Kreditinstitut in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht in allen Punkten anwendbar. Deshalb lassen sich einige Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nur analog auf die Landesbank Baden-Württemberg übertragen. Inhaltlich orientiert sich die Corporate Governance der LBBW jedoch sehr eng am Geist des Deutschen Corporate Governance Kodex. Für eine Vielzahl von Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex bestehen daher spezielle Regelungen im Gesetz über die LBBW, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen der Organe und der weiteren Gremien. Außerdem ergeben sich aus dem Bankenaufsichtsrecht Besonderheiten für die Corporate Governance, welche im Kodex nicht berücksichtigt sind, jedoch in der LBBW Anwendung finden.

Bei der LBBW werden Führungs- und Kontrollregeln gelebt, wie sie für Kapitalgesellschaften gelten. So sind beispielsweise die Aufgaben von Hauptversammlung und Aufsichtsrat der LBBW – trotz der abweichenden Rechtsform – wie bei einer Aktiengesellschaft geregelt. Die Vorstandsmitglieder der LBBW treffen ihre Entscheidungen ohne Weisungen von außen. Zudem wird auf die Einbindung unabhängigen Sachverständs in den Kontrollgremien geachtet. Im Aufsichtsrat der LBBW sind – einschließlich des Aufsichtsratsvorsitzenden – insgesamt acht unabhängige Aufsichtsratsmitglieder vertreten.

Nachfolgend wird die in der LBBW gelebte Corporate Governance vorgestellt. Die Struktur des Berichts orientiert sich dabei an den Vorgaben des freiwilligen – und für die LBBW aufgrund ihrer Rechtsform nicht verpflichtenden – Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner Fassung vom 16. Dezember 2019.

Leitung und Überwachung

Geschäftsführungsaufgaben des Vorstands

Der Vorstand führt die Geschäfte der Landesbank in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Eigentümer, ihrer Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder) mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er ist nach den Rechtsgrundlagen der LBBW für alle Angelegenheiten der Landesbank zuständig, für die nicht nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder aufgrund der Satzung der LBBW eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Die Vorstandsmitglieder wenden bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters an. Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Vorstand sorgt weiterhin für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen der LBBW hin. Ferner sorgt der Vorstand für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern.

Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter sämtlicher Beschäftigten der Landesbank, einschließlich ihrer Niederlassungen, Filialen, Börsenbüros, Repräsentanzen und rechtlich unselbstständigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen strebt der Vorstand Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Überwachungsaufgaben des Aufsichtsrats

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung der LBBW regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ihm obliegen die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands, ferner die Festlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat kann stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen; die stellvertretenden Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Vorstandsmitglieder. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legen die Satzung oder der Aufsichtsrat – dieser ggf. auch im Einzelfall – Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats fest. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern. Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Ferner legt er in Einklang mit der Satzung der LBBW dem Aufsichtsrat den geprüften Jahresabschluss zur Feststellung vor.

Der Aufsichtsrat hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter werden auf Vorschlag der Hauptversammlung vom Aufsichtsrat aus der Mitte des Aufsichtsrats gewählt, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr.

Funktion der Hauptversammlung

Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts hat die LBBW keine Aktien verbriefte. Die Anteilseigner (Eigentümer) der LBBW werden daher als Träger und nicht als Aktionäre bezeichnet.

Träger der Landesbank Baden-Württemberg sind:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 40,534118 %,
- das Land Baden-Württemberg (Land) mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 24,988379 %,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt) mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 18,931764 % und
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 15,545739 %.

In der Hauptversammlung üben die Träger ihre Rechte in den Angelegenheiten der LBBW aus, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder die Satzung der LBBW nichts anderes bestimmen. Die Träger werden in der Hauptversammlung durch eine oder mehrere Personen vertreten. Die Stimmrechte der Träger richten sich dabei nach der Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital; jeder Euro gewährt eine Stimme.

Die Befugnisse der Hauptversammlung umfassen im Wesentlichen die typischen Aufgaben einer Hauptversammlung nach dem Aktienrecht, beispielsweise die Beschlussfassung über die Verwendung des Bi-

lanzgewinns oder die Entlastung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern. Darüber hinaus entscheidet die Hauptversammlung über den Inhalt der Satzung und deren Änderungen und über wesentliche Strukturmaßnahmen wie Unternehmensverträge, über die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Ausgabe von Genussrechten und die Gewährung von stillen Beteiligungen. Über die Änderung der Grundsätze der Geschäftspolitik beschließt der Aufsichtsrat.

Das Stammkapital der LBBW kann durch Beschluss der Hauptversammlung erhöht oder herabgesetzt werden. Die LBBW kann von ihren Trägern und Dritten Genussrechtskapital, stille Einlagen sowie nachrangiges Haftkapital und andere Arten von Kapital nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen aufnehmen.

Jedem Träger, der am Stammkapital beteiligt ist, gebührt bei Erhöhungen ein seinem Anteil entsprechender Anteil am neuen Stammkapital. Soweit ein Träger von seinem Bezugsrecht keinen Gebrauch macht, wächst dieses den anderen Trägern gegen einen entsprechenden Ausgleich in dem Verhältnis zu, in welchem ihre Anteile am Stammkapital zueinanderstehen, sofern sie untereinander nichts anderes vereinbaren.

Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate des Jahres statt. Weitere Hauptversammlungen werden einberufen, wenn das Wohl der LBBW es erfordert und dann, wenn es der Aufsichtsrat oder ein Träger unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt. Die Geschäftsordnung der Hauptversammlung bestimmt hierzu das Nähere, insbesondere Form und Frist von Einberufungsverlangen und Einberufung.

Im Vergleich zu einer Aktiengesellschaft stellt die LBBW ihren Eigentümern die für die Hauptversammlung erforderlichen Dokumente – wie zum Beispiel die Einberufungsunterlagen zur Hauptversammlung – aufgrund des überschaubaren Trägerkreises nicht auf ihrer Internetseite, sondern jeweils unmittelbar per E-Mail bzw. postalisch zur Verfügung.

Besetzung des Vorstands

Der Vorstand der LBBW besteht aus mehreren Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands, der Vorstandsvorsitzende sowie sein oder seine Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat bestellt bzw. bestimmt. Bei der Besetzung von Vorstandspositionen achtet der Aufsichtsrat auf Vielfalt (Diversity).

Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Flexibilität hat die LBBW von einer Fixierung der Kompetenzverteilung der Mitglieder des Vorstands in der Geschäftsordnung abgesehen. Die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Der Aufsichtsrat beschließt über die Geschäftsordnung des Vorstands und die Zustimmung zu der vom Vorstand vorgeschlagenen Geschäftsverteilung.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Allgemeine Anforderungen

Der Aufsichtsrat ist so zusammengesetzt, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet zudem darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.

Unabhängigkeit

Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, gehört dem Aufsichtsrat eine durch die Regelwerke der LBBW vorgegebene Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Ein Aufsichtsratsmitglied wird dabei als unabhängig angesehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft, dem Vorstand oder den Trägern steht, welche einen Interessenkonflikt begründet. Dem Aufsichtsrat gehören keine ehemaligen Mitglieder des Vorstands an.

Wahlen zum Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Hauptversammlung gewählt, soweit sie nicht als Vertreter der Beschäftigten zu wählen sind und das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt. Acht der von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats, einschließlich des Vorsitzenden, sind unabhängig. Jeder Träger hat das Recht, Wahlvorschläge zu unterbreiten.

Arbeitsweise des Aufsichtsrats

Geschäftsordnung

Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beruft den Aufsichtsrat bei Bedarf, mindestens jedoch vier Mal im Jahr, ein und leitet dessen Sitzungen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt das Nähere, insbesondere Form und Frist der Einberufung.

Zusammenarbeit im Aufsichtsrat und mit dem Vorstand

Allgemeine Anforderungen

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Nach dem Verständnis der LBBW und ihrer Eigentümer setzt gute Unternehmensführung eine offene Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie innerhalb des Vorstands und Aufsichtsrats voraus. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie des Vorstands sind daher zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit in den Organen der Landesbank bestehen. Alle Organmitglieder stellen insoweit sicher, dass die von ihnen zur Unterstützung einbezogenen Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Verletzen sie die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds schuldhaft, so haften sie der LBBW gegenüber auf Schadensersatz. Bei unternehmerischen Entscheidungen liegt keine Pflichtverletzung vor, wenn das Mitglied von Vorstand oder Aufsichtsrat vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft zu handeln (Business Judgement Rule).

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat, abhängig von den spezifischen Gegebenheiten der LBBW und der Anzahl seiner Mitglieder, vier fachlich qualifizierte Ausschüsse in Gestalt des Präsidial-, des Vergütungskontroll-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses gebildet. Die jeweiligen Vorsitzenden und Mitglieder der Ausschüsse sind im Bericht des Aufsichtsrats namentlich aufgeführt. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

Dem Präsidialausschuss obliegen die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungsausschusses, wobei ausschließlich Vertreter der Anteilseigner dem Aufsichtsrat für dessen Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern geeignete Kandidaten benennen, soweit sich aus dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes ergibt.

Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und der Revision, Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance. Zudem überwacht er die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses. Der Prüfungsausschuss schlägt dem Aufsichtsrat eine begründete Empfehlung für die Wahl des Abschlussprüfers vor, die, wenn ein anderer als der bisherige Abschlussprüfer vorgeschlagen wird, mindestens zwei Kandidaten umfasst. Der Prüfungsausschuss überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und befasst sich darüber hinaus mit den von ihm zusätzlich erbrachten Leistungen, mit der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist kein ehemaliges Vorstandsmitglied der LBBW. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats nimmt an den Sitzungen des Prüfungsausschusses als ständiger Gast teil.

Über die Gewährung von Krediten des Unternehmens an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie an deren Angehörige wird in Einklang mit § 15 KWG im Risikoausschuss entschieden. Da der Risikoausschuss ein Ausschuss des Aufsichtsrats ist, ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die vorgenannten Kreditentscheidungen eingebunden ist.

Informationsversorgung

Die Information des Aufsichtsrats ist Aufgabe des Vorstands. Der Aufsichtsrat hat jedoch seinerseits sicherzustellen, dass er angemessen informiert wird. Zu diesem Zweck legt der Aufsichtsrat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher fest. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und der Compliance. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat werden dabei in der Regel in Textform erstattet. Entscheidungsnotwendige Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats in der Regel rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet. Der Vorsitzende des Vorstands unterrichtet den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter – auch zwischen den einzelnen Sitzungsterminen – über wichtige Vorkommnisse.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement der LBBW. Er wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet sodann den Aufsichtsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

Sitzungen und Beschlussfassung

Falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr nur an der Hälfte oder weniger der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse, denen er angehört, teilgenommen hat, wird dies im Bericht des Aufsichtsrats vermerkt. Als Teilnahme gilt auch eine solche über Telefon- oder Videokonferenzen.

Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer

Vor Unterbreitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung über die Bestellung des Abschlussprüfers holt der Aufsichtsrat bzw. der Prüfungsausschuss eine Erklärung des vorgesehenen Prüfers ein, ob und ggf. welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und der LBBW und ihren Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung erstreckt sich auch darauf, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für die LBBW, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Aufsichtsrat bzw. dessen Prüfungsausschuss beauftragt den Abschlussprüfer und trifft mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bzw. des Prüfungsausschusses wird vom Abschlussprüfer über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.

Der Aufsichtsrat hat zudem vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Prüfungsausschusses und Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Aus- und Fortbildung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Dabei werden sie von der LBBW angemessen, beispielsweise in Gestalt der Benennung von konkreten Seminaren bzw. durch das Angebot entsprechender Fachvorträge, unterstützt.

Selbstbeurteilung

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit und bewertet mindestens einmal jährlich seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowohl seiner einzelnen Mitglieder als auch des Organs und seiner Ausschüsse in seiner Gesamtheit.

Interessenkonflikte

Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Sie dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen, unterliegen während ihrer Tätigkeit für die LBBW einem umfassenden Wettbewerbsverbot und dürfen Geschäftschancen, die der LBBW zustehen, nicht für sich nutzen. Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter dürfen zudem im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten ungerechtfertigte Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren.

Jedes Vorstandsmitglied legt etwaige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen und informiert hierüber die anderen Vorstandsmitglieder. Alle Geschäfte zwischen der LBBW einerseits und den Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmungen andererseits entsprechen branchenüblichen Standards. Wesentliche Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Vorstandsmitglieder übernehmen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des LBBW-Konzerns, nur mit Zustimmung des Präsidialausschusses. Der Präsidialausschuss besteht aus dem

Vorsitzenden des Aufsichtsrats, seinem Stellvertreter und drei Mitgliedern des Aufsichtsrats. Hierdurch ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die Entscheidung über Nebentätigkeiten des Vorstands eingebunden ist.

Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Vorstands über den betreffenden Gegenstand nicht teil. Insoweit gilt für die Vorstandsmitglieder entsprechend § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Etwaige Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, werden dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt. Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats über den betreffenden Gegenstand nicht teil. Insoweit gilt für die Mitglieder des Aufsichtsrats entsprechend § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg.

Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats. Ferner bedürfen Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Transparenz und externe Berichterstattung

Die LBBW behandelt ihre Eigentümer bei Informationen unter gleichen Voraussetzungen gleich.

Eigentümer und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss informiert. Während des Geschäftsjahres werden sie zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht unterrichtet. Der Konzernabschluss und der verkürzte Konzernabschluss des Halbjahresfinanzberichts werden unter Beachtung der einschlägigen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Halbjahresfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats mit dem Vorstand erörtert. Zusätzlich ist die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforcement). Als nicht börsennotiertes Unternehmen veröffentlicht die LBBW ihren Konzernabschluss und den Halbjahresfinanzbericht in den im WpHG geforderten Zeitrahmen. Der Jahresfinanzbericht wird spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres (§ 114 WpHG) und der Halbjahresfinanzbericht spätestens drei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums (§ 115 WpHG) veröffentlicht.

Im Rahmen dieses Berichts informiert die LBBW seit dem Geschäftsjahr 2010 im Geschäftsbericht über ihre Corporate Governance.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Ausführungen zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich im Vergütungsbericht.

Vergütungsbericht

Vorstand

Grundzüge des Vergütungssystems

Zuständigkeit

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidungen über das Vergütungssystem sowie die Festsetzung der Bezüge der Vorstandsmitglieder und überprüft regelmäßig deren Angemessenheit. Der Vergütungskontrollausschuss nimmt dabei eine wichtige beratende Funktion wahr und bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Grundsätze des Vergütungssystems

Die Vergütungsparameter, welche die erfolgsabhängige variable Vergütung bestimmen, sind auf die nachhaltige Erreichung der aus der Strategie der Bank abgeleiteten Ziele ausgerichtet und unterstützen das Erreichen der strategischen Unternehmensziele.¹ Die erfolgsabhängige variable Vergütung der Vorstandsmitglieder orientierte sich im Jahr 2020 zu 50 % am nachhaltigen Gesamterfolg des Konzerns über drei Jahre hinweg und zu 50 % an den individuellen Erfolgsbeiträgen der einzelnen Vorstandsmitglieder im Berichtsjahr. Der individuelle Erfolgsbeitrag ist an Zielvereinbarungen gebunden, die sich an der Geschäftsstrategie und dem Wirtschaftsplan orientieren. Die endgültige Bemessung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung erfolgt auf Basis der Gesamtzielerreichung durch Beschluss des Aufsichtsrats im Folgejahr.

Neben der Nachhaltigkeit bei der Erfolgsummessung stellt die Nachhaltigkeit der Auszahlung der variablen Vergütung einen zentralen Bestandteil der Vorstandsvergütung dar. Signifikante Teile der variablen Vergütung sind vom nachhaltigen Unternehmenserfolg abhängig. Aus diesem Grund werden 60 % der für das Berichtsjahr 2020 gewährten variablen Vergütung über einen Zeitraum von fünf Jahren aufgeschoben und zeitanteilig ausbezahlt (sog. Deferrals), wobei negative Erfolgsbeiträge das Deferral verringern oder verfallen lassen können (Malus) bzw. zu einer Rückforderung führen können (Clawback). 60 % des aufgeschobenen Anteils der für das Berichtsjahr 2020 gewährten variablen Vergütung unterliegen einer Sperrfrist von einem Jahr und sind an der nachhaltigen Wertentwicklung ausgerichtet (d.h. mit einem sog. Wertsteigerungsrecht ausgestattet). Die nachhaltige Wertentwicklung der LBBW wird in Form der Veränderung der bereinigten Risikodeckungsmasse² unter Berücksichtigung der Risikosituation (Risikoschutz) gemessen. Hierzu wird im jeweiligen Auszahlungsjahr die bereinigte Risikodeckungsmasse mit der des Ausgangsjahres (Gewährung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung) verglichen. Die aktuelle Risikosituation wird entlang der Risikoeinschätzung im Gesamtrisikobericht bewertet. Von dem nicht aufgeschobenen Teil (40 %) der ermittelten variablen Vergütung werden wiederum 40 % unmittelbar ausbezahlt. Die übrigen 60 % des nicht aufgeschobenen Teils der variablen Vergütung unterliegen einer einjährigen Sperrfrist und sind in dieser Zeit ebenfalls an der nachhaltigen Wertentwicklung des Instituts ausgerichtet.

Nach Ablauf des Deferral-Zeitraums erfolgt vor Auszahlung eine Malus-/Clawback-Prüfung anhand von im Vorstandsvergütungsmodell festgelegten Kriterien auf Konzernebene und individueller Ebene. Zudem wird vor Auszahlung die Einhaltung von Nebenbedingungen sichergestellt (positiver Gesamterfolg des Konzerns, keine Gefährdung einer angemessenen Eigenmittelausstattung, ausreichende Liquidität der Bank und Erfüllung der kombinierten Kapitalpuffer-Anforderungen).

¹ Geschäftsfokus, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Agilität.

² Grundlage ist die in der Risikosteuerung der Bank verankerte Größe »Risikodeckungsmasse«, welche um bestimmte Positionen bereinigt wird.

Die Altersversorgung ist grundsätzlich als beitragsorientierte Leistungszusage konzipiert. Einige Vorstandsmitglieder haben eine endgehaltsbezogene Regelung. Die Höhe bemisst sich dabei nach der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Vergütung 2020

Im Jahr 2020 setzte sich die Vergütung der Mitglieder des Vorstands aus einer erfolgsunabhängigen Fixvergütung sowie einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung zusammen. Die Fixvergütung umfasst neben dem vertraglich vereinbarten Festgehalt auch die Leistungen zur betrieblichen Altersversorgung sowie alle sonstigen Leistungen (im Wesentlichen Dienstwagennutzung).

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2020 für ihre Vorstandstätigkeit ein vertraglich vereinbartes Festgehalt von 4,9 Mio. EUR. Die sonstigen Leistungen betrugen 0,1 Mio. EUR. Darüber hinaus wurde den aktiven Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr eine erfolgsabhängige variable Vergütung von insgesamt 1,5 Mio. EUR ausbezahlt (Zufluss), wobei in diesem Betrag auch Anteile von aufgeschobener variabler Vergütung aus Vorjahren enthalten sind.

Für die aktiven Vorstandsmitglieder wurden den Pensionsverpflichtungen nach IFRS im Jahr 2020 als Bestandteil der Fixvergütung 962.035 EUR GuV-wirksam zugeführt. Die Pensionsverpflichtungen nach IFRS für zum Stichtag aktive Vorstandsmitglieder der LBBW beliefen sich zum 31. Dezember 2020 auf insgesamt 12,1 Mio. EUR.

Aufsichtsrat

Grundzüge für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Die Hauptversammlung hat am 22. Juli 2011 die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wie folgt beschlossen:

- Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das jeweilige Geschäftsjahr eine Festvergütung von 25.000 EUR. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Zweifache, der stellvertretende Vorsitzende das Anderthalbfache der Festvergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür jeweils pro Ausschuss eine weitere Festvergütung i. H. v. 10.000 EUR. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das Zweifache, der stellvertretende Vorsitzende das Anderthalbfache der weiteren festen Vergütung.
- Für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse erhält jedes Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld i. H. v. 200 EUR.
- Darüber hinaus werden den Aufsichtsratsmitgliedern die Auslagen erstattet, die ihnen in Verbindung mit ihrer Aufgabenwahrnehmung als Aufsichtsratsmitglied entstehen (Reisekosten, individuelle bankbezogene Fortbildung etc.).
- Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder einen Ersatz der zu entrichtenden Umsatzsteuer, die durch sie wegen ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichten ist.

Die bei der LBBW angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung.

Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berechnet.

Vergütung 2020

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden für das Geschäftsjahr 2020 insgesamt 0,96 Mio. EUR an Vergütung und 0,07 Mio. EUR an Sitzungsgeldern gezahlt.

Sonstige Angaben

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (»D&O«). Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder beträgt der Selbstbehalt jeweils 10 % des Schadens, maximal das Anderthalbfache der festen jährlichen Vergütung.

Landesbank Baden-Württemberg

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

02

Zusammengefasster Lagebericht



Grundlagen des Konzerns

Der vorliegende Finanzbericht der Landesbank Baden-Württemberg besteht aus dem zusammengefassten Lagebericht und dem Konzernabschluss (IFRS). Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 zusammengefasst. Damit sind neben den Angaben zum Konzern auch die Erläuterungen zur Einzelgesellschaft LBBW (Bank) auf Basis des Handelsgesetzbuchs enthalten. Der Jahresabschluss LBBW (Bank) nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der zusammengefasste Lagebericht werden zeitgleich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Gemäß § 289b und § 315b HGB ist die LBBW verpflichtet, für die LBBW (Bank) und den LBBW-Konzern eine nichtfinanzielle Erklärung im Lagebericht oder einen nichtfinanziellen Bericht außerhalb des Lageberichts zu erstellen. Die nichtfinanzielle Erklärung wird für das Geschäftsjahr 2020 erstmalig als gesonderter Bericht veröffentlicht. Der zusammengefasste gesonderte nichtfinanzielle Bericht nach §§ 289b und 315b HGB für das Geschäftsjahr 2020 der LBBW (Bank) und des LBBW-Konzerns ist auf der Internetseite <https://www.lbbw.de/nichtfinanziellerbericht20> in deutscher Sprache spätestens ab dem 30. April 2021 abrufbar.

Im Geschäftsjahr 2020 hat die LBBW den Geschäftsbericht überarbeitet. Hiervon war auch der Lagebericht betroffen. Mit dem Ziel die Klarheit und Übersichtlichkeit des Lageberichts zu verbessern, wurde auf die Offenlegung von Angaben ohne zusätzlichen entscheidungsrelevanten Informationsgehalt verzichtet.

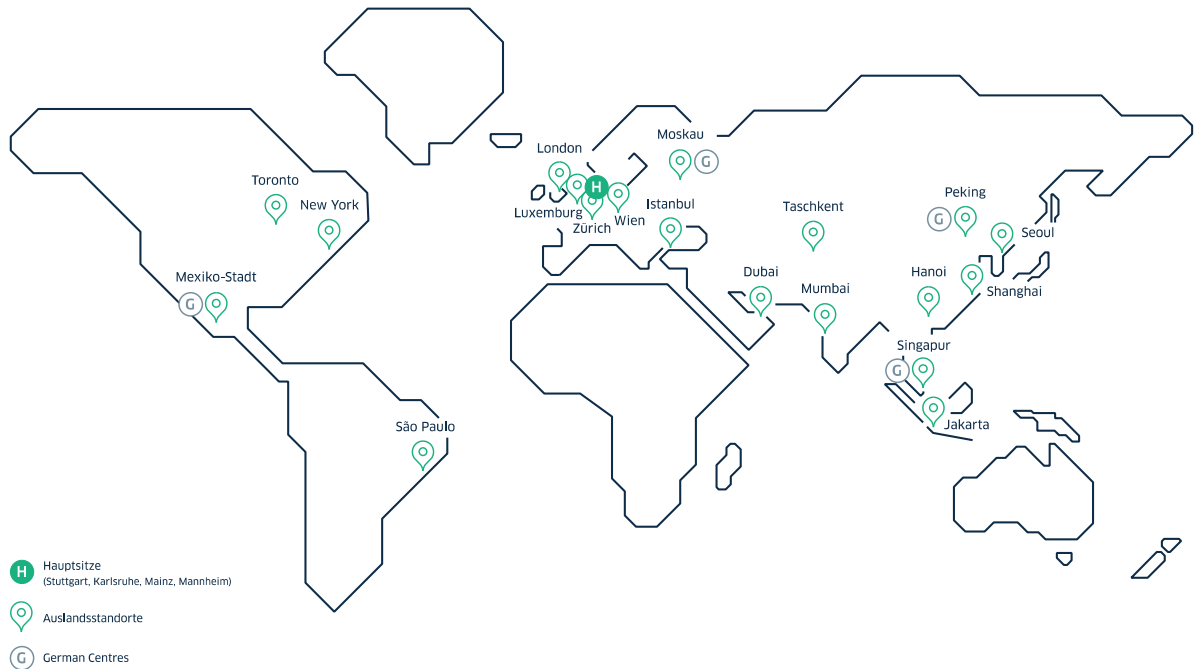
Struktur und Geschäftsmodell

Der Konzern Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) besteht zum überwiegenden Teil aus der Einzelgesellschaft Landesbank Baden-Württemberg. Im Folgenden wird diese als LBBW (Bank) aufgeführt. Die LBBW (Bank) ist die Muttergesellschaft des LBBW-Konzerns.

Die LBBW (Bank) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Deutschland. Sie verfügt über vier Hauptsitze in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Anteilseigner sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,53 %, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,93 % und das Land Baden-Württemberg mit 40,53 % der Anteile am Stammkapital. Das Land Baden-Württemberg hält seine Anteile direkt und indirekt über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH.

Das Geschäftsmodell des Konzerns fokussiert sich auf Kundengeschäft, welches sich in den Segmenten Unternehmenskunden, Immobilien/Projektfinanzierungen, Kapitalmarktgeschäft sowie Private Kunden/Sparkassen widerspiegelt. Der LBBW-Konzern ist in seinen regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen vor Ort präsent und nutzt selektiv Wachstumschancen in ausgewählten Wirtschaftsräumen, wie z. B. in Nordrhein-Westfalen, Bayern und im Großraum Hamburg.

Das Privatkundengeschäft und das Private Vermögensmanagement (PVM) des LBBW-Konzerns sowie das mittelständische Unternehmenskundengeschäft in Baden-Württemberg firmieren unter der Marke BW-Bank. Außerhalb von Baden-Württemberg tritt die LBBW im Unternehmenskundengeschäft unter der Marke LBBW auf. Konzernunternehmen für Spezialprodukte (Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung) ergänzen das Leistungsportfolio im LBBW-Konzern. Zusätzlich unterstützt ein Netz an Auslandsstandorten und German Centres die Kunden mit Länderexpertise und Finanzlösungen sowie bei ihrem Markteintritt.



Der mittelständische Universalbankansatz der LBBW ermöglicht eine Diversifikation in verschiedene Geschäftsfelder. Mit Blick auf die Kundenanforderungen und die Herausforderungen in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Markttrends sowie Gesellschaft und Umwelt sieht sich die LBBW mit vier strategischen Stoßrichtungen gut positioniert. Die vier strategischen Stoßrichtungen werden von der LBBW wie folgt definiert:

- **Geschäftsfokus:** An erster Stelle steht ein Fokus auf das Kundengeschäft. Die LBBW strebt profitables und kapitaleffizientes Wachstum durch Ausschöpfung selektiver Wachstumsopportunitäten, beispielsweise im Unternehmenskundengeschäft und im Vermögensmanagement, an. Zusätzlich liegt der Fokus auf interner Effizienzsteigerung und kontinuierlicher Kostensenkung.
- **Digitalisierung:** Das digitale Selbstverständnis der LBBW umfasst drei Ziele: Die Stärkung der Kundenbeziehung durch die Digitalisierung zentraler Kundengeschäftsabläufe, nachhaltige Effizienzsteigerung durch die Digitalisierung von Prozessen und die selektive Generierung neuer Ergebnisbeiträge durch digitale Geschäftsmodelle.
- **Nachhaltigkeit:** Die LBBW strebt den weiteren Ausbau des Produkt- und Dienstleistungsangebots mit Bezug zu Nachhaltigkeit sowie die Begleitung ihrer Kunden auf dem Weg hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen an. Ein zentraler Schritt ist die Transformation des Kreditportfolios hinsichtlich einer verstärkten Integration von Nachhaltigkeitskriterien in den Kreditvergabe-prozess.

Das Nachhaltigkeitsverständnis der LBBW umfasst auch das nachhaltige Personalmanagement. Der Aufbau eines an den strategischen Zielen der LBBW ausgerichteten Talentmanagements zur internen Entwicklung von Kandidaten für die Besetzung aller Ebenen soll die Nachhaltigkeitsbestrebungen vervollständigen.

- **Agilität:** Schnelle und unbürokratische Entscheidungswege, eine fokussierte Kunden- und Lösungsorientierung und eigenverantwortliches bereichsübergreifendes Handeln stehen im Mittelpunkt der Verankerung des Agilitätsaspekts innerhalb der LBBW.

Unternehmenskunden

Im Unternehmenskundengeschäft liegt der Fokus auf Unternehmen des klassischen Mittelstands, des großen Mittelstands mit Kapitalmarktbezug bis hin zu Konzernen mit Kapitalmarktorientierung in den regionalen Kernmärkten sowie weiteren ausgewählten Wirtschaftsräumen, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern und dem Großraum Hamburg.

Der LBBW-Konzern lebt den Universalbankansatz mit einer ausgewählten Produkt- und Dienstleistungspalette – vom Auslandsgeschäft über verschiedene Formen der Finanzierung, dem Zahlungsverkehr bis hin zu Absicherungsgeschäften und dem Asset Management. Corporate Finance bietet dabei individuelle Beratungs- und Finanzierungslösungen für Unternehmenskunden. Neben strukturierten Finanzierungsprodukten wie Konsortialkredite, Anleihen/Schuldscheindarlehen und ABS, steht vor allem der Ausbau von Sustainability Advisory und M&A im Fokus. In ihren Kernmärkten ist die Landesbank Baden-Württemberg Partner der Kommunen.

Verschiedene Tochterunternehmen wie die SüdLeasing GmbH, die MMV Bank GmbH, die SüdFactoring GmbH und die Süd Beteiligungen GmbH, die Eigenkapitallösungen für den Mittelstand entwickelt, ergänzen das Angebot des Unternehmenskundengeschäfts.

Immobilien/Projektfinanzierungen

Im Segment Immobilien/Projektfinanzierungen werden professionelle Investoren, Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie offene und geschlossene Immobilienfonds im gewerblichen Immobiliengeschäft betreut. Die Nutzungsarten umfassen dabei die Bereiche Wohnen, Büro, Einzelhandel sowie Logistik – vornehmlich in den Zielmärkten Deutschland sowie selektiv USA, Großbritannien, Kanada und punktuell in Frankreich. Im Syndizierungsgeschäft konzentriert sich die LBBW auf die Strukturierung und Arrangierung von Transaktionen. Zudem werden Refinanzierungslösungen von Immobilien-Leasing-Geschäften angeboten.

Das Geschäftsfeld Project Finance/Transportation umfasst die Finanzierung von Infrastruktur- und Energieprojekten sowie Transportfinanzierungen. Besonderen Stellenwert hat dabei die Finanzierung von Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Die Finanzierungen setzen stabile und planbare Cash Flows voraus. Kunden sind Projektentwickler, Investoren und Nutzer. Regionaler Fokus in der Projektfinanzierung sind Europa (inkl. Deutschland) und Nordamerika.

Die LBBW Immobilien Management GmbH als 100 %iges Tochterunternehmen der LBBW ist das Immobilien-Kompetenzzentrum für Investition und Dienstleistung in den Segmenten Development, Asset- und Investment Management und Real Estate Services für ihre Gesellschafter sowie für Städte, Gemeinden, öffentliche Träger und Einrichtungen und für den freien Markt.

Kapitalmarktgeschäft

Im Kapitalmarktgeschäft werden institutionelle Kunden, Sparkassen und Banken betreut. Das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft mit Banken und institutionellen Kunden wird in diesem Segment gebündelt. Das Produktangebot ist am Kundenbedarf ausgerichtet und setzt sich aus Kapitalmarktanlage, (Kapitalmarkt-)Finanzierungen, Risikomanagement-Produkten und Financial Services (inklusive Verwahrstellenfunktion) sowie Research zusammen. Des Weiteren werden Kunden durch Angebote für das Auslandsgeschäft sowie das internationale Netzwerk der LBBW unterstützt. Die Produktpertise im Kapitalmarktgeschäft wird ebenfalls für Kunden anderer Segmente, insbesondere für die Kunden im Unternehmensgeschäft, bereitgestellt.

Die LBBW ist Zentralbank für die Sparkassen in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen sowie Rheinland-Pfalz. Sie bildet mit den Sparkassen einen Leistungsverbund und versorgt diese mit einer ausgewählten Palette an Produkten und Dienstleistungen sowohl für die Eigengeschäfte der Sparkassen als auch für das Marktpartnergeschäft. Es werden Dienstleistungen wie u.a. Research oder Wertpapierabwicklung und -verwaltung zum Weitervertrieb an die Kunden der Sparkassen angeboten. Außerhalb der Kernmärkte werden Produkte und Dienstleistungen selektiv auch anderen Sparkassen zur Verfügung gestellt.

Im Konzerntochterunternehmen LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ist das Asset Management-Geschäft der LBBW gebündelt. Die wichtigsten Geschäftsfelder sind das Management von Spezialfonds und Direktanlage-Mandaten für institutionelle Investoren sowie Publikumsfonds für institutionelle und private Anleger. Seit Herbst 2020 wird das gehobene Privatkundengeschäft der BW-Bank und die LBBW Asset Management als gemeinsames Geschäftsfeld »LBBW Asset und Wealth Management« geführt. Unterhalb des neuen Konzern-Geschäftsfeldes LBBW AWM bleiben die beiden Bereiche weiterhin rechtlich getrennt. Institutionelle Kunden werden unter der Marke LBBW betreut. In Richtung vermögender Privatkunden und Stiftungen wird die neue Einheit auch weiterhin unter der Marke BW-Bank auftreten.

Private Kunden/Sparkassen

Das Segment Private Kunden/Sparkassen setzt sich aus dem klassischen und gehobenen Privatkundengeschäft, der Betreuung von Geschäftskunden sowie dem Meta- und Förderkreditgeschäft mit Sparkassen, bzw. deren Kunden zusammen. Die BW-Bank ist die Sparkasse der Landeshauptstadt Stuttgart. Dabei stellt sie ihre gesamte Leistungspalette zur Verfügung und gewährleistet mit einem universellen Angebot an Finanz- und Serviceleistungen die kreditwirtschaftliche Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Neben dem klassischen Privatkundengeschäft ist außerhalb Stuttgarts das Geschäftsmodell auf das gehobene Privatkundengeschäft in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie weiteren attraktiven Wirtschaftsstandorten wie Hamburg, München oder Düsseldorf ausgerichtet. Wie im Abschnitt zum Kapitalmarktgeschäft bereits aufgeführt, wird seit Herbst 2020 das gehobene Privatkundengeschäft der BW-Bank und die LBBW Asset Management als gemeinsames Geschäftsfeld »LBBW Asset und Wealth Management« geführt. Darüber hinaus hat die BW-Bank ihr Angebot in Finanzierungs- und Anlagefragen für Geschäftskunden (Heil- und Freiberufler sowie Gewerbetreibende) in einem eigenen Geschäftsfeld gebündelt. Dieser Betreuungsansatz ermöglicht, nach Einschätzung der Bank, eine enge Verzahnung von privaten und geschäftlichen Finanzthemen.

Das Produkt- und Dienstleistungsangebot reicht vom Giro- und Kartengeschäft über klassische und gewerbliche Finanzierungen bis hin zu Wertpapier-, Vermögensverwaltungs- und Vorsorgelösungen für Kunden mit hohem Anlagevermögen und komplexer Vermögensstruktur.

Darüber hinaus bietet die LBBW für Sparkassen im Rahmen des Metakreditgeschäfts ein Angebot zur Teilung von Kreditrisiken und trägt zur Bereitstellung von Förderkrediten an die Kunden der Sparkassen bei.

Segmentzuordnung und Steuerung

Das kundenorientierte Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns spiegelt sich direkt in den Segmenten Unternehmenskunden, Immobilien/Projektfinanzierungen, Kapitalmarktgeschäft und Private Kunden/Sparkassen wider. Im Segment Corporate Items sind alle weiteren Geschäftsaktivitäten enthalten, die nicht den operativen Segmenten zuzuordnen sind, vor allem die Finanzbeteiligungen und das Management des Gebäudeportfolios der Bank.

Informationen zu den Segmenten und deren Entwicklung sind im Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie in den Notes in der Segmentberichterstattung nach IFRS enthalten.

Innerhalb des vorgestellten Geschäftsmodells erfolgt die Gesamtbanksteuerung des Vorstands der LBBW unter Berücksichtigung der langfristigen Unternehmensziele gemäß Geschäftsstrategie, welche um weitere relevante Steuerungsgrößen ergänzt und anhand der Balanced Scorecard nachgehalten werden. Die für die Steuerung erforderliche Informationsversorgung wird durch ein umfassendes, zielgerichtetes regelmäßiges Reporting gewährleistet. Abgeleitet von den langfristigen Unternehmenszielen langfristige Profitabilität, solide Kapitalausstattung und Steigerung der Effizienz wird die LBBW ihre zentralen Steuerungskennzahlen (finanzielle Leistungsindikatoren) zum Ende des Geschäftsjahres 2020 auf die Größen Eigenkapitalrentabilität (RoE)¹, Kosten-/Ertragsrelation (CIR)¹ und harte Kernkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung) fokussieren.

¹ Die Definitionen sind im Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie in der Segmentberichterstattung dargestellt.

Wirtschaftsbericht für den Konzern

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung 2020 wurde von der Corona-Pandemie geprägt. Seit Ende Februar haben Regierungen in Europa und weltweit Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens (»Lockdown«) in ihren jeweiligen Staaten verhängt. In Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung 2020 um 5,0% zum Vorjahr, bereinigt um die Zahl der Arbeitstage betrug das Minus 5,3%. Die Wirtschaftsleistung des Euroraums sank im Berichtsjahr um 6,8% zum Vorjahr.

In den beiden größten Volkswirtschaften der Welt, den USA und China, verlief die Konjunktur divergent, aber insgesamt robuster als im Euroraum. Die USA wiesen 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um -3,6% auf nach einem Plus von 2,3% im Jahr 2019. In China wurde 2020 ein BIP-Wachstum von 2,3% erzielt nach 6,1% im Jahr 2019.

Die Inflationsrate blieb 2020 niedrig. Aufgrund der zunächst rückläufigen Energiepreise war der Preisdruck fallend. Im zweiten Halbjahr kam für Deutschland hinzu, dass aufgrund der temporären Senkung der Mehrwertsteuer die Inflationsrate negativ war. Im Gesamtjahr lag die Inflation in Deutschland bei 0,5%, im Euroraum bei 0,3%.

Eine Entscheidung für die Fiskalpolitik im Euroraum wurde im Juli mit der Errichtung des »Wiederaufbaufonds« (»Next Generation EU«) getroffen. Insgesamt sollen über diesen Fonds und zusätzlich zum Haushalt der EU 750 Mrd. EUR für die von der Pandemie besonders betroffenen Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Finanziert werden soll der Fonds u. a. durch die Ausgabe von Anleihen der EU.

Die EZB weitete ihr bestehendes Anleihekaufprogramm APP aus und legte ein zusätzliches Programm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) im Volumen von zunächst 500 Mrd. EUR auf. Zudem wurden die gezielten Langfristender (TLTRO-III) aus Sicht der Geschäftsbanken nochmals attraktiver gestaltet. Die Programme wurden mehrfach aufgestockt. Am 10. Dezember beschloss die EZB das PEPP auf 1,85 Billionen EUR aufzustocken. Die Leitzinsen der EZB blieben über das gesamte Jahr unverändert. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde auf 0% belassen, der Satz für die Einlagefazilität auf -0,50%. In den USA hatte die US-Notenbank ihren Leitzins im März in zwei Schritten auf außerordentlichen Sitzungen des Federal Open Market Committee von 1,75% auf 0,25% gesenkt. Zudem wurden die Anleihekaufprogramme der Fed ausgeweitet und zusätzlich Liquidität bereitgestellt.

Die Renditen für 10-jährige Bundesanleihen lagen das ganze Jahr über im negativen Bereich. Das Renditetief wurde am 9. März mit -0,84% verzeichnet, der höchste Stand war am 19. März mit -0,17%. Ende des Jahres lag die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen bei -0,57%. Die laufzeitenkongruenten US-Staatsanleihen rentierten auf dem Tief (ebenfalls am 9. März) mit +0,50%, gegen Jahresende lag ihre Rendite bei +0,91%.

Am Aktienmarkt wurde im Frühjahr ein Rückgang der Kurse (DAX) von 13.789 am 19. Februar binnen eines Monats auf 8.441 Punkte verzeichnet. Der anschließende Kursanstieg bis Jahresende/Anfang Dezember brachte den DAX zum Jahresschluss auf 13.178 Punkte. Der Dow-Jones-Index, im März zwischenzeitlich unter die Marke von 20.000 Indexpunkten gefallen, überwand Anfang Dezember erstmals in seiner Historie die Marke von 30.000 Punkten und beendete das Jahr bei 30.606 Punkten.

Am Devisenmarkt verteuerte sich der Euro zum US-Dollar von knapp 1,12 US-Dollar je Euro zu Jahresbeginn auf fast 1,23 Ende des Jahres. Das Jahrestief wurde hier Ende März bei 1,07 US-Dollar je Euro verzeichnet.

Der Preisanstieg von Wohnimmobilien in Deutschland hat sich in der zweiten Jahreshälfte 2020 fortgesetzt. Für Büroimmobilien weisen die bislang verfügbaren Daten eine Seitwärtsentwicklung in den zurückliegenden Quartalen auf, für Einzelhandelsimmobilien einen Rückgang. Die Büroimmobilienmärkte in den US-amerikanischen Metropolstädten sowie in London verzeichneten 2020 einen Anstieg der Leerstandquoten. In den USA war nach vielen Jahren des Anstiegs ein erster Rückgang der Büromieten zu beobachten.

Entwicklung der Kreditwirtschaft

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat im Jahr 2020 sowohl die konjunkturellen Rahmenbedingungen in Europa als auch deren Bankensysteme in Mitleidenschaft gezogen. Regierungen und Aufsichtsbehörden haben bereits im Frühjahr 2020 fiskalische und regulatorische Gegenmaßnahmen eingeleitet, um die zu erwartenden negativen Effekte zu mildern. Des Weiteren hat die Europäische Zentralbank ihre Liquiditätsversorgung nochmals ausgeweitet, mit dem Ziel, Banken in Corona-Zeiten bei der Kreditversorgung der Realwirtschaft zu unterstützen.

Doch ist das Umfeld für die Kreditwirtschaft angesichts hoher Wettbewerbsintensität äußerst anspruchsvoll und durch Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung gekennzeichnet. Trotz aktuell stabiler Aktivaqualität hat eine steigende Risikovorsorge im Jahr 2020 zu sinkenden Gewinnausweisen geführt. Perspektivisch ist nach Einschätzung der LBBW zudem mit einem Druck auf die Eigenkapitalausstattung zu rechnen. Ungeachtet dieser Belastungsfaktoren im Zuge der Corona-Verwerfungen ist nach Einschätzung der LBBW das deutsche Bankensystem im europäischen Vergleich solide aufgestellt. Auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) attestiert dem Sektor insgesamt eine ausreichende Stressresistenz. Allerdings ist der deutsche Bankenmarkt nach wie vor sehr wettbewerbsintensiv, hierdurch steht insbesondere die Rentabilität der Banken unter Druck. Zudem befinden sich die Geschäftsmodelle aufgrund der zunehmenden Digitalisierung im Wandel. Da nach Einschätzung der LBBW das Niedrigzinsumfeld bis auf Weiteres anhalten dürfte, bleibt die Kosten- und Ertragslage branchenweit angespannt. Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat daher im abgelaufenen Geschäftsjahr den ohnehin bestehenden Druck zur Veränderung in der deutschen Bankenlandschaft erhöht.

Die Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern. Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Erfolgreiches Jahr mit insgesamt stabilen Erträgen im operativen Kundengeschäft; Konzernergebnis vor Steuern belastet durch hohe Risikovorsorge; Der Fokus auf strategische Stoßrichtungen hat sich als wichtiger Baustein zur Beherrschung der Corona-Krise bewährt

Geschäftsverlauf

Mit ihrem kundenfokussierten Geschäftsmodell einer mittelständischen Universalbank sah sich die LBBW auch in dem von der Corona-Krise geprägten Geschäftsjahr 2020 gut aufgestellt. Das Kundengeschäft konnte bei unveränderter Kapitalisierung und konservativem Risikoprofil deutlich ausgebaut werden. Darüber hinaus zeigte sich, dass die seit 2017 konsequent verfolgten vier strategischen Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Agilität im Umfeld der Corona-Pandemie weiter an Bedeutung gewonnen haben. Trotz des in allen Belangen herausfordernden Umfelds konnte unter dem Strich mit 252 Mio. EUR (Vorjahr: 610 Mio. EUR) ein deutlich positives Vorsteuerergebnis im dreistelligen Millionenbereich erwirtschaftet werden. Dabei wurde die Risikovorsorge vor allem durch die Bildung von Model Adjustments kräftig erhöht, um mögliche Folgewirkungen des gesamtwirtschaftlichen Abschwungs aufgrund der Pandemie abzudecken. Trotz der Corona-Krise war der Geschäftsverlauf der LBBW geprägt von stabilen Erträgen. Die Ertragssäulen Zins- und Provisionsergebnis, das Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten und das sonstige betriebliche Ergebnis übertrafen dabei in Summe mit 2.677 Mio. EUR den Vorjahreswert um 10 Mio. EUR.

Die vier strategischen Stoßrichtungen prägten auch im Jahr 2020 in wesentlichem Umfang die geschäftlichen Aktivitäten der LBBW:

Aufgrund der Corona-Pandemie lag unsere Priorität in der strategischen Stoßrichtung **Geschäftsfokus** auf der Unterstützung unserer Kunden durch die Krise. Hier haben wir als verlässlicher und leistungsstarker Finanzpartner unserer Kunden im Rahmen des Förderkreditgeschäftes Zusagen von 11 Mrd. EUR erteilt. Dabei wurden 12.000 Corona-Förderkredite mit einem Volumen von 4,5 Mrd. EUR eigenen Kunden sowie Kunden der Sparkassen gewährt. Zusätzlich leistete die LBBW ihren Beitrag zur Sicherstellung der Liquidität der Sparkassen, indem das Volumen auf 9 Mrd. EUR erhöht wurde. In der Begleitung von Fremdkapitalemissionen konnte die LBBW im Jahr 2020 weiterwachsen und ihre Marktführerschaft im Bereich eurodenominierter Covered Bonds auf einen Marktanteil von 25 % ausbauen. Hierfür wurde die LBBW zum zweiten Mal in Folge als »Best Euro Lead Manager for Covered Bonds« im Rahmen der »The Global Capital Covered Bond Awards« 2020 ausgezeichnet. Daneben wurde die Kreditvergabe an die zukunfts-trächtigen Wachstumsbranchen TM & Elektronik/IT, Versorger & Energie und Pharma & Gesundheitswesen im Geschäftsjahr weiter ausgebaut und somit das Kreditportfolio breiter diversifiziert. Auch die Zusammenarbeit der Geschäftsfelder, etwa zwischen dem Unternehmenskundengeschäft und Financial Markets wurde beispielsweise durch Cross-Selling-Aktivitäten unter anderem für Absicherungsprodukte verstärkt. Ein weiterer Fortschritt im **Geschäftsfokus** konnte durch den Zusammenschluss der beiden Einheiten Privates Vermögensmanagement und Asset Management zum neuen Geschäftsfeld **»Asset und Wealth Management«** mit über 100 Mrd. EUR verwaltetem Vermögen und mehr als 900 Beschäftigten erzielt werden. Durch die Kombination der Vertriebsstärke und Kundennähe der BW-Bank mit der Kapitalmarktkompetenz der LBBW Asset Management kann vor allem der Beratungsbedarf, insbesondere der mittelständisch geprägten Kunden, bestmöglich bedient werden.

Der hohe Stellenwert der **Nachhaltigkeit** im LBBW-Konzern zeigt sich auch im weiteren Zuwachs bei der Finanzierung nachhaltiger Energie- und Infrastrukturprojekte, wie dem Ausbau von Glasfasernetzen und erneuerbaren Energien. Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2020 das Volumen von grünen bzw. sozialen Finanzierungen, aber auch die eigene Emissionstätigkeit über Green- und Social Bonds weiter ausgebaut werden. Zur Verankerung der Nachhaltigkeit im Risikomanagement wurde die Transformation des Kreditportfolios im Unternehmenskundengeschäft pilotiert. Zudem konnte die LBBW selbst durch Reduzierung ihres CO₂-Ausstoßes sowie durch Investitionen in Aufforstungsprojekte ihr mittelfristiges Ziel der Klimaneutralität vorantreiben und wird dies am 01. Januar 2021 erreichen. Nicht zuletzt wurde das nachhaltige Geschäftsmodell auch von der Umweltschutzorganisation WWF ausgezeichnet, welche die LBBW gemeinsam mit zwei weiteren Banken auf Platz 1 im Bereich Corporate Banking einstuft.

Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die Notwendigkeit zu einer stärkeren **Digitalisierung** weiter erhöht. Daher hat die LBBW die Funktionalitäten des Corporate-Portals für Unternehmenskunden durch die Entwicklung weiterer Apps zur digitalen Beantragung bzw. Verwaltung von Avalen und Firmenkreditkarten verbessert. Zudem konnte die Plattform DEBTVISION weiter ausgebaut werden und verfügt zum Jahresende 2020 über 400 registrierte Investoren. In Kooperation mit dem Automobilhersteller Daimler AG wurde über die Plattform im Frühjahr 2020 auch erstmalig ein Schuldscheindarlehen in Deutschland mit Hilfe der Distributed Ledger Technologie und elektronischer Signatur vollständig digital begeben. Ergänzend wurde die Digitalisierung interner Prozesse weiter ausgebaut. So werden beispielsweise durch eine neue Datenschnittstelle zum Tochterunternehmen SüdLeasing jährlich rund 10.000 Refinanzierungs-Geschäftsvorfälle nun automatisiert abgewickelt und somit das Leasinggeschäft deutlich effizienter gestaltet. Durch den Ausbau des Trade-Finance-Netzwerks Marco Polo auf Basis der Blockchain-Technologie und der Prozessoptimierung durch Robotics konnten zusätzliche Fortschritte bei der Digitalisierung erzielt werden.

Die Vorteile der **agilen** Arbeitsweise innerhalb des Konzerns wurden insbesondere im Pandemieumfeld sichtbar. So wurde als Reaktion auf die verschärften Kontaktbeschränkungen bereits in der Frühphase der Corona-Pandemie ein Großteil der Belegschaft mit Homeoffice Zugängen ausgestattet, um den Schutz der Mitarbeiter und die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. Durch die verstärkte Nutzung von Kollaborationstools konnte die Zusammenarbeit der Mitarbeiter auch im Krisenmodus verbessert und zusätzlich agile Arbeitsweisen etabliert werden. Im Rahmen des agilen Projektmanagements wurde gemeinsam mit der Deutschen Sparkassenverlags-Tochter S-Payment bspw. das Projekt SPAYCE zur Entwicklung komplett neuer, innovativer und digitaler Lösungen im Zahlungsverkehr lanciert.

Steuerungskennzahlen

Die nachfolgend beschriebenen zentralen Steuerungskennzahlen (finanzielle Leistungsindikatoren) des LBBW-Konzerns zeigten zum Ende des Geschäftsjahres 2020 insgesamt eine gegenüber dem Vorjahr weiter verbesserte Entwicklung.

Stabile Erträge bildeten neben der erfolgreichen Umsetzung erarbeiteter Kostenmaßnahmen die Grundlage für eine zum 31. Dezember 2020 auf 70,4% gesunkene **Kosten-/Ertragsrelation (CIR)**¹ (Vorjahr: 71,9%). Die Kennzahl entwickelte sich damit – insbesondere kostenbedingt – moderat besser als erwartet. Die **Eigenkapitalrentabilität (RoE)**² reduzierte sich vor allem durch den außerordentlichen Anstieg der Risikovorsorge auf 1,9% (Vorjahr: 4,6 %) und lag zum Jahresende daher auch unter dem angestrebten Niveau.

¹ Die LBBW berechnet die Kosten-/Ertragsrelation (CIR) aus dem Verhältnis der Summe von Verwaltungsaufwendungen, Bankenabgabe und Einlagensicherung sowie Restrukturisierungsergebnis zur Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Bewertungs- und Veräußerungsergebnis vor Risikovorsorge und sonstigem betrieblichen Ergebnis.

² Basis für die Berechnung des Eigenkapitalrentabilität (RoE) ist das (annualisierte) Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital. Dabei wird dieses um den Bilanzgewinn der laufenden Periode bereinigt.

Weiterhin beträchtlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach den Vorschriften der CRR bei vollständiger Umsetzung (CRR/CRD IV »fully loaded«) lag zum Abschlussstichtag die **harte Kapitalquote** des LBBW-Konzerns. Mit einem Wert von 14,8 % verbesserte sich die Quote gegenüber dem Vorjahr (14,6 %) und übertraf damit die selbst gesteckten Ziele moderat.

Infolge der Corona-Krise wurden die Vorgaben der Aufsichtsbehörden für die harte Kernkapitalquote reduziert. Die Europäische Zentralbank fordert für die Kapitalanforderung der Säule 2 nur noch anteilig in Höhe von 0,98 % (vormals 1,75 %) eine Unterlegung durch hartes Kernkapital. Darüber hinaus wurde in Folge einer methodischen Änderung bei der BaFin der Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute nach § 10g KWG (Kreditwesengesetz) von 1,00 % auf 0,75 % reduziert. Der Kapitalerhaltungspuffer nach § 10c KWG blieb mit 2,50 % unverändert. Zum Jahresende war die LBBW dazu verpflichtet, eine harte Kernkapitalquote von 8,73 % (bislang: 9,75 %) einzuhalten. Darüber hinaus ist nach § 10d KWG ein antizyklischer Kapitalpuffer vorzuhalten. Dieser erstreckt sich nur noch auf einen geringen Teil der Auslandsforderungen, da die BaFin coronabedingt die Einführung eines antizyklischen Kapitalpuffers für inländische Forderungen zurückzog und diverse ausländische Aufsichtsbehörden die Anforderung reduzierten. Weiterhin gilt eine über die verpflichtende Anforderung hinausgehende Kapitalempfehlung der EZB, die ebenfalls aus hartem Kernkapital zu bestehen hat.

Zu Beginn der Corona-Krise erfolgte zudem die Implementierung eines aktiven Krisenmanagements. Im Mittelpunkt der Steuerung standen dabei vor allem die Liquiditätssituation sowie die Kapitalquoten.

Die weiteren Steuerungsgrößen des LBBW-Konzerns, wie die risikogewichteten Aktiva bzw. die Leverage Ratio haben sich wie folgt entwickelt:

Die **risikogewichteten Aktiva (RWA)** erhöhten sich im Berichtszeitraum vor allem aufgrund von konjunkturell getriebenen Ratingaufschlägen um 1,8 Mrd. EUR auf 82,3 Mrd. EUR. Insbesondere aufgrund eines Anstiegs der Risikopositionswerte lag die **Verschuldungsquote (Leverage Ratio)** der LBBW mit 4,5 % (gemäß CRR/CRD IV »fully loaded«) geringfügig unter dem Vorjahreswert von 4,6 %, sie liegt aber weiterhin deutlich über den gesetzlichen Vorgaben.

Ertragslage

Mit einem **Konzernergebnis vor Steuern** von 252 Mio. EUR erzielte die LBBW im Geschäftsjahr 2020 auch unter dem Einfluss der Corona-Pandemie und einer damit verbundenen kräftigen Risikovorsorgeaufstockung ein deutlich positives Ergebnis. In verkürzter Form stellten sich die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung des LBBW-Konzerns wie folgt dar:

	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Zinsergebnis	1.771	1.676	96	5,7
Provisionsergebnis	538	558	- 20	- 3,6
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	- 362	172	- 534	-
davon Risikovorsorge	- 544	- 151	- 393	>100
Sonstiges betriebliches Ergebnis	198	148	50	34,0
Nettoergebnis	2.146	2.553	- 408	- 16,0
Verwaltungsaufwendungen	- 1.743	- 1.810	68	- 3,7
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 118	- 102	- 16	15,5
Restrukturierungsergebnis	- 32	- 31	- 2	5,7
Konzernergebnis vor Steuern	252	610	- 357	- 58,6
Ertragsteuern	- 80	- 167	87	- 52,2
Konzernergebnis	172	443	- 270	- 61,1

Differenzen ergeben sich durch Rundung. Den Prozentangaben liegen die genauen Werte zugrunde.
1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Das **Zinsergebnis** konnte um 96 Mio. EUR auf 1.771 Mio. EUR (Vorjahr: 1.676 Mio. EUR) gesteigert werden, was maßgeblich auf einen verbesserten Beitrag aus dem Kapitalmarktgeschäft zurückzuführen war. Dabei trugen sowohl Aktivitäten im Umfeld Financial Markets als auch Treasury zur Ergebnisausweitung bei. Eine weitgehend stabile Entwicklung prägte das Unternehmenskundengeschäft, während sich das Ergebnis im Bereich der Immobilienfinanzierung wie erwartet reduzierte, was vor allem im Zusammenhang mit hohen Vorfälligkeitsentschädigungen im Vorjahr stand. Das Wachstumsfeld Projektfinanzierungen zeigte dagegen eine erfreuliche Entwicklung und konnte den Ergebnisbeitrag spürbar erhöhen. Ein weiterhin historisch niedriges Zinsniveau mit einem Einlagensatz der EZB von –0,5 % wirkte hingegen insbesondere im Einlagengeschäft belastend. Hier war in der Branche ein hoher Druck auf die Margen spürbar, sodass bei Privaten Kunden/Sparkassen das Ergebnis auf Vorjahresniveau verblieb.

Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich das **Provisionsergebnis** leicht um 20 Mio. EUR auf 538 Mio. EUR (Vorjahr: 558 Mio. EUR). Dabei war eine differenzierte Entwicklung über die verschiedenen Provisionsarten zu verzeichnen. Während die Provisionen aus Krediten und Bürgschaften mit 119 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (120 Mio. EUR) nahezu unverändert blieben, reduzierten sich vor allem die Provisionen im Zahlungsverkehr um 12 Mio. EUR auf 106 Mio. EUR. Das Provisionsergebnis aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft legte moderat auf 204 Mio. EUR (Vorjahr: 195 Mio. EUR) zu. Hier war insbesondere eine positive Entwicklung bei Wertpapier-Transaktionen mit Kunden zu verzeichnen. Eine rückläufige Nachfrage im Bereich Versicherungen war maßgeblich für ein sinkendes Ergebnis im Vermittlungsgeschäft, das sich von 49 Mio. EUR auf 42 Mio. EUR reduzierte. Zwischen dem Zins- und Provisionsergebnis ergaben sich geringfügige Verschiebungen aufgrund der Schärfung von Abgrenzungsprozessen.

Das **Bewertungs- und Veräußerungsergebnis** reduzierte sich um –534 Mio. EUR auf –362 Mio. EUR und war durch die nachfolgend beschriebenen Effekte geprägt.

Das **At-Equity-Ergebnis** sank um 2 Mio. EUR auf 5 Mio. EUR und war von gegenläufigen Effekten geprägt. Dabei wurden geringere Abschreibungen von reduzierten laufenden Erträgen aus assoziierten Unternehmen überkompensiert.

Ein kräftiger Anstieg der Risikovorsorge führte dazu, dass sich das **Ergebnis aus zu Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten** auf –545 Mio. EUR erhöhte (Vorjahr: –142 Mio. EUR). Die Entwicklung des Postens war vor allem geprägt durch die Risikovorsorge auf Kredite, die sich im Vorjahresvergleich um –393 Mio. EUR auf –544 Mio. EUR vergrößerte. Da die statistischen Risikovorsorge-Modelle, die auf Grundlage von langjährigen Datenhistorien parametrisiert wurden, im Kontext von Krisensituationen nur eingeschränkt verlässlich sind, wurden in Summe –276 Mio. EUR Model Adjustments gebildet. Diese standen insbesondere im Zusammenhang mit erwarteten Auswirkungen der Corona-Pandemie. Hierfür kamen maßgeschneiderte Individualmodelle zum Einsatz, in die in Teilen auch branchenbezogene Experteneinschätzungen einfließen. Zusätzlich belastete vor allem durch eine Unternehmensinsolvenz ein größerer Einzelfall die Risikovorsorge. Nach wie vor verfügt die LBBW über eine gute Portfolioqualität, was durch einen sehr hohen Anteil des Exposure im Investmentgrade-Bereich und eine niedrige Ausfallquote belegt ist; diese sank auf 0,4 %.

Maßgeblich für den Rückgang des **Ergebnisses aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten** waren vor allem geringere Beiträge aus der Veräußerung von Schuldtiteln. Diese reduzierten sich von 22 Mio. EUR im Vorjahr auf nunmehr 8 Mio. EUR.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten** lag mit 170 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert von 285 Mio. EUR. Während sich die kapitalmarktorientierten Aktivitäten aufgrund einer hohen Kundennachfrage unter anderem nach Absicherungsprodukten mit einem Ergebnis von 243 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr (220 Mio. EUR) verbessern konnten, sank der Beitrag aus Bankbuchgeschäften. Dieser fiel um – 131 Mio. EUR auf – 77 Mio. EUR, was vor allem auf Ineffektivitäten von Derivaten im Rahmen der bilanziellen Zinssteuerung des Treasury bzw. auf zinsinduzierte Bewertungseffekte zurückzuführen war. Das Ergebnis aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen, welches innerhalb des Postens **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente** als Teil der Bankbuchaktivitäten gezeigt wurde, reduzierte sich zum 31. Dezember 2020 auf 2 Mio. EUR (Vorjahr: 24 Mio. EUR).

Ein spürbarer Anstieg prägte die Entwicklung des **sonstigen betrieblichen Ergebnisses**, das sich um 50 Mio. EUR auf 198 Mio. EUR verbesserte (Vorjahr: 148 Mio. EUR). Dabei waren gegenläufige Effekte zu verzeichnen. Ursächlich für den Anstieg war insbesondere ein um netto 53 Mio. EUR verbessertes Ergebnis im Zusammenhang mit Rechtsthemen, das vor allem durch im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Zuführungen zu den Rückstellungen für Rechtsrisiken geprägt war. Aus erfolgreich abgeschlossenen Projektentwicklungen resultierte zusätzlich eine Ergebnisverbesserung von 11 Mio. EUR. Unter dem Niveau des Vorjahres verblieb das Ergebnis aus Investment Properties, welches sich um – 18 Mio. EUR auf 53 Mio. EUR reduzierte, was sowohl auf geringere Erträge aus den Objekten als auch Fair-Value-Anpassungen zurückzuführen war.

Die **Verwaltungsaufwendungen** sanken gegenüber der Vorjahresperiode um 68 Mio. EUR auf – 1.743 Mio. EUR (Vorjahr: – 1.810 Mio. EUR). Vor allem eine Reduktion in der variablen Vergütung führte zu einem verringerten Personalkostenniveau, das sich insgesamt um 28 Mio. EUR auf – 1.010 Mio. EUR (Vorjahr: – 1.038 Mio. EUR) verbesserte. Zusätzlich verringerten sich aus angesetzten Kostenhebeln die anderen Verwaltungsaufwendungen um 32 Mio. EUR auf – 600 Mio. EUR (Vorjahr: – 632 Mio. EUR). Ursächlich hierfür war eine Vielzahl von Einzeleffekten über mehrere Kostenarten. Geringere Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte trugen ebenfalls zu einer verbesserten Kostenbasis bei.

Die **Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung** erhöhten sich spürbar um – 16 Mio. EUR auf – 118 Mio. EUR. Relevant hierfür war insbesondere der Anstieg des Zielvolumens der Bankenabgabe bedingt durch den Anstieg der gedeckten Einlagen im Euroraum um 7,2 % (in 2019). Um das erhöhte Zielvolumen zu erreichen, ist der jährlich zu zahlende Beitrag (»jährliche Zielausstattung«) von 1,15 % auf 1,25 % des gedeckten Einlagevolumens angehoben worden.

Im Rahmen der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der LBBW vor allem aufgrund der Corona-Krise wurden verschiedene Aktivitäten zur Restrukturierung definiert, die Auswirkungen auf die Prozesse und Produkte der LBBW haben. Durch die Auflegung neuer struktureller Maßnahmen entfielen bisherige Instrumente, sodass vorhandene Rückstellungen aufgelöst wurden. Daraus resultierte im Berichtsjahr saldiert ein **Restrukturisierungsergebnis** von – 32 Mio. EUR (Vorjahr: – 31 Mio. EUR).

Das **Konzernergebnis vor Steuern** verblieb trotz eines beträchtlichen Anstiegs der Risikovorsorge deutlich im positiven Bereich und betrug 252 Mio. EUR (Vorjahr: 610 Mio. EUR).

Der **Ertragsteueraufwand** sank auf – 80 Mio. EUR (Vorjahr: – 167 Mio. EUR), was vor allem auf ein geringeres Vorsteuerergebnis zurückzuführen war.

Das **Konzernergebnis nach Steuern** reduzierte sich entsprechend auf 172 Mio. EUR (Vorjahr: 443 Mio. EUR).

Die Ertragslage der Segmente

Die nachfolgende Beschreibung der Ergebnisentwicklung der Segmente basiert auf der in den Grundlagen des Konzerns beschriebenen Segmentstruktur. Weitere Informationen finden sich im Anhang des Konzernabschlusses Kapitel C Segmentberichterstattung.

Zum Konzernergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2020 in Höhe von 252 Mio. EUR (Vorjahr: 610 Mio. EUR) trugen die Segmente des LBBW-Konzerns wie folgt bei:

	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Unternehmenskunden	7	301	- 295	- 97,8
Immobilien/Projektfinanzierungen	205	351	- 146	- 41,6
Kapitalmarktgeschäft	202	121	81	67,1
Private Kunden/Sparkassen	27	27	0	- 0,4
Corporate Items/Überleitung/Konsolidierung	- 188	- 191	3	- 1,5
Konzernergebnis vor Steuern	252	610	- 357	- 58,6

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Das **Segment Unternehmenskunden** wies im Geschäftsjahr 2020 eine starke operative Entwicklung aus. Unter anderem konnten die Cross-Selling-Erlöse vor allem durch Provisionserlöse aus Corporate Finance und klassischen Finanzierungen sowie im Absicherungsgeschäft ausgebaut werden. Als verlässlicher Partner für unsere Kunden konnten weitere Erfolge im Finanzierungsgeschäft verzeichnet werden. Des Weiteren konnte die Kosten-/Ertragsrelation (CIR) dank einer hohen Kostendisziplin mit 60,3 % auf Vorjahresniveau gehalten werden. Jedoch beeinflussten erhebliche Risikovorsorgezuführungen aus Model Adjustments für erwartete Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie durch eine Unternehmensinsolvenz ein größerer Einzelfall bei ansonsten stabiler Risikostruktur das Ergebnis. Trotz dieser Belastung war das Ergebnis i. H. v. 7 Mio. EUR sowie damit auch die Eigenkapitalrentabilität (RoE) noch leicht positiv.

Abstrahiert um einen positiven Sondereffekt aus vorzeitigen Kreditrückführungen im Vorjahr und entsprechende Nachlaufeffekte im aktuellen Jahr war die Ertragssituation im **Segment Immobilien/Projektfinanzierung** dank weiterem Wachstum mit hohem und rentablen Neugeschäft weiterhin erfreulich. Dabei stiegen jedoch erwartungsgemäß die Aufwendungen infolge des fortgeführten Wachstumskurses. Insgesamt führte diese Entwicklung zu einer Erhöhung der Kosten-/Ertragsrelation (CIR). Zudem entfielen im Geschäftsjahr 2020 auch auf dieses Segment Model Adjustments in der Risikovorsorge für erwartete Auswirkungen der Corona-Pandemie, während das Vorjahr von Nettoauflösungen bei der Risikovorsorge geprägt war. Dadurch blieben das Ergebnis und damit auch die Eigenkapitalrentabilität (RoE) erwartungsgemäß unter dem starken Vorjahr, aber auf anhaltend hohem Niveau.

Das **Segment Kapitalmarktgeschäft** entwickelte sich im Geschäftsjahr 2020 operativ gut. Das deutliche Geschäftswachstum war im Wesentlichen auf eine erhöhte Nachfrage nach Absicherungsprodukten, die Liquiditätsbereitstellung vor allem für Verbundpartner und das Angebot attraktiver, bonitätsstarker Anlageformen zurückzuführen. Zudem wurde die Kostenstruktur weiter optimiert. Dies zeigte sich auch an einer Verbesserung der Kosten-/Ertragsrelation (CIR) auf 71,5 % (Vorjahr: 80,9 %). Des Weiteren verzeichnete das Segment positive Bewertungseffekte. Damit wurden die coronabedingten Marktverwerfungen und die gegenüber dem Vorjahr geringeren positiven Effekte aus Wertpapierverkäufen überkompensiert, sodass das Ergebnis nach bereits verbessertem Vorjahr (121 Mio. EUR) nochmals beträchtlich auf 202 Mio. EUR gesteigert werden konnte. Dadurch stieg die Eigenkapitalrentabilität (RoE) kräftig auf 8,4 % (Vorjahr: 4,8 %).

Das **Segment Private Kunden/Sparkassen** verzeichnete im Geschäftsjahr 2020 einen Anstieg des Finanzierungsvolumens bei hochvermögenden Privatkunden sowie krisenbedingt im Förderkreditgeschäft mit Sparkassen. Das Wertpapiergeschäft verzeichnete ein deutliches Wachstum, wohingegen das Vermittlungsgeschäft coronainduziert rückläufig war. Des Weiteren konnten die Aufwendungen von – 528 Mio. EUR auf – 508 Mio. EUR reduziert werden. Dennoch erhöhte sich die Kosten-/Ertragsrelation (CIR) ertragsbedingt leicht von 94,6 % im Vorjahr auf 98,6 % im Geschäftsjahr 2020. Insgesamt konnte das Ergebnis stabil auf dem Vorjahresniveau gehalten werden, sodass auch die Eigenkapitalrentabilität (RoE) mit 2,5 % gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb.

Das Ergebnis vor Steuern in **Corporate Items/Überleitung/Konsolidierung** lag im Geschäftsjahr 2020 auf Vorjahresniveau trotz Belastungen aus coronabedingten zusätzlichen Model Adjustments in der Risikovorsorge. Die Reduktion der Verwaltungsaufwendungen konnte dies teilweise kompensieren.

Vermögens- und Finanzlage

Aktiva	31.12.2020	31.12.2019 ¹	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Barreserve	13.650	18.331	- 4.681	- 25,5
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	177.502	167.202	10.300	6,2
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	34.810	30.245	4.565	15,1
Der Fair Value Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1.132	1.170	- 38	- 3,2
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	42.185	33.013	9.172	27,8
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	261	265	- 4	- 1,4
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	1.039	839	200	23,8
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	2	65	- 63	- 96,8
Immaterielle Vermögenswerte	178	198	- 19	- 9,7
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	796	655	141	21,5
Sachanlagen	790	814	- 23	- 2,9
Ertragsteueransprüche	1.225	1.251	- 26	- 2,1
Sonstige Aktiva	2.878	2.619	259	9,9
Summe der Aktiva	276.449	256.667	19.782	7,7

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Passiva	31.12.2020	31.12.2019 ¹	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	221.627	201.890	19.737	9,8
Der Fair Value Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	6.509	6.757	- 248	- 3,7
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	28.815	26.959	1.857	6,9
Passives Portfolio Hedge Adjustment	693	486	208	42,8
Rückstellungen	2.523	4.530	- 2.007	- 44,3
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	0	4	- 4	- 100,0
Ertragsteuerverpflichtungen	73	89	- 16	- 18,0
Sonstige Passiva	2.217	2.113	104	4,9
Eigenkapital	13.992	13.840	152	1,1
Summe der Passiva	276.449	256.667	19.782	7,7
Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen	7.232	7.777	- 545	- 7,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	32.677	28.961	3.716	12,8
Geschäftsvolumen	316.358	293.405	22.953	7,8

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Konzernbilanzsumme moderat gestiegen

Die **Bilanzsumme** lag zum 31. Dezember 2020 mit 276,4 Mrd. EUR um 19,8 Mrd. EUR über dem Wert für das Jahresende 2019. Die Ausweitung der Bilanzsumme resultierte im Wesentlichen aus dem Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die sich durch die Teilnahme am Tenderprogramm der EZB im Juni um den Ziehungsbetrag erhöhten. Zur Verbesserung der geldpolitischen Transmission und um weitere Anreize für die Kreditvergabe der Banken zu setzen, hat das Eurosystem insgesamt drei Serien gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte durchgeführt.

Dafür werden im Rahmen von TLTRO-III insgesamt zehn Kredittranchen im Zeitraum von September 2019 bis Dezember 2021 in vierteljährlichem Abstand ausgereicht. Die LBBW beteiligte sich im Juni mit einem Volumen von 20 Mrd. EUR an dem Tender und löste damit den bestehenden TLTRO-II i. H. v. 4 Mrd. EUR vollständig ab.

Weiterhin wurden Geschäftsaktivitäten bei Immobilienfinanzierungen sowie das Geschäft mit Absicherungs- und Anlageprodukten ausgebaut. Käufe von Anleihen und Schuldverschreibungen zur Steuerung von Liquiditätsportfolien trugen ebenfalls mit zum Wachstum bei.

Das **Geschäftsvolumen** (Konzernbilanzsumme einschließlich der als außerbilanziell geführten Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge sowie unwiderruflichen Kreditzusagen) nahm parallel dazu um 23,0 Mrd. EUR auf 316,4 Mrd. EUR zu.

Aktivgeschäft

Zum Ende des Berichtsjahres belief sich die **Barreserve** auf 13,6 Mrd. EUR und lag damit um – 4,7 Mrd. EUR unter dem Vorjahreswert von 18,3 Mrd. EUR. Zentralbankguthaben erhöhten sich aufgrund der Teilnahme am Tenderprogramm der EZB (TLTRO-III) im Juni um 20 Mrd. EUR. Auszahlungen sowie alternative Finanzierungsmöglichkeiten ließen sie im zweiten Halbjahr wieder deutlich sinken.

Der Bilanzposten **Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte** verzeichnete einen Anstieg um 10,3 Mrd. EUR auf 177,5 Mrd. EUR, welcher nahezu vollständig auf Forderungen an Kreditinstituten entfiel.

Mit einer Erhöhung um 12,7 Mrd. EUR verzeichneten **Forderungen an Kreditinstitute** den größten Anstieg unter den Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten und erreichten zum 31. Dezember 2020 einen Endbestand i. H. v. 68,5 Mrd. EUR. Der starke Anstieg war insbesondere auf kurzfristige Finanzierungsgeschäfte mit der Bundesbank zur Liquiditätssteuerung zurückzuführen. Daher wuchsen die Kommunalkredite um 16,0 Mrd. EUR auf 47,7 Mrd. EUR. Gegenläufig reduzierten sich Wertpapierpensionsgeschäfte hauptsächlich mit internationalen Großbanken und Clearinghäusern um – 1,2 Mrd. EUR auf 10,2 Mrd. EUR und Tages- und Termingelder um – 0,5 Mrd. EUR auf 6,4 Mrd. EUR.

Der Bestand der **Forderungen an Kunden** verzeichnete einen Rückgang um – 2,2 Mrd. EUR auf 108,1 Mrd. EUR. Hypothekarisch-besicherte Darlehen stiegen um 7,4 Mrd. EUR auf 39,1 Mrd. EUR und Kommunalkredite um 3,8 Mrd. EUR auf 15,3 Mrd. EUR. Gegenläufig reduzierten sich im Wesentlichen Andere Kredite um – 6,6 Mrd. EUR auf 21,4 Mrd. EUR und Wertpapierpensionsgeschäfte um – 3,1 Mrd. EUR auf 5,4 Mrd. EUR. Krisenunterstützendes Kundengeschäft in nahezu allen Segmenten trug zur Entwicklung des Postens bei. Das Geschäft mit Absicherungs- und Anlageprodukten konnte ebenfalls ausgebaut werden. Weiterhin reduzierte sich der Posten aufgrund der coronaabhängigen höheren Risikovorsorgebestände, die von den Forderungen abgesetzt wurden.

Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte erhöhten sich um 4,6 Mrd. EUR auf 34,8 Mrd. EUR. Wertpapierkäufe zur Steuerung von Liquiditätsportfolien führten zu einer Zunahme der Anleihen und Schuldverschreibungen um 5,0 Mrd. EUR auf 30,2 Mrd. EUR. Geldmarktpapiere, vor allem Commercial Papers und Certificates of Deposit, sanken um – 0,7 Mrd. EUR auf 0,8 Mrd. EUR.

Die **Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte** verzeichneten einen Anstieg um 9,2 Mrd. EUR auf 42,2 Mrd. EUR. Im Zuge der Corona-Krise ergab sich ein weiterer Rückgang des Zinsniveaus, was zu einer Zunahme positiver Marktwerte aus Derivaten i. H. v. 2,8 Mrd. EUR auf 22,7 Mrd. EUR führte. Forderungen der Handelsaktiva stiegen um 6,2 Mrd. EUR auf 11,1 Mrd. EUR, was unter anderem auf eine Ausweitung des Handelsvolumens von Schuldscheinforderungen zurückzuführen war.

Refinanzierung

Entsprechend der Entwicklung auf der Aktivseite war der Posten **Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten** im Vergleich zum Vorjahr von den größten Volumenveränderungen betroffen. Dieser verzeichnete einen Zuwachs von 19,7 Mrd. EUR auf 221,6 Mrd. EUR.

Dabei erhöhten sich **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um 12,1 Mrd. EUR auf 78,8 Mrd. EUR. Diese Entwicklung war insbesondere auf einen Anstieg der Tages- und Termingelder um 10,2 Mrd. EUR auf 38,0 Mrd. EUR im Zusammenhang mit der Teilnahme am Tenderprogramm der EZB zurückzuführen. Weiterleitungsdarlehen zur Unterstützung in der Krise stiegen deutlich um 3,4 Mrd. EUR auf 32,1 Mrd. EUR. Gegenläufig reduzierten sich Wertpapierpensionsgeschäfte um –1,4 Mrd. EUR auf 0,5 Mrd. EUR.

Der Bilanzposten **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lag mit 95,3 Mrd. EUR mit 5,0 Mrd. EUR über dem Wert zum 31. Dezember 2019. Das Volumen bei den Kontokorrentverbindlichkeiten stieg um 11,1 Mrd. EUR auf 57,3 Mrd. EUR. Besonders Firmenkunden und private Haushalte griffen auf Anlageprodukte der LBBW zurück. Dem gegenüber reduzierten sich Tages- und Termingelder um –4,6 Mrd. EUR auf 24,9 Mrd. EUR und Wertpapierpensionsgeschäfte um –1,0 Mrd. EUR auf 1,0 Mrd. EUR.

Verbriefte Verbindlichkeiten erhöhten sich im Berichtszeitraum um 3,0 Mrd. EUR auf 41,8 Mrd. EUR. Die kurzfristige Refinanzierung über verbrieft Geldmarktgeschäfte wurde hauptsächlich im Ausland ausgebaut, sodass sich diese um 2,7 Mrd. EUR auf 12,9 Mrd. EUR erhöhten. Ihren Nachhaltigkeitsbestrebungen folgend emittierte die LBBW weiter konsequent Anleihen mit einer nachhaltigen Mittelverwendung. Ihre eigene Refinanzierung wurde dabei um einen ersten Green Bond in Pfund Sterling mit einem Volumen von 500 Mio. GBP und um einen zweiten Social Bond über 1,0 Mrd. EUR ergänzt. Für die im Jahr 2019 emittierte Stufenzinsanleihe Nachhaltigkeit, die die erste strukturierte Anleihe mit einer nachhaltigen Mittelverwendung darstellte, erhielt die LBBW dieses Jahr beim »Sustainable Award in Finance« einen Preis in der Kategorie »Environment«¹.

Im Vergleich zum Vorjahr verminderte sich das **Nachrangkapital** im Berichtszeitraum um –0,4 Mrd. EUR auf 5,7 Mrd. EUR, was auf die Rückzahlung nachrangiger Einlagen und Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter zurückzuführen war.

Die **Der Fair-Value-Option zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten** blieben mit einer Veränderung von –0,2 Mrd. EUR nahezu auf dem Vorjahresniveau von 6,8 Mrd. EUR. Erhebliche Spread-Ausweitungen infolge der Corona-Pandemie führten im ersten Halbjahr gerade bei den nachrangigen Schuldverschreibungen zu niedrigeren Fair Values und damit zu einem Rückgang der Buchwerte um –0,1 Mrd. EUR. Diese Entwicklung war im Laufe der zweiten Jahreshälfte wieder rückläufig. Im Wesentlichen überwogen jedoch planmäßige Fälligkeiten das Neugeschäftsvolumen und waren damit auch insgesamt für den leichten Rückgang verantwortlich.

Analog zum Posten auf der Aktivseite stiegen die **Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen** um 1,9 Mrd. EUR auf 28,8 Mrd. EUR. Auch hier wirkte sich der starke Zinsrückgang im Verlauf des Jahres auf die Bewertung der Derivate aus, was zu einem Anstieg der negativen Marktwerte aus Derivaten um 2,0 Mrd. EUR auf 19,0 Mrd. EUR führte. Dem gegenüber verzeichneten Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen einen Rückgang um –0,6 Mrd. EUR auf 0,3 Mrd. EUR und verbrieft Verbindlichkeiten um –0,2 Mrd. EUR auf 6,2 Mrd. EUR.

Im Berichtsjahr war ein Rückgang der **Rückstellungen** i. H. v. –2,0 Mrd. EUR auf 2,5 Mrd. EUR zu verzeichnen. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die LBBW einen Großteil ihrer bestehenden unmittelbaren Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds übertragen hat. Dies führte zu einer

¹ www.sustainable-award-in-finance.de

Schaffung von Planvermögen, das zur Erfüllung der übertragenen Leistungsansprüche dient. Zum Bilanzstichtag erfolgte eine Saldierung der Pensionsverpflichtungen mit dem vorliegenden Planvermögen, so dass passivisch eine Pensionsverpflichtung von nunmehr 1,6 Mrd. EUR ausgewiesen wird.

Eigenkapital

Das **Eigenkapital** der LBBW blieb zum 31. Dezember 2020 im Vergleich zum Jahresende 2019 nahezu unverändert bei 14,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 13,9 Mrd. EUR). Die Bewertungsrücklage reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt –0,1 Mrd. EUR. Dies ist auf Bewertungsänderungen von Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Anleihen und Schuldverschreibungen i. H. v. 0,1 Mrd. EUR sowie auf Umgliederungen von Bewertungsrücklagen von Eigenkapitalinstrumenten in die anderen Gewinnrücklagen i. H. v. –0,2 Mrd. EUR zurückzuführen. Gegenläufig reduzierte die Bewertung von Pensionsverpflichtungen die anderen Gewinnrücklagen um –0,1 Mrd. EUR.

Finanzlage

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW wird vom Asset Liability Committee (ALCo) vorgeschlagen und durch die Geschäftsleitung festgelegt. Der Konzern achtet dabei aus seiner Sicht insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die nach dem längerfristigen Tender der EZB nochmals angestiegene Überschussliquidität am Markt zeigte sich auch in der umfangreichen Liquiditätsausstattung der LBBW. Die Refinanzierungsquellen des LBBW-Konzerns sind dem Volumen und dem Grad der Diversifikation nach sehr stabil. CRR-Institute haben seit dem 1. Januar 2018 eine Liquidity Coverage Ratio (LCR) von 100 % einzuhalten. Die Einhaltung der LCR wurde im gesamten Berichtszeitraum erfüllt und lag zum 31. Dezember 2020 bei 135,4 %.

Risikobericht

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung

Das Risikomanagement erfolgt im Rahmen von Strategie, LBBW-Gesetz und Satzung der LBBW. Risiken und die damit verbundenen Ertragschancen und Wachstumspotenziale sollen im Rahmen einer fest definierten Risikotoleranz bewusst und kontrolliert eingegangen werden. Im besonderen Fokus steht dabei das Kapital- und Liquiditätsmanagement.

Eine klar definierte Aufbau- und Ablauforganisation, interne Kontrollverfahren, die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingstrukturen sowie die prozessunabhängige interne Revision sichern den strategiekonformen Geschäftsbetrieb ab.

Die Prozesse, Verfahren und Methoden werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und weiterentwickelt. Im Rahmen dessen werden auch die in Prüfungen des Abschlussprüfers, der Konzernrevision sowie aus dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) der Europäischen Zentralbank (EZB) getroffenen Feststellungen entsprechend berücksichtigt und umgesetzt.

Wesentliche Risikoarten

Mittels einer jährlichen Konzernrisikoinventur wird zunächst sichergestellt, dass alle wesentlichen Risikoarten der LBBW identifiziert und dadurch einer Steuerung und Überwachung zugänglich werden.

Darauf aufbauend wird das Gesamtrisikoprofil der LBBW erhoben und dem Vorstand zur Zustimmung vorgelegt. Die Risikomessung der aus Risikosicht wesentlichen Tochterunternehmen (Risk Management Group) erfolgt nach dem Transparenzprinzip, d.h. die als wesentlich identifizierten Risikoarten werden für die wesentlichen Tochtergesellschaften in die konzernweite Risikomessung der jeweiligen Risikoart integriert. Gesellschaften, deren Risiken als unwesentlich eingestuft werden, bildet die LBBW über das Beteiligungsrisiko ab.

Es wurden folgende wesentliche Risikoarten identifiziert:

- Adressenausfallrisiken
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Developmentrisiken
- Immobilienrisiken
- Beteiligungsrisiken
- Reputationsrisiken
- Geschäftsrisiken
- Modellrisiken

Für alle aus Konzernsicht wesentlichen Risikoarten werden spezifische Risikostrategien erstellt. Darüber hinaus wird für diese Risiken eine Konzentrationsanalyse zur Identifikation zentraler Verwundbarkeiten durchgeführt – dabei sind neben den Konzentrationseffekten innerhalb der jeweiligen Risikoart (»Intra-Risiko-Konzentrationen«) auch Effekte zwischen verschiedenen Risikoarten (»Inter-Risiko-Konzentrationen«) berücksichtigt.

Das Pensionsrisiko wird als nicht mehr wesentlich eingestuft, Details hierzu siehe Kapitel Risikolage LBBW-Konzern.

Risikostrategie und Risikotoleranz

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch den Vorstand und den Risikoausschuss für alle als wesentlich identifizierten Risikoarten festgelegt.

In der konzernweit und risikoartenübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden die risikostrategischen Vorgaben gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie den einschlägigen europäischen Vorgaben zusammengeführt.

Die Konzernrisikostrategie definiert dabei insbesondere Festlegungen zur Risikotoleranz, sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht, welche bei allen Geschäftsaktivitäten einzuhalten sind.

Der quantitative Teil der Risikotoleranz trifft auf der Kapitalseite konkrete Vorgaben in Form von Schwellen für die maßgeblichen ökonomischen und regulatorischen Steuerungsgrößen der LBBW – dabei werden Vorgaben sowohl für Zeiten des normalen Geschäftsbetriebs als auch für Stressphasen getroffen. Die jederzeitige Einhaltung der getroffenen Vorgaben wird u. a. durch festgelegte Eskalationsprozesse auf Basis eines Ampelverfahrens sowie regelmäßiger Stresstests sichergestellt. Das strategische Limitsystem als Teil der quantitativen Risikotoleranz operationalisiert die in der Geschäftsstrategie definierten Maßgaben und Ziele für alle wesentlichen, in der Risikoinventur erfassten Risikoarten.

Die Liquiditätsrisikotoleranz limitiert das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, d. h. das Risiko der Zahlungsfähigkeit. Weitere Informationen hierzu sind im Kapitel Liquiditätsrisiken enthalten.

Die Risikoleitsätze bilden den qualitativen Teil der Risikotoleranz. Sie stellen zentrale strategische Grundsätze und Verhaltensregeln für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb des LBBW-Konzerns dar. Sie tragen zur Schaffung einer einheitlichen Risikokultur bei und bilden den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Prozesse, Verfahren und Methoden des Risikomanagements. Dieser qualitative Teil der Risikotoleranz wird durch weitere Vorgaben – etwa in Form eines konzernweit für alle Mitarbeiter gültigen Verhaltens- und Ethikkodex »Code of Conduct« ergänzt.

Die im LBBW-Konzern formulierte Nachhaltigkeitspolitik ist dabei einzuhalten. Der LBBW-Konzern hat den Anspruch, im besten und langfristigen Interesse seiner Kunden und Stakeholder zu handeln. Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik definiert die Organisationseinheit Nachhaltigkeit und Environment Social Governance Standards für alle Geschäftsbereiche.

Die für jede wesentliche Risikoart verabschiedeten spezifischen Risikostrategien dokumentieren darüber hinaus das aktuelle und das angestrebte Risikoprofil der LBBW, machen kunden-, produkt- und marktspezifische Vorgaben und regeln damit den bewussten und kontrollierten Umgang mit den identifizierten Risiken, um die darin liegenden Chancen unter Risiko-Rendite-Aspekten zu nutzen. Ergänzende Informationen zu den spezifischen Risikostrategien sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Für das Jahr 2021 wurden die Non Financial Risks in einer eigenen Risikostrategie zusammengeführt und u. a. mit dem Querschnittsthema ESG-Risiken (Environmental, Social and Governance) ergänzt.

Risikokapital- und Liquiditätsmanagement

Zielsetzung des Prozesses ist es, eine angemessene Kapital- und Liquiditätsausstattung sowohl in Zeiten normaler Geschäftstätigkeit wie auch in Stressphasen sicherzustellen und damit die dauerhafte Überlebensfähigkeit des LBBW-Konzerns zu gewährleisten. Für den normalen Geschäftsbetrieb steht dabei die Erreichung der Unternehmensziele im Fokus, während zugleich für Stressphasen Vorkehrungen für eine hinreichende Stressresistenz getroffen werden.

Mittelfristplanung

Die jährlich durchgeführte Mittelfristplanung umfasst die ökonomische und die regulatorische Sichtweise, verknüpft diese und fungiert als Bindeglied zwischen dem strategischen Rahmen und der unterjährigen Gesamtbanksteuerung. Der Planungszeitraum erstreckt sich über fünf Jahre; Grundlage für die Planung ist die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Corona-Lage sowie die in diesem Rahmen geplante Geschäftstätigkeit.

Die Planung legt damit die Grundlage für die Überwachung festgelegter Ziele auf allen Steuerungsebenen. Innerhalb der Steuerungsbereiche und -dimensionen werden Zielabweichungen in der Folge unterjährig analysiert, berichtet sowie ggf. Maßnahmen zur Zielerreichung beschlossen, umgesetzt und nachgehalten.

Ergänzend wird die Einhaltung der internen Zielvorgaben auch für eine adverse Entwicklung der Corona-Lage über den gleichen Zeithorizont sichergestellt.

Ökonomische Sicht

Zur Sicherstellung einer unter ökonomischen Gesichtspunkten angemessenen Kapitalisierung erfolgt eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikoarten und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse).

Die interne Überwachung der Risikotragfähigkeit (RTF) anhand von verbindlichen Zielwerten und Toleranzgrenzen stellt die Angemessenheit der ökonomischen Kapitalausstattung des LBBW-Konzerns für Zeiten der normalen Geschäftstätigkeit wie auch für Stressphasen sicher. Aktuell stehen hierbei mögliche Entwicklungen der Corona-Pandemie gegenüber anderen denkbaren Szenarien im Mittelpunkt. Die Darstellung der Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns erfolgt vor möglichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung (sog. Bruttobetrachtung).

Die Risikodeckungsmasse (RDM, entspricht Risikodeckungspotenzial laut MaRisk) bezeichnet in der LBBW die nach ökonomischen Kriterien abgegrenzten Eigenmittel, die zur Deckung von unerwarteten Verlusten zur Verfügung stehen. Neben dem Konzerneigenkapital nach IFRS inklusive Neubewertungsrücklagen wird das realisierte GuV-Ergebnis nach IFRS als Bestandteil einbezogen. Zusätzlich werden aufgrund aufsichtlicher Vorgaben konservative Abzugspositionen berücksichtigt.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf, oder auch ökonomisches Kapital, berechnet. Dieser ist als der Betrag an Kapital zu verstehen, der benötigt wird, um die aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital wird es mithilfe eigener Risikomodelle für Kredit-, Marktpreis-, Immobilien-, Development-, Beteiligungs- sowie Operationelle Risiken als Value at Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,9% und einem Jahr Haltedauer quantifiziert. Für Sonstige Risiken (Reputations-, Geschäfts- und Modellrisiken) erfolgt die Quantifizierung mittels vereinfachter Verfahren.

Das oberste Risikolimit für das ökonomische Kapital (ÖKap-Limit) als Teil der quantitativen Risikotoleranz stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für sämtliche relevante, quantifizierte Risikoarten dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme des LBBW-Konzerns wider. Es wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie der Risikotoleranz unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt und lässt damit Raum für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen. Ausgehend vom obersten ÖKap-Limit werden ÖKap-Limite für die verschiedenen direkt quantifizierten Risikoarten und für die nicht im Rahmen eines Modellansatzes quantifizierten Sonstigen Risiken abgeleitet.

Die Liquiditätsrisiken (i.S.v. Zahlungsunfähigkeitsrisiken) werden abweichend hiervon durch die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten quantitativen und prozessualen Regelungen gesteuert und limitiert. Nähere Informationen finden sich im Kapitel zu den Liquiditätsrisiken. Die Modellrisiken werden vollumfänglich über den Modellrisikomanagement-Prozess und die im entsprechenden Kapitel beschriebenen Instrumente gesteuert.

Regulatorische Sicht

Neben der ökonomischen Sichtweise umfasst das Risikotoleranz- und Steuerungskonzept der LBBW den regulatorischen Steuerungskreis. Gegenstand dieses Steuerungskreises ist die jederzeitige Einhaltung der internen Schwellen der regulatorischen Kapital- und Liquiditätskenngrößen. Der laufende Überwachungsprozess umfasst regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche sowie einen Forecast-Prozess und stellt die langfristige Erreichung bzw. Erfüllung der Unternehmensziele (und damit auch der regulatorischen Mindestanforderungen) sicher.

Weitere Details hierzu sind in den Notes unter Kapitalmanagement abgebildet.

Stresstests

Neben den vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind unterschiedliche Stressszenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren die Wirkung zukünftig möglicher, verschärfter konjunktureller Abschwünge und weiterer krisenhafter Marktentwicklungen daraufhin, ob die LBBW auch für Extremsituationen gerüstet ist.

Die Ausgestaltung der Szenarien ist anhand unterschiedlicher Kriterien charakterisiert: Die LBBW berücksichtigt sowohl spezifische Szenarien zum weiteren Verlauf der Corona-Pandemie wie auch generelle Stressszenarien mit außergewöhnlichen, aber plausiblen Ereignissen unterschiedlicher Schweregrade bis hin zu existenzbedrohenden Belastungsszenarien im Kontext der Sanierungsplanung. Die Stressszenarien sind entweder für einen mehrjährigen oder einen einjährigen Zeithorizont definiert. Den Ausgangspunkt für die Stresstests bildet die Risikoinventur, die aus einer gesamthaften Perspektive die Verwundbarkeit der LBBW gezielt analysiert und somit die Grundlage für eine umfassende Szenario-Betrachtung legt.

Die Szenarien werden so ausgestaltet, dass sie die Auswirkungen auf die ökonomische und regulatorische Kapital- und Liquiditätssituation darstellen; bei der Definition der Szenarien liegt zudem ein besonderer Fokus auf den Risikokonzentrationen der LBBW. Darüber hinaus werden diese komplexen, risikoartenübergreifenden, makroökonomischen Szenarien durch einfache Sensitivitätsanalysen ergänzt.

Im Rahmen der Mittelfristplanung finden sowohl in der Top-Down- als auch in der Bottom-Up-Planung adverse Entwicklungen Berücksichtigung. Grundlage für die Ausgestaltung und Parametrisierung der Szenarien bilden Annahmen zum makroökonomischen Rahmen; die Szenarien sind dabei über einen Zeitraum von fünf Jahren ausgestaltet. Sie berücksichtigen zudem die Interdependenz der Entwicklung von Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. Ziel ist es, die Umsetzbarkeit der Mittelfristplanung bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapital- und Liquiditätsplan aufzuzeigen.

Überwachung und Eskalation mittels Toleranz- und Sanierungsschwellen

Die effektive Überwachung der Kapital- und Liquiditätssituation der LBBW mittels festgelegter Steuerungsgrößen und die rechtzeitige Eskalation bei möglichen Engpässen basieren auf entsprechend definierten Schwellenwerten, Eskalationsverfahren und Eskalationswegen für alle wesentlichen ökonomischen und regulatorischen Steuerungsgrößen.

Die LBBW greift dabei auf ein mehrstufiges Verfahren zurück, welches zwischen rein internen Schwellen einerseits und Sanierungsschwellen andererseits unterscheidet. Die Grenzen und Schwellen finden Anwendung auf den Ist-Wert der jeweiligen Steuerungsgrößen wie auch auf die Werte unter simulierten Stressbedingungen und liegen jeweils über den regulatorischen Mindestanforderungen. Die Überwachung erfolgt auf Konzern- sowie verschiedenen nachgeordneten Steuerungsebenen.

Prozesse, Organisation und Reporting im Risikomanagement

Risikomanagement und Überwachung

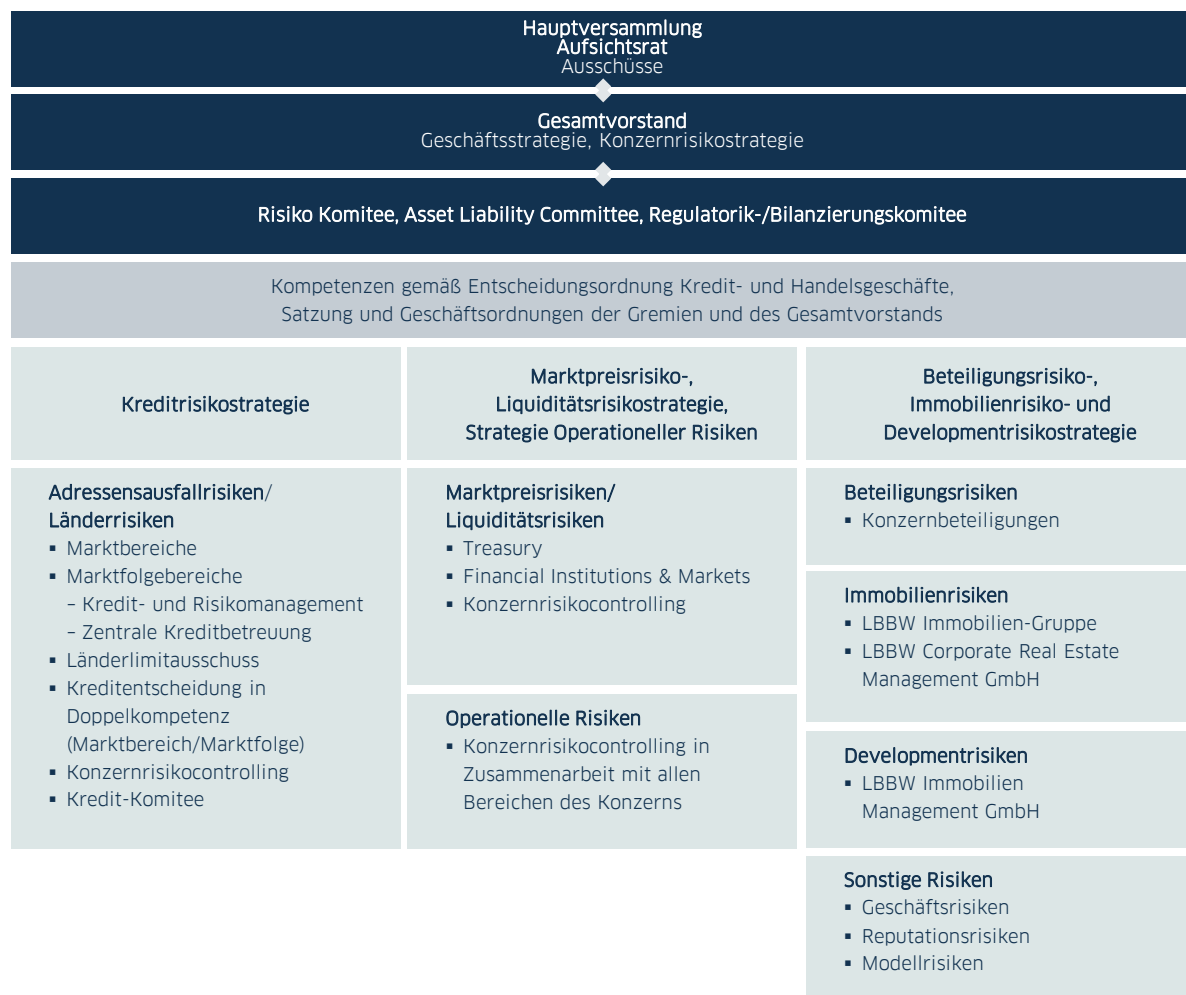
Das Risikomanagement der LBBW und die Überwachung der Risiken basieren auf den Leitlinien der Risikostrategie sowie den definierten Limits bzw. Kompetenzen.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limits bzw. Kompetenzen sowie der Leitlinien der Risikostrategie eingegangen werden. Innerhalb des definierten Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen der sog. ersten Verteidigungslinie getroffen und unter Einhaltung der Funktionstrennung durch das zentrale Konzernrisikocontrolling in der zweiten Verteidigungslinie überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikoartenspezifische Details.

Besondere Beachtung finden potenzielle Risikokonzentrationen. In der LBBW werden Konzentrationsrisiken mittels geeigneter Verfahren identifiziert und entsprechend bewusst gesteuert. Bestandsgefährdende Risiken sind auszuschließen. Es bestehen entsprechende Überwachungsprozesse (z. B. Bericht über Risikokonzentrationen, Stresstests) und Limits (z. B. Branchen- und Länderlimitierungen), um diese strategische Vorgabe zu überwachen.

Die Struktur sowie die einzelnen Elemente des Risikomanagementsystems der LBBW sind in nachfolgender Grafik im Überblick dargestellt, ergänzende Informationen hierzu sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Risikomanagementstruktur



Gremien und Reporting

Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden bei Entscheidungen durch Gremien und ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen unterstützt. Das risikorelevante Berichtswesen i. S. d. Vorgaben der MaRisk bilden dabei der Gesamtrisikobericht und der Bericht an das Asset Liability Committee (ALCo).

Das überwachende Gremium Risiko Komitee setzt sich zusammen aus den für Immobilien und Projektfinanzierungen, Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Risikomanagement, Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten, dem Bereichsdezernent Finanzen/Strategie sowie den Bereichsleitern aus Konzernrisikocontrolling, Compliance, Finanzcontrolling, Treasury und Marktfolge sowie wichtiger Marktbereiche. Als beratender Ausschuss arbeitet es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Risikoüberwachung, Risikomethodik und Risikostrategie für den Gesamtkonzern. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen.

Das steuernde Gremium ALCo hat ebenfalls eine beratende Funktion und beschließt über Vorschläge zur Entscheidung durch den Gesamtvorstand. Fokus des ALCo ist die strategische Ressourcensteuerung für den Gesamtkonzern. Es unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, Kapitalsteuerung, Liquiditätssteuerung und Refinanzierung sowie der Marktpreisrisikosteuerung. Das Komitee setzt sich zusammen aus den für Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Risikomanagement, Compliance und Revision zuständigen Dezernenten, dem Bereichsvorstand Finanzen/Strategie sowie den Bereichsleitern Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Treasury.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht das Regulatorik-/Bilanzierungskomitee. Das Komitee setzt sich u. a. zusammen aus den für Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Risikomanagement, Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten, den Bereichsvorständen Informationstechnologie, Finanzen/Strategie sowie den Bereichsleitern aus Recht, Konzernrisikocontrolling, Compliance, Finanzen, Finanzcontrolling, Konzernrevision, Treasury und Marktfolge.

Anpassungsprozesse

Neuartige Handels- und Kreditprodukte durchlaufen in der LBBW einen Neue-Produkte-Prozess, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Konzernrisikocontrollings, aber auch die Abschätzung möglicher rechtlicher Konsequenzen sicherstellt.

Schwerpunktmäßig sind Produkte des Dezernats Kapitalmarktgeschäft betroffen. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Bei wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen analysiert die LBBW im Rahmen eines festgelegten Regelprozesses potenzielle Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität.

Prozessunabhängige Überwachung

Der Bereich Konzernrevision überwacht als dritte Verteidigungslinie prozessunabhängig die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Konzernrevision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Konzernrevision überwacht zudem die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Die Prüfungstätigkeit der Konzernrevision richtet sich grundsätzlich nach einer vom Vorstand genehmigten jährlichen Prüfungsplanung, die auf Basis einer langfristigen, risikoorientierten Planung erstellt wird. Dabei sind unter Berücksichtigung der Risikogewichtung in einem angemessenen Zeitraum, grundsätzlich innerhalb von drei Jahren, alle Aktivitäten und Prozesse des LBBW-Konzerns zu erfassen.

Regulatorische Entwicklungen

Aufsichtstätigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB)

Die LBBW ist innerhalb der EZB der Generaldirektion zugeordnet, welche Spezialbanken und weniger bedeutende Institute beaufsichtigt.

Die Corona-Pandemie zwang auch die Bankenaufsicht, in einen Krisenmodus überzugehen. Standen zu Beginn insbesondere operative Entlastungen im Fokus (u.a. Absage des EBA/EZB-Stresstests, Genehmigung von Moratorien), wurde im weiteren Verlauf ein enges Monitoring implementiert, welches zusätzliche Offenlegungs- und Berichtspflichten nach sich zog. Der Schwerpunkt lag und liegt auf der Sicherstellung der Liquidität und Solvabilität der Banken sowie auf der Kreditversorgung der Realwirtschaft.

Die zukünftige Entwicklung und Ausgestaltung der aufsichtlichen Rahmenbedingungen ist maßgeblich vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf den Bankensektor abhängig. Es wird erwartet, dass der Fokus auf den wirtschaftlichen Folgen der Krise sowie deren Auswirkungen auf die Banken liegen wird. Kapitalausstattung, Profitabilität und Geschäftsmodelle werden auch weiterhin Gegenstand der EZB-Aufsichtstätigkeit sein.

Basel IV

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im Dezember 2017 das vorerst letzte Reformpaket zum Abschluss des Basel-III-Rahmenwerks als Reaktion auf die Finanzkrise (»Basel IV«) verabschiedet. Die neuen Regeln, die sich im Ergebnis auf den Nenner der Solvenz- bzw. Eigenkapitalquoten auswirken, sollen international ab 2022 sukzessive über fünf Jahre eingeführt werden und müssen noch in europäisches Recht überführt werden. Als Folge der Corona-Pandemie wurde das Inkrafttreten auf 2023 verschoben, ob dies auch für den Erstanwendungszeitpunkt der europäischen Banken gilt, ist derzeit noch offen.

Die zu erwartenden RWA-Effekte werden regelmäßig quantifiziert und im Rahmen der Kapitalplanung berücksichtigt. Darüber hinaus werden die Auswirkungen der regulatorischen Entwicklungen laufend unter anderem im Rahmen von Verbandsgremien, dem Regulatorik-Bilanzierungs-Komitee und, sofern relevant, in den Business-Dialogen diskutiert, um potenzielle strategische Handlungsoptionen für die Bank abzuleiten.

Weiterentwicklung der CRD/CRR in Europa

Die überarbeitete EU-Bankenregulierung CRR II/CRD V wurde im Rahmen des EU-Bankenpakets am 7. Juni 2019 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Ziel der Überarbeitung war die Behebung von Inkonsistenzen sowie die Implementierung internationaler regulatorischer Anforderungen. Dazu gehören Vorgaben zur Verschuldung, zur Liquidität und zu den Passiva. Darüber hinaus wurden neue Handelsbuchvorschriften (Fundamental Review of the Trading Book, FRTB) sowie Vorgaben zum Kontrahentenrisiko von Derivaten (Standardised Approach Counterparty Credit Risk, SA-CCR) eingeführt, die informell als Teil des o.g. Basel-IV-Reformpakets bezeichnet werden. Das Gesetzespaket trat zum 27. Juni 2019 in Kraft, wobei für die wesentlichen Themen die Erstanwendung nach einer zweijährigen Übergangsfrist vorgesehen ist. Die Einführung des FRTB läuft darüber hinaus in zwei Stufen. Ab 30. September 2021 besteht zunächst eine reine Meldeanforderung, bevor ab 2023 eine verbindliche Kapitalanforderung eingeführt wird. Die als EU-Richtlinie ausgestaltete CRD V wurde weitestgehend im Rahmen des Risikoreduzierungsgesetzes in nationales Recht überführt. Die Erfüllung der neuen Anforderungen wird durch die zuständigen Fachbereiche und Steuerungseinheiten der Bank im Rahmen eines Umsetzungsprojekts sichergestellt.

Ausblick

Ein wesentlicher Teil der Aufsichtsaktivitäten für 2021 wird der EBA-/EZB-Stresstest sein, dessen Ergebnisse sowohl qualitativ als auch quantitativ in den SREP 2021 einfließen werden. Ziel des EU-weiten Stresstests ist, die Stabilität der Banken vor dem Hintergrund adverser ökonomischer Entwicklungen zu beurteilen, um potenzielle Risiken und bankaufsichtlichen Handlungsbedarf aufzudecken sowie die Marktdisziplin zu stärken. Dazu werden sowohl eine einheitliche Methodik als auch makroökonomische Szenarien von den Aufsichtsbehörden vorgegeben, anhand derer die Banken die Entwicklung ihres gesamten Portfolios über drei Jahre hinweg berechnen bzw. prognostizieren müssen. Die Ergebnisse des Stresstests werden Ende Juli 2021 auf der Homepage der EBA veröffentlicht.

Zudem haben die EZB und die BaFin dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband im Jahr 2020 auf Grundlage einer Prüfung des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe bestimmte aufsichtliche Erwartungen an die Fortentwicklung des Sicherungssystems mitgeteilt. Die LBBW ist Mitglied des Institutssicherungssystems des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V. (DSGV). Der Deutschen Sparkassen- und Giroverband befindet sich hierzu im Austausch mit EZB und BaFin. Es wird erwartet, dass sich die Sparkassen-Finanzgruppe im Einvernehmen mit EZB und BaFin auf eventuell erforderliche Anpassungen des Sicherungssystems verständigen wird.

Risikolage LBBW-Konzern

Risikotragfähigkeit LBBW-Konzern

Mio. EUR	31.12.2020		31.12.2019	
	Absolut ¹	Auslastung	Absolut ¹	Auslastung
Risikodeckungsmasse	11.808	55 %	12.116	59 %
Ökonomisches Kapitulimit ²	10.000	65 %	10.000	71 %
Ökonomische Kapitalbindung	6.447		7.126	
Davon:	0		0	
Diversifikationseffekte	-663		-483	
Adressenausfallrisiko	3.969		3.692	
Marktpreisrisiko	1.948		2.341	
Beteiligungsrisiko	38		43	
Operationelles Risiko	588		655	
Developmentrisiko	122		153	
Immobilienrisiko	131		121	
Sonstige Risiken ³	314		604	

¹ Konfidenzniveau 99,9%/1 Jahr.

² Die einzelnen Risikoarten sind über ÖKap-Limits limitiert.

³ Sonstige Risiken (insbesondere Reputations-, Geschäfts- und Modellrisiken).

Die Risikodeckungsmasse hat sich gegenüber dem Jahresende 2019 um 0,3 Mrd. EUR auf 11,8 Mrd. EUR verringert. Die Reduktion resultiert im Wesentlichen aus den Bestandsfälligkeiten und erwarteten Fälligkeiten für Stille Einlagen und Genussrechten über einen Zeitraum von einem Jahr. Demgegenüber werden nachrangige Verbindlichkeiten und das AT1-Kapital gemäß den Vorgaben des ICAAP-Leitfadens der EZB nicht für die Risikodeckungsmasse berücksichtigt, während für die regulatorische Perspektive diese Kapitalgattungen weiterhin uneingeschränkt als regulatorische Eigenmittel anerkannt sind.

Ausgehend vom Jahresende 2019 hat sich die ökonomische Kapitalbindung in Summe um 0,7 Mrd. EUR verringert. Die Reduzierung im Marktpreisrisiko resultiert aus methodischen Optimierungsmaßnahmen, die eine Risikoüberzeichnung beseitigt haben. Im Rahmen einer weiteren methodischen Weiterentwicklung wurden die zinsabhängigen Komponenten des Pensionsrisikos als bisheriger Bestandteil der Sonstigen Risiken vollständig im Marktpreisrisiko abgebildet, die verbleibenden zinsunabhängigen Bestandteile (z. B. Veränderung der Sterblichkeit der Mitarbeiter) wurden als unwesentlich eingestuft. Die aufgeführten Verbesserungen bei der Ermittlung des Marktpreisrisikos überkompensieren den Anstieg aus der Integration der Pensionsrisiken. Eine weitere Entlastung ist auf die überarbeitete Methodik für den Diversifikationseffekt zwischen den Risikoarten zurückzuführen. Gegenläufig wirkt insbesondere der erstmalige Ausweis der Konzernkonzentration im Adressenausfallrisiko (bisheriger Ausweis unter Sonstige Risiken).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns während des gesamten Geschäftsjahres 2020 zu den Berichtsstichtagen gegeben war. Auch die i. S. d. dauerhaften Überlebensfähigkeit geforderte Stressresistenz war gewährleistet.

Das ökonomische Kapitulimit auf Konzernebene wurde zu den Berichtsstichtagen eingehalten.

Details zu den regulatorischen Kennzahlen sind im Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage, den Notes bzw. im Kapitel Liquiditätsrisiken aufgeführt.

Die möglichen weiteren Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die ökonomischen und regulatorischen Kennzahlen der LBBW werden im Rahmen von Stressszenarien regelmäßig analysiert und thematisiert.

Aufgrund der dynamischen Entwicklung der Ausbreitung der Corona-Pandemie ist eine exakte Prognose jedoch nur sehr eingeschränkt möglich.

Im Adressenausfallrisiko kam es im abgelaufenen Geschäftsjahr in einzelnen Branchen zu Portfolioverschlechterungen, weitere negative Einflüsse auf das Portfolio werden erwartet. Die im ersten Halbjahr 2020 durch die Corona-Pandemie hervorgerufenen Marktvolatilitäten hatten bis dato keine Auswirkungen auf das ökonomische Kapital im Marktpreisrisiko, da im Modell eine Parametrisierung auf Krisenvolatilitäten einberechnet ist. Entsprechende Wirkungen zeigten sich jedoch im Value at Risk für Marktrisiken. Einzelne Risikomanagementmethoden wurden aufgrund aufsichtlicher Erleichterungen im Zuge der Pandemie angepasst. Weitere Informationen sind in den folgenden Kapiteln dargestellt.

Eine Einwertung des Sachverhalts auf die Liquiditätssituation der LBBW ist im Kapitel Liquiditätsrisiken aufgeführt.

Risikoarten¹

Adressenausfallrisiko

Definition

Mit dem übergeordneten Begriff Adressenausfallrisiko wird das Verlustpotenzial bezeichnet, das daraus resultiert, dass Geschäftspartner nicht mehr in der Lage sind, ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ein Adressenausfallrisiko kann sowohl über direkte Vertragsbeziehungen (z. B. Kreditgewährung, Kauf eines Wertpapiers) als auch indirekt, z. B. über Absicherungsverpflichtungen (insbesondere Garantiegewährung, Verkauf von Absicherung über ein Kreditderivat), entstehen.

Die wesentlichen Ausprägungen dieses Risikos werden nachfolgend definiert und kurz erläutert.

Kreditrisiko

Der oft auch synonym zu Adressenausfallrisiko verwendete Begriff Kreditrisiko bezeichnet hier das Adressenausfallrisiko aus dem Kreditgeschäft, d. h. aus der Gewährung von Krediten und der Absicherung der Kreditvergabe Dritter (z. B. über Garantien).

Emittentenrisiko

Unter dem Begriff Emittentenrisiko wird das Adressenausfallrisiko gefasst, das aus Wertpapieren resultiert. Einbezogen in die Betrachtung sind sowohl der direkt gehaltene Wertpapierbestand als auch über Derivate referenzierte Wertpapiere (insbesondere über Kreditderivate).

Kontrahentenrisiko

Kontrahentenrisiko bezeichnet das Adressenausfallrisiko aus Finanztransaktionen (insbesondere derivativen Geschäften), das dadurch entsteht, dass der Vertragspartner (Kontrahent) nicht mehr in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Situation können zum einen beim Schließen der dadurch offen gewordenen Position Kosten anfallen (sog. Wiedereindeckungsrisiko), zum anderen besteht das Verlustpotenzial, dass gegenüber dem Kontrahenten Vorleistungen erbracht wurden, ohne dass der Kontrahent die entsprechende Gegenleistung erbringt (sog. Vorleistungs-, Erfüllungs- bzw. Settlement-Risiko).

Länderrisiko

Als Länderrisiko wird das Adressenausfallrisiko bezeichnet, das dadurch entsteht, dass aufgrund von kritischen politischen oder ökonomischen Entwicklungen in einem Land (oder einer ganzen Region) der Devisentransfer nicht oder nur noch in eingeschränktem Umfang möglich ist (sog. Transferrisiko).

Sicherheitenrisiko

Das Sicherheitenrisiko ist kein direktes Adressenausfallrisiko, sondern bezeichnet das Potenzial, dass zur Reduktion vom Adressenausfallrisiko erhaltene Sicherheiten an Wert verlieren, insbesondere dann, wenn dies systematisch geschieht (z. B. durch Verwerfungen auf Immobilienmärkten).

Adressenausfallrisikomanagement

Das Management des Adressenausfallrisikos wird in der LBBW als ganzheitlicher Prozess gelebt und kann in die drei Hauptbestandteile Risikomessung, Risikoüberwachung und -reporting sowie Risikosteuerung eingeteilt werden.

1 Informationen zur ökonomischen Kapitalbindung der einzelnen Risikoarten sind im Kapitel Risikolage LBBW-Konzern enthalten.

Risikomessung

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium an quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer regelmäßigen und bei Bedarf Ad-hoc-Qualitätskontrolle und werden bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren

Für alle relevanten Geschäftsaktivitäten hat die LBBW spezifische Rating- und Risikoklassifizierungsverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) der einzelnen Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt. Die Pflege dieser Verfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Beteiligung der Landesbanken) bzw. der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands) durchgeführt.

Der überwiegende Teil des Portfolios wird mit internen Ratingverfahren beurteilt, die von der Bankenaufsicht die Zulassung für den Internal Rating Based Approach (IRBA) erhalten haben. Damit werden die Ratingnoten nicht nur zur internen Steuerung, sondern auch zur Bemessung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen verwendet.

Sicherheitenbewertung

Ausgangspunkt für die Sicherheitenbewertung ist der Marktwert, der turnusgemäß sowie anlassbezogen überprüft und bei Änderung bewertungsrelevanter Faktoren angepasst wird. Aufbauend auf der individuellen Sicherheitenbewertung erfolgt die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Diesbezüglich werden differenzierte Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Pooldaten.

Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls

Während zu Reportingzwecken ein stichtagsbezogenes Exposure (Exposure at Default, EaD) verwendet wird, wird für die Credit-Value-at-Risk-Ermittlung und für die Linienanrechnung, z. B. bei Derivaten, ein potenzielles zukünftiges Exposure kalkuliert. Dieses wird überwiegend auf Basis von Marktwerten und entsprechenden Add-ons ermittelt. In der Add-on-Berechnung werden neben der Restlaufzeit, die Produktart und Marktfaktoren (Zins, Währung etc.) berücksichtigt. Nettingvereinbarungen und Collateral Agreements werden zur Risikoreduzierung eingesetzt. Bei den Emittentenrisiken des Handelsbuchs werden für die Bestimmung der Anrechnungsbeträge auf das jeweilige Limit die Ausgleichszahlungen sowie die tatsächlichen Marktwertverluste eines potenziellen Ausfalls berücksichtigt (Jump-to-Default-Methode). Für Emittenten- bzw. Referenzschuldnerisiken aus Wertpapieren und Beständen des Anlagebuchs werden die (modifizierten) Nominalwerte verwendet.

Erwartete Verluste, Wertberichtigungen und Credit Value Adjustment

Der erwartete Verlust (Expected Loss, EL) – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. Darüber hinaus ist das Konzept des erwarteten Verlusts zentraler Bestandteil der Risikovorsorge-Rechnung gemäß IFRS 9 (siehe auch Note 20 »Risikovorsorge«).

Der Marktpreis des Kontrahentenrisikos von zum Fair Value bilanzierten OTC-Derivaten wird mit dem sog. Credit Value Adjustment (CVA) gemessen. Dieses geht als Bewertungsanpassung in die GuV der LBBW ein. Hierbei wird sowohl die Bonität des Kontrahenten als auch die Bonität der LBBW berücksichtigt.

Credit Value at Risk

Der Credit Value at Risk (CVaR) ist der unerwartete Verlust des Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Zur Ermittlung wird ein Kreditportfoliomodell verwendet, das neben den Ausfällen auch Ratingmigrationen einbezieht. Die Berechnung erfolgt in einem Monte-Carlo-Simulationsansatz und berücksichtigt Korrelationen zwischen den Kreditnehmern ebenso wie Konzentrationen auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene.

Die Maßzahl CVaR wird als Ökonomisches Kapital für Adressenausfallrisiken in der Risikotragfähigkeitsanalyse und in der Steuerung der LBBW verwendet. Sie ist wie das Ökonomische Kapital auf dem Konfidenzniveau von 99,9 % und auf einem Zeithorizont von einem Jahr definiert.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen werden u.a. anhand des CVaR gemessen bzw. über die freie Risikodeckungsmasse des LBBW-Konzerns begrenzt. Die Konzentrationsrisikoschwellen und das Konzentrationslimit werden sowohl für Einzeladressen als auch auf Branchenebene durch das Konzernrisikocontrolling vorgeschlagen und durch den Vorstand festgelegt. Die Schwellenwerte und das Limit werden in Abhängigkeit der Entwicklung des Kreditportfolios sowie der Risikotragfähigkeit regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

Stresstests

Im Rahmen von Stresstests untersucht die LBBW die Auswirkungen von adversen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen auf die wesentlichen Performance-Größen des Kreditportfolios (z.B. CVaR, RWA und Risikovorsorge). Dabei werden die möglichen Auswirkungen der simulierten Entwicklung in negative Veränderungen der zentralen Kreditrisikoparameter (PD, LGD und Korrelationen) der im relevanten Portfolio enthaltenen Geschäfte übersetzt.

Risikoüberwachung und -reporting

Einzelengagementebene

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzelengagements sind die Marktfolgebereiche als Teil der ersten Verteidigungslinie zuständig. Diese sind gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen organisatorisch von den Markteinheiten getrennt. In der Marktfolge werden eindeutige Zuständigkeiten und angemessene Erfahrung und Fachkenntnisse durch eine kunden- bzw. branchenspezifische Aufbauorganisation sichergestellt. Kreditentscheidungen werden in einem System abgestufter Kompetenzen vorgenommen, die in der Entscheidungsordnung der Bank geregelt sind.

Im Rahmen der Risikoüberwachung kontrollieren die zuständigen Risikomanager die Entwicklung bonitätsrelevanter Informationen sowie laufend systemgestützt die Einhaltung der eingeräumten Linien. Hierzu gehören die Überwachung von Auffälligkeiten im Kontoverhalten, Bewertung von Unternehmensnachrichten sowie das Beobachten von makroökonomischen und branchenspezifischen Trends. Bei börsennotierten Unternehmen kommt zusätzlich ein marktdatenbasiertes System zum Einsatz.

Zur Risikofrüherkennung existiert ein System aus prozessualen Regelungen und systemgenerierten Signalen, deren Zielsetzung insgesamt das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen ist.

Durch das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen, wie z.B. Erhöhung der Sicherheiten oder präventive Umstrukturierung, eingeleitet werden. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die risikoauffälligen und problembehafteten Engagements in Beobachtungs-, Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und in den zuständigen Marktfolgebereichen betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Portfolioebene

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt im von Markt- und Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling als Teil der zweiten Verteidigungslinie. Die Auslastung des ÖKap-Limits und der gesetzten Exposure- und CVaR-Limits für Branchenrisiken werden monatlich im Rahmen des Gesamtrisikoberichts dokumentiert. Hohe Limitauslastungen werden jeweils frühzeitig durch ein Ampelsystem angezeigt. Die Einhaltung der Länderlimits wird täglich über das globale Limitsystem der Bank überwacht. Bei einer hohen Länderlimit-Auslastung erfolgt eine Warnmitteilung an die tangierten Markt- und Marktfolgebereiche.

Zur Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende Überziehungen und außergewöhnliche Ereignisse implementiert.

Als wichtigste turnusmäßige Berichte sind zu benennen:

- Der monatlich im Risikokomitee vorgestellte Gesamtrisikobericht mit Angaben zur Risikolage auf Portfolioebene und zur Einhaltung der wesentlichen Limitierungen sowie über Ratingverteilungen, Größenklassen und Risikokonzentrationen. Im Kontext von Portfolioanalysen wird ergänzend, z.B. über die Risikosituation einzelner Branchen, berichtet. Pro Quartal sind zusätzlich Detailinformationen, wie z.B. die Neugeschäftsentwicklung, enthalten.
- Der halbjährliche ausführliche Branchenbericht mit detaillierten Angaben zur Branchensituation, Portfoliostruktur und zu bedeutenden Kunden je Branche.

Risikosteuerung

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostategie, durch die ÖKap-Allokation auf Sub-Portfolios mithilfe des CVaR sowie die Vermeidung bzw. Reduzierung von Konzentrationsrisiken auf Branchen-, Länder- und Einzelkontrahentenebene.

Einzelengagementebene

Grundsätzlich werden die Obergrenzen auf Ebene der Einzelengagements unter Beachtung des Konzentrationslimits individuell durch den jeweils zuständigen Kompetenzträger von Markt und Marktfolge festgelegt. Auf diese Obergrenze werden alle risikorelevanten Geschäfte eines Kunden bzw. einer Kreditnehmereinheit oder Gruppe verbundener Kunden angerechnet. Wesentlicher Bestandteil der Einzelgeschäftssteuerung ist die Einhaltung der quantitativen und qualitativen Vorgaben der Kreditrisikostategie. Hier werden auf Basis der Geschäftsstrategie sowie unter Berücksichtigung der Konzernrisikostategie die Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer sich das Kreditgeschäft in der LBBW bewegen soll. Auf der Vermeidung von Konzentrationsrisiken liegt dabei ein besonderes Augenmerk.

Aus ökonomischer Sicht ist der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss, weshalb grundsätzlich die Pflicht zur Vorkalkulation der Einzelgeschäfte besteht. Die Vorkalkulation umfasst neben dem Einstandszinssatz und der Bankenabgabe Bestandteile zur Deckung des erwarteten Verlusts (Risikospanne), zur Verzinsung des aufgrund unerwarteter Verluste vorzuhaltenden Eigenkapitals (Kapitalspanne) sowie zur Deckung der Liquiditäts- und Bearbeitungskosten. Die Ergebnisse sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Kundenebene.

Teil-Portfolioebene

Maßnahmen zur Risikosteuerung unterscheiden sich in Abhängigkeit der jeweiligen Teil-Portfolioebene:

- Länderlimits werden vom Vorstand auf Basis eines Vorschlags des Länderlimit-Ausschusses festgelegt. Bei einer Überziehung wird ein Geschäftsstopp verhängt, bei Verschlechterung der Länderbonität werden Limits reduziert und/oder ausgesetzt.
- Branchenlimits werden vom Vorstand auf Grundlage der Risikotragfähigkeit festgelegt. Die Festlegung erfolgt branchenindividuell unterhalb von absoluten Konzentrationsgrenzen. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette Branchensegmente mit hohen wirtschaftlichen Abhängigkeiten zusammenfasst. Die Limitierung löst bei Überschreiten definierter Schwellenwerte steuernde Maßnahmen aus, wie z. B. den Abschluss risikomindernder Sicherungsgeschäfte, einen Neugesäftsstopp etc.
- Auf Ebene der Geschäftsfelder bzw. Teil-Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch Maßnahmen zur Einhaltung der Portfoliovorgaben der Kreditrisikostategie, u. a. in Bezug auf Obergrenzen, Ratingstrukturen und die Portfolioqualität.

Gesamt-Portfolioebene

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere das Limit für das Ökonomische Kapital für Adressenausfallrisiken auf Basis des CVaR auf die Branchen allokiert. Dabei werden neben den Risikoparametern (insbesondere Vermeidung von Konzentrationsrisiken) auch die strategischen Ziele der LBBW zur Entwicklung des Kreditportfolios angemessen berücksichtigt. Bei hoher Limitauslastung werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell existenzgefährdende Risikokonstellationen, die ggf. Maßnahmen notwendig machen.

Risikolage des LBBW-Konzerns

Vorbemerkung

Die quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Die Risikolage der LBBW wird somit mit den Zahlen dargestellt, die auch der internen Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien zugrunde liegen. Der Managementansatz weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Ursachen hierfür sind insbesondere die Darstellung unter Risikogesichtspunkten sowie Abweichungen vom bilanziellen Konsolidierungskreis. In der internen Risikosteuerung werden als Tochterunternehmen die SüdLeasing-Gruppe und die LBBW México Sofom konsolidiert abgebildet.

Die in den folgenden Darstellungen maßgebliche Größe ist das Brutto- bzw. Netto-Exposure. Hierbei ist das Brutto-Exposure als Marktwert bzw. Inanspruchnahme zuzüglich offener externer Kreditzusagen definiert. Im Netto-Exposure werden ergänzend risikoreduzierende Wirkungen berücksichtigt. Hierzu gehören z. B. Netting- und Collateralvereinbarungen, die Sicherungswirkung durch Kreditderivate oder die Anrechnung klassischer Kreditsicherheiten, wie z. B. Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten, Garantien oder Bürgschaften.

Zusätzlich zu den folgenden Tabellen wurden im Rahmen der Angabepflichten gemäß IFRS 7 ausführliche Übersichten nach Ratingklassen, Branchen und Regionen in Note 30 (»Adressenausfallrisiko«) aufgenommen.

Entwicklung des Exposure

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der beiden Exposure-Größen sowie der risikoreduzierenden Wirkungen im Stichtagsvergleich.

Ausfallrisiko und Wirkung risikoreduzierender Maßnahmen

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Brutto-Exposure	389.452	353.332
Netting/Collateral	123.076	98.911
Kreditderivate (Protection Buy)	5.378	6.620
Klassische Kreditsicherheiten	42.242	41.776
Netto-Exposure	218.756	206.025

Differenzen ergeben sich durch Rundung.

Das Brutto-Exposure betrug zum 31. Dezember 2020 389 Mrd. EUR und ist damit rund 36 Mrd. EUR höher als zum Jahresende 2019, insbesondere auch getrieben durch die Marktwertentwicklung bei Zinsderivaten. Durch die gleichzeitige Erhöhung der risikoreduzierenden Wirkungen aus Netting- und Collateralvereinbarungen und trotz eines Rückgangs bei Kreditderivaten (Protection Buy) schlägt sich die Erhöhung nicht vollständig im Netto-Exposure nieder. Das Netto-Exposure erhöhte sich um 13 Mrd. EUR bzw. 6 % auf 219 Mrd. EUR.

Die folgenden Darstellungen zu Portfolioqualität, Branchen und Regionen geben einen Überblick über die relevanten Aspekte der Risikolage der LBBW. Dabei wird auf das Netto-Exposure abgestellt.

Portfolioqualität

Ratingcluster (interne Ratingklassen)

	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
Netto-Exposure	31.12.2020	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2019
1(AAAA)	32.469	14,8	26.886	13,1
1(AAA) - 1(A-)	101.581	46,4	103.326	50,2
2 - 5	63.149	28,9	53.873	26,1
6 - 8	12.859	5,9	14.876	7,2
9 - 10	3.943	1,8	2.791	1,4
11 - 15	1.927	0,9	1.558	0,8
16 - 18 (Ausfall) ¹	981	0,4	949	0,5
Sonstige ²	1.848	0,8	1.767	0,9
Insgesamt	218.756	100,0	206.025	100,0

Differenzen ergeben sich durch Rundung. Den Prozentangaben liegen die genauen Werte zugrunde.

¹ Im »Ausfall« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß CRR Art. 178, wie z. B. Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder 90 Tage Zahlungsverzug, eingetreten ist. Das Netto-Exposure wird vor Berücksichtigung der Risikovorsorge dargestellt.

² Non-rated-Geschäfte, insbesondere Ratingverzicht.

Der Investmentgrade-Anteil (Ratings 1(AAAA) bis 5) erhöhte sich zum 31. Dezember 2020 leicht auf 90,1 % (Vorjahr: 89,4 %) insbesondere durch Exposure-Erhöhung bei guten Bonitäten und trotz Migrationen in schlechtere Ratingcluster. Entsprechend hat sich der Portfolioanteil in Non-Investmentgrade (Ratings 6 bis 15) auf 8,6 % (Vorjahr: 9,3 %) reduziert. In der besten Ratingklasse 1(AAAA) sind vor allem inländische öffentliche Haushalte enthalten. Das Non-performing Exposure beläuft sich auf 0,4 % des Gesamtportfolios.

Bedingt durch die Corona-Pandemie kam es im Laufe des Geschäftsjahres 2020 zu Ratingverschlechterungen und in einzelnen Branchen war ein Anstieg des Non-performing Exposure zu verzeichnen. Das wirtschaftliche Umfeld hat sich spürbar verschlechtert und die weitere Entwicklung bleibt unsicher. Engagements werden verstärkt eng betreut. Die LBBW hat sich mehreren Moratorien von Kreditverbänden angeschlossen und von der Pandemie betroffenen Kunden Zahlungsaufschübe gewährt. In der Risikobeurteilung unserer Kunden wurden die gemäß der Guideline 2020/02 der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) definierten Prozess erleichterungen für Kreditnehmer, die an einem Moratorium teilgenommen haben, in Anspruch genommen.

Branchen

Die Darstellung der Branchen nach den Dimensionen Netto-Exposure, Credit Value at Risk (CVaR) und Ausfall-Bestand gibt Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit und die Risikolage in der jeweiligen Branche. Die Brancheneinteilung erfolgt auf Grundlage des LBBW-internen risikoorientierten Branchenschlüssels.

Branchen

Mio. EUR	Netto-Exposure 31.12.2020	CVaR 31.12.2020	Netto-Exposure im Ausfall 31.12.2020	Netto-Exposure 31.12.2019	CVaR 31.12.2019	Netto-Exposure im Ausfall 31.12.2019
<i>Financials</i>	94.516	924	20	89.219	917	28
<i>Unternehmen</i>	82.889	1.903	916	79.846	1.807	863
Automobil	10.943	445	411	11.862	371	346
Bauwirtschaft	7.754	176	61	7.262	157	67
Chemie & Rohstoffe	6.293	176	50	6.942	143	76
Davon: Chemie	2.923	98	0	3.185	64	0
Davon: Rohstoffe	3.370	78	50	3.757	79	76
Handel & Konsumgüter	13.582	274	147	12.812	299	157
Davon: Verbrauchsgüter	9.627	170	30	8.950	178	31
Davon: Gebrauchsgüter	3.955	104	117	3.862	120	126
Industrie	9.855	187	112	9.920	210	88
Pharma & Gesundheitswesen ¹	4.796	85	4	4.468	82	8
TM & Elektronik/IT ¹	7.140	131	28	6.541	127	22
Transport & Logistik	6.378	210	15	5.790	134	10
Versorger & Energie ¹	8.876	139	68	8.060	199	42
Davon: Versorger & Entsorger	5.041	63	32	4.375	90	35
Davon: Erneuerbare Energien	3.835	76	37	3.685	109	8
Sonstige	7.273	80	19	6.189	86	46
<i>Immobilien</i>	12.920	381	24	12.223	357	36
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	8.556	259	19	8.883	296	31
Wohnungswirtschaft	4.364	122	5	3.340	61	6
<i>Öffentliche Haushalte</i>	22.283	146	0	19.033	152	0
<i>Privatpersonen</i>	6.147	62	20	5.705	100	22
Insgesamt	218.756	3.417	981	206.025	3.332	949

Differenzen ergeben sich durch Rundung.
1 Fokusbranchen.

Financials stellen mit einem Netto-Exposure von 95 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2020 die größte der fünf Hauptbranchen dar. Der Anstieg um 5 Mrd. EUR im Vergleich zum Jahresende 2019 resultiert im Wesentlichen aus einer Erhöhung bei Zentralbanken.

Im Unternehmensportfolio haben im Geschäftsjahr 2020 vor allem die Branchen Versorger & Energie, Handel & Konsumgüter, TM & Elektronik/IT sowie Transport & Logistik zur Netto-Exposure-Erhöhung um insgesamt 3 Mrd. EUR auf 83 Mrd. EUR beigetragen. Der Anteil der Fokusbranchen der LBBW am Unternehmensportfolio konnte auf 25 % (Vorjahr: 24 %) ausgebaut werden. Die Branche Automobil ist eine aus Portfoliosicht bedeutende Unternehmensbranche und wird daher intensiv unter dem Aspekt der Steuerung von Branchenkonzentrationen überwacht. Das Automobilportfolio wurde im Geschäftsjahr 2020 weiter reduziert.

Das Netto-Exposure bei Immobilien erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 Mrd. EUR auf 13 Mrd. EUR. Das Portfolio ist auf die strategischen Standorte verteilt.

Bei öffentlichen Haushalten hat sich das Netto-Exposure im Vergleich zum Jahresende 2019 um 3 Mrd. EUR auf 22 Mrd. EUR erhöht. Erhöhungen ergaben sich gegenüber inländischen wie auch ausländischen öffentlichen Haushalten.

Das Portfolio der Privatpersonen liegt mit einem Netto-Exposure i. H. v. 6 Mrd. EUR auf Niveau des Vorjahres und zeichnet sich durch eine besonders hohe Granularität aus.

Die überwiegende Kundenanzahl entfällt auf Engagements mit einem Netto-Exposure bis 10 Mio. EUR Netto-Exposure. Unter den Engagements darüber hinaus sind auch einige wenige mit einem Netto-Exposure ab 500 Mio. EUR Netto-Exposure. Zum 31. Dezember 2020 beinhaltet das Portfolio auch zwei Großengagements (Einzelengagements mit einem Netto-Exposure über 3 Mrd. EUR). Es handelt sich dabei ausschließlich um sehr gute Bonitäten in der Ratingklasse 1(AAAA).

Regionen

Geografische Verteilung

Netto-Exposure in %	Anteil 31.12.2020	Anteil 31.12.2019
Deutschland	65,2	67,7
Westeuropa (ohne Deutschland)	21,9	22,3
Nordamerika	7,0	5,1
Asien/Pazifik	3,6	2,9
Sonstige ¹	2,1	2,1
Insgesamt	100,0	100,0

Differenzen ergeben sich durch Rundung. Den Prozentangaben liegen die genauen Werte zugrunde.

¹ Sonstige Regionen und Geschäfte ohne Länderzuordnung (z. B. Geschäfte mit supranationalen Institutionen).

Der Anteil des inländischen Geschäfts am Netto-Exposure betrug 2020 65,2 %. Die grundsätzliche Verteilung nach Regionen war weitgehend konstant. Die Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank werden auch zukünftig einen dominierenden Deutschland-Anteil sicherstellen. Die Auslandsengagements verteilen sich insbesondere auf Westeuropa und Nordamerika.

Marktpreisrisiken

Definition

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW potenzielle Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren.

Folgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko ist zurückzuführen auf Aktien- bzw. Indexkursbewegungen und ggf. Aktien- bzw. Indexvolatilitäten.

Zinsrisiko

Das Zinsrisiko beruht auf Änderungen von Marktzinsen, Zins-Spreads, Credit Spreads oder auch Zinsvolatilitäten. Dies beinhaltet auch die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch (IRRBB) inklusive der Zinsrisiken aus Pensionsverpflichtungen.

Währungs-/Rohwarenrisiko

Das Währungsrisiko beruht auf der Entwicklung von Wechselkursen. Das Rohwarenrisiko basiert auf der Änderung von Edelmetallkursen und Rohwarenpreisen.

Risikomessung

Risikomodell

In der LBBW wird das Marktrisiko über Value-at-Risk-Prognosen abgebildet. Der Value-at-Risk (VaR) lässt sich im Rahmen eines stochastisch-mathematischen Modells bestimmen. Dieses leitet aus einer Verteilung der Marktfaktoren, einer darauf aufbauenden Bewertung und ggf. entsprechenden Vereinfachungen eine Portfoliowertverteilung ab. Hieraus wird der VaR als größtmöglicher Verlust unter dem vorgegebenen Konfidenzniveau bestimmt.

Die Messung erfolgt mit einem intern entwickelten Verfahren, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. Dabei werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Die Marktdatenzeitreihen der letzten 250 Handelstage gehen gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzmatrix ein.

Das Risikomodell ist für allgemeine Zins- und Aktienrisiken zur Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken des Handelsbuchs¹ aufsichtsrechtlich abgenommen.

Die Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren und Schuldscheinen werden auf Basis von rating- und branchenabhängigen Zinskurven sowie CDS-Spreads zur Abbildung von emittentenspezifischen Risiken bewertet.

Darüber hinaus wird das Modell auch für die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung verwendet. Hierzu wird der VaR in einem signifikanten Stresszeitraum auf ein risikoartenübergreifendes Parameterset bezüglich Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert.

1 Handelsbuch ohne Fonds, die nicht transparent abgebildet werden.

In der LBBW kommen konkret folgende VaR-Ausprägungen zur Anwendung:

- Interne Steuerung und Backtesting-Analysen: Konfidenzniveau von 99 % und ein Tag Haltedauer.
- Aufsichtsrechtliche/regulatorische Zwecke: Konfidenzniveau von 99 % und zehn Tage Haltedauer.
- Strategische Steuerung/ÖKap/Risikotragfähigkeit: Konfidenzniveau von 99,90 % und 250 Tage Haltedauer.

Die im Modell ermittelten Marktpreisrisiken werden konsistent sowohl für die Handelsportfolios als auch für die Positionen des Anlagebuchs quantifiziert.

Stresstesting

Vervollständigt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stressszenarien für das Handels- und Anlagebuch. Mittels Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kursverläufe und Spread-Veränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte synthetische als auch historische Marktbewegungen zurück. Die Szenarien dienen dazu, extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR nicht in dezidiert Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet. Die Stresssimulationen sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Stressszenarien eingebunden und damit für die Risikotragfähigkeit relevant.

In den wöchentlichen Stressed-VaR-Rechnungen wird statt der letzten 250 Handelstage ein Beobachtungszeitraum zugrunde gelegt, der einen signifikanten Stresszeitraum umfasst. Die Berechnungen gehen sowohl in die Eigenmittelunterlegung des Handelsbuchs nach internem Modell ein als auch in die Ermittlung des ökonomischen Kapitalbedarfs für Marktpreisrisiken ein. Der Stresszeitraum wird mindestens jährlich überprüft.

Die Überwachung der Risikokonzentration wird monatlich durchgeführt und erfolgt mittels Sensitivitätsanalysen und anhand von VaR-Betrachtungen.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells

Das Modell wurde in 2020 optimiert und an neue Marktgegebenheiten angepasst. Optimierungen wurden im Bereich Zins-, Aktien- und Credit-Spread-Risiko vorgenommen. Dadurch konnten auch neue Produktvarianten in das Risikomodell integriert werden.

Validierung des Risikomodells

Das Marktrisikomodell der LBBW unterliegt einem umfangreichen Validierungsprogramm, in dem mögliche Modellrisiken in der Stochastik der Marktfaktoren (u. a. Verteilungsmodell, Risikofaktormodell), in den implementierten Bewertungsverfahren sowie in den relevanten Marktdaten identifiziert und anhand maßgeschneiderter Validierungsanalysen in ihrer Materialität bemessen werden. Die Validierungsanalysen werden innerhalb des Bereichs Konzernrisikocontrolling durch die Organisationseinheit Modellrisiko und Validierung durchgeführt. Diese ist organisatorisch unabhängig von der Modellentwicklung. Eine besondere Bedeutung innerhalb des Validierungsprogramms kommt dem täglichen Backtesting zu, in dem ein statistischer Rückvergleich der Risikoprognosen mit hypothetischen Änderungen des Portfoliowerts (Clean-Backtesting) und tatsächlichen Änderungen des Portfoliowerts (Dirty-Backtesting) durchgeführt wird. Sollten im Rahmen der Validierung wesentliche Modellrisiken offenbar werden, so werden diese den Modellentwicklern und Berichtsempfängern transparent gemacht, sodass zeitnah erforderliche Modelloptimierungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Risikoüberwachung und -reporting

Die Auslastung der Limits und die Einhaltung der u. a. in den Portfoliosteckbriefen detaillierten Risikostrategie werden im Konzernrisikocontrolling als Teil der zweiten Verteidigungslinie überwacht und dem Gesamtvorstand berichtet. Die Berichterstattung umfasst im Einzelnen:

- Tagesbericht mit der Übersicht über die Ergebnis- und Risikoentwicklung,
- Stresstestbericht, der wöchentlich die Auswirkungen der Stressszenarien enthält,
- Gesamtrisikobericht, der monatlich erstellt wird und detaillierte Informationen über Risiko- und Ertragsentwicklung, Risikokonzentration, Ökonomisches Kapital und die Überwachung des ÖKap-Limits beinhaltet.

Risikosteuerung

Grundsätzliches Steuerungsziel für die Marktbereiche ist die Erwirtschaftung von IFRS-Ergebnis. Die Detaillierung dieses Ziels erfolgt über ein in der Mittelfristplanung durch den Vorstand fixiertes gesamtheitliches Kennzahlenset, welches auf die Geschäftsfelder heruntergebrochen wird und die Basis für das Reporting bildet.

Die Marktpreisrisikostrategie dokumentiert hierbei den strategischen Rahmen im LBBW-Konzern und ist aus der Geschäftsstrategie sowie der Konzernrisikostrategie abgeleitet. Die Konzernrisikostrategie enthält übergeordnete Vorgaben zum Eingehen von Marktpreisrisiken die z. B. in den Leitsätzen zur Risikonahme formuliert sind. Die Vorgaben zur aktiven Steuerung der wesentlichen Portfolios der LBBW sind, anknüpfend an die Marktpreisrisikostrategie, in Portfoliosteckbriefen dokumentiert.

Die quantitative Marktpreisrisikosteuerung im LBBW-Konzern ist durch die Festlegung des ÖKap-Limits für Marktpreisrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch den Vorstand begrenzt. Der sog. Loss-Warning-Trigger dient als Indikator für Marktwertverluste der ökonomischen P&L und damit einhergehend einer Reduktion der Risikodeckungsmasse. Die Loss-Warning-Trigger auf Bereichs- bzw. Segmentebene werden mindestens jährlich unter Berücksichtigung der Risikotoleranz durch den Vorstand vorgegeben. Die Verteilung auf die darunterliegenden Portfolios wird durch die zuständigen Kompetenzträger vorgenommen.

Für die strategische Steuerung und die monatliche Anrechnung auf das ÖKap-Limit im strategischen Limitsystem erfolgt die Ermittlung des relevanten VaR-Betrags. Soweit für materielle Risiken eine vollständige Quantifizierung der Risiken nicht möglich ist, werden entsprechende Puffer oder Reserven angesetzt.

An das ÖKap-Limit gekoppelt sind differenzierte VaR-Portfoliolimits und Sensitivitätenlimits. Zusammen mit den Loss-Warning-Trigger legen diese gemeinsam mit den Teilstrategien den risikobezogenen Handlungsrahmen der marktrisikotragenden Einheiten fest. Diese werden vom Konzernrisikocontrolling überwacht und erforderlichenfalls eskaliert. Die Verantwortlichkeiten sind über die Escalation Policy festgelegt.

Risikolage des LBBW-Konzerns

Entwicklung der Marktpreisrisiken

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2020 im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Der Loss-Warning-Trigger für den LBBW-Konzern, das Anlagebuch und das Handelsbuch wurde im Geschäftsjahr 2020 nicht überschritten.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei von den Positionen im Anlagebuch des Treasury dominiert. Diese sind maßgeblich Credit-Spread-Risiken aus Wertpapieren zur Liquiditätssteuerung sowie Zins- und Credit-Spread-Risiken aus Pensionsverpflichtungen. Weniger bedeutsam sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie die Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Marktpreisrisiken des LBBW-Konzerns.

VaR 99%/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2020 ¹	31.12.2019
LBBW-Konzern	156	212	97	150	100
Zins-Risiko	84	111	52	98	54
Credit-Spread-Risiko	116	197	76	98	80
Aktienrisiken	8	22	5	7	9
Währungsrisiken ²	3	6	1	5	1

¹ Im Geschäftsjahr 2020 war der 30. Dezember 2020 der letzte Reportingtag.
² Inklusiv Rohwarenrisiken.

Im Jahr 2020 ist der VaR des LBBW-Konzerns deutlich angestiegen. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem Anstieg der Volatilität der in die Risikorechnung eingehenden Marktparameter infolge der Corona-Pandemie und dem Aufbau von Wertpapieren zur Liquiditätssteuerung.

Für das Handelsbuch zeigt sich folgende Entwicklung des VaR im Jahr 2020:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2020 ¹	31.12.2019
LBBW (Bank) Handelsbuch	20	32	12	16	14
Zins-Risiko	8	18	4	5	10
Credit-Spread-Risiko	17	28	9	13	10
Aktienrisiken	8	22	5	7	9
Währungsrisiken ²	3	7	1	5	1

¹ Im Geschäftsjahr 2020 war der 30. Dezember 2020 der letzte Reportingtag.
² Inklusiv Rohwarenrisiken

Das Handelsbuch der LBBW beinhaltet die Positionen des Segments Financial Markets sowie Positionen des Treasury, welche der kurzfristigen Zins- und Liquiditätssteuerung dienen. Das Risiko im Handelsbuch ist zum Stichtag 31. Dezember 2020 im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen.

Ergebnis Backtesting

Bis einschließlich des letzten Berichtstags 30. Dezember 2020 weist das interne Risikomodell für die Clean-P&L für die zurückliegenden 250 Handelstage im CRR-Portfolio, dem für die Eigenkapitalunterlegung relevanten Portfolio, mehrere Ausnahmen auf. Alle Ausnahmen sind auf Marktverwerfungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen. Gemäß aufsichtlicher Genehmigung sind diese Ausnahmen für die Eigenkapitalunterlegung nicht relevant.

Auf Basis der Dirty-P&L war in den zurückliegenden 250 Handelstagen für das nach CRR relevante Portfolio ebenfalls eine Ausnahme durch Marktschwankungen aufgrund der Corona-Pandemie zu verzeichnen. Auch diese Ausnahme ist gemäß der Genehmigung der Aufsicht für die Eigenkapitalunterlegung nicht zu berücksichtigen.

Stresstest

Die LBBW führt regelmäßig vielfältige Stressrechnungen durch. Das maßgebliche Adverse-Case-Szenario für den LBBW-Konzern bildet aktuell eine Staatenkrise ab und umfasst hauptsächlich Veränderungen von Spread-Kurven. Der Stresstest-Wert für den LBBW-Konzern ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen.

Im Rahmen der Durchführung der Stresstests werden auch die Auswirkungen eines Zinsschocks gemäß EBA GL 2018/02 auf das Anlagebuch monatlich ermittelt. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben fordern hierzu, dass das Ergebnis einen Anteil von 20 % des haftenden Eigenkapitals nicht überschreitet. Dieses Limit wurde im Jahr 2020 stets eingehalten.

Marktliquiditätsrisiken

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Bei der Ermittlung des Marktliquiditätsrisikos werden Änderungen der Bid-Ask-Preisspanne in Abhängigkeit der Positionsgröße berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2020 lag das über dieses Modell ermittelte Marktliquiditätsrisiko bei 377 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr hat sich das Marktliquiditätsrisiko um 92 Mio. EUR reduziert.

Liquiditätsrisiken

Definition

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs-(Spread-)Risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungs-Spreads beschreibt.

Risikomessung

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein Survival-Period-Konzept definiert, d. h., es werden durch die Geschäftsleitung Zeitspannen vorgegeben, über welche die LBBW auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahmemöglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll.

Es besteht ein Limitsystem für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand über diverse Zeithorizonte und Währungen sowie Auslastungsprüfungen, die den Refinanzierungsbedarf dem Refinanzierungspotenzial gegenüberstellen.

Zur Ermittlung der Abruf Risiken aus Sichteinlagen, Kreditzusagen und der Besicherung von Derivaten werden für den ökonomischen Steuerungskreis eigenentwickelte Modelle verwendet. Diese Modelle bilden die auch in normalen Marktphasen üblichen Schwankungen der Liquiditätswirkung der unsicheren Zahlungsströme ab und sind gleichzeitig die Basis für Stresstests.

Die Abruf Risiken aus Sicht- und Spareinlagen werden anhand der historisch beobachteten Entwicklungen der Bestände und ihrer Volatilität abgeleitet. Im Zuge einer Modellüberarbeitung im Oktober 2020 konnte eine genauere Abbildung der Risikodiversifikation zwischen den unterschiedlichen Einlageprodukten erreicht werden. Durch die ebenfalls umgesetzte Anpassung der Modellparameter und die Einführung einer automatisierten Modellergebnis-Überwachung wurde zudem die Verteilung der Abruf Risiken auf die jeweiligen Prognosehorizonte verbessert und sichergestellt, dass sich ändernde Marktbedingungen nicht unbemerkt negativ auf die Modellperformance auswirken können.

Bei den Kreditzusagen werden die zukünftigen Inanspruchnahmen anhand ihrer Produktmerkmale, bereits bestehender und geplanter Inanspruchnahmen und des historisch beobachteten Ziehungsverhaltens des jeweiligen Teilbestands abgeschätzt.

Das Modell für die Besicherung von Derivaten basiert auf dem Value-at-Risk Ansatz und bestimmt anhand der für den Derivatebestand relevanten Marktrisikofaktoren die potenziellen Nachschuss-Verpflichtungen der LBBW.

Für die Stressszenarien gem. MaRisk BTR 3 werden die Ergebnisse aus den Abruf Risikomodellen szenariospezifisch um weitere Abruf Risiken ergänzt. Die Ergebnisse der für die interne Steuerung ermittelten Abruf Risiken sind in die Überprüfung der Risikotoleranzvorgabe integriert – hierbei wird untersucht, ob auch unter Stress eine jederzeitige Zahlungsfähigkeit auf mindestens drei Monate gesichert ist.

Die ermittelten Abruf Risiken fließen ebenfalls in die Liquiditätsrisikoermittlung für die übergreifenden MaRisk-Stressszenarien ein.

Für den normativen Steuerungskreis finden die Vorgaben der LCR und NSFR Anwendung.

Die Stressszenarien wie auch die Modellannahmen werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob sie unter den aktuellen Marktgegebenheiten noch angemessen sind. Besteht infolge aktueller Entwicklungen Anpassungsbedarf, wird dieser über das Risiko Komitee an die Geschäftsleitung berichtet und führt nach entsprechender Genehmigung zu zeitnahen Adjustierungen.

Um neu hinzukommende Abruf Risiken oder eine Erhöhung des Risikos aus bekannten, aber bisher immateriellen Abruf Risiken frühzeitig zu identifizieren werden unter anderem im Rahmen des Risikoinventurprozesses Modelle, Annahmen und Wesentlichkeitseinstufungen überprüft und Veränderungen in der Liquiditätsposition, die aus Geschäftsaktivitäten oder Marktveränderungen resultieren, regelmäßig analysiert.

Alle gemäß Risikoinventur wesentlichen Tochtergesellschaften (Risk Management Group) und Conduits werden über die Liquiditätsrisikostategie in einen einheitlichen Rahmen für strategische Festlegungen der Liquiditätsrisikotragenden Aktivitäten überführt. Die Liquiditätsrisiken bei Töchtern und Beteiligungen werden im Rahmen einer regelmäßigen Risikoinventur bewertet und bei entsprechender Wesentlichkeit in den Regelungsrahmen der Risk Management Group überführt, der grundsätzlich dem Regelungsrahmen der LBBW (Bank) entspricht.

Risikoüberwachung und -reporting

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken nach ökonomischer und regulatorischer Sicht ist auf Leitungsebene das Risiko Komitee der LBBW verantwortlich. Es agiert entscheidungsvorbereitend für den Gesamtvorstand. Auf operativer Ebene erfolgt die tägliche Überwachung durch das Liquiditätsrisikocontrolling als Teil der zweiten Verteidigungslinie. Über den monatlichen Gesamtrisikobericht wird im Risiko Komitee ausführlich über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos, wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz, einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests sowie zur Inertagesliquidität berichtet. Zur laufenden Überwachung werden täglich detaillierte Berichte erstellt, die unterschiedliche Teilaspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos – wie beispielsweise eine Disaggregation der Liquiditäts-Gaps nach Währungen – darstellen, und an Empfänger im Konzernrisikocontrolling und Treasury verteilt.

Risikosteuerung

Das zentrale Gremium für die Steuerung der Liquidität und der Refinanzierung ist das monatlich tagende Asset Liability Committee (ALCo). Das ALCo erstellt außerdem im Auftrag des Gesamtvorstands die Refinanzierungsstrategie und Funding-Planung, legt diese dem Gesamtvorstand zum Beschluss vor und überwacht die Umsetzung der Beschlüsse.

Die Entscheidungen des ALCo werden vom Bereich Treasury als Teil der ersten Verteidigungslinie unter der Zielsetzung einer aktiven Ertrags- und Risikooptimierung sowie unter Einhaltung der regulatorischen Vorgaben und der Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz umgesetzt. Die regulatorischen Liquiditätsanforderungen (LCR und ab Mitte 2021 NSFR) sind eng in der operativen Steuerung verankert, werden mithilfe von Prognoserechnungen aktiv gesteuert und fortlaufend überwacht. Die strategischen Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz sind so gestaltet, dass die Zahlungsfähigkeit des Konzerns in Euro und Fremdwährung auch in extremen Marktsituationen sowie im Fall einer deutlichen Verschlechterung der von den Marktteilnehmern wahrgenommenen Bonität der LBBW für einen hinreichend langen Zeitraum gesichert ist. Damit ist auch sichergestellt, dass bei vorübergehenden adversen Entwicklungen ein ausreichendes Zeitfenster für Anpassungen der Geschäftsstrategie und zur Prüfung geschäftspolitischer Alternativen zur Verfügung steht.

Die Methoden zur Ermittlung der internen Liquiditäts-Verrechnungspreise (Funds Transfer Pricing, FTP) werden vom Bereich Treasury in Abstimmung mit dem Risikocontrolling weiterentwickelt. Das ALCo ist verantwortlich für die FTP-Policy, die internen Verrechnungszinssätze (OZ-Sätze) sowie für die Überwachung der Steuerungswirkung von OZ-Sätzen und Pricing-Modellen auf die Geschäftsbereiche und die Liquiditäts- und Refinanzierungslage des Konzerns. Methodische Änderungen werden vom Konzernrisikocontrolling in Bezug auf ihre Risikoadäquanz begleitet und geprüft, bevor eine Abnahme durch den Vorstand auf Empfehlung des ALCos erfolgt.

Die operative (Risiko-) Steuerung erfolgt durch das Treasury.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Erneut zählten institutionelle Investoren und Sparkassen sowie das Retail-Geschäft zu den Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding. Am Kapitalmarkt nahm die LBBW im Jahr 2020 Refinanzierungsmittel über Pfandbriefe, Senior Preferred- und Senior Non-Preferred Emissionen in verschiedenen Währungen auf, sowohl über Privatplatzierungen als auch im Benchmark-Segment und zum Teil in den ESG-Formaten Green- und Social Bond. Die LBBW nahm zusätzlich am längerfristigen Tender der EZB teil (TLTRO III).

Zur Vermeidung von Konzentrationen steuert die LBBW die Zusammensetzung der notenbankfähigen Sicherheiten hinsichtlich Rating und Produktgruppen. Schwellenwerte sind definiert und werden überwacht.

Für die Sicherstellung der Innertagesliquidität ist das Treasury zuständig. Hier erfolgt ein aktives Management der täglichen Zahlungen über das Bundesbankkonto und eine Ermittlung des Liquiditätsbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der im Tagesverlauf bekanntwerdenden Zu- und Abflüsse aus dem Euro-Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen. Das Liquiditätsrisikocontrolling wertet die täglichen Umsätze in Euro aus und überwacht die Innertagesliquidität anhand berechneter Kennziffern und eines täglichen Stresstests.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands vorgesehen. Die Notfallplanung wird jährlich überprüft und durch den Vorstand neu in Kraft gesetzt.

Risikolage des LBBW-Konzerns

Die Folgen der 2020 anhaltenden Situation einer hohen Überschussliquidität am Markt zeigen sich auch in der umfangreichen Liquiditätsausstattung der LBBW. Das Kundeneinlagengeschäft zeigte trotz der Corona-Krise einen Anstieg und Kapitalmarktplatzierungen – sowohl gedeckt als auch ungedeckt – stießen bei nationalen und internationalen Investoren auf reges Interesse. Die Refinanzierungsquellen des LBBW-Konzerns sind dem Volumen und dem Grad der Diversifikation nach sehr stabil.

Der Refinanzierungsbedarf und das Refinanzierungspotenzial stellten sich zum Stichtag 31. Dezember 2020 wie folgt dar:

Übersicht Refinanzierungsbedarf und Refinanzierungspotenzial

Mrd. EUR	3 Monate		12 Monate	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand (deterministischer Cashflow)	- 5,7	5,2	- 17,3	- 0,2
Refinanzierungsbedarf aus wesentlichen Abruf Risiken (stochastischer Cashflow)	14,4	16,7	32,3	33,8
Refinanzierungspotenzial aus freien Liquiditätsreserven	12,2	22,8	16,4	29,7
Refinanzierungspotenzial am Markt	49,5	48,5	64,6	64,7
Überdeckung	53,0	49,3	66,1	60,8

Der Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand in der Vorausschau auf 3 und 12 Monate ist zum Jahresende negativ dargestellt, wenn Liquiditätszuflüsse den Refinanzierungsbedarf übersteigen und so stattdessen faktisch ein Anlagebedarf entsteht. In der ersten Hälfte des Jahres war das Liquiditätsprofil überwiegend von einem Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand geprägt. Mit Teilnahme am längerfristigen Tender der EZB im Juni 2020 hat sich dies zu einem durchgehenden Anlagebedarf bei gleichzeitig reduzierten Sicherheiten entwickelt. Weiterhin stehen hier vor allem Netto-Zuflüsse in Euro (Anlagebedarf) den Netto-Abflüssen der für die LBBW wesentlichen Fremdwährungen USD und GBP gegenüber (Refinanzierungsbedarf). Das Refinanzierungspotenzial ist ausreichend bemessen, um eventuelle Liquiditätsabflüsse kurzfristig ausgleichen zu können, und sichert weiterhin hohe Überdeckungen auf Sicht von drei Monaten (ca. 53 Mrd. EUR) und 12 Monaten (ca. 66 Mrd. EUR). Auf Jahressicht wird dabei bei den freien Liquiditätsreserven die nicht für den Erhalt des Pfandbriefratings erforderliche Überdeckung aus den Deckungsregistern angerechnet. Das Refinanzierungspotenzial am Markt wird aus den Historien der tatsächlich aufgenommenen unbesicherten Mittel approximiert.

Ergebnisse der ökonomischen Stressszenarien

Mrd. EUR	Refinanzierungsbedarf (3 Monate)		Refinanzierungspotenzial (3 Monate)	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Szenario Rating Downgrade	21,3	25,8	33,8	45,8
Szenario Finanzmarktkrise	13,3	26,6	48,3	58,8
Kombinationsszenario Marktkrise mit Downgrade	13,6	27,1	43,3	54,0

Die angestrebte Stressresistenz war im gesamten Jahr 2020 gegeben. Die gemäß den Vorgaben des BTR 3.2 MaRisk gestalteten Liquiditätsrisiko-Stressszenarien Rating Downgrade, Finanzmarktkrise und Marktkrise mit Downgrade zeigten stets ein verbleibendes Refinanzierungspotenzial über den Markt zuzüglich freier Liquiditätsreserven, welches den möglichen Refinanzierungsbedarf unter Stressbedingungen in komfortabler Höhe überstieg. Auch in den Fremdwährungstests und im Euro-Stresstest für die Innertagesliquidität waren stets ausreichend Überdeckungen vorhanden.

Die Vorgaben der Geschäftsleitung zur LBBW-Liquiditätsrisikotoleranz umfassen neben den Vorgaben zur Stressresistenz auch Limite für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand und Vorgaben zu dessen Deckung durch Refinanzierungspotenzial. Im ersten Quartal 2020 kam es an einem Tag zu einer Überschreitung der täglich überwachten Gesamtlimitierungen des Konzerns (Euro inklusive Fremdwährungen), die jedoch bereits ab dem Folgetag wieder eingehalten wurden.

Der vorgegebene Mindestwert der europäischen Kennziffer zur kurzfristigen Liquidität »Liquidity Coverage Ratio« (LCR) von 100 % für das Jahr 2020 wurde täglich eingehalten und per ultimo 2020 mit 135,4 % übertroffen (31. Dezember 2019: 123,6 %). Die ab Juni 2021 einzuhaltenden Vorgaben der längerfristigen Liquidität »Net Stable Funding Ratio« (NSFR) hat die LBBW umgesetzt und hält die Vorgaben bereits jetzt in einem eng überwachten Prozess ein.

Bis zum Zeitpunkt der Berichterstellung sind im Zusammenhang mit der Corona Krise noch keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der LBBW erkennbar. Einlagenbestände sind deutlich angestiegen und Linienzusagen zeigten Veränderungen nur im Rahmen der üblichen Schwankungen. Die regelmäßig durchgeführten Liquiditätsstresstests zeigen weiterhin gute Überdeckungen des Refinanzierungsbedarfs mit dem angenommenen bzw. vorhandenem Refinanzierungspotenzial.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft

Zur Überwachung der Risiken aus dem Pfandbriefgeschäft (§ 27 PfandBG) ist ein differenziertes Limitsystem eingerichtet. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limits erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung implementiert. Der Vorstand und das Risiko Komitee werden vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limits unterrichtet. Im Jahr 2020 wurden die gesetzlichen Anforderungen jederzeit erfüllt. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Operationelle Risiken

Definition

Operationelle Risiken (OpRisk) beschreiben die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. In jeder dieser genannten Risikokategorien können Rechtsrisiken zu Verlusten führen. Dies liegt darin begründet, dass der LBBW-Konzern in jeder Kategorie Gegenstand von Rechtsansprüchen, Klagen oder Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften und Rahmenbedingungen werden kann.

Kreditrisiken im Zusammenhang mit operationellen Risiken werden analog den aufsichtsrechtlichen Vorgaben ebenfalls betrachtet. Die Effekte hierzu sind in den Angaben zum Adressenausfallrisiko enthalten. Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken sind nicht Teil der operationellen Risiken.

Risikomessung

Im LBBW-Konzern wird zur Ermittlung des regulatorischen Kapitalbedarfs im normativen Steuerungskreis der Standardansatz verwendet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit (RTF) des LBBW-Konzerns wird für den ökonomischen Steuerungskreis ein Operational Value-at-Risk (OpVaR)-Modell verwendet.

Das eigenentwickelte Modell basiert auf dem Loss Distribution Approach. Es erfolgt eine separate geschäftsfeldspezifische Modellierung von Häufigkeits- und Schadenshöhenverteilung. Für die OpVaR-Berechnung werden interne und externe Schadensfälle sowie Szenario-Analysen einbezogen.

Das für die interne Steuerung verwendete OpVaR-Modell ist in das strategische Konzern-Limitsystem integriert. Es bestehen ökonomische Stressszenarien, welche die Risikoparameter Häufigkeit oder Schadenshöhe zukünftiger erwarteter Schadensfälle des OpVaR-Modells variieren. Hierdurch werden die wesentlichen Geschäftsfelder und Ereigniskategorien abgedeckt. Die Stresstestergebnisse des operationellen Risikos fließen auch in die übergreifenden MaRisk-Stressszenarien ein.

Risikoüberwachung, Reporting und Risikosteuerung

Der LBBW-Konzern verfügt über ein umfassendes System zum Management und Controlling operationeller Risiken. Es ist ein dualer Gesamtansatz implementiert, in dem eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings zuständig ist. Die Durchführung der implementierten Prozesse für das Management der operationellen Risiken im LBBW-Konzern fällt in die primäre Verantwortung der dezentralen Geschäftsbereiche und Tochterunternehmen.

Die zentralen Vorgaben im Umgang mit operationellen Risiken sind in der Konzernrisikostrategie, dem OpRisk-Teil der Non-Financial Risk Strategie und der Richtlinie operationelle Risiken sowie darüber hinaus in Rahmen- und Arbeitsanweisungen verankert. Hier sind das Risikoprofil des LBBW-Konzerns, die Aufbauorganisation sowie der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess im Hinblick auf operationelle Risiken dargestellt.

Die Rollen und Verantwortlichkeiten der Beteiligten in den OpRisk-Prozessen werden in einem Three-Lines-of-Defense-Modell beschrieben.

Erste Verteidigungslinie sind die dezentralen Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften. Für die Umsetzung der OpRisk-Controllinginstrumente spielen die Operational Risk Manager der Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften bei der Unterstützung des Managements eine sehr wichtige Rolle. Sie stellen

die Qualität, Vollständigkeit und zeitnahe Bearbeitung der OpRisk-Informationen innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen sicher. Gleichzeitig sind die Operational Risk Manager Ansprechpartner und Multiplikatoren im Themengebiet operationelle Risiken für die Mitarbeiter der zugeordneten Organisationseinheit. Das zentrale OpRisk-Controlling stellt mit nachgelagerten Kontrollprozessen die zweite Verteidigungslinie dar und pflegt einen engen Austausch mit den dezentralen OpRisk-Managern. Parallel führt der Bereich Group Compliance weitere Kontrollhandlungen aus. Die prozessunabhängige Prüfung und Bewertung erfolgen durch die Konzernrevision (dritte Verteidigungslinie).

Der Fokus im Management und Controlling operationeller Risiken liegt auf einer frühzeitigen Identifizierung, transparenten Darstellung und aktiven Steuerung.

Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Methoden und Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung wird jährlich eine Risikoinventur mit Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt. In den Self Assessments werden die individuellen Risiken der einzelnen Geschäftsbereiche und Tochtergesellschaften des LBBW-Konzerns erhoben. Die bedeutendsten Risiken werden in der Szenario-Analyse mithilfe von Standardszenarien aggregiert und analysiert. Des Weiteren werden regelmäßig Risikoindikatoren erhoben, um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Mit den gesammelten Risikodaten werden spezifische Analysen erstellt (u.a. Risikokonzentrationen), um umfangreiche steuerungsrelevante Informationen zu erhalten und darauf aufbauend Reduzierungsmaßnahmen zu entwickeln und zu implementieren. Diese spielen eine wichtige Rolle für die aktive Steuerung der operationellen Risiken.

Für den Umgang mit operationellen Risiken stehen vier Handlungsstrategien zur Auswahl: Risiko vermeiden, transferieren, reduzieren oder akzeptieren. Die Steuerung erfolgt proaktiv durch die Geschäftsbereiche und Tochterunternehmen. Die Entscheidung über die Auswahl und Priorisierung von entsprechenden Maßnahmen wird von den Geschäftsbereichen bzw. Tochterunternehmen getroffen und dezentral nachgehalten. Als Ziel wird eine Risikominimierung bzw. -vermeidung unter Berücksichtigung von Kosten-/Nutzaspekten verfolgt. Das interne Kontrollsystem, eine offene Risikokultur sowie die Sensibilität aller Mitarbeiter für Risiken und die Transparenz im Umgang mit diesen sind ebenfalls ein wichtiger Baustein bei der Begrenzung operationeller Risiken. Eine Reduzierung des OpRisk-Potenzials erfolgt u.a. durch die stetige Verbesserung der Geschäftsprozesse bzw. die Auslagerung einzelner Prozesse an spezialisierte Unternehmen. Notfallkonzepte und Geschäftsfortführungspläne, die im Rahmen des Business Continuity Management erhoben werden, dienen der Schadensbegrenzung bei Eintritt eines Notfalls. Können mögliche Schäden nicht komplett vermieden werden, schließt der Bereich Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – entsprechende Versicherungen ab.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von Schadenshöhen auch ad hoc berichtet. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion wird der Vorstand durch das Risiko Komitee unterstützt. Dadurch sind operationelle Risiken in die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsüberwachung einbezogen und in die Gesamtrisikosteuerung integriert.

Risikolage des LBBW-Konzerns

Die bestehenden operationellen Risiken standen auf Basis der Selbsteinschätzung der Bereiche sowie der quantitativen Risikoeinschätzungen 2020 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Vorausschauend werden keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Jedoch lassen sich operationelle Risiken trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen nie vollständig vermeiden.

Nachfolgend werden Rechtsrisiken und IT-Risiken erläutert, da sie zentrale Bereiche des operationellen Risikos darstellen. Generell übernehmen die Geschäftsbereiche die erste Verteidigungslinie. Bei den Rechtsrisiken hat der Bereich Recht und bei IT-Risiken insbesondere der Bereich Konzerneinkauf und Sicherheit die Rolle der zweiten Verteidigungslinie inne.

Rechtsrisiken

Die Definition der operationellen Risiken umfasst auch die Rechtsrisiken. Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies gilt auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folge von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene.

Der Bereich Recht ist in rechtlich beratender Funktion für den Konzern tätig. Hinzu kommt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten hat der Rechtsbereich eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die LBBW auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie dem Deutschen Sparkassenverlag (DSV) und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden, soweit möglich, anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleitet der Bereich Recht diese Prozesse und gestaltet sie aktiv mit.

Der Rechtsbereich verfolgt – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Deutschen Sparkassenverlag sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie, in Kooperation mit den zuständigen Bereichen, neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen des Konzerns.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirkt der Rechtsbereich an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb des Konzerns in maßgeblicher Weise mit.

Die Bankenlandschaft bleibt weiterhin mit Rechtsrisiken aus Kundentransaktionen in komplexen Derivaten und mit der Fortentwicklung des Verbraucherrechts konfrontiert. Der BGH hatte im Jahr 2017 zudem eine Übertragung verbraucherrechtlicher Grundsätze auch auf gewerbliche Kunden zu Lasten der Kreditinstitute vorgenommen. Die Bank verfolgt die Tendenzen in der bankrechtlich relevanten Rechtsentwicklung intensiv.

Weitere Rechtsrisiken bestehen im steuerrechtlichen Umfeld betreffend Kapitalertragsteuer. Hier kann eine fortentwickelte Rechtsauffassung mit retrospektiven Auswirkungen auf Grundlage neuer Rechtsprechung bzw. neuer Verlautbarungen der Finanzverwaltung nicht ausgeschlossen werden.

Die vom Vorstand der LBBW initiierten, laufenden rechtlichen Analyse- und Risikoprozesse tragen den vorgenannten Entwicklungen Rechnung.

Nach heutigem Kenntnisstand wurde angemessene Vorsorge zur Abdeckung rechtlicher Risiken getroffen, wobei die künftige Entwicklung von Rechtsprechung und Rechtsstreitigkeiten weiterhin von wesentlicher Bedeutung für die LBBW ist. Die Rückstellungsbildung betrifft dabei auch vor dem Hintergrund der ungeklärten Rechtsprechung im Wesentlichen die Abdeckung rechtlicher Risiken aus bestimmten Derivatetransaktionen sowie verbraucherrechtlicher Risiken.

IT-Risiken

Die wesentlichen Geschäftsprozesse der Bank sind heute maßgeblich durch IT unterstützt oder abhängig von IT-Lösungen. Im Fokus der Bank steht die Digitalisierung der Prozesse. Außerdem wurden bankweit die technischen Voraussetzungen für mobiles Arbeiten erweitert. Die Auslagerung von Dienstleistungen wird weiter ausgebaut. Die IT-Applikationen werden immer komplexer, die Menge an Daten wird umfangreicher, das Angebot an Cloud-Diensten im Kontext des modernen Arbeitens nimmt zu. Aufgrund dieser Veränderungen steigt auch die Anzahl der Bedrohungen auf die IT-Applikationen u. a. durch Angriffe von außen. Dies führt in Summe zu höheren IT-Risiken.

Das Managen von IT-Risiken ist als dauerhaft integrierter Prozess im Unternehmen verankert und orientiert sich am Regelkreis des Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesses.

Um ein möglichst vollständiges Bild der IT-Risikosituation u. a. zu den Cyberrisiken der Bank zu erhalten und zu steuern, werden die Ursachen identifiziert, Risikoanalysen z. B. zu Data Leakage und Cyber Threats erstellt, Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt, Bedrohungen und Schwachstellen aus unterschiedlichen Datenquellen (z. B. Expertenteams, vom Computernotfallteam S-Cert und dem Grundschutzkatalog des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik) herangezogen und bewertet. Um Risiken auf ein akzeptables Maß zu reduzieren, werden Maßnahmen aufgesetzt und nachgehalten.

Der IT-Produktionsbetrieb sowie ein Teil der Anwendungsentwicklung sind an einen professionellen, auf Finanzinstitute spezialisierten Dienstleister ausgelagert.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von IT-Applikationen sicherzustellen, ist eine 24/7-Reaktionsfähigkeit eingerichtet, ein IT-Krisenstab implementiert und Security-Incident-Management-Prozesse mit den Dienstleistern vereinbart. Außerdem werden regelmäßig Krisenübungen durchgeführt.

Personalrisiken

Personalrisiken werden aufgrund der Einstufung dieser Risikounterart in der Konzernrisikoinventur nicht mehr als wesentlich geführt, da die Risikosituation nur geringe Auswirkungen auf die Ertrags-, Vermögens- und Liquiditätssituation zeigt.

Maßnahmen im Business Continuity Management aufgrund der Corona-Pandemie

In Bezug auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie für die LBBW wurden zur Steuerung der operativen Risiken Ende des ersten Quartals 2020 die bestehenden Krisengremien »Krisenstab« und »Notfallcenter« aktiviert.

Die Arbeit der Krisengremien lässt sich in drei Phasen einteilen.

- Phase 1 (März – April 2020): Aktives Krisenmanagement, Fokus auf Ad-hoc-Entscheidungen, Kommunikation und Sicherstellung der IT-Infrastruktur, Mitarbeiterschutz
- Phase 2 (Mai – Juni 2020): Schaffung einer Arbeitsnormalität während der Corona-Pandemie, Verabschiedung einer Corona-Policy mit den wesentlichen Regelungen zu Arbeitsmodellen, Flächenbelegungen und Fortführung der Hygiene- und Schutzmaßnahmen, Ausbau von Kollaborationstools
- Phase 3 (ab Juli 2020): Aktives Monitoring und Kontinuität, regelmäßige Analyse von Home-office-Quoten, regionalen Besonderheiten und Prozessvitalität

Weitere wesentliche Risiken

Beteiligungsrisiken

Die LBBW beteiligt sich im Konzernverbund an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochterunternehmen aus, wenn dies unter strategischen und ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Unter Beteiligungsrisiken versteht die LBBW im engeren Sinne insbesondere das Risiko eines potenziellen Wertverlusts sowohl infolge von Ausfallereignissen als auch aufgrund der Unterverzinslichkeit von Investments in Tochterunternehmen und Beteiligungen.

Um das Beteiligungsrisiko einzudämmen, werden Tochterunternehmen und Beteiligungen nur eingegangen, sofern eine adäquate Risikosteuerung sowie eine angemessene Einbindung in die Prozesse der LBBW gewährleistet sind.

In Abhängigkeit der Einflussnahmemöglichkeiten der LBBW erfolgt die Steuerung der Tochterunternehmen und Beteiligungen über definierte Maßnahmen und Prozesse (u.a. Quartals-Jour-fixes mit ausgewählten Tochterunternehmen, Plausibilisierung der Mehrjahresplanungen, diverse Berichte an den Vorstand und die Gremien der LBBW sowie Gremien der Tochterunternehmen).

Für die Beteiligungssteuerung ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklung der Tochterunternehmen und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Insbesondere bei den geschäftspolitisch wesentlichen Tochterunternehmen dienen diesem Ziel regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und des Tochterunternehmens. Auf Ebene dieser Tochterunternehmen erfolgen Steuerung und Kontrolle in der Regel über institutionalisierte Aufsichtsräte oder vergleichbare Gremien. Auf Ebene des Konzerns erfolgt unter Beachtung der Corporate Governance die Steuerung und Kontrolle durch das Beteiligungsmanagement sowie durch Einbindung von Stabs-, Betriebs- und Marktbereichen in den Entscheidungsprozess.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW (direkt und über Holdinggesellschaften gehaltene Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW) drei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Aus Risikosicht wesentliche Tochterunternehmen, d.h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist. Diese Gesellschaften bilden die Risk Management Group.
- Aus Risikosicht zu beobachtende Tochterunternehmen, d.h. Gesellschaften von geringerer Bedeutung für die Risikosituation der LBBW, die aber künftig aufgrund ihrer Entwicklung einen höheren Risikobeitrag leisten könnten.
- Aus Risikosicht nicht wesentliche Tochterunternehmen und Beteiligungen, d.h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist.

Aus Risikosicht wesentliche Tochterunternehmen werden grundsätzlich nach dem Transparenzprinzip behandelt. Dementsprechend werden alle auf Konzernebene wesentlichen Risiken für jedes Tochterunternehmen der Risk Management Group quantifiziert (i.d.R. mittels Schätzverfahren).

Das Beteiligungsrisiko (Beteiligungs-VaR) wird quartalsweise für aus Risikosicht zu beobachtende Tochterunternehmen sowie nicht wesentliche direkte Tochterunternehmen und Beteiligungen in der Regel auf Grundlage einer Risikoquantifizierung nach einem ratingbasierten Credit-Value-at-Risk-Ansatz (integrierte Simulation mit dem Kreditportfolio der LBBW) ermittelt. Der Ansatz wird durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt und bildet die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit. Von diesem pauschalen Ansatz kann – auch risikoartenspezifisch – im Einzelfall zugunsten eines differenzierten Verfahrens abgewichen werden, sofern sich dadurch kein Risikorückgang ergibt.

Die Geschäfts- und Risikoentwicklung in den Portfolios dieser Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW spiegelt sich in dem für die Berechnung des Beteiligungsrisikos herangezogenen Beteiligungswert wider.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Gesellschaften wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über Transaktionsverträge strebt die LBBW eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Gesellschaft beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW werden jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung der Buchwertansätze unter Berücksichtigung ggf. vorliegender Planfortschreibungen der Tochterunternehmen und Beteiligungen. Bei ausgewählten Tochterunternehmen und Beteiligungen erfolgt zudem jeweils zum 31. März und 30. September eine Plausibilisierung der Wertansätze.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlusts infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert. Haupttreiber sind hierbei die großen strategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Zudem ergeben sich Risiken aus der Inanspruchnahme der übernommenen persönlichen Haftung als Anteilseigner (z.B. Gewährträgerhaftung, Patronatserklärung) bei Tochterunternehmen und Beteiligungen, wobei diesbezüglich auch widerrufenen Patronatserklärungen bzw. Haftungserklärungen gegenüber bereits veräußerten Tochterunternehmen und Beteiligungen sowie Risiken aus der Übernahme laufender Verluste von Tochterunternehmen aufgrund von Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträgen mit umfasst sind. Darüber hinaus umfasst das Beteiligungsrisiko auch Step-In-Risiken, d. h. das Risiko, dass nicht bzw. nur quotaal aufsichtsrechtlich konsolidierte Tochterunternehmen und Beteiligungen ohne vertragliche Verpflichtungen finanziell unterstützt werden müssen, u.a. zur Vermeidung von Reputationsrisiken.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW regelmäßig über die Situation in den Tochterunternehmen und Beteiligungen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten, konservativen Risikopolitik.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde das Beteiligungsportfolio weiter reduziert: U. a. wurden die Anteile an einer strategischen Beteiligung veräußert. Des Weiteren wurde die Komplexität des Beteiligungsportfolios insbesondere durch Anwachsung der LBBW Immobilien GmbH & Beteiligungs KG an die LBBW Immobilien-Holding GmbH reduziert.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und Modellrisiken

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund einer Schädigung/Verschlechterung der Reputation der LBBW bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des Operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem Operationellen Risiko oder anderen Risikoarten verursacht werden. Eingetretene Reputationsrisiken können sich auch auf Geschäfts- und Liquiditätsrisiken auswirken.

Die LBBW unterscheidet zwischen transaktionsbezogenem Reputationsrisikomanagement (Maßnahmen mit Bezug auf einzelne Geschäftsabschlüsse) und dem nicht transaktionsbezogenen Reputationsrisikomanagement (insbesondere Presse-/Issue-Management).

Bei allen Geschäftsentscheidungen ist die Auswirkung des Geschäfts auf die Reputation der LBBW zu berücksichtigen. Geschäfte, welche die Reputation der LBBW nachhaltig gefährden, werden vermieden. Die im LBBW-Konzern formulierte Nachhaltigkeitspolitik ist einzuhalten. Der LBBW-Konzern hat den Anspruch, im besten und langfristigen Interesse seiner Kunden und Stakeholder zu handeln. Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik definiert die Gruppe Nachhaltigkeit und Environment Social Governance Standards für alle Geschäftsbereiche. Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche insbesondere im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses (NPP) und des Kreditantragsprozesses. Der Bereich Compliance und die Gruppe Nachhaltigkeit und Environment Social Governance unterstützen die relevanten Marktbereiche im täglichen Geschäft bei der Identifizierung und Bewertung von Reputationsrisiken. Bei OTC-Derivaten für Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement ist dem NPP ein Produkt-Zertifizierungs-Prozess vorgeschaltet.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnismrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikoarten haben. Sie können u.a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie durch Auswirkungen von eingetretenen Reputationsschäden verursacht werden. Es zeigt sich insbesondere in verringerten Provisionserträgen oder Zinskonditionsbeiträgen sowie in erhöhten Kosten.

Grundlage für die Quantifizierung der Geschäfts- und Reputationsrisiken sind historische Plan-Ist-Abweichungen ausgewählter GuV-Positionen.

Unter Modellrisiko versteht die LBBW das Risiko potenzieller Schäden und Verluste infolge von Entscheidungen, die sich auf das Ergebnis von Modellen stützen, welche Schwächen und Unsicherheiten in der Modelltheorie, im Modelldesign, der Modellparametrisierung/-Kalibrierung, der Modellimplementierung, den Modelleingangsdaten oder der Modellanwendung aufweisen. Hinsichtlich ihres Verwendungszwecks unterscheidet die LBBW Modelle zur Quantifizierung von Risiken (ICAAP und ILAAP) (»Risiko- und Kapitalmodelle«), Modelle zur Bewertung von Vermögens- und Verbindlichkeitspositionen (»Bewertungsmodelle«), Modelle zur Ableitung kreditrelevanter Parameter wie Ratings (Ausfallwahrscheinlichkeiten: PD), Verlustquoten (LGD) und Kreditumrechnungsfaktoren (CCF) (»Kredit-Parametermodelle«) und Modelle außerhalb der genannten Modellkategorien (»Sonstige Modelle«).

Modellrisiken sind analog zu Rechts- oder Verhaltensrisiken eine Teilmenge der Operationellen Risiken, werden aber aufgrund ihrer Bedeutung und Spezifika in der LBBW zu wesentlichen Teilen im Rahmen eines eigenständigen Modellrisikomanagementprozesses (MRM-Prozess) gesteuert.

In diesem MRM-Prozess kommen Methoden und Verfahren zum Einsatz, die eine adäquate Identifizierung, Beurteilung, Überwachung, Kommunikation und Steuerung von Modellrisiken für einzelne Modelle sowie über Modelle hinweg sicherstellen. Den Ausgangspunkt bildet die jährlich durchgeführte Modellinventur, die eine konzernweite Bestandsaufnahme der in der LBBW genutzten Modelle bietet und die identifizierten Modelle im Hinblick auf ihre MRM-Relevanz (erste Modellrisikoeinschätzung) klassifiziert. In Abhängigkeit von Modellklasse sowie von weiteren modellspezifischen Faktoren (z. B. Verteidigungslinie, in der

das Modell entwickelt wurde) ergeben sich Abstufungen im weiteren Validierungsprozess (z.B. Validierungsintensität). In den modellspezifisch ausgestalteten Validierungsprozessen werden im nächsten Schritt Modellrisiken identifiziert und im Hinblick auf ihre Materialität bewertet.

Die wesentlichen Ergebnisse der Modellinventur sowie der Modellvalidierungen werden dem Gesamtvorstand durch das Konzernrisikocontrolling zur Kenntnis gebracht, welcher schließlich über Maßnahmen zur Behebung und Reduzierung von Modellrisiken befindet. Kann ein schwerwiegendes Modellrisiko nicht in angemessener Zeit durch Modellanpassungen behoben werden, erfolgt eine Anrechnung in der Risikotragfähigkeit je nach Modelltyp als Abzug von der Risikodeckungsmasse, als Aufschlag auf das Ökonomische Kapital in der betroffenen Risikoart (bei risikounterzeichnendem Modellrisiko), über das Ökonomische Kapital des Operationellen Risikos oder über die Buchung eines Fair Value Adjustments.

Immobilienrisiken

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen unternehmenseigener Immobilien bzw. Anschubfinanzierungen für Immobilienfonds, welche von der LBBW Immobilien gemanagt werden, durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobilienmarktsituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilien (Nutzungsmöglichkeiten, Leerstände, Mindereinnahmen, Bauschäden etc.). Davon abzugrenzen sind Developmentrisiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft, die eine eigene Risikokategorie bilden.

Immobilienrisiken können sowohl in den eigengenutzten Beständen (Büroimmobilien) als auch in den fremdgenutzten Gewerbebeständen auftreten. Das Management der Immobilien erfolgt vor allem durch die LBBW Immobilien-Gruppe und die LBBW Corporate Real Estate Management GmbH.

Als sog. erste Verteidigungslinie fungieren die Risikoeigner, die die Geschäfts- und Prozessverantwortung tragen, d.h. für Immobilienrisiken in letzter Instanz die Geschäftsführung der LBBW Immobilien-Gruppe und der LBBW Corporate Real Estate Management GmbH. Als sog. zweite Verteidigungslinie fungiert das Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe sowie das LBBW Konzernrisikocontrolling.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf positive Wertveränderungen und die Generierung weiterer Erträge (höhere Mieten, Mietvertragsverlängerungen, Vermietbarkeit schwieriger Flächen etc.).

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bei der Beurteilung von Investitions-/ Desinvestitionsentscheidungen, wesentlichen Änderungen in der Objektplanung, dem Abschluss von Mietverträgen sowie zur Verminderung des Risikos negativer Wertveränderungen der Bestandsimmobilien sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

In der LBBW kommt zur Messung des Immobilienrisikos ein Immobilien-Value-at-Risk(IVaR)-Modell zum Einsatz. Die quartalsweise Berechnung des IVaR und dessen Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des Konzerns wird im Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Als Eingangsgrößen gehen in das Modell aus Marktdatenhistorien abgeleitete Volatilitäten und Korrelationen ein, die den Portfoliowerten zugeordnet werden.

Die Steuerung durch die im Segment Asset Management tätigen operativen Tochtergesellschaften der LBBW Immobilien-Gruppe erfolgt darüber hinaus anhand spezieller immobilienpezifischer Steuerungsgrößen, wie z.B. Mietsteigerungen, Leerstand und Rückstandsquoten. Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung bewertet und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement sorgt dafür, dass Chancen und Risiken innerhalb des Portfolios in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Das Gewerbeportfolio ist diversifiziert nach Nutzungsarten, insbesondere in Büro und Einzelhandel, sowie nach Größenklassen. Es erfolgt eine laufende Überprüfung und ggf. eine Optimierung des Immobilienportfolios durch Zukäufe und Abverkäufe von Einzelimmobilien oder (Teil-)Portfolios. Die Gliederung des Anlagebestands erfolgt nach Risikoklassen in Core-, Core-Plus- und Value-Add-Immobilien anhand festgelegter Kriterien (Lagequalität, Mietvertragslaufzeiten, Wertsteigerungspotenzial) und geplanter Haltedauer. Der Anlagebestand ist weiterhin überwiegend in Stuttgart gelegen. Durch die Zukäufe der letzten Jahre an den Standorten München, Frankfurt am Main und Hamburg konnte ein gewisses Maß an Makrostandort-Diversifikation erreicht werden. Insgesamt wird das makrostandortspezifische Risiko daher als überschaubar eingeschätzt. Die Corona-Pandemie könnte nicht nur im Büromarkt dauerhafte Verwerfungen auslösen, sondern auch zu langfristigen Verhaltensänderungen im Konsumbereich und einer verstärkten Implementierung beispielsweise von Online-Konzepten führen. Künftig werden sich auch Immobilienakteure auf diese Marktentwicklungen in der Assetklasse Einzelhandel konzeptionell und strukturell einstellen müssen. Zukunftstrends, die die Immobilienwirtschaft, verstärkt durch die Corona-Pandemie, beeinflussen, sind Nachhaltigkeit von Immobilieninvestments, neue Büroformen, strukturelle Veränderungsprozesse im Einzelhandel, Nachfrage nach Investments in Wohnimmobilien und verstärkt auch in alternative, konjunkturunabhängige Assetklassen wie Gesundheits- und Sozialimmobilien oder in Rechenzentren.

Im Segment Asset Management werden bei der LBBW Immobilien aufgrund der überschaubaren Anzahl an Objekten Investitions- bzw. Desinvestitionsentscheidungen in der Regel nach einer eingehenden Prüfung der Wirtschaftlichkeit einzelfallbezogen getroffen. Hierbei werden ganzheitliche immobilienwirtschaftliche Gesichtspunkte, wie z.B. Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern berücksichtigt. Bei Neuvermietungen wird die Bonität potenzieller Mieter eingehend geprüft und das Ziel verfolgt, Mietverträge mit möglichst langer Mietvertragslaufzeit abzuschließen. Je nach zugrundeliegender Objektstrategie (z.B. Projektentwicklung) ist jedoch in Einzelfällen auch der Abschluss von Mietverträgen mit kurzen Laufzeiten sinnvoll und möglich. Für die eigengenutzten Immobilien der LBBW ist die LBBW Corporate Real Estate Management GmbH verantwortlich. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Das Zielfportfolio wird den Nutzungsanforderungen des LBBW-Konzerns laufend angepasst und sieht weiterhin eine Flächenoptimierung an allen Zentralstandorten der LBBW vor. Diese wird größtenteils durch eine Konzentration auf Objekte im Eigentum der LBBW und einen weitestgehenden Verzicht auf angemietete Flächen sowie eine Belegungsoptimierung erreicht. Daher ist kein wesentlicher Einfluss auf die eigengenutzten Bestände und das Immobilienrisiko zu erwarten.

Außerdem fällt das Geschäftsfeld EK-Immobilienfonds unter das Immobilienrisiko. Die Etablierung neuer Fondsprodukte der LBBW Immobilien wird durch Anschubfinanzierungen in die jeweiligen Fondsprodukte unterstützt. Die LBBW Immobilien Investment Management GmbH tritt als am Markt präsenter Immobilien-Investment-Manager auf. Investitionen der Fonds erfolgen schwerpunktmäßig in Büro- und Geschäftshäuser an ausgewählten Standorten in Deutschland. Darüber hinaus sind Investitionen in Handelsimmobilien (u.a. Fachmarktzentren), Logistik und Wohnen möglich. Der Fokus liegt auf Core-Plus-Immobilien. Der Einbezug in das strategische Limitsystem der LBBW ist über den Immobilien-VaR sichergestellt.

Developmentrisiken

Das Developmentrisiko ist definiert als das Bündel von Risiken, welche im Rahmen der Realisierung von investiven wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungen typischerweise auftreten. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld liegen im Planungs- und Genehmigungsbereich, den geplanten Baukosten und Terminen sowie insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Soweit Projektentwicklungen in Partnerprojekten durchgeführt werden, ergeben sich hieraus zusätzliche Risiken, z. B. Bonitätsrisiko des Partners, Durchsetzung von Entscheidungen gegenüber dem Partner, Informationsfluss oder Qualität des Partners. Das Eintreten dieser Risiken kann dazu führen, dass die erwartete Rendite nicht erwirtschaftet, das investierte Kapital nicht vollständig bzw. im Extremfall gar nicht mehr zurückfließt oder sogar Eigenkapital nachgeschossen werden muss, sofern es sich nicht um Non-Recourse-Finanzierungen handelt.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf höhere Exit-Erlöse, getrieben von höheren Vermietungsergebnissen sowie von höheren Vervielfältigern. Gleichzeitig erschwert eine positive Marktentwicklung jedoch den preisgünstigen Erwerb geeigneter Developmentgrundstücke.

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bereits vor Projektbeginn sowie in sämtlichen Projektphasen bezüglich einzelprojektbezogener Faktoren sowie Auswirkungen auf das Projektportfolio sind in der Konzernrisikostrategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

Als sog. erste Verteidigungslinie fungieren die Risikoeigner, die die Geschäfts- und Prozessverantwortung tragen, d. h. für Developmentrisiken in letzter Instanz die Geschäftsführung der LBBW Immobilien-Gruppe. Als sog. zweite Verteidigungslinie fungiert das Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe.

Der regionale Fokus liegt auf den Kernmärkten Süddeutschland (Baden-Württemberg und Bayern), Rheinland-Pfalz, Rhein-Main-Gebiet, Rhein-Ruhr, Berlin und Hamburg. In diesen Märkten tritt die LBBW Immobilien-Gruppe als Investor und Dienstleister in den Bereichen Gewerbe- sowie Wohnimmobilien auf.

Zur Messung der Developmentrisiken wird von der LBBW Immobilien-Gruppe ein mit Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft validiertes Risikomodell eingesetzt. Das Modell basiert auf einem Risikotreiberbaum, der zum Ziel hat, Risiken zu erfassen und deren Schwankungsbreiten bereits vor Beginn eines Bauprojekts aufzuzeigen. Daraus leiten sich Zu- bzw. Abschläge auf sämtliche zukünftige Kosten und Erlöse ab, die auf die Vorschaukalkulation im sog. Real Case angewendet werden. Auf Basis unterschiedlich großer Schwankungsbreiten der Risikofaktoren werden ein Normal- und ein Extremrisiko ermittelt. Die quartalsweise Berechnung des Developmentrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe. Die Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des LBBW-Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Internes Kontrollsystem

Die Vorgaben zum Internen Kontroll-System (IKS) werden in der Landesbank Baden-Württemberg zentral durch den Bereich Compliance festgelegt. In der Gesamtbank wird dementsprechend das Modell der drei Verteidigungslinien (Three-Lines-Of-Defense-Modell) gelebt. Die Aktualisierung und Überprüfung der IKS erfolgt über den für die LBBW definierten IKS-Regelkreislauf. Dieser besteht aus fünf Teilen: IKS Quick Check, Dokumentation der Schlüsselkontrollen in der Risiko Kontrollmatrix (RKM), IKS Management-Testing, IKS Self Assessment und der IKS-Berichterstattung.

Dem internen Kontrollsystem wurde im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess das allgemein anerkannte Rahmenkonzept des »Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission« (COSO) zu Grunde gelegt. Wesentliches Ziel des IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist die Sicherstellung der Normenkonformität der Geschäftsvorfälle im Konzernrechnungslegungs- und Konsolidierungsprozess auf Bank- und Konzernebene sowie ein angemessener Umgang der damit verbundenen Risiken.

Die Kontrollen sind darauf ausgerichtet, dass die Erstellung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts im Einklang mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften bzw. den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfolgt und die ordnungsgemäße und fristgerechte interne wie externe Finanzberichterstattung sichergestellt ist. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist über ein Prozessportal sowie Rahmen- und Arbeitsanweisungen geregelt.

Im Konzernhandbuch und im Accounting and Reporting Manual sind die Bewertungs- und Bilanzierungsvorgaben für die Erstellung des Konzernabschlusses und des Einzelabschlusses der LBBW (Bank) enthalten. Dieses wird regelmäßig an in- und externe Entwicklungen angepasst und sowohl über das Intranet der LBBW (Bank) als auch per Direktversand an die Konzerngesellschaften kommuniziert. Die Identifikation rechtlicher Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess sowie die bilanzielle Beurteilung neuartiger Produkte und Produktvarianten im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses der Bank und der Konzerngesellschaften erfolgt zentral in der Einheit Grundsatz, Regulatorik & NPP. Je nach Bedarf werden die betroffenen Fachbereiche und Tochtergesellschaften informiert und eingebunden. Des Weiteren erfolgen Schulungen der mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter.

Sowohl die Erstellung des Jahresabschlusses der Bank als auch die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgen – unter Einbindung der Fachbereiche – zentral durch den Bereich Finanzen bei der LBBW (Bank).

Für die Jahres- und Konzernabschlusserstellung (Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschluss) liegen Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Für die rechnungslegungsrelevanten Prozesse ist die Anwendung des Vier-Augen-Prinzips vorgesehen. Ebenso sind die entsprechenden Kompetenzzuordnungen und die Vorgaben der Funktionstrennung zu beachten.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verfügen über systemtechnisch unterstützte Prozesse bei der Abschlusserstellung nach lokalem Recht, die in die Lieferung der abgestimmten und überwiegend auch durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschlüsse als Basis für die Konzernabschlusserstellung münden. Die Geschäftsführung der jeweiligen Konzerngesellschaft trägt die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der an die Gruppe Konzernabschluss übermittelten Ergebnisdaten.

Die übergeordnete Steuerung und Koordination des bereichsübergreifenden Erstellungsprozesses für den Lagebericht der LBBW erfolgt zentral durch den Bereich Konzernkommunikation unter fachlicher Gesamtverantwortung des Bereichs Finanzen. Der Erstellungsprozess ist in die Termin- und Ablaufpläne für den Halbjahres- und Jahresabschluss integriert. Die Teile des zusammengefassten Lageberichts werden dezentral in den Fachbereichen erstellt und durch die Bereichsleiter freigegeben.

Die Gruppe Konzernabschluss erstellt auf Basis der Zulieferungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften das Zahlenwerk des Konzernabschlusses unter der Verwendung einer standardisierten Konsolidierungssoftware. Die Datenkonsistenz der Zulieferungen durch die Konzerngesellschaften wird hier durch implementierte Prüfregelein und Validierungen geprüft. Die inhaltlichen Validierungen erfolgen über eine Matrixorganisation mit Zuständigkeiten für verschiedene Konzerngesellschaften sowie verschiedene Bilanzposten innerhalb der Gruppe. Die Erstellung des Konzernanhangs erfolgt ebenfalls unter Verwendung von Standardsoftware. Die Gruppe Konzernabschluss stellt die Vollständigkeit und Richtigkeit der relevanten Anhangangaben auf Basis von Checklisten sicher.

Wirksamkeit und Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen IKS werden im Fachbereich Finanzen im Rahmen des bankeinheitlichen IKS-Monitoring-Prozesses regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden.

Die interne Konzern-Revision und der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats fungieren als übergeordnete Monitoring-Organen. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung und informiert darüber den Aufsichtsrat.

Prognose- und Chancenbericht

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung

Auch das Jahr 2021 wird nach Einschätzung der Bank durch coronabedingte Unsicherheiten geprägt sein. Seit Jahresbeginn leidet die Wirtschaftsleistung unter den Folgen des Lockdowns. Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte daher vom Verlauf der Infektionen und dem Erfolg der Impfungen abhängen. Unterstützt wird die Konjunktur durch eine weiterhin expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpolitik. Derzeit erwartet die LBBW für Deutschland im Gesamtjahr 2021 eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 2,5 % zum Vorjahr. Im Euroraum dürfte die Wirtschaftsleistung um 4,0 % zulegen. Die beiden größten außereuropäischen Wirtschaften dürften BIP-Zuwächse um 7,5 % (China) bzw. 5,5 % (USA) verzeichnen. Die Inflationsrate wird 2021 sowohl in Deutschland als auch im Euroraum voraussichtlich höher liegen als im Vorjahr. Die Wiedererhöhung der Mehrwertsteuer in Deutschland auf die bis Mitte 2020 gültigen Sätze hat bereits zu Jahresbeginn die Inflationsrate steigen lassen. Hinzu kommt die Einführung der CO₂-Abgabe, welche für Heiz- und Kraftstoffe zu höheren Preisen geführt hat. Alles in allem dürfte die Inflationsrate 2021 in Deutschland bei 1,9 % liegen, im Euroraum bei 1,7 %.

Die Geldpolitik der EZB dürfte in dem skizzierten Umfeld weiter expansiv ausgerichtet sein. Eine weitere Erhöhung der Anleihekäufe ist nach Bekunden der EZB möglich, eine weitere Senkung der Leitzinsen ist hingegen u. E. eher unwahrscheinlich.

An den Finanzmärkten dürften die Renditen für 10-jährige Bundesanleihen bis zum Jahresende 2021 auf - 0,30 % steigen, einhergehend mit der abnehmenden wirtschaftlichen Unsicherheit. Der Euro dürfte in diesem Umfeld zum US-Dollar am Jahresende 2021 bei 1,23 US-Dollar je Euro liegen. Für den DAX rechnen wir mit einem Stand von 14.500 Ende 2021. Der Dow Jones Industrials dürfte bis Ende 2021 auf 32.500 steigen.

Branchen- und Wettbewerbssituation

Die Einschätzung der LBBW hinsichtlich des herausfordernden Umfelds für die Bankenbranche hat sich, ungeachtet eines von uns zuvor nicht erwarteten zweiten landesweiten Lockdowns, nicht geändert. So sind insbesondere die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowohl auf die Realwirtschaft als auch auf die Bankenbranche unverändert gravierend. Die temporäre Anpassung der Kreditrisikomodelle mittels sogenannter Post Model Adjustments dürfte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Höhe der Risikovorsorge bei vielen Instituten kräftig beeinflusst haben. Einerseits wird damit ein Verlustpuffer für potenzielle Ausfälle gebildet. Andererseits sollte dies die Gewinnausweise entsprechend belastet haben. In ihrem vierteljährlich erscheinenden Risikobericht sieht die Bankenaufsicht EBA denn auch - und das bereits seit längerem - eine unzureichende Rentabilität als eine Achillesferse der Institute an. Dies hängt auch mit den Belastungen durch das in der Eurozone anhaltende Niedrigzinsumfeld zusammen. Dabei sollten sich nach Einschätzung der LBBW die coronabedingt tatsächlichen Belastungen bei den Aktiva erst nach und nach zeigen. So rechnen wir auch hierzulande mittelfristig verstärkt mit Kreditausfällen und einer steigenden Zahl von Firmen- und Privatinsolvenzen.

Ungeachtet dieser Belastungsfaktoren bleibt nach Einschätzung der LBBW das deutsche Bankensystem im europäischen Umfeld angesichts hoher Kapitalpuffer solide aufgestellt. Eventuelle Marktaustritte sind nach Ansicht der deutschen Bankenaufsicht BaFin aufgrund des Konkurrenzdrucks und der Ertragsproblematik dennoch nicht auszuschließen. Hinzu kommt der beschleunigte Einsatz neuer, digitaler Technologien, der sich durch Verhaltensänderungen im Zuge der Corona-Pandemie ergibt. Und schließlich gewinnen auch Klima- und Umweltaspekte an Bedeutung. So hat die EZB hierzu im November 2020 einen entsprechenden Leitfaden publiziert. Eine Besserung der Ertragskraft, unter anderem durch weitere Kostensenkungen, als auch die Anpassung der Geschäftsmodelle stellen für Deutschlands Bankenbranche unverändert eine große Herausforderung dar.

Unternehmensprognose

Rahmenbedingungen

Die im Folgenden ausgeführten Aussagen zur Unternehmensprognose der LBBW basieren auf der Ende 2020 erstellten Planung.

Nach dem durch die Corona-Pandemie ausgelösten konjunkturellen Rückgang in 2020 sollte sich aus Sicht der LBBW im Prognosezeitraum wieder ein positives Wirtschaftswachstum in Deutschland und im Euro-Raum einstellen, welches eine längere Erholungsphase einläuten dürfte. Insbesondere sollte sich die langsame Erholung noch in einer – zwar rückläufigen – aber weiterhin über Vorkrisenniveau liegenden Risikovorsorge niederschlagen. Für das Zinsniveau geht die LBBW auch im Prognosezeitraum von einem niedrigen und teilweise negativen Niveau aus, was die Rentabilität der Institute weiterhin belasten dürfte.

Ausblick der LBBW

Die nachfolgenden Prognosen zur Entwicklung der *bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren* sowie weiterer Steuerungsgrößen der LBBW auf Konzernebene im Geschäftsjahr 2021 basieren auf der am Jahresende 2020 verabschiedeten Planung. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden darin gemäß dem zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Kenntnisstand berücksichtigt. Auch das Jahr 2021 wird nach Einschätzung der Bank weiterhin durch coronabedingte Unsicherheiten geprägt sein. Diese könnten zu einer von den nachfolgenden Ausführungen abweichenden Entwicklung der Leistungsindikatoren und weiteren Steuerungsgrößen führen.

In dem durch die Corona-Pandemie geprägten Geschäftsjahr 2020 konnte die LBBW trotz gegenüber dem Vorjahr erhöhten Vorsorgebildungen, dank einer aus Sicht der Bank guten operativen Entwicklung mit stabilen Erträgen ein positives Ergebnis vor Steuern i. H. v. 252 Mio. EUR verzeichnen. Für den Prognosezeitraum 2021 rechnet die LBBW mit einem positiven Ergebnis über dem Vorjahreswert im dreistelligen Millionenbereich. Im Wesentlichen sollte sich diese Entwicklung durch weiterhin erhöhte, aber stark unter dem Vorjahr verbleibende Risikokosten begründen. Unterstützt durch die anhaltende Kostendisziplin sollte sich die *Kosten-/Ertragsrelation (CIR)* im Vergleich zum Vorjahr geringfügig verbessern, während die *Eigenkapitalrentabilität (RoE)* entsprechend der Ergebnisentwicklung kräftig ansteigen dürfte.

Im Hinblick auf die *harte Kernkapitalquote* (*»fully loaded«*) antizipiert die LBBW zum Jahresende 2021 einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Dabei sollten die risikogewichteten Aktiva im Prognosezeitraum neben operativem Wachstum auch aus krisenbedingten Re-Ratings ansteigen. Gleichwohl verfügt die LBBW ihrer Ansicht nach auch zukünftig über eine komfortable Kapitalausstattung. Die harte Kernkapitalquote sollte im Prognosezeitraum weiterhin beträchtlich über den Mindestvorgaben der CRR/CRD IV und der SREP¹-Anforderung von 8,73 % liegen. Auch unter Berücksichtigung der aktuellen Anforderungen hinsichtlich eines antizyklischen Kapitalpuffers (§ 10d KWG) sowie der von der EZB-Aufsicht erwarteten Bereithaltung von weiterem harten Kernkapital (Pillar 2 Guidance) sollte die harte Kernkapitalquote der LBBW die EZB-Vorgaben deutlich überschreiten.

¹ Supervisory Review and Evaluation Process.

Für die *operativen Segmente* geht die LBBW im Geschäftsjahr 2021 von folgenden Entwicklungen aus:

Für das *Segment Unternehmenskunden* erwartet die LBBW für das Geschäftsjahr 2021 eine beträchtliche Steigerung des Segmentergebnisses gegenüber dem durch hohe Risikovorsorge beeinflussten Vorjahr. Das Segmentergebnis sollte im Prognosezeitraum durch weiterhin hohe Risikokosten geprägt sein, welche durch die anhaltende Krise noch über dem Vorkrisenniveau liegen sollten. Diese Ergebnisentwicklung sowie re-ratingbedingt gegenüber dem Vorjahr erhöhte risikogewichtete Aktiva belasten die **Eigenkapitalrentabilität (RoE)** im Prognosezeitraum, welche jedoch ergebnisbedingt kräftig über den niedrigen Vorjahreswert ansteigen sollte. Auf der Ertragsseite dürfte das Segment Unternehmenskunden in 2021 durch Fokussierung auf langfristige Kundenbeziehungen und Kundenbetreuung als Hausbank eine moderate Steigerung erreichen. Dabei wird das Corporate-Finance-Geschäft auch in 2021 ein wesentlicher Ertragsbringer bleiben. Die **Kosten-/Ertragsrelation (CIR)** sollte sich einhergehend mit stabilen Kosten leicht reduzieren.

Für das *Segment Immobilien/Projektfinanzierungen* geht die LBBW für das Geschäftsjahr 2021 von einem Segmentergebnis vor Steuern aus, welches den Vorjahreswert moderat übertreffen sollte. Trotz krisenbedingter Re-Rating-Effekte und damit ansteigender risikogewichteter Aktiva sollte sich die **Eigenkapitalrentabilität (RoE)** nahezu auf Vorjahresniveau bewegen. Ungeachtet leichter Kostensteigerungen u.a. aus Wachstum dürfte sich die **Kosten-/Ertragsrelation (CIR)** zum Jahresende 2021 auf Vorjahresniveau bewegen.

Für das *Segment Kapitalmarktgeschäft* rechnet die LBBW für das Geschäftsjahr 2021 mit einem Anstieg des Segmentergebnisses vor Steuern und daraus resultierend mit einer moderaten Steigerung der **Eigenkapitalrentabilität (RoE)**. Der Prognosezeitraum sollte geprägt sein durch den selektiven Ausbau von Wachstumsthemen wie beispielsweise dem Asset Management, der Fortführung des bisherigen konsequenten Kostenmanagements sowie der aus Sicht der LBBW effizienteren Kapitalnutzung. Die Verwaltungsaufwendungen sollten sich in 2021 durch Effizienzsteigerungen entlang der kompletten Prozesskette geringfügig reduzieren. Durch in ähnlichem Maße gesteigerte Erträge dürfte sich die **Kosten-/Ertragsrelation (CIR)** zum Jahresende 2021 ebenfalls geringfügig unter dem Vorjahreswert bewegen.

Im *Segment Private Kunden/Sparkassen* erwartet die LBBW zum Jahresende 2021 eine deutliche Steigerung des Segmentergebnisses gegenüber dem Vorjahr. Im anhaltenden Niedrigzinsumfeld und damit einhergehend niedrigen Zinserträgen antizipiert die LBBW steigende Erlöse aus dem Ausbau des Provisionsgeschäfts – hier insbesondere aus den Wachstumsfeldern Asset und Wealth Management sowie Geschäftskunden. Aufgrund erwartungsgemäß auf Vorjahresniveau verbleibender Kosten, antizipiert die LBBW eine leichte Verbesserung der **Kosten-/Ertragsrelation (CIR)** sowie eine spürbare Verbesserung der **Eigenkapitalrentabilität (RoE)**.

Chancen und Risiken

Die getroffenen Aussagen könnten im Verlauf des Geschäftsjahres 2021 durch die nachfolgend beschriebenen wesentlichen **Chancen und Risiken** positiv bzw. negativ beeinflusst werden:

Sollte die andauernde Corona-Pandemie die Wirtschaft stärker belasten als angenommen und zu einer schweren Rezession in 2021 führen, könnte dies die spürbare nachhaltige Erholung in den Folgejahren – trotz fiskal- und geldpolitischer Unterstützung – verhindern. Für die LBBW könnte sich dies negativ auf die Erträge und das Risikoprofil auswirken. Auch eine über den Erwartungen liegende Anzahl von Unternehmensinsolvenzen mit kräftigem Anstieg der Arbeitslosigkeit oder strukturelle Probleme in einzelnen Branchen, vor allem in der Automobilindustrie, könnten die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und im Euroraum stärker beeinträchtigen als bisher angenommen. Weitere unerwartete Belastungen auf die Margen- und Ergebnissituation im Prognosezeitraum könnten aus einem weiter verschärften Wettbewerb und einem weiter sinkenden Zinsniveau resultieren. Zudem könnten nicht antizipierte, verschärfte regulatorische Vorgaben zu Belastungen führen. Außerdem könnten aufgrund der Mitgliedschaft in der institutsbezogenen Sicherungsreserve der Landesbanken sowie aufgrund der »europäischen Bankenabgabe« im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen auch von der LBBW Sonderzahlungen eingefordert werden, die zu unvorhergesehenen Belastungen der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der LBBW führen können.

Die Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit stellen durch die erforderlichen Anpassungen an veränderte Markt- und Kundenanforderungen Risiken dar, bieten der LBBW jedoch auch Chancen zur Weiterentwicklung des Geschäftsmodells.

Demgegenüber könnten sich aus allen genannten Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum auch Chancen für die LBBW ergeben, wenn sich die Faktoren besser als erwartet entwickeln sollten.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank)

Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Geschäftsverlauf 2020

Die Steuerung des LBBW-Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von IFRS-Kennzahlen. Damit wird die LBBW (Bank) als wesentlicher Bestandteil des Konzerns nach diesen Kennziffern gesteuert.

Basierend auf ihrem Geschäftsmodell als mittelständische Universalbank sah sich die LBBW (Bank) auch in dem von der Corona-Krise geprägten Geschäftsjahr 2020 gut aufgestellt. Das Betriebsergebnis vor Steuern als Beleg operativer Stärke verblieb mit 651 Mio. EUR über dem Vergleichswert des Jahres 2019 von 632 Mio. EUR. Grundlage hierfür war die Fokussierung der im Jahr 2017 definierten strategischen Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Agilität, die unverändert die wesentlichen Grundlagen der geschäftlichen Aktivitäten der Bank bilden.

Ertragslage

Erfolgszahlen:

	01.01.2020 - 31.12.2020	01.01.2019 - 31.12.2019	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Zinsüberschuss	1.634	1.713	- 79	- 4,6
Provisionsüberschuss	417	441	- 24	- 5,4
Nettoergebnis des Handelsbestands	250	189	62	32,6
Verwaltungsaufwendungen ¹	- 1.685	- 1.762	77	- 4,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis	34	51	- 16	- 32,3
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	651	632	19	3,0
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	- 349	- 171	- 178	>100
Auflösung/Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	- 86	- 91	6	- 6,3
Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	216	369	- 154	- 41,6
Außerordentliches Ergebnis	- 47	- 57	10	- 16,9
Teilgewinnabführung	- 38	- 44	6	- 13,3
Jahresergebnis vor Steuern	131	269	- 138	- 51,4
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 26	- 10	- 16	>100
Jahresergebnis nach Steuern	105	259	- 154	- 59,6

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

¹ Dieser Posten umfasst neben den Personal- und Sachaufwendungen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der **Zinsüberschuss** der LBBW (Bank) sank erwartungsgemäß im abgelaufenen Geschäftsjahr um 79 Mio. EUR auf 1.634 Mio. EUR, was maßgeblich auf den Rückgang der Vorfälligkeitsentschädigungen aus der vorzeitigen Ablösung von Krediten zurückzuführen war. Diese waren im Vorjahr insbesondere durch Rückführungen im Immobilien- bzw. Projektfinanzierungsgeschäft geprägt. Zusätzlich reduzierten sich die Erträge aus Beteiligungen, was insbesondere im Zusammenhang mit der Veräußerung nicht strategischer Beteiligungen steht. Das Zinsergebnis ohne Beteiligungen und Vorfälligkeitsentschädigungen stieg hingegen leicht an, konnte die vorgenannten Effekte jedoch nicht überkompensieren. Das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau der EZB mit einem Einlagensatz von –0,5 % wirkte insbesondere im Einlagengeschäft belastend. Hier war im Geschäftsjahr 2020 in der Branche ein hoher Druck auf die Margen spürbar, der sich vor allem im Geschäft mit Privaten Kunden/Sparkassen niederschlug.

Mit einem Ergebnis von 417 Mio. EUR verringerte sich der **Provisionsüberschuss** gegenüber dem Vorjahr (441 Mio. EUR) um 24 Mio. EUR. Dabei waren differenzierte Entwicklungen zu verzeichnen. Aufgrund eines gestiegenen Transaktionsvolumens der Kunden mit Wertpapieren erhöhte sich das Provisionsergebnis aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft hingegen auf 114 Mio. EUR (Vorjahr: 107 Mio. EUR). Der Beitrag aus Provisionen im Rahmen der Vermögensverwaltung konnte ebenfalls ausgebaut werden und erreichte zum Ende des Geschäftsjahres ein Ergebnis von 65 Mio. EUR (Vorjahr: 63 Mio. EUR). Dem standen rückläufige Effekte vor allem aus dem Zahlungsverkehrsgeschäft gegenüber; das Ergebnis hieraus reduzierte sich um 13 Mio. EUR auf 94 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss aus Krediten und Bürgschaften sank auf 83 Mio. EUR (Vorjahr: 92 Mio. EUR) ab. Zudem ermäßigten sich die Provisionen im Vermittlungsgeschäft von 52 Mio. EUR auf 46 Mio. EUR, was insbesondere an einer zurückhaltenden Nachfrage nach Versicherungsleistungen lag. Zwischen dem Zins- und Provisionsergebnis ergaben sich geringfügige Verschiebungen aufgrund der Schärfung von Abgrenzungsprozessen.

Deutlich über dem Vorjahreswert lag mit 250 Mio. EUR das **Nettoergebnis des Handelsbestands**, das sich um 62 Mio. EUR verbesserte. Eine hohe Kundennachfrage – unter anderem nach Absicherungsprodukten – prägte dabei die Entwicklung des Postens. Zusätzlich wurde der Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 Nr. 4 HGB mit 6 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) dotiert.

Die **Verwaltungsaufwendungen** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr leicht und betrugen –1.685 Mio. EUR (Vorjahr: –1.762 Mio. EUR). Der zum Jahresende 2020 um 60 Mio. EUR auf –866 Mio. EUR (Vorjahr: –926 Mio. EUR) verminderte Personalaufwand profitierte dabei insbesondere von reduzierten Aufwendungen für die Altersvorsorge. Zum Jahresende 2020 hat die LBBW einen Großteil ihrer bestehenden Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds übertragen. Die bilanziellen Auswirkungen sind im Posten Rückstellungen erläutert. Die anderen Verwaltungsaufwendungen ermäßigten sich trotz höherer Aufwendungen für die Bankenabgabe um insgesamt 13 Mio. EUR auf –734 Mio. EUR (Vorjahr: –747 Mio. EUR). Relevant für den Anstieg der Bankenabgabe war insbesondere die Erhöhung des Zielvolumens, welche durch die Ausweitung der gedeckten Einlagen im Euroraum um 7,2 % (in 2019) bedingt war. Die restlichen Posten der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen verminderten sich durch unterschiedliche Maßnahmen zur Kostenreduktion und verteilten sich auf mehrere Kostenarten. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte verringerten sich auf –84 Mio. EUR nach –88 Mio. EUR im Vorjahr. Ursächlich hierfür waren vor allem geringere Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, die nachgelagert aus Investitionen der Vorjahre resultierten.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** sank um 16 Mio. EUR auf 34 Mio. EUR (Vorjahr: 51 Mio. EUR). Dabei waren gegenläufige Effekte zu verzeichnen. Das Vorjahresergebnis war vor allem durch eine konzerninterne Gebäudeveräußerung geprägt, sodass sich der Beitrag aus dem Verkauf von Immobilien im laufenden Jahr um 46 Mio. EUR reduzierte. Im Zuge einer Bereinigung des Beteiligungsportfolios hat sich die LBBW von nicht strategischen Beteiligungen getrennt, aus den Veräußerungen resultierte ein negativer Beitrag in Höhe von –32 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR). Gegenläufig sank der Aufwand aus Rechtsthemen netto um 72 Mio. EUR. Hierin enthalten ist eine Verbesserung der Netto-Dotierung von Rückstellungen für Rechtsrisiken i.H.v. 69 Mio. EUR.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr in Summe um – 178 Mio. EUR auf – 349 Mio. EUR (Vorjahr: – 171 Mio. EUR). Bezüglich der einzelnen Unterpositionen war eine differenzierte Entwicklung zu verzeichnen:

- Das **Bewertungsergebnis aus Wertpapieren** verbesserte sich um 8 Mio. EUR auf 45 Mio. EUR und war geprägt von Treasury-Aktivitäten zur Optimierung der Risikostruktur in einzelnen Portfolios.
- Das **Bewertungsergebnis aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 7 Mio. EUR auf – 38 Mio. EUR (Vorjahr: – 45 Mio. EUR). Nach wie vor belasten jedoch Abschreibungen auf Basis reduzierter Erwartungen für die Zukunft.
- Das **Ergebnis aus Verlustübernahmen** verringerte sich auf – 7 Mio. EUR (Vorjahr: – 3 Mio. EUR).
- Das **Risikovorsorgeergebnis im Kreditgeschäft** erhöhte sich zum Jahresende 2020 um – 189 Mio. EUR auf – 350 Mio. EUR. Der Anstieg der Risikovorsorge stand dabei vor allem im Zusammenhang mit angepassten Einschätzungen bezüglich der Prognose von Ausfallwahrscheinlichkeiten aufgrund der Corona-Pandemie. Zusätzlich belastete vor allem durch eine Unternehmensinsolvenz ein größerer Einzelfall die Risikovorsorge.

Die Zuführung zum **Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB** im Jahr 2020 i.H.v. 86 Mio. EUR diente maßgeblich der künftigen Kompensation einer geänderten Ermittlung der Risikovorsorge nach HGB gemäß der Stellungnahme des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW RS BFA 7) sowie weiterer latenter Risiken aufgrund der Corona-Pandemie. Die Verlautbarung des IDW ist dabei voraussichtlich erstmals anzuwenden auf Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2021 beginnen.

Im Saldo verbesserte sich das **Außerordentliche Ergebnis** um 10 Mio. EUR auf – 47 Mio. EUR (Vorjahr: – 57 Mio. EUR), was vor allem auf netto niedrigere Aufwendungen für Restrukturierungen zurückzuführen war. Aus der Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultierte ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter außerordentlicher Aufwand i.H.v. – 26 Mio. EUR.

Für das Geschäftsjahr 2020 ergab sich unter Berücksichtigung einer Teilgewinnabführung von – 38 Mio. EUR (Vorjahr: – 44 Mio. EUR) in Summe ein **Jahresüberschuss vor Steuern** i.H.v. 131 Mio. EUR (Vorjahr: 269 Mio. EUR).

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** erhöhten sich insbesondere durch den Anstieg steuerlich nicht abzugsfähiger Aufwendungen vor allem aus der Bankenabgabe auf – 26 Mio. EUR (Vorjahr: – 10 Mio. EUR).

Das **Jahresergebnis nach Steuern** verblieb trotz des deutlich gestiegenen Aufwands für Risikovorsorge positiv und betrug 105 Mio. EUR (Vorjahr: 259 Mio. EUR).

Vermögens- und Finanzlage

Aktiva	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Barreserve	13.636	18.317	- 4.682	- 25,6
Forderungen an Kreditinstitute	64.385	53.010	11.375	21,5
Forderungen an Kunden	108.555	110.175	- 1.620	- 1,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31.832	25.935	5.896	22,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	187	200	- 13	- 6,4
Handelsbestand	32.800	27.172	5.628	20,7
Beteiligungen	194	592	- 398	- 67,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.596	1.627	- 31	- 1,9
Treuhandvermögen	901	289	612	>100
Immaterielle Anlagewerte	147	169	- 22	- 12,9
Sachanlagen	780	792	- 12	- 1,5
Sonstige Vermögensgegenstände	2.248	2.398	- 150	- 6,3
Rechnungsabgrenzungsposten	4.017	2.665	1.352	50,8
Summe der Aktiva	261.278	243.342	17.935	7,4

Passiva	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75.947	64.334	11.614	18,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	95.340	90.850	4.489	4,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	44.797	42.017	2.781	6,6
Handelsbestand	16.808	17.243	- 436	- 2,5
Treuhandverbindlichkeiten	901	289	612	>100
Sonstige Verbindlichkeiten	1.434	1.356	78	5,7
Rechnungsabgrenzungsposten	3.475	2.415	1.060	43,9
Rückstellungen	1.059	3.045	- 1.985	- 65,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.121	5.482	- 361	- 6,6
Genussrechtskapital	229	229	0	0,0
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	771	755	17	2,2
Fonds für allgemeine Bankrisiken	926	834	92	11,0
Eigenkapital	14.470	14.494	- 25	- 0,2
Summe der Passiva	261.278	243.342	17.935	7,4
Eventualverbindlichkeiten	10.338	9.860	478	4,8
Andere Verpflichtungen	34.745	31.752	2.992	9,4
Geschäftsvolumen¹	306.360	284.955	21.405	7,5

¹ Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen.

Bilanzsumme

Zum Jahresende 2020 erhöhte sich die Bilanzsumme der LBBW (Bank) gegenüber dem Vorjahr um 17,9 Mrd. EUR auf 261,3 Mrd. EUR. Das Geschäftsvolumen der LBBW (Bank) nahm damit einhergehend um 21,4 Mrd. EUR auf 306,4 Mrd. EUR zu.

Aktivgeschäft

Zum Ende des Berichtsjahres belief sich die **Barreserve** auf 13,6 Mrd. EUR. Der Rückgang um – 4,7 Mrd. EUR war im Wesentlichen auf die Verminderung von Zentralbankguthaben zurückzuführen. Diese erhöhten sich aufgrund der Teilnahme am Tenderprogramm der EZB (TLTRO-III) im Juni um 20 Mrd. EUR. Auszahlungen sowie alternative Finanzierungsmöglichkeiten ließen sie im zweiten Halbjahr wieder deutlich sinken.

Zum 31. Dezember 2020 erhöhten sich die **Forderungen an Kreditinstitute** um 11,4 Mrd. EUR auf 64,4 Mrd. EUR. Der Anstieg war insbesondere auf kurzfristige Finanzierungsgeschäfte zurückzuführen, wobei hierunter Kommunalkredite um 15,5 Mrd. EUR auf 47,4 Mrd. EUR anwuchsen. Gegenläufig reduzierten sich Wertpapierpensionsgeschäfte hauptsächlich mit internationalen Großbanken und Clearinghäusern um – 1,2 Mrd. EUR auf 10,2 Mrd. EUR.

Der Bestand der **Forderungen an Kunden** sank um – 1,6 Mrd. EUR und lag zum aktuellen Bilanzstichtag bei 108,6 Mrd. EUR. Hypothekarisch besicherte Darlehen stiegen um 9,6 Mrd. EUR auf 40,9 Mrd. EUR und Kommunalkredite um 4,2 Mrd. EUR auf 18,7 Mrd. EUR. Gegenläufig reduzierten sich Wertpapierpensionsgeschäfte um – 3,1 Mrd. EUR auf 5,4 Mrd. EUR sowie andere Forderungen um – 15,5 Mrd. EUR auf 49,1 Mrd. EUR. Krisenunterstützendes Kundengeschäft in nahezu allen Geschäftsfeldern trug zur Entwicklung des Postens bei. Das Geschäft mit Absicherungs- und Anlageprodukten konnte ebenfalls ausgebaut werden. Weiterhin reduzierte sich der Posten aufgrund der coronaabhängigen höheren Risikovorsorgebestände, die von den Forderungen abgesetzt wurden.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere nahmen von 25,9 Mrd. EUR auf 31,8 Mrd. EUR zu. Wertpapierkäufe zur Steuerung von Liquiditätsportfolien führten zu einem Anstieg der Anleihen und Schuldverschreibungen um 6,3 Mrd. EUR auf 30,4 Mrd. EUR. Geldmarktpapiere sanken um – 0,8 Mrd. EUR auf 0,8 Mrd. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die **Handelsaktiva** um 5,6 Mrd. EUR auf 32,8 Mrd. EUR. Forderungen an Kreditinstitute stiegen um 5,0 Mrd. EUR auf 10,0 Mrd. EUR sowie Forderungen an Kunden um 2,8 Mrd. EUR auf 4,8 Mrd. EUR, was sich unter anderem mit der Ausweitung des Handelsvolumens von Schuldscheinforderungen begründen lässt. Demgegenüber sanken Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere um – 2,4 Mrd. EUR auf 5,8 Mrd. EUR.

Treuhandforderungen erhöhten sich nahezu um das Dreifache von 0,3 Mrd. EUR im Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR auf 0,9 Mrd. EUR. Coronabedingte Förderprogramme wie bspw. der KfW-Schnellkredit für Unternehmen führten zu dieser Steigerung.

Der **Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** verzeichnete im laufenden Jahr einen Anstieg um 1,4 Mrd. EUR von 2,7 Mrd. EUR im Jahr 2019 auf 4,0 Mrd. EUR zum 31. Dezember 2020. Der Umfang in clearingverarbeitete Derivate-Geschäfte wurde ausgeweitet, was zu höheren Upfrontzahlungen geführt hat.

Refinanzierung

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** waren im Vergleich zum Vorjahr von den größten Volumenveränderungen betroffen. Sie erhöhten sich um 11,6 Mrd. EUR auf 75,9 Mrd. EUR. Diese Entwicklung war insbesondere auf einen Anstieg der Tages- und Termingelder im Zusammenhang mit der Teilnahme am Tenderprogramm der EZB um 10,3 Mrd. EUR auf 37,9 Mrd. EUR zurückzuführen. Weiterleitungsdarlehen zur Unterstützung in der Krise stiegen deutlich um 3,4 Mrd. EUR auf 32,1 Mrd. EUR. Gegenläufig reduzierten sich Wertpapierpensionsgeschäfte um – 1,4 Mrd. EUR auf 0,5 Mrd. EUR.

Zum 31. Dezember 2020 beliefen sich die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** auf 95,3 Mrd. EUR und lagen damit um 4,5 Mrd. EUR über dem Vorjahr. Das Volumen bei den Kontokorrentverbindlichkeiten stieg um 11,0 Mrd. EUR auf 57,9 Mrd. EUR. Besonders Firmenkunden und private Haushalte griffen auf Anlageprodukte der LBBW (Bank) zurück. Dem gegenüber reduzierten sich Tages- und Termingelder um – 4,6 Mrd. EUR auf 25,0 Mrd. EUR und Wertpapierpensionsgeschäfte um – 1,0 Mrd. EUR auf 1,0 Mrd. EUR.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** erhöhten sich um 2,8 Mrd. EUR auf 44,8 Mrd. EUR. Sonstige Schuldverschreibungen erhöhten sich um 2,8 Mrd. EUR auf 24,5 Mrd. sowie Geldmarktpapiere um 1,3 Mrd. EUR auf 6,3 Mrd. EUR. Die kurzfristige Refinanzierung wurde hierbei hauptsächlich bei der Auslandsniederlassung New York ausgebaut.

Im Vergleich zum Vorjahr verminderte sich der Posten **Handelspassiva** lediglich um – 0,4 Mrd. EUR auf 16,8 Mrd. EUR. Einem Anstieg der Einlagen um 1,7 Mrd. EUR auf 4,5 Mrd. EUR stand ein Rückgang der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um – 1,7 Mrd. EUR auf 5,2 Mrd. EUR gegenüber.

Analog zum Posten auf der Aktivseite verdreifachten sich **Treuhandverbindlichkeiten** ebenfalls nahezu um 0,6 Mrd. EUR von 0,3 Mrd. EUR im Vorjahr auf 0,9 Mrd. EUR. Coronabedingte Förderprogramme wie bspw. die der KfW ließen den Posten in diesem Maße ansteigen.

Auch der **Passive Rechnungsabgrenzungsposten** entwickelte sich analog des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens und stieg von 2,4 Mrd. EUR um 1,1 Mrd. EUR auf 3,5 Mrd. EUR.

Im Berichtsjahr war eine Verminderung der **Rückstellungen** um – 2,0 Mrd. EUR auf 1,1 Mrd. EUR zu verzeichnen. Mit Wirkung zum 31. Dezember 2020 hat die LBBW (Bank) einen Großteil ihrer unmittelbaren Pensionsverpflichtungen in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds nach deutschem Recht zusammen mit den entsprechenden Finanzierungsmitteln übertragen. Durch die Übertragung werden die Zusagen zu mittelbaren Zusagen, für die gemäß Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ein Ansatzwahlrecht besteht. Die LBBW (Bank) hat von diesem Wahlrecht Gebrauch gemacht, woraus eine Reduzierung der Pensionsrückstellungen i. H. v. – 2,0 Mrd. EUR resultierte.

Eigenkapital

Das **Eigenkapital** der LBBW (Bank) blieb zum 31. Dezember 2020 im Vergleich zum Jahresende 2019 unverändert bei 14,5 Mrd. EUR. Der Bilanzgewinn erhöhte sich auf Grundlage bislang nicht ausgeschütteter Dividenden an die Eigentümer auf 0,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,3 Mrd. EUR).

Finanzlage

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW (Bank) wird vom Asset Liability Committee (ALCo) vorgeschlagen und durch die Geschäftsleitung festgelegt. Die LBBW (Bank) achtet dabei aus ihrer Sicht insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die nach dem längerfristigen Tender der EZB nochmals angestiegene Überschussliquidität am Markt zeigte sich auch in der umfangreichen Liquiditätsausstattung der LBBW (Bank). Die Refinanzierungsquellen der LBBW (Bank) sind dem Volumen und dem Grad der Diversifikation nach sehr stabil. CRR-Institute haben seit dem 1. Januar 2018 eine Liquidity Coverage Ratio (LCR) von 100 % einzuhalten. Zum 31. Dezember 2020 lag diese auf Einzelinstitutsebene LBBW (Bank) bei 136,1 %.

03

Konzernabschluss



Konzernabschluss

Inhalt

Gewinn- und Verlustrechnung	98	29. Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	160
Gesamtergebnisrechnung	99	30. Adressenausfallrisiko	162
Bilanz	100	31. Sicherheiten	169
Eigenkapitalveränderungsrechnung	102	32. Freiwillig erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente	170
Kapitalflussrechnung	104	33. Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	170
Anhang (Notes) und Zusatzangaben nach § 315e HGB	106	34. Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	171
A. Wesentliche Änderungen im Geschäftsjahr	106	35. Übertragung finanzieller Vermögenswerte	173
1. Grundlagen der Aufstellung	106	36. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	174
2. Grundsätze	106	37. Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	178
3. Änderungen und Schätzungen	107	38. Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	179
4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	110	39. Fälligkeitsanalyse	180
B. Unternehmensgruppe	111	40. Emissionstätigkeit	181
5. Konsolidierungskreis/-grundsätze	111	41. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen	181
6. Währungsumrechnung	113	42. Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten	184
7. Anteile an at-equity-bewerteten Unternehmen	114	43. Fair-Value-Hierarchie	184
8. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	114	44. Hedge Accounting	200
C. Segmentberichterstattung	121	F. Sonstiges	204
D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	127	45. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	204
9. Zinsergebnis	127	46. Immaterielle Vermögenswerte	205
10. Provisionsergebnis	128	47. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	207
11. Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	129	48. Sachanlagen	210
12. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten	132	49. Leasinggeschäft	212
13. Sonstiges betriebliches Ergebnis	132	50. Ertragsteuern	218
14. Verwaltungsaufwendungen	133	51. Rückstellungen	219
15. Aufwendungen für Bankenabgabe Einlagensicherung	134	52. Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	229
16. Restrukturisierungsergebnis	134	53. Außerbilanzielle Geschäfte	231
17. Ertragsteuern	135	54. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	233
E. Finanzinstrumente	138	55. Eigenkapital	235
18. Ansatz	138	56. Kapitalmanagement	237
19. Zugangs- und Folgebewertung	139	G. Zusatzangaben nach § 315e HGB	242
20. Risikovorsorge	141	57. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures	242
21. Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts	145	58. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	254
22. Ausweis	149	59. Organe und deren Mandate	255
23. Sicherungsbeziehungen	151		
24. Finanzgarantien	154		
25. IBOR-Reform	154		
26. Zuwendungen der öffentlichen Hand	155		
27. Barreserve	156		
28. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	156		

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

Mio. EUR	Notes	01.01.2020 - 31.12.2020	01.01.2019 - 31.12.2019 ¹
Zinsergebnis ²	9	1.771	1.676
Zinserträge und laufende Erträge aus Eigenkapitalinstrumenten		12.551	14.051
davon negative Zinserträge		- 247	- 243
Zinsaufwendungen und laufende Aufwendungen aus Eigenkapitalinstrumenten		- 10.780	- 12.376
davon positive Zinsaufwendungen		288	225
Provisionsergebnis	10	538	558
Provisionserträge		668	688
Provisionsaufwendungen		- 130	- 130
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	11	- 362	172
davon Risikovorsorge		- 544	- 151
Sonstiges betriebliches Ergebnis	13	198	148
Verwaltungsaufwendungen	14	- 1.743	- 1.810
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	15	- 118	- 102
Restrukturierungsergebnis	16	- 32	- 31
Konzernergebnis vor Steuern		252	610
Ertragsteuern	17	- 80	- 167
Konzernergebnis		172	443
davon Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		0	1
davon Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		172	442

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

² Die Angaben zum Aufriss der Zinserträge und Zinsaufwendungen für die Kategorien »Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten« sowie »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Finanzinstrumente« finden sich in Note 9.

Gesamtergebnisrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

Mio. EUR	Notes	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Konzernergebnis		172	443
Sachverhalte, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Gewinnrücklage	55	70	- 307
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern		- 115	- 443
Realisierte Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Eigenkapitalinstrumenten		152	- 0
Ertragsteuern	17	33	135
Bewertungsergebnis aus der eigenen Bonität	55	34	- 12
Bewertungsgewinne/-verluste aus der eigenen Bonität vor Steuern		49	- 18
Ertragsteuern	17	- 15	6
Bewertungsänderungen von Eigenkapitalinstrumenten (erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte)		- 223	- 26
Bewertungsänderungen vor Steuern		- 81	- 23
Umgliederung in realisierte Gewinne/Verluste aus der Veräußerung von Eigenkapitalinstrumenten		- 152	0
Ertragsteuern	17	10	- 3
Sachverhalte, die unter bestimmten Bedingungen nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Bewertungsänderungen von Fremdkapitalinstrumenten (erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte)		128	141
Bewertungsänderungen vor Steuern		181	172
Veränderung der Risikovorsorge		1	0
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung		- 9	24
Ertragsteuern	17	- 45	- 56
Währungsumrechnungsdifferenzen		- 16	6
Veränderungen vor Steuern		- 16	6
Erfolgsneutrales Konzernergebnis		- 7	- 200
Konzerngesamtergebnis		165	243
davon Gesamtergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		0	1
davon Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		165	242

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Bilanz

zum 31. Dezember 2020

Aktiva

Mio. EUR	Notes	31.12.2020	31.12.2019 ¹	01.01.2019 ¹
Barreserve	27	13.650	18.331	24.721
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	28	177.502	167.202	157.127
Forderungen an Kreditinstitute		68.465	55.801	46.749
Forderungen an Kunden		108.116	110.320	109.231
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		921	1.082	1.146
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	29	34.810	30.245	23.743
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	33	1.132	1.170	1.207
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	34	42.185	33.013	28.857
Anteile an at-equity-bewerteten Unternehmen	7	261	265	266
Aktivisches Portfolio Hedge Adjustment	22	1.039	839	569
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	45	2	65	24
Immaterielle Vermögenswerte	46	178	198	224
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	47	796	655	697
Sachanlagen	48	790	814	463
Laufende Ertragsteueransprüche	17,50	118	126	142
Latente Ertragsteueransprüche	17,50	1.107	1.126	1.165
Sonstige Aktiva	52	2.878	2.619	2.017
Summe der Aktiva		276.449	256.667	241.222

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Passiva

Mio. EUR	Notes	31.12.2020	31.12.2019 ¹	01.01.2019 ¹
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	36	221.627	201.890	190.388
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		78.765	66.633	63.585
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		95.288	90.319	82.481
Verbriefte Verbindlichkeiten		41.834	38.815	38.827
Nachrangkapital		5.740	6.123	5.495
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	37	6.509	6.757	7.613
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	38	28.815	26.959	24.478
Passivisches Portfolio Hedge Adjustment	22	693	486	297
Rückstellungen	51	2.523	4.530	3.999
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	45	0	4	0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	17,50	49	55	32
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	17,50	24	33	27
Sonstige Passiva	52	2.217	2.113	1.283
Eigenkapital	55	13.992	13.840	13.105
Stammkapital		3.484	3.484	3.484
Kapitalrücklage		8.240	8.240	8.240
Gewinnrücklage		1.243	744	903
Sonstiges Ergebnis		74	152	44
Konzerngewinn/-verlust		172	442	413
Eigenkapital der Anteilseigner		13.214	13.063	13.085
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		745	745	0
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		33	32	20
Summe der Passiva		276.449	256.667	241.222

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

Mio. EUR	Stammkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage ^{1 2}	Bewertungsrücklage Eigenkapitalinstrumente	Bewertungsrücklage Fremdkapitalinstrumente	Bewertungsergebnis at-equity-bewertete Unternehmen
Eigenkapital zum 31. Dezember 2018	3.484	8.240	960	211	- 207	0
Anpassung Vorjahreswerte			- 56	0	- 1	0
Eigenkapital zum 1. Januar 2019	3.484	8.240	903	211	- 207	0
IFRS 16 Erstanwendungseffekte			- 14	0	0	0
Eigenkapital zum 1. Januar 2019 nach retrospektiver Anwendung IFRS 16	3.484	8.240	890	211	- 207	0
Einstellung in die Gewinnrücklage			413			
Ausschüttungen an Anteilseigner			- 250			
Erfolgsneutrales Ergebnis			- 307	- 26	141	0
Konzernergebnis						
Konzerngesamtergebnis	0	0	- 307	- 26	141	0
Sonstige Kapitalveränderungen			- 1	0	0	0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2019	3.484	8.240	744	185	- 67	0
Eigenkapital zum 1. Januar 2020	3.484	8.240	744	185	- 67	0
Einstellung in die Gewinnrücklage			442			
Erfolgsneutrales Ergebnis			70	- 223	128	0
Konzernergebnis						
Konzerngesamtergebnis	0	0	70	- 223	128	0
Bedienung von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen			- 13			
Sonstige Kapitalveränderungen			0	0	0	- 1
Eigenkapital zum 31. Dezember 2020	3.484	8.240	1.243	- 38	61	- 1

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

2 Auch Gewinn- und Verlustvorträge aus vergangenen Perioden werden in den »Gewinnrücklagen« ausgewiesen. Für die LBBW (Bank) wurde Ende Februar 2021 ein Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns 2019 gefasst (siehe auch Note 55 zum Eigenkapital).

	Bewertungs- ergebnis des Währungs- basis-Elements von Sicherungs- geschäften	Bewertungs- ergebnis aus der eigenen Bonität	Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Konzern- gewinn/ -verlust	Eigenkapital der Anteilseigner ¹	Zusätzliche Eigenkapital- bestandteile	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Insgesamt ¹
		16	25	413	13.142	0	20	13.163
		0	0	0	- 57		0	- 57
	0	16	25	413	13.085	0	20	13.105
				0	- 14		0	- 14
	0	16	25	413	13.072	0	20	13.092
				- 413	0		0	0
					- 250		0	- 250
		- 12	6		- 200		0	- 200
				442	442		1	443
	0	- 12	6	442	242	0	1	243
		0	0	0	- 1	745	11	755
	0	4	30	442	13.063	745	32	13.840
	0	4	30	442	13.063	745	32	13.840
				- 442	0		0	0
	0	34	- 16	0	- 7	0	0	- 7
				172	172		0	172
	0	34	- 16	172	165	0	0	165
					- 13			- 13
	0	0	0	0	- 1	0	1	0
	0	38	15	172	13.214	745	33	13.992

Im Geschäftsjahr 2019 emittierte die LBBW eine AT1-Anleihe. Aufgrund fehlender vertraglicher Verpflichtung der LBBW zur Rückzahlung oder zur Leistung von laufenden Zahlungen erfüllt diese Anleihe die Definition eines Eigenkapitalinstruments. Die nachrangige Anleihe erfüllt die Anforderungen der Capital Requirements Regulation (CRR) für zusätzliches Kernkapital und wird in dem neuen Unterposten »Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile« ausgewiesen.

Kapitalflussrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020

Mio. EUR	Notes	01.01.2020 - 31.12.2020	01.01.2019 - 31.12.2019 ¹
Konzernergebnis		172	443
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen (inklusive Beteiligungen)		512	194
Zuführung/Auflösung der Rückstellungen		305	306
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		- 1.429	- 154
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Beteiligungen, Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten		- 2	- 10
Sonstige Anpassungen (Saldo)		- 1.642	- 1.644
Zwischensumme		- 2.084	- 865
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte		- 10.821	- 10.320
Forderungen an Kreditinstitute		- 12.709	- 9.061
Forderungen an Kunden		1.764	- 1.256
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		125	- 3
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		- 4.798	- 6.376
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		- 4.271	- 6.135
Kredite und Darlehen		- 531	- 239
Eigenkapitalinstrumente		4	- 1
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		25	59
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		- 1.752	2.351
Anteile an at-equity-bewerteten Unternehmen		8	7
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		- 261	- 544
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		20.226	10.910
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		12.177	3.074
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		4.990	7.835
Verbriefte Verbindlichkeiten		3.060	1
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		- 239	- 962
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		- 2.436	- 3.269
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		- 2.324	202
Erhaltene Dividenden		28	36
Erhaltene Zinsen		12.416	13.243
Gezahlte Zinsen		- 12.513	- 11.871
Ertragsteuerzahlungen		- 89	7
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 4.613	- 7.392
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		375	43
Sachanlagen		13	14
Immateriellen Vermögenswerten		1	2
Auszahlungen für den Erwerb von			
Beteiligungen		- 15	- 11
Sachanlagen		- 75	- 62
Immateriellen Vermögenswerten		- 44	- 43
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen		- 44	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		212	- 57
Einzahlungen aus der Begebung von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen		0	745
Auszahlung für die Bedienung von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen		- 13	0
Dividendenzahlungen		0	- 250
Sonstige Auszahlungen	36	- 129	0
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)		- 316	567
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 459	1.061

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Mio. EUR	Notes	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	27	18.331	24.721
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		- 4.613	- 7.392
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		212	- 57
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 459	1.061
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderung des Finanzmittelfonds		180	- 3
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	27	13.650	18.331

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit während des Geschäftsjahres.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve der LBBW und umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernergebnis ermittelt. Ihm werden die Zahlungsströme zugeordnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten des LBBW-Konzerns stehen oder aus Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können. Im LBBW-Konzern werden Auszahlungen für den Zins- und Tilgungsanteil von Leasingverbindlichkeiten sowie Zahlungen für kurzfristige Leasingverhältnisse und wertmäßig unbedeutenden Leasingvermögenswerten im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit gezeigt. Die gesamten Zahlungsmittelabflüsse aus Leasingverhältnissen beliefen sich im Berichtsjahr 2020 auf - 41 Mio. EUR.

Im Cashflow aus der Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von langfristigen Vermögenswerten dargestellt.

Dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigenkapital sowie mit dem Nachrangkapital zugerechnet. In den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit fließen neben der zahlungswirksamen Veränderung des Eigenkapitals (Dividendenzahlungen, Begebung und Bedienung von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen) auch die Cashflows aus den >>Stillen Einlagen<< und dem weiteren Nachrangkapital ein. Im Berichtszeitraum hat sich der Bestand des Nachrangkapitals gegenüber dem Vorjahr um - 383 Mio. EUR verringert. Neben einer zahlungswirksamen Reduzierung von - 328 Mio. EUR resultiert die Veränderung des Bestands aus Bewertungseffekten i. H. v. 8 Mio. EUR und den Effekten aus der Barwertbilanzierung i. H. v. - 1 Mio. EUR. Darüber hinaus haben Wechselkursänderungen um - 63 Mio. EUR und sonstige Änderungen um 2 Mio. EUR den Bestand des Nachrangkapitals verändert.

Durch den Erwerb eines vollkonsolidierten Tochterunternehmens im zweiten Halbjahr 2020 gingen insbesondere Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte i. H. v. 44 Mio. EUR zu. Zahlungsmittel lagen nur in geringem Umfang vor. Der Nettoabfluss an Zahlungsmitteln (Kaufpreis abzüglich zugehender Barreserve) beläuft sich auf - 44 Mio. EUR.

Anhang (Notes) und Zusatzangaben nach § 315e HGB

für das Geschäftsjahr 2020

A. Wesentliche Änderungen im Geschäftsjahr

1. Grundlagen der Aufstellung

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW (Bank)) als Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit vier Hauptsitzen: in Deutschland in Stuttgart (Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart), Karlsruhe (Ludwig-Erhard-Allee 4, 76131 Karlsruhe), Mannheim (Augustaanlage 33, 68165 Mannheim) und Mainz (Rheinallee 86, 55120 Mainz). Die Handelsregisternummern beim zuständigen Amtsgericht lauten wie folgt: Amtsgericht Stuttgart HRA 12704, Amtsgericht Mannheim HRA 104440 (für Karlsruhe) sowie HRA 4356 (für Mannheim) und Amtsgericht Mainz HRA 40687.

Der LBBW-Konzern ist in seinen regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen vor Ort präsent und nutzt selektiv Wachstumschancen in ausgewählten Wirtschaftsräumen, wie z.B. in Nordrhein-Westfalen, Bayern und im Großraum Hamburg.

Die LBBW bietet bundesweit das komplette Produkt- und Dienstleistungsangebot einer mittelständischen Universalbank an. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart erfüllt die BW-Bank, als Kundenbank der LBBW, die Aufgaben einer Sparkasse. Zudem begleitet die LBBW ihre Unternehmenskunden und die der Sparkassen bei ihren internationalen Aktivitäten. Auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierte Tochterunternehmen diversifizieren und ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW innerhalb des Konzerns.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2020 erfolgt gemäß § 315e Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 19. Juli 2002 (International Accounting Standards, IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht, von der Europäischen Union übernommen und für den Konzern relevant und verpflichtend waren.

Der Konzernabschluss wird am 02. März 2021 durch den Vorstand der LBBW aufgestellt.

2. Grundsätze

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Die Rechnungslegung der LBBW erfolgt gemäß IFRS 10.19 und IAS 28.35 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Diese wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Jahresabschlüsse aller vollkonsolidierten bzw. at-equity-bewerteten Gesellschaften werden auf den Stichtag des Konzernabschlusses der LBBW aufgestellt.

Die funktionale Währung der LBBW sowie die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge im vorliegenden Konzernabschluss sind i. d. R. auf Mio. EUR kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen geringfügige Abweichungen ergeben, die keine Einschränkungen der Berichtsqualität darstellen. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

3. Änderungen und Schätzungen

Nachstehend werden die erstmalig im Geschäftsjahr anzuwendenden bzw. künftig anzuwendenden IFRS erläutert, die für die LBBW von Bedeutung sind.

Erstmals angewendete IFRS

Im Geschäftsjahr 2020 sind die folgenden IFRS erstmalig anzuwenden. Sie haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss:

- Amendments to References to the Conceptual Framework in IFRS-Standards
- Definition of a Business – Amendments to IFRS 3
- Definition of Material – Amendments to IAS 1 and IAS 8
- Covid-19-Related Rent Concessions – Amendments to IFRS 16
- Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen – IFRS 9

Seit dem 01. November 2020 wendet die LBBW für ihre Micro Fair Value Hedges und Gruppen Fair Value Hedges die Vorschriften des IFRS 9 »Finanzinstrumente« zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen an. Die Umstellung erfolgte im Einklang mit den relevanten Übergangsvorschriften des IFRS 9. Die für die LBBW relevanten Vorgaben des IFRS 9 zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (vgl. Note 23) sind prospektiv anzuwenden. Sämtliche unter IAS 39 designierten Sicherungsbeziehungen der LBBW werden fortgeführt, weil sie auch die Anforderungen des IFRS 9 erfüllen. Die Sicherungsquoten konnten unverändert beibehalten werden. Aus dem Übergang von IAS 39 auf IFRS 9 ergaben sich somit keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss; Vorjahreszahlen wurden daher nicht angepasst.

Die Portfolio Fair Value Hedges der LBBW folgen weiterhin den Vorgaben des IAS 39.

Zukünftig anzuwendende IFRS

Die folgenden IFRS sind noch nicht in Kraft getreten, es werden keine oder nur unwesentliche Auswirkungen erwartet und es ist keine freiwillige vorzeitige Anwendung durch die LBBW beabsichtigt:

Titel IFRS	Voraussichtliche Erstanwendung	Endorsement (ja/nein)	Inhalt des IFRS
Extension of the Temporary Exemption from Applying IFRS 9 – Amendments to IFRS 4	Geschäftsjahr 2021	Ja	Die Änderung an IFRS 4 sieht die Verschiebung der verpflichtenden Erstanwendung von IFRS 9 vom 01.01.2021 auf den 01.01.2023 vor.
Reference to the Conceptual Framework – Amendments to IFRS 3	Geschäftsjahr 2022	Nein	Diese Änderungen betreffen einen Verweis auf das Rahmenwerk der IFRS.
Property, Plant and Equipment: Proceeds before Intended Use – Amendments to IAS 16	Geschäftsjahr 2022	Nein	Diese Änderung legt fest, dass Erträge, die erzielt werden, wenn eine Sachanlage noch nicht in betriebsbereitem Zustand ist, direkt erfolgswirksam vereinnahmt werden.
Onerous Contracts – Cost of Fulfilling a Contract – Amendments to IAS 37	Geschäftsjahr 2022	Nein	Diese Änderung spezifiziert die Kosten, die bei der Prüfung, ob ein belastender Vertrag vorliegt, miteinzubeziehen sind.
Annual Improvements to IFRS 2018-2020 – Amendments to IFRS 1, IFRS 9, IFRS 16, IAS 41	Geschäftsjahr 2022	Nein	Diese Änderungen sehen unwesentliche Anpassungen der einzelnen Standards vor.
Classification of Liabilities as Current or Non-Current – Amendments to IAS 1	Geschäftsjahr 2023	Nein	Diese Änderung aktualisiert den Standard IAS 1 hinsichtlich einer Klarstellung, in welchen Fällen ein bestehendes Recht auf die Verschiebung eines Rückzahlungszeitpunkts von Verbindlichkeiten zu einer Einstufung als »langfristig« (größer 12 Monate, »non-current«) führt.
IFRS 17 »Insurance Contracts« und Amendments to IFRS 17	Geschäftsjahr 2023	Nein	Dieser Standard enthält die neuen Vorgaben für die Bilanzierung von Versicherungsverträgen und ersetzt den bisherigen IFRS 4.
Definition of Accounting Estimates – Amendments to IAS 8	Geschäftsjahr 2023	Nein	Diese Änderung des IAS 8 konkretisiert die Unterscheidung von Rechnungslegungsmethoden und rechnungslegungsbezogenen Schätzungen.
Disclosure of Accounting Policies – Amendments to IAS 1 and IFRS Practice Statement 2	Geschäftsjahr 2023	Nein	Die Änderungen am IAS 1 und am IFRS Practice Statement 2 beinhalten Konkretisierungen zur Wesentlichkeit von Rechnungslegungsmethoden und deren Offenlegung.

Interest Rate Benchmark Reform – Phase 2 – Amendments to IFRS 9, IAS 39, IFRS 7, IFRS 4 and IFRS 16

Dieser Standard befasst sich mit der Bilanzierung von Sachverhalten, die im Zuge der IBOR-Reform auftreten. Insbesondere wird geregelt, wie Änderungen bei der Ermittlung von vertraglichen Zahlungsströmen infolge der IBOR-Reform zu bilanzieren sind (z. B. Austausch von Referenzzinsen, Aktivierung von Fallback-Klauseln). Zusätzlich erlaubt der Standard unter bestimmten Voraussetzungen die Fortführung von bilanziellen Sicherungsbeziehungen auch nach Übergang auf die neuen Referenzzinssätze. Diese Änderungen wirken sich bei der LBBW auf die Bilanzierung einer Vielzahl von Produkten im Kredit- und Kapitalmarktgeschäft aus sowie auf die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2021 anzuwenden. Die Europäische Kommission hat diese Amendments mit Datum vom 13. Januar 2021 gebilligt (Endorsement).

Anpassungen

Für die Ermittlung der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen wurden in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Schätzungen vorgenommen und Annahmen getroffen. Diese beruhen auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Vermögens- und Finanzlage auswirken bzw. die Ertragslage beeinflussen.

Darüber hinaus wurden bei der Abschlusserstellung Ermessensentscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises, der Klassifizierung der Finanzinstrumente, der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, der Leasingverhältnisse und der Zuordnung zu den Levels nach IFRS 13 getroffen.

Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Annahmen auf die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten und von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die Bilanzierung und Bewertung von Nachrangkapital, Rückstellungen und latenten Steuern. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Cashflows vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.

Die Schätzungen und Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend prospektiv angepasst.

Im Geschäftsjahr wurden gemäß IAS 8.39 folgende Schätzänderungen prospektiv vorgenommen:

- Zur Bestimmung des Rechnungszinses für die Bewertung von Pensions- und anderen Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern nach IAS 19 verwendet der externe Gutachter der LBBW ein anerkanntes Zinsfestlegungsverfahren. Im Geschäftsjahr 2020 wurde eine alternative Ermittlung des Rechnungszinses entwickelt, in welcher den in der Corona-Krise beobachteten hohen Kapitalmarktvolatilitäten Rechnung getragen wird. Die Anwendung dieses alternativen Zinsmodells führt am Stichtag zu einem um 10 Basispunkte niedrigeren Rechnungszins. Gemäß den vorliegenden Sensitivitäten resultiert hieraus eine Erhöhung der Pensionsverpflichtungen um 66,6 Mio. EUR und eine Erhöhung der latenten Ertragsteueransprüche um 20,3 Mio. EUR. Demgegenüber verringert sich das erfolgsneutrale versicherungsmathematische Ergebnis nach latenten Steuern um – 46,3 Mio. EUR.
- Grundlage für die Festlegung des Inflationsparameters zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen war in der Vergangenheit das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank. Im Berichtsjahr 2020 erfolgte eine Umstellung auf eine marktbasierte Bestimmung des Inflationsparameters. Die Umstellung erfolgte, da die LBBW zukünftig Inflationsrisiken mit Inflationsderivaten absichert. Eine Anwendung des neu ermittelten Parameters führt zum Stichtag zu einer um 40 Basispunkten reduzierten Inflationsannahme und damit zu einer Reduktion der Pensionsverpflichtungen um – 120,7 Mio. EUR und einem Rückgang der latenten Ertragsteueransprüche um – 36,8 Mio. EUR. Der Effekt auf das erfolgsneutrale versicherungsmathematische Ergebnis beträgt 83,9 Mio. EUR nach latenten Steuern.

Die Auswirkungen der in der Berichtsperiode umgesetzten Schätzänderungen auf zukünftige Berichtsperioden sind insbesondere abhängig von der Entwicklung von Marktparametern und -erwartungen in der Zukunft. Somit ist eine quantitative Bestimmung der Auswirkungen auf zukünftige Berichtsperioden nur modellhaft und eingeschränkt möglich.

Im Geschäftsjahr wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte retrospektiv korrigiert:

- Im operativen Liquiditätsmanagement befindet sich ein Portfolio mit verschiedenen Unterportfolios, welches dem IFRS 9 Geschäftsmodell »Verkaufen« zugeordnet war. Einzelne Portfolios dienen jedoch faktisch überwiegend der Liquiditätssteuerung. Im Jahr 2017 erfolgte eine Neuausrichtung der Treasury-Aktivitäten für Money Market- und Repo-Geschäfte. Zu diesem Zeitpunkt hätte eine Trennung der Portfolios entsprechend ihrer Zweckbestimmung erfolgen und eine Zuordnung der betreffenden Portfolios zum IFRS 9 Geschäftsmodell »Halten und Verkaufen« erfolgen müssen. Durch die rückwirkende Korrektur der Geschäftsmodellzuordnung verringerten sich zum 1. Januar 2019 die Handelsaktiva um – 922,1 Mio. EUR. Im gleichen Umfang

erhöhten sich die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Schuldtitel. Innerhalb des Eigenkapitals kam es zu einer Verschiebung zwischen dem Gewinnvortrag (0,8 Mio. EUR) und den Bewertungsrücklagen (-0,8 Mio. EUR). Das Handelsergebnis erhöhte sich zum 31. Dezember 2019 um 3,0 Mio. EUR, während sich das Veräußerungsergebnis der erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Schuldtitel um -0,6 Mio. EUR verringerte. Der latente Steueraufwand stieg im gesamten Jahr 2019 um -0,7 Mio. EUR und die Bewertungsrücklagen reduzierten sich um -1,7 Mio. EUR. Die Handelsaktiva reduzierten sich 2019 um -675,1 Mio. EUR auf insgesamt -1.597,2 Mio. EUR, wohingegen sich die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Schuldtitel im selben Maße erhöhten.

- Im Geschäftsjahr 2020 wurden die Pensionsverpflichtungen der LBBW (Bank) auf einen Pensionsfond übertragen und dabei wurden die Bewertungsannahmen in Bezug auf die Kapitalauszahlungsoptionen einer vertieften Analyse unterzogen. Die Bewertung einzelner Versorgungsordnungen basierte auf der Annahme einer Einmalkapitalauszahlung zu Rentenbeginn. Gemäß gültiger Dienstvereinbarungen besteht für einen definierten Kreis von Anwärtern alternativ ein Verrentungsanspruch, welcher bei der Festlegung der Bewertungsparameter und somit bei der Bewertung nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt wurde. Ein weiterer Anpassungsbedarf für die Pensionsverpflichtungen ergab sich aufgrund einer in der Vergangenheit fehlerhaften zu hohen Bewertung der Hinterbliebenenanwartschaft. Entsprechende Anpassungen und Neubewertungen der Pensionsverpflichtungen wurden für den Jahresabschluss 2020 retrospektiv vorgenommen. Durch die rückwirkende Korrektur erhöhten sich zum 1. Januar 2019 die Pensionsverpflichtungen um 82,3 Mio. EUR und die latenten Ertragsteueransprüche um 25,1 Mio. EUR. Im gleichen Umfang verringerte sich das erfolgsneutrale versicherungsmathematische Ergebnis nach Berücksichtigung latenter Steuern um -57,2 Mio. EUR. Die Personalaufwendungen stiegen 2019 um -4,6 Mio. EUR. Der latente Steueraufwand reduzierte sich um 1,4 Mio. EUR. Die Pensionsverpflichtungen erhöhten sich 2019 um weitere 37,5 Mio. EUR auf 119,8 Mio. EUR. Die latenten Ertragsteueransprüche erhöhten sich um 11,4 Mio. EUR auf 36,5 Mio. EUR. Das erfolgsneutrale versicherungsmathematische Ergebnis nach Berücksichtigung latenter Steuern verringerte sich um -22,8 Mio. EUR auf -80,0 Mio. EUR.

Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2020 die Notes überarbeitet. Inhaltlich verwandte Themen wurden zusammengeführt und neu angeordnet, um die Übersichtlichkeit und Verständlichkeit zu erhöhen. Mit dem Ziel, die entscheidungsrelevanten Informationen stärker zu betonen, wurde zusätzlich auf die Offenlegung von Angaben ohne zusätzlichen Informationsgehalt verzichtet.

4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es lagen keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag vor.

B. Unternehmensgruppe

5. Konsolidierungskreis/-grundsätze

Konsolidierungskreis

Tochterunternehmen sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschung liegt vor, wenn das Mutterunternehmen direkt oder indirekt Verfügungsgewalt über die relevanten Aktivitäten eines Unternehmens ausüben kann, variable Rückflüsse aus einem Unternehmen vereinnahmt oder Anrechte auf variable Rückflüsse besitzt und seine Verfügungsgewalt über das Unternehmen nutzen kann, um die Höhe seiner variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Bei der Beurteilung, ob die LBBW einen beherrschenden Einfluss ausübt, sind insbesondere Zweck und Gestaltung sowie die relevanten Aktivitäten des Unternehmens zu berücksichtigen. Ein wesentlicher Aspekt stellen dabei Stimmrechte dar.

Für die Beurteilung, ob eine Beherrschungsmöglichkeit vorliegt, werden des Weiteren nachfolgende Faktoren berücksichtigt:

- Stimmrechte beziehen sich lediglich auf Verwaltungsaufgaben und relevante Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt.
- Funktionen sowie zustehende Rechte ermöglichen in Abwägung zu anderen Parteien Verfügungsgewalt.
- Risikobelastung des Unternehmens bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse, u.a. aus gestellten Liquiditätslinien sowie aus Zins- und Entgeltzahlungen.

Üblicherweise erlangt die LBBW über die Mehrheit der Stimmrechte (direkt oder indirekt) die Beherrschung an einem Unternehmen. In Ausnahmefällen erlangt die LBBW keine Beherrschung, wenn mindestens ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Aktivitäten einseitig zu bestimmen (beispielsweise aufgrund von gesetzlichen Regelungen oder Vereinbarungen). Zusätzlich kann die LBBW auch ohne die Stimmrechtsmehrheit ein Unternehmen beherrschen, wenn sie die praktische Fähigkeit besitzt, die relevanten Aktivitäten einseitig zu lenken. Diese Konstellation liegt insbesondere bei strukturierten Unternehmen vor, bei denen sich Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben beziehen und vergleichbare Rechte den dominierenden Faktor bei der Festlegung der Beherrschung darstellen. So beispielsweise bei von der LBBW initiierten Verbriefungsplattformen oder von der LBBW aufgesetzten Fonds (Verfügungsgewalt über vertragliche Rechte) sowie bei einigen Projektgesellschaften (Verfügungsgewalt aufgrund der Finanzierungsstruktur in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien). Des Weiteren trägt sie zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse aus der Finanzierung der Gesellschaften.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen – 90 Tochterunternehmen, davon fünf strukturierte Einheiten (Vorjahr: 97 Tochterunternehmen, davon fünf strukturierte Einheiten), einbezogen.

Auf die Einbeziehung von 48 Tochterunternehmen (Vorjahr: 55 Tochterunternehmen), deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW einzeln und insgesamt von nur untergeordneter Bedeutung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften sowie um Start-up-Finanzierungen.

Die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen wird regelmäßig und anlassbezogen überprüft.

Folgende Tochterunternehmen wurden 2020 erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen:

- Ungererstraße München GmbH & Co. KG
- Revaler Straße Grundbesitz GmbH
- Mainz Marina A + B GmbH & Co. KG

Folgende Tochterunternehmen sind wegen Anwachsung bzw. Verschmelzung auf andere Gesellschaften des Konzerns nicht mehr im Konsolidierungskreis enthalten:

- Dritte LBBW US Real Estate GmbH
- LBBW Immobilien GmbH & Co. Beteiligung KG
- Nagatino Property S.à.r.l.
- Grunewaldstraße 61 – 62 GmbH
- FOM/LEG Verwaltungs GmbH
- SGB – Hotel – Verwaltung GmbH
- Rheinallee V Komplementär GmbH
- Rheinallee V GmbH & Co. KG

Die einbezogenen Tochterunternehmen Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart Aktiengesellschaft und LBBW Immobilien Luxembourg S.A. wurden im Berichtszeitraum entkonsolidiert und aufgelöst.

Es werden fünf Gemeinschaftsunternehmen (Vorjahr: sechs Gemeinschaftsunternehmen) und unverändert fünf assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) sind gemeinsame Vereinbarungen, bei denen die LBBW und andere Parteien, die gemeinschaftlich die Beherrschung über die Vereinbarung ausüben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen.

Eine gemeinsame Vereinbarung liegt vor, wenn zwei oder mehr Vertragsparteien vertraglich miteinander verbunden sind und gemeinschaftliche Beherrschung über das Beteiligungsunternehmen ausüben. Eine gemeinsame Vereinbarung kann ein Gemeinschaftsunternehmen oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit sein. In der LBBW existieren ausschließlich Gemeinschaftsunternehmen.

Die Gesellschaft Sealink Funding DAC befindet sich in Liquidation. Die LBBW hat keinen Einfluss mehr auf die Gesellschaft und auch keine Ansprüche oder Verpflichtungen mehr ihr gegenüber. Daher ist die Gesellschaft im Geschäftsjahr aus dem Konsolidierungskreis der LBBW ausgeschieden.

Das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen OVG MK6 GmbH & Co. KG ist im Geschäftsjahr auf ein anderes nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogenes Gemeinschaftsunternehmen angewachsen.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem die LBBW über einen maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der LBBW zwischen 20 % und 50 % (widerlegbare Assoziierungsvermutung) oder bei eindeutigem Assoziierungsnachweis und einem Stimmrechtsanteil der LBBW von weniger als 20 %.

Konsolidierungsgrundsätze

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und strukturierten Einheiten erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 10.B86 i. V.m. IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Die

neu bewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen und in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt.

Ein sich bei Ersterwerb aus der Verrechnung der Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss mit dem beizulegenden Zeitwert der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktiver Unterschiedsbetrag wird als Goodwill (beteiligungsproportionaler Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der nicht den Anteilseignern zustehende Anteil am Eigenkapital bzw. am Ergebnis der vollkonsolidierten Gesellschaften der LBBW wird im Posten »Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile« gesondert im Eigenkapital bzw. im Posten »Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern« in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung bzw. der Zwischenergebniseliminierung bereinigt.

6. Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung im Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Für jede Konzerngesellschaft der LBBW wird die funktionale Währung festgelegt. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet und in die Berichtswährung (Euro) umgerechnet.

Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Währung und der Fremdwährung zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete, nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Bewertung (Stichtagskurs) umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Ausnahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im »Sonstigen Ergebnis« erfasst werden. Hieraus resultierende Umrechnungsdifferenzen werden ebenfalls im »Sonstigen Ergebnis« ausgewiesen.

Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt zu historischen Kursen. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden im »Sonstigen Ergebnis« (Rücklage aus Währungsumrechnung) angesetzt.

Die zum Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen der LBBW lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 EUR	31.12.2020	31.12.2019
USD	1,2293	1,1195
SGD	1,6262	1,5095
MXN	24,4569	21,1185
RUB	91,9578	69,3597
RON	4,8637	4,7833

7. Anteile an at-equity-bewerteten Unternehmen

Die at-equity-bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen bzw. an Joint Ventures werden zum Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses bzw. bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. Dies umfasst auch den Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens bzw. eines Joint Venture sowie stille Reserven. In den Folgejahren wird der bilanzierte At-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als »Ergebnis aus at-equity-bewerteten Unternehmen« in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen im »Sonstigen Ergebnis« des Beteiligungsunternehmens werden anteilig direkt im »Sonstigen Ergebnis« der LBBW erfasst.

Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures sowie Tochterunternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind unter den »Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten« bilanziert.

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Assoziierte Unternehmen	259	260
Joint Ventures	3	5
Insgesamt	261	265

8. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen

Maßgebliche Beschränkungen des Konzerns, Zugang zu Vermögenswerten der Gruppe zu erlangen oder diese zu nutzen

Innerhalb des Konzerns bestehen Vermögenswerte, die vertraglichen, gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Verfügungsbeschränkungen unterliegen, welche die LBBW in ihrer Möglichkeit einschränken, zu diesen Vermögenswerten Zugang zu erhalten und sie für die Erfüllung von Verbindlichkeiten der Gruppe zu verwenden. Die Beschränkungen resultieren aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts, Vermögenswerten zur Besicherung von Verpflichtungen aus Repo-Geschäften und aus der Stellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften sowie für von konsolidierten strukturierten Einheiten begebene Verbindlichkeiten. Auch regulatorische Anforderungen, Anforderungen von Zentralbanken und lokale gesellschaftsrechtliche Vorschriften können die Nutzbarkeit von Vermögenswerten einschränken.

Es bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen aus Schutzrechten nicht beherrschender Anteile, die die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte zu transferieren oder Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Die Buchwerte der Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen betrugen:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Vermögenswerte mit Verfügungsbeschränkung		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	66.536	64.139
Forderungen an Kreditinstitute	25.860	23.230
Forderungen an Kunden	40.500	40.714
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	176	195
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.782	6.798
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	5.867	4.463
Sonstige Vermögenswerte	1.086	1.153
Insgesamt	82.271	76.552

Die Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen setzten sich im Wesentlichen aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts i.H.v. 32 Mrd. EUR (Vorjahr: 34 Mrd. EUR), übertragenen, aber nicht vollständig ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten, insbesondere im Rahmen von Wertpapierpensions- oder -leihegeschäften und Förderkreditgeschäften (siehe Note 35), i.H.v. 43 Mrd. EUR (Vorjahr: 34 Mrd. EUR) sowie Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften i.H.v. 5 Mrd. EUR (Vorjahr: 6 Mrd. EUR) zusammen.

Anteile an konsolidierten strukturierten Einheiten

In den Konzernabschluss wurden insgesamt fünf (Vorjahr: fünf) strukturierte Einheiten einbezogen, deren relevante Aktivitäten nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW steht in Geschäftsbeziehungen mit diesen Unternehmen und erwirbt im Rahmen von Anlageentscheidungen auch Commercial Papers von den konsolidierten strukturierten Einheiten.

Gegenüber den konsolidierten strukturierten Einheiten bestanden zum 31. Dezember 2020 Liquiditätslinien i.H.v. 2.402 Mio. EUR (Vorjahr: 3.276 Mio. EUR).

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen

Ein Gemeinschaftsunternehmen und zwei assoziierte Unternehmen sind für die LBBW aufgrund des Beteiligungsbuchwerts bzw. der Bilanzsumme und des anteiligen Ergebnisses von wesentlicher Bedeutung.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes Gemeinschaftsunternehmen, das für die LBBW wesentlich ist und unter Verwendung der Equity-Methode bewertet wird, dargestellt:

Mio. EUR	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main ^{1,2}	
	31.12.2020	31.12.2019
Erlöse	21	23
Planmäßige Abschreibungen	- 4	- 4
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	- 3	- 1
Gesamtergebnis	- 3	- 1
Kurzfristige Vermögenswerte	13	14
Zahlungsmittel und -äquivalente	7	7
Andere kurzfristige Vermögenswerte	6	6
Langfristige Vermögenswerte	8	12
Kurzfristige Schulden	5	5
Andere kurzfristige Schulden	5	5
Langfristige Schulden	0	1
Andere langfristige Schulden	0	1
Reinvermögen des Gemeinschaftsunternehmens	16	19
Anteil am Kapital (in %)	33	33
Anteil am Reinvermögen	5	6
Sonstige Anpassungen	- 5	- 6
Beteiligungsbuchwert	0	0

1 Hauptgeschäftssitz.

2 Strategische Beteiligung.

In dem Posten »Sonstige Anpassungen« sind Wertminderungen des Beteiligungsansatzes enthalten.

Die GIZS GmbH & Co. KG, an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil i. H. v. 33 % beteiligt ist, hält und verwaltet die Beteiligung an einem Gemeinschaftsunternehmen von Instituten der deutschen Kreditwirtschaft, das den Aufbau, Betrieb und die Weiterentwicklung eines Verfahrens für mobile Zahlungen und Zahlungen im Internet zum Gegenstand hat.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes assoziierte Unternehmen, das für die LBBW wesentlich ist, dargestellt:

Mio. EUR	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart ^{1,2}		Hypo Vorarlberg Bank AG, Bregenz ^{1,2}	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Erlöse	29	39	289	305
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	12	11	29	57
Erfolgsneutrales Ergebnis	0	0	- 2	- 4
Gesamtergebnis	12	11	27	54
Kurzfristige Vermögenswerte	79	94	4.718	3.406
Langfristige Vermögenswerte	266	254	10.368	10.317
Kurzfristige Schulden	3	3	4.718	5.913
Langfristige Schulden	8	7	9.202	6.669
Eventualverbindlichkeiten	0	0	460	435
Reinvermögen des assoziierten Unternehmens	334	338	1.166	1.140
Anteil am Kapital (in %)	40	40	23	23
Anteil am Reinvermögen	134	135	270	264
Sonstige Anpassungen	- 27	- 27	- 127	- 121
Beteiligungsbuchwert	107	109	143	143

1 Hauptgeschäftssitz.

2 Strategische Beteiligung.

Die Finanzinformationen in zusammengefasster Form stellen an konzerneinheitliche Bilanzierungsvorgaben angepasste Beträge des IFRS-Abschlusses der assoziierten Einheit dar.

In dem Posten »Sonstige Anpassungen« sind im Wesentlichen Wertminderungen der Beteiligungsansätze enthalten.

Die BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (UBG), an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil i.H.v. 40 % beteiligt ist, bietet als langfristig orientierter Investor Eigenkapitallösungen für den Mittelstand an.

Die Hypo Vorarlberg Bank AG, an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil i.H.v. 23 % beteiligt ist, bietet Bankdienstleistungen für Privat- und Unternehmenskunden an.

Im Berichtsjahr erhielt die LBBW Dividenden i.H.v. 6 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft und i.H.v. 0 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der Hypo Vorarlberg Bank AG.

In der folgenden Tabelle sind die Anteile am Erfolg sowie die Buchwerte der Anteile für jedes Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen, die einzeln für sich genommen unwesentlich sind und nach der Equity-Methode bilanziert werden, dargestellt:

Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Anteil am Gewinn oder Verlust aus fortgeführten Geschäftsbereichen	1	- 0	- 0	2
Anteil am Gesamtergebnis	1	- 0	- 0	2
Summe der Buchwerte der Konzernanteile	9	8	3	5

Im Zusammenhang mit den Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bestanden sonstige nicht angesetzte Verpflichtungen i.H.v. 2 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).

Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die in einer Weise konzipiert wurden, dass bei der Bestimmung, welche Partei beherrschenden Einfluss auf die Einheiten ausübt, Stimmrechte und vergleichbare Rechte nicht den dominierenden Faktor darstellen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten, die die Rückflüsse der Einheiten erheblich beeinflussen, durch Vertragsvereinbarungen oder faktische Machtpositionen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit zeichnet sich oftmals durch einige oder sämtliche der folgenden Merkmale aus:

- Beschränkte Tätigkeiten
- Enger und genau definierter Zweck
- Unzureichendes Eigenkapital, um ohne nachgeordnete finanzielle Unterstützung ihre relevanten Aktivitäten ausführen zu können
- Finanzierung durch die Bündelung von Kredit- und anderen Risiken (Tranchen) in Form vielfacher vertraglicher Instrumente, die an die Anleger gebunden sind

Strukturierte Einheiten werden entsprechend den in Note 5 dargestellten Grundsätzen konsolidiert, wenn die LBBW aufgrund ihrer Beziehungen zu der strukturierten Einheit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beziehen sich auf strukturierte Einheiten, die nicht konsolidiert werden, da der LBBW-Konzern keinen beherrschenden Einfluss auf diese ausüben kann. Über diese ist zu berichten, wenn die LBBW aus ihren vertraglichen und nicht vertraglichen

Beziehungen (»Anteilen«) variablen Rückflüssen aus den Tätigkeiten der strukturierten Einheiten ausgesetzt ist. Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen u. a. Darlehen und Kredite, Eigenkapitalinstrumente, verschiedene Formen von Derivaten, Garantien und Liquiditätsfazilitäten.

Die LBBW steht mit den folgenden Arten von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in Geschäftsbeziehungen:

- **Fonds:** Die LBBW bietet Kunden Investitionsmöglichkeiten in selbst gegründete und gesponserte Fonds und tätigt Investitionen in von Dritten gegründete und gesponserte Fonds. Fonds ermöglichen Investoren, gemäß einer festgelegten Anlagestrategie gezielt in Vermögenswerte zu investieren. Die Finanzierung erfolgt grundsätzlich durch die Ausgabe von Fonds-Anteilen und ist i. d. R. durch die von der strukturierten Einheit gehaltenen Vermögenswerte besichert. Die LBBW kann hierbei als Manager der strukturierten Einheit, Investor, Treuhänder für andere Investoren oder in einer anderen Funktion auftreten.
- **Verbriefungsvehikel:** Verbriefungsvehikel bieten Investoren Investitionsmöglichkeiten in diversifizierte Portfolios unterschiedlicher Vermögenswerte, wie z. B. Leasing- und Handelsforderungen. Die Finanzierung der Verbriefungsvehikel erfolgt durch die Ausgabe von tranchierten Schuldverschreibungen, deren Auszahlungen abhängig von der Entwicklung der Vermögenswerte des Verbriefungsvehikels sowie von der Stellung der jeweiligen Tranche innerhalb der Zahlungsfolge sind. Die LBBW nimmt an der Finanzierung oder Strukturierung solcher Vehikel teil.
- **Finanzierungsgesellschaften:** Finanzierungsgesellschaften (inklusive Leasingobjektgesellschaften) werden für die Finanzierung diverser Vermögenswerte oder Transaktionen gegründet. Sie verfolgen einen beschränkten Unternehmenszweck, wodurch die relevanten Aktivitäten vorherbestimmt sind oder nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW stellt als Fremdkapitalgeber Finanzierungsmittel für diese strukturierten Einheiten zur Verfügung, die durch die von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswerte besichert sind.
- **Sonstige:** »Sonstige strukturierte Einheiten« sind Einheiten, die keiner der anderen genannten Arten von strukturierten Einheiten zuordenbar sind.

Der Umfang einer strukturierten Einheit ist abhängig von deren Art:

- Fonds: Höhe des verwalteten Vermögens
- Verbriefungen: Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere
- Finanzierungsgesellschaften: Bilanzsumme
- Sonstige strukturierte Einheiten: Bilanzsumme

Der Umfang von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten ohne öffentlich verfügbare Daten wird mit dem Nennwert des Engagements der LBBW angegeben.

Der Umfang der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten stellte sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Verbriefungsvehikel		Fonds		Finanzierungsgesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Umfang der strukturierten Einheiten	2.724	5.800	448.185	429.865	7.190	7.853	1.109	1.184	459.208	444.703

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheiten die Buchwerte der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen, die Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten betreffen, und die Posten in der Konzernbilanz, unter denen diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten angesetzt werden:

Mio. EUR	Verbriefungsvehikel		Fonds		Finanzierungs-gesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	405	333	4.777	4.261	299	1.366	0	0	5.481	5.960
Forderungen an Kunden	405	333	4.777	4.261	299	1.366	0	0	5.481	5.960
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	3	3	523	689	21	16	1.109	1.233	1.656	1.942
Handelsaktiva	3	3	523	686	21	16	1.109	1.233	1.656	1.939
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	0	3	0	0	0	0	0	3
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	110	94	0	0	0	0	0	0	110	94
Aktiva insgesamt	517	430	5.300	4.951	320	1.382	1.109	1.233	7.246	7.996
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	60	30	6.091	5.207	3	187	0	0	6.154	5.424
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	20	1	0	0	0	0	20	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	60	30	6.072	5.205	3	187	0	0	6.135	5.422
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	249	87	0	0	0	0	249	88
Handelspassiva	0	0	249	87	0	0	0	0	249	87
Sonstige Passiva	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Passiva insgesamt	60	30	6.341	5.294	3	187	0	0	6.404	5.511
Außerbilanzielle Geschäfte	0	0	265	173	156	208	0	0	421	381

Die maximal möglichen Verluste aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten sind abhängig von der Art der Anteile. Das maximale Verlustrisiko von den in der Tabelle dargestellten Aktiva

entspricht den Bilanzwerten (ggf. nach Risikovorsorge). Von den in den Handelsaktiva bzw. Handelspassiva enthaltenen Derivaten mit einem Buchwert von 95 Mio. EUR (Vorjahr: 98 Mio. EUR) bzw. 249 Mio. EUR (Vorjahr: 90 Mio. EUR) und von den außerbilanziellen Verpflichtungen, u. a. Kreditzusagen, Garantien und Liquiditätsfazilitäten, stellen die Nominalwerte die maximal möglichen Verluste dar. Der Nennwert für Derivate mit positivem Wiederbeschaffungswert betrug 5.146 Mio. EUR (Vorjahr: 4.167 Mio. EUR) und für Derivate mit negativem Wiederbeschaffungswert 6.223 Mio. EUR (Vorjahr: 7.039 Mio. EUR). Das maximale Verlustrisiko entspricht nicht dem erwarteten Verlust und berücksichtigt nicht bestehende Sicherheiten sowie Sicherungsbeziehungen, die das wirtschaftliche Risiko beschränken.

Aus ihren Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten erzielte die LBBW Zinserträge und Provisionserträge aus der Finanzierung dieser Einheiten. Weitere Einnahmen resultierten aus Management-Vergütungen und ggf. Erfolgsbeteiligungen im Rahmen des Fonds-Managements durch die LBBW. Des Weiteren wurden Erträge aus der Bewertung bzw. dem Verkauf von durch nicht konsolidierte strukturierte Einheiten begebenen Wertpapieren realisiert.

Gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen die LBBW zum Berichtsstichtag keine Anteile hält

Die LBBW war als Sponsor beim Aufsetzen bzw. Vermarkten von diversen strukturierten Einheiten beteiligt, an denen sie zum Berichtsstichtag keine Anteile hält. Eine strukturierte Einheit gilt als gesponsert, wenn sie begründeterweise mit der LBBW in Verbindung gebracht wird und durch die LBBW unterstützt wurde. Unterstützungen können in diesem Zusammenhang folgende Leistungen umfassen:

- die Verwendung des Namens »LBBW« für die strukturierte Einheit;
- Vermögenswerte der LBBW wurden auf die strukturierte Einheit übertragen oder an diese verkauft;
- die strukturierte Einheit wurde durch die LBBW gegründet und/oder es wurde Gründungskapital durch die LBBW bereitgestellt.

Aus Geschäftsvorfällen mit gesponserten, nicht konsolidierten Fonds und Verbriefungen, an denen die LBBW zum Berichtsstichtag keine Anteile hält, erzielte die LBBW Bruttoerträge aus Provisionen i.H.v. 6 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr 2020 wurden keine Vermögenswerte von Dritten auf gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen (Vorjahr: 0 Mio. EUR).

C. Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung der LBBW im Geschäftsjahr 2020 wird gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt. Dem »Management Approach« folgend basiert die Segmentberichterstattung damit auf der internen Managementberichterstattung an den Gesamtvorstand, der in seiner Funktion als Hauptentscheidungsträger regelmäßig auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und die Leistungsbeurteilung der Segmente trifft.

Abgrenzung der Segmente

Die im Folgenden dargestellten Segmente ergeben sich aus den Organisationsstrukturen unter Berücksichtigung der Kunden- und Produkt-Zuständigkeiten. Tochterunternehmen und Beteiligungen sind dabei den einzelnen Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Die Segmentberichterstattung der LBBW ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment **»Unternehmenskunden«** umfasst die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen und großen Unternehmenskunden sowie Kommunen. Die angebotene Produkt- und Leistungspalette ist entsprechend des Universalbankansatzes sehr breit. Diese reicht von klassischen über strukturierte bis zu off-balance Finanzierungen sowie einem Dienstleistungsgeschäft rund um das Cash Management, Zins-/Währungs- und Rohstoffmanagement. Zudem ist hier das Asset-/Pensionsmanagement, Leasing- und Factoring-Geschäft enthalten. Darüber hinaus werden hier auch die Ergebnisse ausgewiesen, die aus den Produkten des Kapitalmarktgeschäfts sowie des Auslandsgeschäfts hervorgehen und von Unternehmenskunden bezogen werden.
- Das Segment **»Immobilien/Projektfinanzierungen«** fokussiert sich im Wesentlichen auf das gewerbliche Immobiliengeschäft mit Finanzierungen und strukturierten Projektfinanzierungen. Für die Immobilienkunden werden objekt-, portfolio- oder unternehmensbezogene Finanzierungsstrukturen als Arranger oder Konsortialbank mit ergänzenden Passiv- sowie Zins- und Währungsmanagementprodukten angeboten. Im Bereich der Projektfinanzierungen werden Finanzierungslösungen für Großvorhaben, Infrastruktur- sowie Transportfinanzierungen bereitgestellt.
- Im Segment **»Kapitalmarktgeschäft«** werden für die Kundengruppen Institutionelle, Banken und Sparkassen Produkte zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung angeboten. Zusätzlich beinhaltet das Segment Produkte und Dienstleistungen des internationalen Geschäfts. Daneben werden Eigen- und Fremdkapital-Finanzierungslösungen am Primärmarkt sowie Asset-Management- und Depotbank-Leistungen angeboten. Ergänzend sind hier auch die Handelsaktivitäten für die Kunden enthalten. Weiterhin sind dem Segment sämtliche Treasury-Aktivitäten zugeordnet.
- Das Segment **»Private Kunden/Sparkassen«** enthält alle Aktivitäten mit Privatkunden im Retailbanking sowie Leistungen für vermögende Privatkunden. Ebenfalls sind dem Segment die Geschäftskunden mit Heil- und Freiberufen sowie Gewerbetreibende zugeordnet. Das Produktspektrum reicht vom Giro- und Kartengeschäft über Finanzierungslösungen bis hin zu Vermögensberatung. Ergänzend sind in diesem Segment ausgewählte Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion enthalten.
- Das Segment **»Corporate Items«** umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den vorhergehend genannten Segmenten enthalten sind. Dazu zählen vor allem die Finanzbeteiligungen und das Management des Gebäudeportfolios der Bank.
- In der Überleitung/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst, zum anderen werden hier die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Weitere Angaben zu den operativen Segmenten sind in den Grundlagen des Konzerns im zusammengefassten Lagebericht dieses Geschäftsberichts enthalten.

Bewertungsmethoden

Grundlage der Segmentinformationen sind die internen Steuerungsdaten der LBBW, die sowohl Methoden der externen Rechnungslegung als auch ökonomische Bewertungsmethoden vereinen. Die hieraus resultierenden Bewertungs- und Ausweisunterschiede zu den IFRS-Konzerngrößen werden im Rahmen der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Erträge und Aufwendungen der LBBW werden grundsätzlich verursachungsgerecht den einzelnen Segmenten zugeordnet. Signifikante Erträge aufgrund von Transaktionen zwischen den Segmenten liegen somit nicht vor.

Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt auf Segmentebene nach der Marktzinsmethode. Dabei werden die Zinserträge und Zinsaufwendungen saldiert als Zinsergebnis ausgewiesen. Hierin ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem gebundenen Eigenkapital, enthalten.

Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen.

Als Segmentvermögen werden die bilanziellen Aktiva ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Segmente wird analog der internen Managementberichterstattung vorgenommen.

Die Berechnung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals in den Segmenten erfolgt auf Basis der ermittelten risikogewichteten Aktiva sowie eines kalkulatorischen Kernkapitalunterlegungssatzes. Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segments ermittelt sich abweichend zum Konzern aus dem (annualisierten) Ergebnis vor Steuern bezogen auf das Maximum aus geplantem und tatsächlichem durchschnittlich gebundenem Eigenkapital der Berichtsperiode.¹

In der Segmentberichterstattung werden die rückwirkenden Anpassungen der Gewinn- und Verlustrechnung (IAS 8-Sachverhalte – siehe Note 3) berücksichtigt.

¹ Definition Eigenkapitalrentabilität Konzern sowie Definition Kosten-/Ertragsrelation vgl. Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.

Segmentergebnisse

01.01.2020 – 31.12.2020 Mio. EUR	Unter- nehmens- kunden	Immobilien/ Projekt- finanzierungen	Kapitalmarkt- geschäft	Private Kunden/ Sparkassen	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
Zinsergebnis	802	310	406	279	- 26	1.771
Provisionsergebnis	171	17	137	248	- 35	538
Bewertungs- und Veräußerungs- ergebnis ¹	- 356	- 64	153	22	- 116	- 362
davon Risikovorsorge für Kredite und Wertpapiere ²	- 411	- 68	0	20	- 84	- 544
Sonstiges betriebliches Ergebnis	26	125	12	- 14	50	198
Nettoergebnis	642	388	708	534	- 127	2.146
Verwaltungsaufwendungen	- 596	- 166	- 449	- 508	- 24	- 1.743
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 32	- 17	- 56	0	- 13	- 118
Restrukturierungsergebnis	- 7	0	- 1	0	- 25	- 32
Konzernergebnis vor Steuern	7	205	202	27	- 188	252
Ertragsteuern						- 80
Konzernergebnis						172
Bilanzaktiva ³ (in Mrd. EUR)	59,1	31,0	144,5	38,1	3,8	276,4
Risikogewichtete Aktiva ⁴ (in Mrd. EUR)	38,4	13,8	16,2	8,3	5,7	82,3
Gebundenes Eigenkapital ⁴ (in Mrd. EUR)	5,0	1,7	2,3	1,1	3,5	13,6
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (RoE) (in %)	0,1	10,7	8,4	2,5		1,9
Kosten-/Ertragsrelation (CIR) (in %)	60,3	40,1	71,5	98,6		70,4

1 Die Ergebnisse aus den Segmenten zugeordneten at-equity-bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Unternehmenskunden auf 5 Mio. EUR.

2 Die Angabe bezieht sich auf die Kategorie »Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte«. Zusätzlich entfällt auf die Risikovorsorge für »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« eine Nettozuführung von - 1 Mio. EUR.

3 Die Anteile an at-equity-bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Segment Unternehmenskunden 256 Mio. EUR und im Segment Immobilien/Projektfinanzierungen 5 Mio. EUR.

4 Angaben gemäß CRR/CRD IV.
Differenzen sind rundungsbedingt.

01.01.2019 - 31.12.2019 Mio. EUR	Unter- nehmens- kunden ¹	Immobilien/ Projekt- finanzierungen ¹	Kapitalmarkt- geschäft ¹	Private Kunden/ Sparkassen ¹	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidierung ¹	LBBW-Konzern ¹
Zinsergebnis	806	376	207	306	- 19	1.676
Provisionsergebnis	177	20	130	244	- 13	558
Bewertungs- und Veräuße- rungsergebnis ²	- 57	26	283	0	- 79	172
davon Risikovorsorge für Kredite und Wertpapiere ³	- 128	21	1	- 4	- 42	- 151
Sonstiges betriebliches Er- gebnis	13	98	8	9	20	148
Nettoergebnis	939	520	628	558	- 92	2.553
Verwaltungsaufwendungen	- 608	- 156	- 462	- 528	- 56	- 1.810
Aufwendungen für Banken- abgabe und Einlagensiche- rung	- 29	- 13	- 44	- 2	- 14	- 102
Restrukturierungsergebnis	0	0	0	- 2	- 29	- 31
Konzernergebnis vor Steuern	301	351	121	27	- 191	610
Ertragsteuern						- 167
Konzernergebnis						443
Bilanzaktiva ⁴ (in Mrd. EUR)	62,5	28,6	126,0	35,0	4,5	256,7
Risikogewichtete Aktiva ⁵ (in Mrd. EUR)	36,0	12,7	16,0	8,5	7,4	80,5
Gebundenes Eigenkapital ⁵ (in Mrd. EUR)	4,8	1,7	2,1	1,1	3,5	13,1
Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (RoE) (in %)	6,3	20,9	4,8	2,5		4,6
Kosten-/Ertragsrelation (CIR) (in %)	59,8	33,8	80,9	94,6		71,9

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

2 Die Ergebnisse aus den Segmenten zugeordneten at-equity-bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Unternehmenskunden auf 6 Mio. EUR.

3 Die Angabe bezieht sich auf die Kategorie »Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte«. Zusätzlich entfällt auf die Risikovorsorge für »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« eine Nettozuführung von 0 Mio. EUR.

4 Die Anteile an at-equity-bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Segment Unternehmenskunden 257 Mio. EUR und im Segment Immobilien/Projektfinanzierungen 8 Mio. EUR.

5 Angaben gemäß CRR/CRD IV.
Differenzen sind rundungsbedingt.

Corporate Items, Überleitung und Konsolidierung

Mio. EUR	Corporate Items ¹		Überleitung/Konsolidierung ¹		Corporate Items/ Überleitung/Konsolidierung ¹	
	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Zinsergebnis	- 12	- 2	- 14	- 18	- 26	- 19
Provisionsergebnis	- 4	- 12	- 30	- 1	- 35	- 13
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	- 117	- 80	1	0	- 116	- 79
davon Risikovorsorge für Kredite und Wertpapiere ²	- 84	- 42	0	0	- 84	- 42
Sonstiges betriebliches Ergebnis	50	20	0	0	50	20
Nettoergebnis	- 83	- 73	- 43	- 19	- 127	- 92
Verwaltungsaufwendungen	- 24	- 56	0	0	- 24	- 56
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 13	- 14	0	0	- 13	- 14
Restrukturierungsergebnis	- 25	- 29	0	0	- 25	- 29
Konzernergebnis vor Steuern	- 145	- 172	- 43	- 19	- 188	- 191
Bilanzaktiva (in Mrd. EUR)	3,9	5,4	- 0,1	- 0,8	3,8	4,5
Risikogewichtete Aktiva ³ (in Mrd. EUR)	6,1	7,7	- 0,4	- 0,3	5,7	7,4
Gebundenes Eigenkapital ³ (in Mrd. EUR)	3,6	3,5	0,0	0,0	3,5	3,5

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

² Die Angabe bezieht sich auf die Kategorie »Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte«. Zusätzlich entfällt auf die Risikovorsorge für »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« eine Nettozuführung von - 1 Mio. EUR (Vorjahr: Nettozuführung von 0 Mio. EUR).

³ Angaben gemäß CRR/CRD IV. Differenzen sind rundungsbedingt.

Überleitung der Segmentergebnisse auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

Im Geschäftsjahr 2020 belief sich die Summe aus der »Überleitung/Konsolidierung« auf das Konzernergebnis vor Steuern auf - 43 Mio. EUR (Vorjahr: - 19 Mio. EUR) und ist im Wesentlichen auf die folgenden Sachverhalte zurückzuführen:

- In der internen Managementberichterstattung wird das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Differenzen zur Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich somit aus periodenfremden Zinsergebnissen und aus nicht in der internen Managementberichterstattung enthaltenen IFRS-spezifischen Bewertungen.
- Seit April 2020 wird die IFRS-GuV aus Bankbuchgeschäften für die interne Managementberichterstattung übernommen. In diesem Zusammenhang kam es zu einem Umstellungseffekt insbesondere im Provisionsergebnis.
- IFRS-spezifische Sachverhalte wie Aufrechnungsergebnis aus Rückkauf eigener Emissionen.

Angaben auf Unternehmensebene

Informationen über Produkte und Dienstleistungen

Bezüglich der von IFRS 8.32 geforderten Verteilung der Erträge auf Produkte und Dienstleistungen wird auf die Erläuterungen »Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung« in den Notes verwiesen.

Segmentierung nach geografischen Regionen

Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassungen bzw. der Konzernunternehmen und stellt sich für die LBBW wie folgt dar:

01.01.2020 - 31.12.2020						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
Nettoergebnis	1.846	136	134	61	- 31	2.146
Konzernergebnis vor Steuern	28	99	91	38	- 3	252

01.01.2019 - 31.12.2019						
Mio. EUR	Deutschland¹	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern¹
Nettoergebnis	2.270	105	134	45	- 1	2.553
Konzernergebnis vor Steuern	416	75	94	24	1	610

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

9. Zinsergebnis

Im Zinsergebnis sind, aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von »Stillen Einlagen« als Fremdkapital, die Zahlungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	01.01.2020 - 31.12.2020	01.01.2019 - 31.12.2019
<i>Zinserträge und laufende Erträge aus Eigenkapitalinstrumenten</i>	12.551	14.051
Zinserträge	12.523	14.016
Handelsderivate	7.465	9.265
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	2.222	2.899
Sicherungsderivate	1.796	822
Festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen	178	206
Vorfälligkeitsentschädigungen ¹	67	152
Leasinggeschäft	231	246
Sonstige	563	427
Laufende Erträge aus Eigenkapitalinstrumenten	28	36
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	18	9
Beteiligungen und verbundene Unternehmen	9	25
Gewinnabführungsverträge	1	2
davon negative Zinserträge	- 247	- 243
<i>Zinsaufwendungen und laufende Aufwendungen aus Eigenkapitalinstrumenten</i>	- 10.780	- 12.376
Zinsaufwendungen	- 10.773	- 12.373
Handelsderivate	- 7.124	- 8.900
Sicherungsderivate	- 1.794	- 728
Einlagen	- 540	- 1.186
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 367	- 716
Leasinggeschäft	- 34	- 29
Leasingverbindlichkeiten	- 2	- 3
Nachrangkapital	- 247	- 255
Sonstige	- 665	- 558
Laufende Aufwendungen aus Eigenkapitalinstrumenten	- 7	- 3
Verlustübernahme	- 7	- 3
davon positive Zinsaufwendungen	288	225
Insgesamt	1.771	1.676

¹ Der gegenläufige Effekt aus Refinanzierungsschäden ist in den Zinsaufwendungen enthalten.

Das Zinsergebnis im Geschäftsjahr 2020 enthielt 61 Mio. EUR (Vorjahr: 16 Mio. EUR), die im Zusammenhang mit Zuwendungen der öffentlichen Hand im Rahmen der gezielt längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO II und TLTRO III) standen.

Das Zinsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten wird periodengerecht verteilt und setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden		
Zinserträge	2.277	3.013
davon negative Zinserträge	- 239	- 240
Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden		
Zinserträge	232	295
davon negative Zinserträge	- 7	- 3
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden		
Zinsaufwendungen	- 957	- 1.980
davon positive Zinsaufwendungen	288	225

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

10. Provisionsergebnis

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Provisionserträge	668	688
Wertpapier- und Depotgeschäft	285	271
Zahlungsverkehrsgeschäft	118	132
Vermittlungsgeschäft	46	56
Kredite und Bürgschaften ¹	127	130
Provisionserträge Kreditgeschäft	67	71
Provisionserträge aus dem Treuhandgeschäft	0	1
Provisionserträge aus Finanzgarantien	19	9
Provisionserträge aus dem Avalgeschäft	41	49
Provisionserträge aus dem Factoringgeschäft	15	17
Provisionserträge aus Vermögensverwaltung	65	63
Sonstiges	11	18
Provisionsaufwendungen	- 130	- 130
Wertpapier- und Depotgeschäft	- 81	- 76
Zahlungsverkehrsgeschäft	- 24	- 25
Kredite und Bürgschaften ¹	- 8	- 10
Provisionsaufwendungen Kreditgeschäft	- 5	- 7
Provisionsaufwendungen aus dem Avalgeschäft	- 3	- 3
Vermittlungsgeschäft	- 4	- 8
Leasinggeschäft	- 3	- 3
Sonstiges	- 10	- 9
Insgesamt	538	558

1 Beinhaltet Kredit- und Treuhand-, Aval- und Akkreditivgeschäft.

Die Realisierung von Erträgen aus dem Zahlungsverkehrs-, Wertpapier- sowie Depotgeschäft erfolgt anteilig über den Zeitraum der Leistungserbringung. Der Transaktionspreis bestimmt sich nach dem vereinbarten Entgelt und wird in der Höhe realisiert, in der keine Rückerstattung erwartet wird. Diese Dienstleistungen umfassen u.a. die Bereitstellung von Kredit- und Girokarten sowie Serviceleistungen im Rahmen des Portfoliomanagements und des Verwahrstellengeschäfts. Gebühren im Rahmen des Akkreditiv- und Avalgeschäfts werden zeitanteilig über den Leistungserbringungszeitraum realisiert. Die Abrechnungen erfolgen je nach Art der Dienstleistung unterjährig bzw. zum Jahresende.

Wesentliche Teile des Provisionsergebnisses resultieren aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten.

11. Bewertungs- und Veräußerungsergebnis

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Ergebnis aus at-equity-bewerteten Unternehmen	5	6
Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten	- 545	- 142
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	8	22
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	170	285
Insgesamt	- 362	172

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Ergebnis aus at-equity-bewerteten Unternehmen

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Bewertungsergebnis	5	6
Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	5	6
Laufende Erträge	13	23
Wertminderungen	- 8	- 16
Ergebnis aus Anteilen an Joint Ventures	- 0	0
Insgesamt	5	6

Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Bewertungsergebnis (Risikovorsorge)	- 544	- 151
Auflösung/Abgänge Risikovorsorge	268	243
Ergebnis aus Rückstellungen im Kreditgeschäft	- 133	- 24
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	14	20
Direkte Forderungsabschreibung	- 170	- 11
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten mit bereits bei Erwerb oder Ausreichung beeinträchtigter Bonität	1	- 5
Zuführung/Zugänge Risikovorsorge	- 522	- 370
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	- 3	- 3
Realisiertes Ergebnis	- 1	9
Veräußerungsergebnis Kreditgeschäft	- 0	9
Veräußerungsergebnis Wertpapiere	- 1	- 0
Insgesamt	- 545	- 142

Die gesamte Weltwirtschaft wurde im Jahr 2020 stark von der Corona-Pandemie beeinflusst. Dies hat zur Folge, dass die statistischen Risikovorsorge-Modelle, die auf der Grundlage von langjährigen Datenhistorien geschätzt wurden, in der aktuellen Situation nicht uneingeschränkt verlässlich sind, so dass eine Sonderkonstellation vorliegt. Sonderkonstellationen stellen außergewöhnliche, temporäre Umstände dar, in denen die Modelle nicht in der Lage sind, für die IFRS 9 Risikovorsorgeberechnung angemessene Parameter zu erstellen (z. B. aufgrund starker makroökonomischer oder politischer Verwerfungen). In diesen Fällen wird auf Basis qualitativer Informationen, Schätzungen, Szenariobetrachtungen und Simulationen bestimmt, in welchem Umfang die Risikovorsorge anzupassen ist, um alle Risiken adäquat abzudecken. Im Zuge dessen wurden für das Geschäftsjahr 2020 ergebniswirksame

Model Adjustments von - 276 Mio. EUR gebildet. Zusätzlich war die Risikovorsorge aufgrund einer Unternehmensinsolvenz belastet.

Die erfolgswirksam erfassten Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten ergeben sich aus folgenden Sachverhalten:

31.12.2020 Mio. EUR	Ausbuchungs- gewinn	Ausbuchungs- verlust
Abgang aufgrund von Verkauf	0	0
Abgang aufgrund von Kündigung	0	- 1

31.12.2019 Mio. EUR	Ausbuchungs- gewinn	Ausbuchungs- verlust
Abgang aufgrund von Verkauf	10	- 0
Abgang aufgrund von Kündigung	0	- 1

Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten

Mio. EUR	01.01.2020 - 31.12.2020	01.01.2019 - 31.12.2019¹
<i>Bewertungsergebnis (Risikovorsorge)</i>	- 1	- 0
Auflösung/Abgänge Risikovorsorge	2	1
Zuführung/Zugänge Risikovorsorge	- 2	- 1
<i>Realisiertes Ergebnis</i>	9	23
Veräußerungsergebnis	9	23
Insgesamt	8	22

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	21	- 33
Portfolio Fair Value Hedge	16	- 31
davon Grundgeschäft	344	414
davon Sicherungsinstrument	- 328	- 444
Micro Fair Value Hedge	5	- 3
davon Grundgeschäft	13	86
davon Sicherungsinstrument	- 8	- 88
Gruppen Fair Value Hedge	- 0	0
davon Grundgeschäft	- 9	0
davon Sicherungsinstrument	9	0
Handelsergebnis	168	263
Kreditgeschäfte	- 19	- 14
Aktiengeschäfte	- 169	739
Devisengeschäfte	73	28
Wirtschaftliche Sicherungsderivate	51	135
Zinsgeschäfte	219	- 632
Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten	14	8
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	- 61	- 70
Realisiertes Ergebnis	- 0	- 3
Unrealisiertes Ergebnis	- 61	- 67
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten Finanzinstrumenten sowie Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente	42	125
Ergebnis aus Schuldtiteln	0	- 0
Ergebnis aus Krediten und Darlehen	56	97
Ergebnis aus Beteiligungen	3	25
Ergebnis aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	- 0	- 1
Ergebnis aus Aktien und anderen Eigenkapitalinstrumenten	- 16	4
Insgesamt	170	285

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Der Betrag der im Devisenergebnis erfassten Währungsumrechnungsdifferenzen der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente belief sich auf 1.087 Mio. EUR (Vorjahr: 30 Mio. EUR).

12. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten, die verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden	- 125	- 144
Erfolgswirksam erfasste Nettogewinne/-verluste	- 125	- 144
Im sonstigen Ergebnis erfasste Nettogewinne/-verluste	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	- 13	23
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	- 14	- 105
Erfolgswirksam erfasste Nettogewinne/-verluste	- 48	- 92
Im sonstigen Ergebnis erfasste Nettogewinne/-verluste	34	- 12
Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	- 30	305
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	- 59	- 442
Eigenkapitalinstrumente, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden	- 225	- 26
Finanzielle Fremdkapitalinstrumente, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden	169	683
Im sonstigen Ergebnis erfasste Nettogewinne/-verluste	161	661
Nach Ausbuchung aus dem sonstigen Ergebnis in die GuV umgegliederte Nettogewinne/-verluste	8	22

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

13. Sonstiges betriebliches Ergebnis

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Sonstige betriebliche Erträge	586	531
Veräußerung von Vorräten	252	134
Auflösung von anderen Rückstellungen	80	111
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	15	16
Aufwandsersatzung Dritter	30	31
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	0	3
Operate-Lease-Verhältnisse	23	22
Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	1	1
Leasingerträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	44	53
Nettogewinne aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	31	43
Währungsumrechnung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	2	0
Übrige betriebliche Erträge	108	117
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 387	- 383
Veräußerung von Vorräten	- 213	- 106
Zuführung zu anderen Rückstellungen	- 62	- 149
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	- 1	- 1
Operate-Lease-Verhältnisse	- 5	- 4
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	- 19	- 14
Nettoverluste aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	- 4	- 8
Währungsumrechnung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	0	- 2
Übrige betriebliche Aufwendungen	- 84	- 100
Insgesamt	198	148

Aus Zuführungen/Auflösungen von anderen Rückstellungen resultierte ein Nettoertrag i. H. v. 18 Mio. EUR (Vorjahr: – 37 Mio. EUR), im Wesentlichen bedingt durch die Auflösung von Rückstellungen für Rechtsrisiken.

Im Unterposten Aufwendungen bzw. Erträge aus Veräußerung von Vorräten werden u. a. Erlöse im Trägerbau, Erlöse aus dem Immobilienhandel, Erlöse aus dem Verkauf von Neubauten, Erlöse aus Bauleistungen, Erlöse aus unfertigen Erschließungsmaßnahmen sowie Erlöse aus dem Verkauf von unbebauten Grundstücken gezeigt.

14. Verwaltungsaufwendungen

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Personalaufwand	- 1.010	- 1.038
Löhne und Gehälter	- 725	- 718
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	- 114	- 127
Soziale Abgaben	- 119	- 116
Sonstige Personalaufwendungen	- 52	- 78
Andere Verwaltungsaufwendungen	- 600	- 632
EDV-Kosten	- 321	- 312
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	- 63	- 67
Aufwendungen aus Leasingverträgen	- 2	- 2
Aufwendungen für Gebäude und Räume	- 59	- 60
Verbands- und sonstige Beiträge	- 41	- 40
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	- 20	- 31
Honorare des Abschlussprüfers	- 8	- 13
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	- 86	- 107
Abschreibungen²	- 133	- 141
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte	- 62	- 67
Abschreibungen Sachanlagen	- 30	- 33
Abschreibungen auf Nutzungsrechte	- 42	- 41
Insgesamt	- 1.743	- 1.810

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

² Hier enthalten sind sowohl die planmäßigen als auch die außerplanmäßigen Abschreibungen. Der Teilbetrag der außerplanmäßigen Abschreibungen kann den Notes 46 und 48 entnommen werden.

Nähere Erläuterungen zu den Leasingangaben finden sich in Note 49.

Die Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung enthielten:

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	- 104	- 117
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 36	- 57
Dienstzeitaufwand	- 68	- 61
Andere Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	- 7	- 7
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionsverpflichtungen	- 3	- 3
Insgesamt	- 114	- 127

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altersvorsorge hat die LBBW im Geschäftsjahr – 60 Mio. EUR (Vorjahr: – 59 Mio. EUR) für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und unter den sozialen Abgaben ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers betrug – 8 Mio. EUR (Vorjahr: – 13 Mio. EUR). Das Honorar des Abschlussprüfers nach IDW RS HFA 36 (netto) setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Abschlussprüfungsleistungen	– 6	– 10
Andere Bestätigungsleistungen	– 1	– 1
Steuerberatungsleistungen	– 0	0
Sonstige Leistungen	– 0	– 0
Insgesamt	– 7	– 11

Die Abschlussprüfungsleistungen bezogen sich vor allem auf die Prüfungen des Jahres- und Konzernabschlusses des Mutterunternehmens sowie verschiedene Jahresabschlussprüfungen ihrer Tochterunternehmen einschließlich gesetzlicher Auftragserweiterungen und mit dem Aufsichtsrat vereinbarter Prüfungsschwerpunkte. Prüfungsintegriert erfolgten prüferische Durchsichten von Zwischenabschlüssen sowie die Klärung bilanzieller und regulatorischer Fachfragen.

Die anderen Bestätigungsleistungen betreffen gesetzlich oder vertraglich vorgesehene Prüfungen, wie z. B. die Prüfung nach § 89 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) und § 68 Abs. 7 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB), die Prüfung nach § 16j Abs. 2 S. 2 Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz (FinDAG), die Prüfung für die Beitragsbemessung für das als Einlagensicherungssystem anerkannte institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe nach § 5 Abs. 1 Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) sowie die Prüfung des zusammengefassten nichtfinanziellen Berichts.

Steuerberatungsleistungen wurden im Wesentlichen hinsichtlich Einschätzungen zu grunderwerbsteuerlichen Auswirkungen bei Unternehmensstrukturen sowie laufender steuerlicher Beratung bei einem Tochterunternehmen der LBBW in Anspruch genommen.

Die sonstigen Leistungen beinhalten u. a. Tätigkeiten zur Qualitätssicherung sowie Schulungen.

15. Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Aufwendungen für Bankenabgabe	– 88	– 69
Aufwendungen für Einlagensicherung	– 31	– 33
Insgesamt	– 118	– 102

16. Restrukturisierungsergebnis

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019
Auflösung von Restrukturisierungsrückstellungen	50	0
Zuführung zu Restrukturisierungsrückstellungen	– 83	– 31
Insgesamt	– 32	– 31

Im Rahmen der Überprüfung der strategischen Ausrichtung der LBBW vor allem aufgrund der Corona-Krise wurden verschiedene Aktivitäten zur Restrukturierung definiert, die Auswirkungen auf die Prozesse und Produkte der LBBW haben. Durch die Auflegung neuer struktureller Maßnahmen entfielen bisherige

Instrumente, sodass vorhandene Rückstellungen aufgelöst wurden. Daraus resultierte im Berichtsjahr saldiert ein Restrukturierungsergebnis von – 32 Mio. EUR (Vorjahr: – 31 Mio. EUR).

17. Ertragsteuern

Erträge und Aufwendungen aus Ertragsteuern:

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Tatsächliche Ertragsteuern des Berichtszeitraums	– 66	– 91
Tatsächliche Ertragsteuern aus früheren Jahren	– 22	58
Tatsächliche Ertragsteuern	– 88	– 33
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen Nutzung von bislang nicht aktivierten Verlustvorträgen und Steuergutschriften	0	9
Latente Ertragsteuern	8	– 134
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	18	– 156
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge	– 10	22
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	2	4
davon latenter Steueraufwand wegen Wertberichtigungen oder Aufhebung von früheren Wertberichtigungen	– 4	59
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	8	30
Insgesamt	– 80	– 167

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	01.01.2020 – 31.12.2020	01.01.2019 – 31.12.2019 ¹
Konzernergebnis vor Steuern	252	610
Anzuwendender Steuersatz	30,53 %	30,53 %
Rechnerische Ertragsteuer	– 77	– 186
Steuereffekte		
aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	– 39	– 22
aus steuerfreien Erträgen	10	16
aus Veränderung von Wertkorrekturen	– 1	17
aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	15	– 10
aus permanenten Steuereffekten	7	10
aus Steuersatzänderungen	2	– 4
aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	26	26
aus sonstigen Unterschieden	– 22	– 14
Insgesamt	– 80	– 167

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Der für die Überleitungsrechnung verwendete Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag von 15,825 % und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,70 %).

Der Steuereffekt aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben resultiert im Wesentlichen aus der Bankenabgabe. Die steuerfreien Erträge beinhalten insbesondere Effekte aus steuerfreien Dividendeneinkünften.

Der Bestand an steuerlichen Verlust- und Zinsvorträgen sowie die Teilbeträge, für die eine aktive latente Steuer angesetzt bzw. nicht angesetzt wurde, sind in nachstehender Tabelle dargestellt. Für die nicht angesetzten Verlust- und Zinsvorträge wird angegeben, ob sie in den Folgejahren nach dem jeweils anzuwendenden Steuerrecht noch genutzt werden können. Verlust- und Zinsvorträge in Deutschland steuerpflichtiger Unternehmen sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Mio. EUR	01.01.2020 - 31.12.2020	01.01.2019 - 31.12.2019
Bestand an Verlust- und Zinsvorträgen	4.114	4.234
davon Verlust- und Zinsvorträge, für die eine aktive latente Steuer gebildet wurde	651	768
davon Verlust- und Zinsvorträge, für die keine aktive latente Steuer angesetzt wurde	3.463	3.466
davon verfallen 2021 und später	9	11
davon unverfallbar	3.454	3.455
Nicht angesetzte temporäre Differenzen zum Bilanzstichtag	1	0

Für Konzernunternehmen, die im laufenden oder in dem vorherigen Geschäftsjahr einen steuerlichen Verlust erwirtschaftet haben, wurden aktive latente Steuern i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) angesetzt, für welche die Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die höher als die Ergebniseffekte aus der Umkehrung bestehender, zu versteuernder temporärer Differenzen sind. Der Ansatz beruht auf einer steuerlichen Planungsrechnung für das jeweilige Unternehmen bzw. für den Organkreis.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Bilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten dar.

Aktive und passive latente Steuern wurden im Geschäftsjahr 2020 im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

Mio. EUR	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2020	2019 ¹	2020	2019
Aktivposten				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	159	143	- 810	- 797
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	9	19	- 42	- 113
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	15	- 27	- 36
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.905	6.027	- 506	- 415
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	0	0	- 310	- 254
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	0	- 1	- 8
Immaterielle Vermögenswerte	1	1	- 29	- 29
Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	34	33	- 203	- 193
Sonstige Aktiva	105	111	- 11	- 59
Passivposten				
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	425	662	- 389	- 248
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	197	202	0	0
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	1	2	- 7.613	- 5.077
Passives Portfolio Hedge Adjustment	212	150	0	0
Rückstellungen	851	805	- 1	- 4
Sonstige Passiva	89	80	- 51	- 30
Verlust- und Zinsvorräte	92	110	0	0
Outside Basis Differences	0	0	- 3	- 3
Saldierung	- 9.973	- 7.233	9.973	7.233
Insgesamt	1.107	1.127	- 23	- 33
Veränderung des Saldo an latenten Steuern	9	- 46		
davon erfolgswirksame Veränderungen	9	- 134		
davon aus Bewertungsrücklage (aus FVOCI-Finanzinstrumenten)	- 36	- 59		
davon aus Bewertungsgewinnen/-verlusten finanzieller Verbindlichkeiten	- 15	6		
davon aus Gewinnrücklage (Rückstellungen, versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	51	135		
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen (Erstanwendung IFRS 9)	0	6		

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Für zu versteuernde temporäre Differenzen aus Anteilen an Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen i. H. v. 8 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR) wurden keine passiven latenten Steuern gebildet, da mit einer Umkehrung der temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

E. Finanzinstrumente

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

18. Ansatz

Der erstmalige Ansatz von Finanzinstrumenten erfolgt grundsätzlich zu dem Zeitpunkt, an dem die LBBW (Bank) oder ein in den Konzernabschluss einbezogenes Tochterunternehmen Vertragspartei des Finanzinstruments wird. Bei Eintritt eines der folgenden Ereignisse gehen die Finanzinstrumente wieder ab:

- Die vertraglichen Rechte auf Zahlungsströme aus einem finanziellen Vermögenswert sind ausgelaufen (z. B. Tilgung von Krediten oder Verfall von Optionen).
- Der finanzielle Vermögenswert wurde ganz oder teilweise veräußert (z. B. Verkauf von Wertpapieren (True Sale) oder Syndizierungen).
- Die Zahlungsströme einschließlich der wesentlichen Chancen und Risiken aus dem finanziellen Vermögenswert werden mittels einer vertraglich eingegangenen Verpflichtung an Dritte weitergeleitet (»pass through-arrangement«). Die Vertragsbedingungen eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit wurden substantiell geändert (substantielle Modifikation). Die Unterscheidung zwischen substantiellen und nicht substantiellen Modifikationen ist ermessensbehaftet. Bei der LBBW wird eine Vertragsanpassung als substantielle Modifikation eingestuft, wenn sie einen Währungswechsel herbeiführt, den Bruttobuchwert eines finanziellen Vermögenswerts bzw. die fortgeführten Anschaffungskosten einer finanziellen Verbindlichkeit um mindestens 10 Prozent verändert oder aufgrund der Vertragsänderungen eine Beibehaltung der bisherigen Bewertungskategorie nicht mehr zulässig ist. Nicht substantielle Modifikationen führen demgegenüber zu keinem bilanziellen Abgang, sondern zu einer erfolgswirksamen Anpassung des Bruttobuchwerts bzw. der fortgeführten Anschaffungskosten.
- Die finanzielle Verbindlichkeit wird getilgt.
- Die finanzielle Verbindlichkeit wird zurückgekauft.

Sofern bei der Übertragung eines finanziellen Vermögenswertes an Dritte die wesentlichen Chancen und Risiken weder übertragen noch zurückbehalten werden, ist der bilanzielle Abgang an den Übergang der Verfügungsmacht geknüpft. Der finanzielle Vermögenswert wird in diesen Fällen ausgebucht, wenn der Empfänger berechtigt und auch tatsächlich in der Lage ist, die übertragenen finanziellen Vermögenswerte an Dritte zu veräußern oder zu verpfänden, ohne dabei die Zustimmung des Übertragenden zu benötigen oder die Weiterveräußerung mit Einschränkungen versehen zu müssen. Kommt es zu keinem Übergang der Verfügungsmacht, ist der übertragene Vermögenswert weiterhin in der Bilanz der LBBW in Höhe des anhaltenden Engagements anzusetzen und zusätzlich eine verbundene Verbindlichkeit zu erfassen.

Kassakäufe und -verkäufe von finanziellen Vermögenswerten, bei denen die Lieferung des finanziellen Vermögenswerts nicht am Handelstag erfolgt, sondern innerhalb einer marktüblichen Frist am Erfüllungstag, werden kategorieübergreifend zum Erfüllungstag angesetzt.

Echte Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapiere, die Gegenstand von echten Pensionsgeschäften sind, werden weiterhin in der Bilanz des Pensionsgebers angesetzt. Der Pensionsgeber setzt eine Verbindlichkeit ggü. dem Pensionsnehmer an und der Pensionsnehmer eine Forderung an den Pensionsgeber. Beide werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zins- und Dividendenansprüche aus den Wertpapieren stehen weiterhin dem Pensionsgeber zu und werden bei diesem erfolgswirksam erfasst. Ein etwaiger Unterschiedsbetrag zwischen dem bei Übertragung erhaltenen und dem bei Rückübertragung zu leistenden Betrag ist beim Pensionsgeber über die Laufzeit des Pensionsgeschäfts der Verbindlichkeit zuzuschreiben und beim Pensionsnehmer der Forderung.

Gleiches gilt analog für Wertpapierleihegeschäfte mit Barsicherheiten. Im Gegensatz hierzu kommt es bei Leihegeschäften ohne Barsicherheit zu keinem Ansatz einer Verbindlichkeit bzw. Forderung. Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

Durchleitung von Förderkrediten

Für die Durchleitung der Förderkredite an die Endkreditnehmer wird bei den öffentlich-rechtlich organisierten Sparkassen und den Volks- und Raiffeisenbanken ein zweistufiges Durchleitungsverfahren angewendet. Die LBBW befindet sich in dieser Durchleitungskette zwischen der Förderbank und den angeschlossenen Sparkassen und muss für die durchgeleiteten Förderkredite jeweils sowohl eine Verbindlichkeit ggü. der Förderbank als auch in gleicher Höhe eine Forderung an die Sparkasse ausweisen. Aufgrund der Volumina an Förderkrediten sind die Forderungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten nicht mit den korrespondierenden Bilanzposten bei Privatbanken vergleichbar. Aus diesem Grund ist der Umfang dieser Weiterleitungsdarlehen bei beiden Bilanzposten gesondert angegeben.

Eingebettete Derivate

In finanzielle Verbindlichkeiten eingebettete Derivate sind unter folgenden Voraussetzungen trennungspflichtig und wie eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden;
- ein eigenständiges Instrument mit gleichen Bedingungen wie das eingebettete Derivat würde die Definition eines Derivats erfüllen;
- der hybride Vertrag wird nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

19. Zugangs- und Folgebewertung

Finanzinstrumente gehen grundsätzlich mit ihren beizulegenden Zeitwerten zu. Transaktionskosten werden bei erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten sofort erfolgswirksam erfasst. In allen anderen Fällen werden Transaktionskosten, sofern wesentlich, periodengerecht verteilt.

Nach ihrem Zugang werden Finanzinstrumente entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei finanziellen Vermögenswerten umfassen die fortgeführten Anschaffungskosten im Regelfall eine Wertberichtigung. Es gibt folgende Bewertungskategorien:

- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte
- Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
- Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
- Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Kategorisierung von finanziellen Vermögenswerten

Die Zuordnung von finanziellen Vermögenswerten zu einer dieser Kategorien beruht auf einer Klassifizierungsentscheidung im Zugangszeitpunkt. Entscheidungsrelevant ist bei der Klassifizierung die Zielsetzung des jeweiligen Geschäftsmodells zur Steuerung der finanziellen Vermögenswerte und ob der finanzielle Vermögenswert einer einfachen Kreditvereinbarung entspricht und somit ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen i. S. d. IFRS 9 generiert.

Die Geschäftsmodelle werden auf Portfolioebene bestimmt und geben Auskunft über die Anlagestrategien der in einem Portfolio enthaltenen Vermögenswerte. In der LBBW gibt es drei Geschäftsmodelle (»Halten«, »Halten und Verkaufen« und »Verkaufen«). Grundlage für die Identifikation der Geschäftsmodelle sind portfoliobezogene Informationen über Erfolgsmessung und Vergütung, Inhalte der internen Berichterstattung sowie Risiken und Risikosteuerung. Für die LBBW (Bank) erfolgt die Identifikation der Portfolios und

die Festlegung der einzelnen Geschäftsmodelle durch den Vorstand der LBBW (Bank) und für die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen durch die jeweilige Geschäftsleitung des Tochterunternehmens. In der LBBW (Bank) erfolgt die Bestimmung der Geschäftsmodelle grundsätzlich auf Segmentebene. Eine Ausnahme bildet das Segment »Kapitalmarktgeschäft«, bei dem die Geschäftsmodelle auf einer tieferen Ebene festgelegt werden. Im Gegensatz zu den anderen Segmenten, die von Ausnahmen abgesehen (Syndizierungen) das Geschäftsmodell »Halten« aufweisen, findet sich dort eine heterogene Portfoliolandschaft mit den Geschäftsmodellen »Halten«, »Halten und Verkaufen« und »Verkaufen«.

Das Geschäftsmodell »Halten« bedeutet, dass die Absicht besteht, die Vermögenswerte eines Portfolios auf Dauer zu halten und die Zins- und Tilgungszahlungen über die Laufzeit zu vereinnahmen. Verkäufe aus diesen Portfolios sind grundsätzlich nicht vorgesehen. Gleichwohl stehen Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten, deren Kreditausfallrisiko sich seit Zugang erhöht hat, einem Geschäftsmodell »Halten« nicht entgegen. Gleiches gilt für Verkäufe gegen Laufzeitende, wenn die Erlöse aus den Verkäufen der Vereinnahmung der verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme nahekomen sowie für seltene Verkäufe und Verkäufe mit kleinen Volumina. Verkäufe aus Portfolios mit dem Geschäftsmodell »Halten« unterliegen einem internen Monitoring-Prozess zur Überwachung der tatsächlichen Halteabsicht. Als Verkäufe werden für diese Zwecke zivilrechtliche Verkaufsverträge mit Dritten betrachtet, die zu einem bilanziellen Abgang der verkauften Vermögenswerte führen.

Das Geschäftsmodell »Halten und Verkaufen« verfolgt keine strenge Dauerhalteabsicht für die finanziellen Vermögenswerte eines Portfolios. Neben der Vereinnahmung der Zahlungsströme der gehaltenen finanziellen Vermögenswerte ist auch die Veräußerung von finanziellen Vermögenswerten mit der für das Portfolio gewählten Anlagestrategie vereinbar. Solche Anlagestrategien finden sich teilweise bei Portfolios im Verantwortungsbereich des Treasury wieder.

Das Geschäftsmodell »Verkaufen« umfasst schließlich alle Anlagestrategien, die sich nicht unter die beiden anderen Geschäftsmodelle fassen lassen. Hierunter fallen insbesondere die mit Handelsabsicht erworbenen finanziellen Vermögenswerte und die zur Syndizierung vorgesehenen Anteile an Darlehen. Darlehen mit Syndizierungsabsicht werden im LBBW-Konzern zwei Portfolios mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen zugeordnet. Der Teil eines Darlehens, der ausplatziert werden soll, gehört einem Portfolio mit dem Geschäftsmodell »Verkaufen« an, der sog. Final Take hingegen einem Portfolio mit dem Geschäftsmodell »Halten«. Syndizierungen, bei denen eine Ausplatzierung nicht erfolgreich war, verbleiben dauerhaft in dem ursprünglichen Portfolio mit dem Geschäftsmodell »Verkaufen«.

Unter dem Begriff »Tilgung« wird gemeinhin die Rückzahlung des Kapitals verstanden. Für Zwecke der Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten ist der Kapitalbegriff nicht als Nominalwert definiert, sondern als der beizulegende Zeitwert des finanziellen Vermögenswerts beim erstmaligen Ansatz. Auch der Zinsbegriff hat für Zwecke der Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten eine eigene Definition. Er stellt ein Entgelt für die Überlassung von Kapital dar und darf nur Komponenten einpreisen, die sich auch in einer einfachen Kreditvereinbarung wiederfinden. Hierzu zählen:

- Zeitwert des Geldes
- Aufschlag für das Kreditrisiko
- Aufschläge für andere mit einem Kredit verbundene Risiken (z. B. Liquiditätsrisiko)
- Aufschläge für mit einem Kredit verbundene Kosten (z. B. Verwaltungskosten)
- Gewinnaufschlag

Eigenkapitalinstrumente und Derivate stellen demnach keine finanziellen Vermögenswerte dar, die mit einer einfachen Kreditvereinbarung vergleichbar sind. Gleiches gilt für Schuldinstrumente mit eingebetteten Derivaten, die eine Hebelwirkung erzeugen. Auch Non-Recourse-Finanzierungen, bei denen primär ein Investitionsrisiko vorliegt, verstoßen gegen das Wesen einer einfachen Kreditbeziehung. Non-Recourse-Finanzierungen sind in der LBBW Finanzierungen von Zweckgesellschaften, die gekennzeichnet

sind durch die Beschränkung des Rückgriffsrechts der LBBW (Bank) auf die Vermögenswerte der Zweckgesellschaft oder Zahlungen aus diesen Vermögenswerten. Diese Finanzierungen stehen in der LBBW (Bank) immer dann im Einklang mit einer einfachen Kreditvereinbarung, wenn entweder die Schuldendienstfähigkeit der Zweckgesellschaft auch ohne den Verkauf des Finanzierungsobjekts gegeben ist oder werthaltige Sicherheiten in ausreichendem Umfang durch Dritte gestellt wurden.

Die LBBW nutzt zudem die Möglichkeit, ausgewählte Beteiligungen ohne Handelsabsicht freiwillig erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren, um das Konzernergebnis von Bewertungsvolatilitäten aus diesen Beteiligungen frei zu halten (OCI-Option). Des Weiteren bilanziert die LBBW ausgewählte finanzielle Vermögenswerte freiwillig erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert, falls hierdurch ökonomisch nicht gerechtfertigte Ergebnisschwankungen aus verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzierenden Gegengeschäften kompensiert oder reduziert werden (Fair-Value-Option).

Eine Umklassifizierung aufgrund eines Wechsels des Geschäftsmodells nach Zugang ist nur in seltenen Ausnahmefällen zulässig.

Herleitung der Bewertungskategorie

Geschäftsmodell	Einfache Kreditbeziehung	Wahlrechtsausübung	Kategorie
Halten	Ja	Nein	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet
		Ja (Fair-Value-Option)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet
	Nein	Nein	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet
		Ja (OCI-Option)	Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet
Halten und Verkaufen	Ja	Nein	Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet
		Ja (Fair-Value-Option)	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet
	Nein	Nein	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet
		Ja (OCI-Option) ¹	Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet
Verkaufen	Ja/Nein	n/a	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet

1 Bei LBBW bislang nicht relevant.

Kategorisierung von finanziellen Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten sind grundsätzlich als »Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet« zu kategorisieren. Dies gilt jedoch nicht für Finanzgarantien und erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten. Zur letzten Gruppe zählen bei der LBBW insbesondere die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Verbindlichkeiten und ausgewählte finanzielle Verbindlichkeiten, die freiwillig erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, um hierdurch ökonomisch nicht gerechtfertigte Ergebnisschwankungen aus verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzierenden Gegengeschäften zu kompensieren oder zu reduzieren (Fair-Value-Option).

Bei zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten sind zudem eingebettete Derivate unter bestimmten Bedingungen als eigenständige Derivate erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bilanzieren.

20. Risikovorsorge

Wertminderungen für Kreditrisiken werden gemäß IFRS 9 anhand eines dreistufigen Wertminderungsmodells auf Basis erwarteter Kreditverluste erfasst.

Ermittlung der Risikovorsorge

Es wird laufend überprüft, ob Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Bonitätsbeeinträchtigung eines finanziellen Vermögenswerts vorliegt. Die Kriterien für diese Prüfung orientieren sich an der aufsichtsrechtlichen Ausfalldefinition gemäß Capital Requirements Regulation (CRR), die auch für die interne Steuerung verwendet wird. Sie gelten unabhängig vom eingesetzten Rating- oder Scoring-Verfahren für alle Kunden.

Liegen keine Hinweise auf eine Bonitätsbeeinträchtigung vor, so werden Wertberichtigungen gebildet, welche grundsätzlich dem erwarteten Kreditverlust über die nächsten zwölf Monate entsprechen (Stufe 1). Bei einem signifikanten Anstieg des Ausfallrisikos eines Vermögenswerts seit dem bilanziellen Zugang werden sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstruments angesetzt (Stufe 2). I. d. R. erfolgt die Ermittlung für jeden Vermögenswert einzeln; ggf. erfolgen Gruppierungen bei der Berücksichtigung von Sonderkonstellationen.

Liegen Hinweise auf eine Bonitätsbeeinträchtigung vor, wird die Höhe der Wertberichtigung für signifikante finanzielle Vermögenswerte als Differenz zwischen dem Bruttobuchwert des Finanzinstruments und dem Barwert der geschätzten Zahlungsströme ermittelt (Stufe 3). Zur Ermittlung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme werden anhand verschiedener wahrscheinlichkeitsgewichteter Szenarien alle erwarteten Zahlungen aus dem Finanzinstrument (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt geschätzt. Für nicht signifikante finanzielle Vermögenswerte wird analog den Vermögenswerten in Stufe 2 vorgegangen (Stufe 3 parameterbasiert).

Für finanzielle Vermögenswerte, die den Stufen 1 und 2 zugeordnet sind oder in Stufe 3 parameterbasiert bewertet werden, wird der erwartete Verlust in Abhängigkeit von der Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) sowie des erwarteten Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (Exposure at Default, EaD) berechnet.

Unabhängig von der betrachteten Restlaufzeit werden die erwarteten Verluste, ermittelt als Produkt der drei genannten Parameter, mit dem Effektivzins des Finanzinstruments bzw. einer Approximation desselben auf den Berichtsstichtag diskontiert. Hiervon ausgenommen sind signifikante finanzielle Vermögenswerte, die bereits bei bilanziellem Zugang eine Bonitätsbeeinträchtigung zeigen. In diesen Fällen wird der Effektivzins zum Zugangszeitpunkt durch Berücksichtigung der erwarteten Verluste über die Restlaufzeit adjustiert, sodass bei Ersterfassung keine weitere Risikovorsorge auszuweisen ist. Der sich ergebende, bonitätsangepasste Effektivzins wird für die Folgebewertungen verwendet.

Die LBBW hat den vereinfachten Ansatz gemäß IFRS 9.5.5.15 für Leasingforderungen nicht in Anspruch genommen.

Verwendete Inputfaktoren und Annahmen

Die für die Ermittlung der erwarteten Verluste eingesetzten Verfahren werden im zusammengefassten Lagebericht, Kapitel Adressenausfallrisiko, Abschnitt Risikomessung, grundsätzlich beschrieben. Im Folgenden wird darüber hinaus auf einige aus Sicht IFRS 9 spezifischen Aspekte eingegangen.

Für alle relevanten Geschäftsaktivitäten sind spezifische Rating- und Risikoklassifizierungsverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Engagements, welche dabei zunächst auf zwölf Monate normiert ist. Auf Basis langjähriger interner Ratinghistorien werden darüber hinaus Mehrjahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelt. Bei der Ermittlung der Kundenbonität werden sowohl historische, aktuelle als auch zukunftsgerichtete Informationen berücksichtigt, soweit diese nachweisbar die Prognosegüte erhöhen. Außerdem werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten, die den regulatorischen Ratings zugeordnet sind, sowie Sicherheitenwerte um erwartete konjunkturelle Effekte infolge der Corona-Krise adjustiert.

Die Verlusthöhe bei Ausfall wird maßgeblich durch die Wahrscheinlichkeit einer Gesundung sowie den Besicherungsgrad des zugrunde liegenden Vermögenswerts bestimmt. Die Prognose erfolgt spezifisch für unterschiedliche Sicherheitenarten und Kundengruppen. Die Schätzungen der Modellparameter basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Pooldaten, deren Repräsentativität für die LBBW geprüft wurde. Die LGD ist dabei zunächst auf zwölf Monate normiert. Mithilfe von Modellen zur Sicherheitenwert- und EaD-Prognose für jeden potenziellen Ausfallzeitpunkt des Schuldners werden darüber hinaus Mehrjahres-Verlustquoten bei Ausfall ermittelt. Analog der Ausfallwahrscheinlichkeit werden ebenfalls zukunftsgerichtete Informationen berücksichtigt.

Das erwartete Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (EaD) wird in Abhängigkeit von den Eigenschaften des zugrunde liegenden Finanzinstruments mit unterschiedlichen Modellen ermittelt. Für nicht revolvingende Finanzinstrumente werden dabei vertraglich vereinbarte Cashflows berücksichtigt, die bei nicht voll ausgezahlten Finanzinstrumenten um kunden- und geschäftsspezifische Eigenschaften ergänzt werden, um den Vollvalutierungszeitpunkt und ein lineares Auszahlungsprofil zu ermitteln. Für revolvingende Zusagen wird auf Basis statischer Geschäfts- und Kundeneigenschaften, der Dauer bis zum Ausfallzeitpunkt sowie des historischen Ziehungsmusters der Linie unter Verwendung verschiedener Typen von Regressionsmodellen die erwartete Inanspruchnahme für jeden zukünftigen Zeitpunkt bis zum Vertragsende prognostiziert. Ist dieses nicht explizit festgelegt, wird grundsätzlich die Kündigungsfrist verwendet, um die Laufzeit zu bestimmen. Lediglich für Kontokorrentkredite und Kreditkarten wird auf Basis historischer Daten eine verhaltensbasierte Laufzeit geschätzt, die länger als die Kündigungsfrist ist. Einen Sonderfall stellen Avale dar, die bei Ausfall nicht voll in Anspruch genommen werden. Der im Risiko stehende Betrag wird für diese Geschäfte über einen Kreditkonversionsfaktor (Credit Conversion Factor, CCF) ermittelt.

Berücksichtigung von Änderungen der Schätzverfahren oder Annahmen

Im Berichtszeitraum wurden alle zur Berechnung des erwarteten Verlusts eingesetzten Modelle turnusmäßig gepflegt und bei Bedarf angepasst. Signifikante methodische Änderungen mit Auswirkungen auf die Ermittlung des erwarteten Verlusts ergaben sich dabei nicht.

Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen

Neben der parameterspezifischen Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen wird zudem für alle Geschäftsfelder regelmäßig qualitativ und quantitativ analysiert, ob eine Sonderkonstellation vorliegt, die eine Anpassung der Risikovorsorge erforderlich macht. Sonderkonstellationen stellen außergewöhnliche, temporäre Umstände dar, in denen die Modelle nicht in der Lage sind, für die IFRS9-Risikovorsorgeberechnung angemessene Parameter zu erstellen (z.B. aufgrund starker makroökonomischer oder politischer Verwerfungen). In diesen Fällen wird auf Basis qualitativer Informationen, Schätzungen, Szenariobetrachtungen und Simulationen bestimmt, in welchem Umfang die Risikovorsorge anzupassen ist, um alle Risiken adäquat abzudecken. Kann dies nicht auf Ebene einzelner Finanzinstrumente vorgenommen werden, so werden dazu geeignete Cluster gebildet. Zur Erkennung und Berücksichtigung von Sonderkonstellationen beschäftigt sich eine Expertengruppe aus den Bereichen Research, Markt, Marktfolge und Risikocontrolling regelmäßig und ad hoc mit allen relevanten Ereignissen mit Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der LBBW. Ziel ist u.a. die Krisenfrüherkennung und eine Szenarienentwicklung für die Führungsgremien der LBBW bei sich anbahnenden Krisen. Zum Berichtsstichtag wurden die Corona-Pandemie und der Strukturwandel in der Automobilbranche als Sonderkonstellation angesehen; die Anpassung der Risikovorsorge aufgrund dieser Sondereinflüsse ist in Note 28 (»Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte«) Entwicklung der Risikovorsorge beschrieben.

Die Beurteilung, ob ein Finanzinstrument der Stufe 1 oder 2 zugeordnet wird, erfolgt anhand von drei Kriterien:

- Quantitatives Transferkriterium: Zunächst wird ausgehend vom Initialrating und segmentspezifisch definierter, erwarteter Migrationen die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit zum Berichtsstichtag ermittelt. Ist die aktuelle Risikobewertung signifikant schlechter als der erwartete Wert zu diesem Stichtag, erfolgt ein Transfer.

- Kriterium »Bagatellgrenze«: Ausgehend vom Initialrating wird eine Veränderung der Ausfallwahrscheinlichkeit um maximal zehn Basispunkte als geringfügig betrachtet. In diesen Fällen erfolgt die Zuordnung des Finanzinstruments immer zu Stufe 1.
- Qualitatives Transferkriterium »Warnsignale«: Liegen bestimmte Warnsignale vor, erfolgt die Zuordnung eines Finanzinstruments immer zu Stufe 2. Hierzu zählen interne Warnvermerke (z. B. Beobachtungsfall oder Pfändung), 30-Tage-Verzug, aktive Intensivbetreuung oder sog. Forbearance-Maßnahmen.

Wertpapiere sind von der Anwendung der zuvor genannten Kriterien ausgenommen; die Stufenzuordnung erfolgt anhand des aktuellen Ratings. Liegt dieses im Bereich »Investment Grade«, erfolgt die Zuordnung zu Stufe 1. In allen anderen Fällen werden die Wertpapiere der Stufe 2 zugeordnet. Die Definition für »Investment Grade« orientiert sich an internationalen Standards.

Eine weitere Ausnahme stellen finanzielle Vermögenswerte dar, bei denen eine Bonitätsbeeinträchtigung bereits bei bilanziellem Zugang vorlag. In diesen Fällen wird die Wertberichtigung immer anhand des erwarteten Verlusts über die Restlaufzeit des Finanzinstruments bemessen, auch wenn eine Gesundung erwartet wird oder tatsächlich eintritt. Ein Stufentransfer findet für diese Instrumente nicht statt.

Für die quantitativen Teile des Transferkriteriums wird das aktuelle Rating betrachtet, dessen Zeithorizont für die Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit zunächst zwölf Monate beträgt. Dies ist, wie Analysen im Rahmen der Entwicklung des Transferkriteriums zeigten, auch für die Beurteilung des Ausfallrisikos über die Restlaufzeit angemessen.

Wenn die zuvor beschriebenen Kriterien für eine Zuordnung zu den Stufen 2 und 3 nicht mehr gegeben sind, erfolgt nach einer Wohlverhaltensphase der Rücktransfer in Stufe 1.

Abschreibungen

Ein Finanzinstrument wird direkt abgeschrieben, wenn ein tatsächlicher, ggf. nur teilweiser, Forderungsausfall eingetreten ist. Tritt kein Surrogat an die Stelle der ausgefallenen Forderung, gilt diese als uneinbringlich; die Forderung wird ausgebucht. Dies ist z. B. der Fall bei:

- Insolvenzfällen, wenn mit keinen weiteren Zahlungen aus Sicherheitenverwertung oder einer Insolvenzquote mehr gerechnet wird.
- Gekündigten Engagements, wenn die Restforderungen nicht beglichen werden können.
- Vollständigem oder teilweisem Forderungsverzicht.
- Forderungsverkauf mit Verlust.

Engagements, die nach erfolgter Abschreibung weiterhin Vollstreckungsmaßnahmen unterliegen, werden zentral bearbeitet. Ziel ist die Vereinnahmung außerordentlicher Erträge aus diesen Forderungen. Zu diesem Zweck wird mit Kunden verhandelt, um Rückzahlungen oder Vergleiche auf freiwilliger Basis zu erreichen, eine persönliche Vollstreckung in das Vermögen der Schuldner zu betreiben, Insolvenzverfahren zu begleiten sowie Zahlungsvorgänge buchhalterisch abzuwickeln.

Bilanzansatz

Die Risikovorsorge wird bei finanziellen Vermögenswerten, die gemäß fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, direkt abgesetzt. In der Bilanz wird der nach Abzug der Risikovorsorge verbleibende Betrag ausgewiesen. Bei Geschäften, die der erfolgsneutralen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert unterliegen, wird in der Bilanz der beizulegende Zeitwert dargestellt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte wird im Posten »Rückstellung im Kreditgeschäft« gezeigt.

21. Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Allgemein

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf bzw. Kauf eines Vermögenswerts vereinbart wird.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts hat ein Unternehmen darüber hinaus den für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit vorrangigen Markt, d.h. den Hauptmarkt oder, falls ein solcher nicht vorliegt, den vorteilhaftesten Markt festzulegen. Unter einem Hauptmarkt versteht die LBBW den Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Dabei muss es sich nicht zwingend um denjenigen Markt handeln, auf dem die LBBW die höchste Handelsaktivität entfaltet. Unter dem vorteilhaftesten Markt versteht die LBBW hingegen denjenigen Markt, auf dem – unter Berücksichtigung von Transaktions- und Transportkosten – beim Verkauf eines Vermögenswerts der maximale Erlös erzielt werden kann bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit der geringste Betrag zu zahlen ist.

In der LBBW werden bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts – wenn vorhanden – notierte Preise des Hauptmarkts herangezogen, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Dies wird anhand der folgenden Kriterien überprüft: zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spanne.

Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, werden Bewertungsverfahren, Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf aktiven Märkten, Preise für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf nicht aktiven Märkten verwendet. Für Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter beruhen, soweit vorhanden, auf an Märkten beobachtbaren Parametern. Die Anwendung dieser Modelle und die Verwendung dieser Parameter erfordern Annahmen und Einschätzungen seitens des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Insbesondere dann, wenn keine an Märkten beobachtbaren Parameter verfügbar sind, ist hier ein signifikantes Maß an subjektiver Einschätzung notwendig.

Ziel der Anwendung der Bewertungsmethoden ist es, den Preis festzulegen, zu welchem am Stichtag eine Transaktion für einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit unter sachverständigen Dritten zustande kommen könnte. Bewertungsmethoden müssen daher alle Faktoren einbeziehen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung berücksichtigen würden.

Die beizulegenden Zeitwerte der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Bestände unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren der LBBW, in denen die Standards für die unabhängige Prüfung oder Validierung von beizulegenden Zeitwerten festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Organisationseinheit »IPV und Marktdaten« innerhalb des Bereichs Risikocontrolling überwacht. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig von der Organisationseinheit »Marktrisikocontrolling Methodik« überprüft.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zinsswaps und Zinsoptionen	Barwertmethode, Black-Scholes, replikations- und copulabasierte Modelle, Markov-Functional-Modell sowie Libor-Marktmodelle	Zinskurven, Swaption-Volatilitäten, Cap-Volatilitäten, Korrelationen, Mean-Reversion
Zins-/Termingeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Commodity-Termingeschäfte, Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Commodity-Kurse/Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures	Black-Scholes, Local-Volatility-Modell, Barwertmethode	Aktienkurse, Aktienvolatilitäten, Dividenden, Zinsen (Swap, Repo)
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	FX-Kurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	Commodity-Kurse, Zinskurven, Commodity-Volatilitäten
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Kredit-Korrelationsmodell	Credit Spreads, Zinskurven, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen, Kredite	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Barwertmethode	Wertpapierkurse, Credit Spreads, Zinskurven
Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen	Barwertmethode	Zinskurven, Own Credit Spread
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Net-Asset-Value-Methode, Discounted-Cashflow-Methode, Ertragswertverfahren	Kapitalisierungszinssatz, Planzahlen
Verbriefungen	Barwertmethode	Liquiditätsspreads, Zinskurven, vorzeitige Tilgungen, Verzugs- und Ausfallsraten, Verlustschwere

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei »Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen« sowie »Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen« erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Finanzinstrumente und Produktklassen:

Klasse	Finanzinstrumente
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Derivate	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures, Commodity-Optionen, Zinswährungsswaps
Eigenkapitalinstrumente	Investmentanteile, Aktien, Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen, Anleihen und Schuldverschreibungen
Forderungen	Schuldscheindarlehen, Geldmarktgeschäfte, Kredite
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Barreserve	Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken, Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel
Forderungen	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingeschäfte, Geldmarktgeschäfte
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Geldmarktgeschäfte, Anleihen und Schuldverschreibungen
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	
Derivate	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures, Commodity-Optionen, Zinswährungsswaps
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen
Einlagen	Schuldscheindarlehen, Geldmarktgeschäfte
Verbriefte Verbindlichkeiten	Begebene Schuldverschreibungen
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	Nachrangige Einlagen, Schuldscheindarlehen, Geldmarktgeschäfte
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	
Verbriefte Verbindlichkeiten	Begebene Schuldverschreibungen, Geldmarktgeschäfte
Nachrangkapital	Anleihen, Genussscheine
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	Schuldscheindarlehen, Kredite, Termingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte

Wertpapiere

Soweit möglich, werden die Wertpapiere des Handelsbestands über Börsenkurse oder liquide Kurse des relevanten OTC-Markts bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von aktiven Märkten vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere mittels der Discounted-Cashflow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven und Credit Spreads, die aus Marktdaten abgeleitet werden.

Derivate

Börsengehandelte Derivate werden grundsätzlich über Börsenkurse bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte aktien- und rohwarenbasierter Derivate erfolgt aufgrund des Portfolioansatzes einheitlich auf Basis von Modellbewertungen.

Der beizulegende Zeitwert von OTC-Derivaten wird über Bewertungsmodelle ermittelt. Dabei wird zwischen einfachen, auf liquiden Märkten gehandelten Derivaten (z. B. Zinsswaps, Zinswährungsswaps und Devisen-Optionen) und komplexen Derivaten, die auf illiquiden Märkten gehandelt werden, unterschieden.

Einfache, auf aktiven Märkten gehandelte Derivate werden über anerkannte Bewertungsmethoden bewertet, die höchstens in unwesentlichem Umfang auf unbeobachtbare Parameter zurückgreifen.

Derivate, deren beizulegender Zeitwert durch komplexe Bewertungsmethoden unter Verwendung von unbeobachtbaren Parametern mit wesentlichem Einfluss bestimmt wird, werden in Level III der Bemessungshierarchie eingestuft. Um die Preisunsicherheit aus den unbeobachtbaren Parametern so weit wie möglich zu reduzieren, werden diese so kalibriert, dass Bewertungen aus beobachteten Transaktionen

oder Angeboten für vergleichbare Instrumente, Konsensus-Preise von Preis-Service-Agenturen oder Bewertungen anderer Marktteilnehmer aus Abgleichprozessen mit den LBBW-eigenen Bewertungen bestmöglich übereinstimmen.

Für einen Teil der komplexen Zinsderivate beruhen die für die Bewertung anhand von Options-Preismodellen benötigten Zins-Zins-Korrelationen auf Expertenschätzungen, die zum Teil auf historischen Beobachtungen, zum Teil auf aus Marktpreisen abgeleiteten Korrelationen basieren. Der Parameter »Korrelation« wird hier als unbeobachtbar eingestuft und es wird eine Day-One-Reserve für diese komplexen Zinsderivate gebildet.

Bei der Bewertung von Derivaten macht die LBBW in folgenden Fällen von der Portfolio Exception gemäß IFRS 13.48 Gebrauch:

- Für einige Fair Value Adjustments (z. B. Glattstellungskosten) wird der Anpassungsbetrag auf Basis der Nettorisikopositionen berechnet.
- Bei der Bewertung von Gegenparteirisiken bei OTC-Derivaten, für die Netting-Vereinbarungen mit der Gegenpartei getroffen wurden, werden die Credit Value Adjustments auf Nettopositionen berechnet.

Für Verbriefungen, für die Marktpreise von Marktdatenanbietern vorliegen, erfolgt die Fair-Value-Bewertung auf Basis dieser Preise und die Einstufung in Level II (siehe Fair-Value-Hierarchie). Für Verbriefungen, für die keine hinreichend aktuellen Marktpreise vorliegen (Level III), werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um marktgängige Modelle, die auf der Discounted-Cashflow-Methode beruhen.

Sofern der über Bewertungsmethoden ermittelte beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments Faktoren wie Geld-Brief-Spannen bzw. Glattstellungskosten, Liquidität, Modell-, Kredit- und/oder Kontrahentenausfallrisiken nicht in angemessener Weise berücksichtigt, ermittelt die Bank Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments). Die angewendeten Verfahren berücksichtigen dabei teilweise nicht am Markt beobachtbare Parameter. In der LBBW wurden aktuell insbesondere für folgende Sachverhalte Bewertungsanpassungen vorgenommen:

- Berücksichtigung von Kontrahentenausfallrisiken bei OTC-Derivaten (CVA).
- Anpassung von auf Mid-Kursen basierenden Bewertungen auf die Verwendung von Bid-/Ask-Preisen, z. B. in Form von Close-out Valuation Adjustments für OTC-Zins- und Kreditderivate.
- Schwächen der verwendeten Modelle und/oder Parameter, z. B. als sog. Model Valuation Adjustments für bestimmte Aktien-, Zins- und Kreditderivate.
- Day One Profit or Loss bei bestimmten komplexen Derivaten, die zum Fair Value bewertet werden.

Für unbesicherte Derivate stellen Refinanzierungseffekte eine Preiskomponente dar und werden als sog. Funding Valuation Adjustments (FVA) in der Bemessung des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt. In der LBBW werden die Refinanzierungseffekte bei der Ermittlung der Barwerte über Aufschläge auf die Diskontierungszinsen in der Bewertung berücksichtigt.

Eigenkapitalinstrumente

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von börsennotierten Beteiligungen, die der Kategorie »Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« oder »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« zugeordnet sind, werden – soweit vorhanden – auf aktiven Märkten notierte Preise herangezogen. Für nicht börsennotierte Beteiligungen oder wenn keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, wird der beizulegende Zeitwert über Bewertungsverfahren ermittelt. In der LBBW erfolgt die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in diesen Fällen im Wesentlichen mit dem Ertragswert-, dem Discounted-Cashflow- oder dem Net-Asset-Value-Verfahren. Die Auswahl des Bewertungsverfahrens erfolgt anhand eines festgelegten Ent-

scheidungsbaums. Der beizulegende Zeitwert von Immobilien-Leasing-Objektgesellschaften wird grundsätzlich auf Basis des DCF-Verfahrens ermittelt. Eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren wird grundsätzlich für alle anderen wesentlichen Beteiligungen vorgenommen. Ist die Anwendung des Ertragswertverfahrens mit hohen Unsicherheiten verbunden oder aufgrund fehlender Datengrundlage nicht verlässlich möglich, erfolgt die Bewertung mittels des Net-Asset-Value-Verfahrens, sofern bei den Beteiligungen ein stabiler Zustand der Geschäftstätigkeit vorliegt.

Forderungen

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt durch Abzinsung der zukünftigen Cashflows unter Berücksichtigung ratingabhängiger Spreads (Ausnahme: Repo-Geschäfte). Sofern ratingabhängige Spreads aus extern bezogenen Rating-Informationen verwendet werden, erfolgt die Einstufung in Level II. Intern ermittelte Rating-Informationen bedingen eine Einstufung in Level III. Für Forderungen mit einem Ausfallrating erfolgt die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis der erwarteten zukünftigen Cashflows. Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten (z.B. Kontokorrentforderungen/-verbindlichkeiten) wird der Buchwert als beizulegender Zeitwert angegeben.

Ermittlung der bonitätsinduzierten Änderung des beizulegenden Zeitwerts

Die bonitätsinduzierte Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird bei der LBBW aus der Differenz der beiden folgenden Beträge ermittelt:

- Beizulegender Zeitwert auf Basis des am Abschlussstichtag aktuellen Credit Spreads.
- Beizulegender Zeitwert auf Basis des zum Vergleichszeitpunkt aktuellen Credit Spreads.

Um das für die bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts maßgebliche instrumentenspezifische Kreditrisiko berücksichtigen zu können, wird jeweils auf eine dem Risikoprofil angemessene Spread-Kurve zurückgegriffen. Zur Bildung der Spread-Kurven wird auf Primärmarktpreise zurückgegriffen. Bei nicht vorhandener Primärmarkt-Aktivität können Sekundärmarktpreise sowie Näherungsverfahren auf Basis liquider Marktpreise vergleichbarer Anleihen zum Tragen kommen.

22. Ausweis

Saldierung

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden saldiert ausgewiesen, wenn am Bilanzstichtag ein Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Wenn Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Bilanz saldiert dargestellt werden, sind die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls zu saldieren, es sei denn, eine Saldierung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Bewertungskategorien und Bilanzausweis

Bewertungskategorie	Bilanzposten
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	Barreserve Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte Sonstige Aktiva
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten Sonstige Passiva
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten
n/a	Aktivisches Portfolio Hedge Adjustment Passivisches Portfolio Hedge Adjustment

Bewertungskategorien und Erfolgsausweis

Bewertungskategorie	Erfolgsausweis
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	Zinsergebnis (Zinserträge)
	Bewertungs- und Veräußerungsergebnis
	Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten (Risikovorsorge, Veräußerungsergebnisse)
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (Hedge Accounting, Währungsumrechnung)
	Zinsergebnis (Zinserträge, Dividenden)
	Bewertungs- und Veräußerungsergebnis (nur Fremdkapitalinstrumente)
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (Risikovorsorge, Veräußerungsergebnisse)
	Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (Hedge Accounting, Währungsumrechnung)
	Erfolgsneutrales Konzernergebnis
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Gewinnrücklage (Ergebnisse aus der Veräußerung von Eigenkapitalinstrumenten)
	Bewertungsänderungen von Eigenkapitalinstrumenten (Änderung des beizulegenden Zeitwerts, Umbuchungen von Veräußerungsergebnissen in Gewinnrücklage)
	Bewertungsänderungen von Fremdkapitalinstrumenten (Änderung des beizulegenden Zeitwerts, Risikovorsorge, Hedge Accounting)
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Zinsergebnis (Zinserträge)
	Bewertungs- und Veräußerungsergebnis
	Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, Veräußerungsergebnisse, Hedge Accounting, Währungsumrechnung)
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	Zinsergebnis (Zinsaufwendungen)
	Bewertungs- und Veräußerungsergebnis
	Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (Hedge Accounting, Währungsumrechnung)
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, Währungsumrechnung)
	Zinsergebnis (Zinsaufwendungen)
	Bewertungs- und Veräußerungsergebnis
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	Erfolgsneutrales Konzernergebnis
	Bewertungsergebnis aus der eigenen Bonität (nur aus Fair-Value-Option und nur sofern hierdurch keine Bewertungsinkongruenzen entstehen oder vergrößert werden)

Klassen

Zur Erfüllung der Angabepflichten sind Finanzinstrumente teilweise in Klassen zusammenzufassen. Die Bestimmung der Klassen ist mit Ermessensentscheidungen verbunden. Die Klassen der LBBW berücksichtigen Bewertungskategorien, Bilanzposten und Produktgruppen (Aktiva: Derivate, Eigenkapitalinstrumente, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Forderungen; Passiva: Derivate, Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen, Einlagen, verbrieftete Verbindlichkeiten, andere finanzielle Verbindlichkeiten). Die Gliederungstiefe ist bei den klassenbezogenen Angabepflichten unterschiedlich und wurde so gewählt, dass weder eine Fülle von unwesentlichen Informationen entsteht noch entscheidungsrelevante Informationen verborgen bleiben.

23. Sicherungsbeziehungen

Zinssatzänderungen und Wechselkurschwankungen können den Wert von Finanzinstrumenten erheblich beeinflussen. Die LBBW nutzt deshalb die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen, um die ökonomischen Auswirkungen der Risikosteuerung im Bankbuch bilanziell nachzubilden. Über die Anwendung dieser Vorschriften lassen sich ökonomisch nicht gerechtfertigte, einseitige Ergebnisvolatilitäten

aus der Bewertung der derivativen Sicherungsinstrumente über erfolgswirksame Bewertungsanpassungen bei den gesicherten Grundgeschäften weitgehend kompensieren. Einen Einblick in die Risikomanagementstrategie der LBBW geben die einleitenden Seiten des Risikoberichts sowie die Erläuterungen zu den Marktpreisrisiken im Lagebericht.

Bei den bilanziellen Sicherungsbeziehungen der LBBW handelt es sich ausnahmslos um Sicherungsbeziehungen zur Absicherung der beizulegenden Zeitwerte von gesicherten Grundgeschäften (Fair Value Hedges). Zum Einsatz kommen bei der LBBW Micro Fair Value Hedges, Portfolio Fair Value Hedges und Gruppen Fair Value Hedges. Die Micro- und Gruppen Fair Value Hedges werden gemäß IFRS 9 bilanziert; die Portfolio Fair Value Hedges hingegen weiterhin nach den Vorgaben des IAS 39.

Die LBBW hat folgende Risikokomponenten als gesicherte Grundgeschäfte designiert:

- Die auf die Veränderung von Benchmark-Zinssätzen (z. B. 3M-Euribor) zurückzuführende Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von festverzinslichen Grundgeschäften (Micro Fair Value Hedge, Portfolio Fair Value Hedge).
- Auf Wechselkurschwankungen zurückzuführende Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Layerkomponenten von Nominalbeträgen aus abgegrenzten und währungsreinen Gruppen von Grundgeschäften in Fremdwährung (Gruppen Fair Value Hedge).
- In Einzelfällen die auf das kombinierte Zins- und Währungsrisiko zurückzuführenden Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von festverzinslichen Grundgeschäften in Fremdwährung (Micro Fair Value Hedge).

Die Bilanzierung der gesicherten Grundgeschäfte ist abhängig von der Art der Sicherungsbeziehung:

- Micro Fair Value Hedge: Bei zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten wird der Buchwert und bei erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten das »Sonstige Ergebnis« im Eigenkapital angepasst. In beiden Fällen erfolgt die Anpassung jeweils erfolgswirksam in Höhe der auf die abgesicherten Risikokomponenten entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts. Die hieraus resultierenden Ergebniswirkungen werden im »Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen«, einem Unterposten des »Bewertungs- und Veräußerungsergebnisses«, ausgewiesen. Die Buchwertanpassungen und Anpassungen im »Sonstigen Ergebnis« werden nach Beendigung der Sicherungsbeziehung über die Restlaufzeit des Grundgeschäfts über das Zinsergebnis amortisiert. Endet die Sicherungsbeziehung aufgrund eines Abgangs des Grundgeschäfts (z. B. Verkauf, vorzeitige Tilgung), wird dieser Anpassungsbetrag sofort im »Bewertungs- und Veräußerungsergebnis« realisiert.
- Portfolio Fair Value Hedge: Die Aussagen zum Micro Fair Value Hedge treffen grundsätzlich auch auf den Portfolio Fair Value Hedge zu. Abweichend zum Micro Fair Value Hedge werden die auf die abgesicherten Risikokomponenten entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts jedoch gesondert in den Bilanzposten »Aktivisches Portfolio Hedge Adjustment« bzw. »Passivisches Portfolio Hedge Adjustment« ausgewiesen.
- Gruppen Fair Value Hedge: Die gesicherten Grundgeschäfte werden genauso bilanziert wie die Finanzinstrumente der gleichen Bewertungskategorie, die keiner bilanziellen Sicherungsbeziehung angehören. Hiervon abweichend werden lediglich die aus der Währungsumrechnung resultierenden Ergebnisse im »Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen« ausgewiesen.

Als Sicherungsinstrumente verwendet die LBBW Zinsswaps und Cross Currency Swaps. Bei den Micro Fair Value Hedges werden die Derivate stets in ihrer Gesamtheit als Sicherungsinstrumente designiert und bei den Portfolio Fair Value Hedges können die Derivate zusätzlich auch prozentual designiert werden. Bei den Gruppen Fair Value Hedges werden hingegen die Währungsbasis-Spreads der Cross Currency Swaps von der Designation als Sicherungsinstrument ausgenommen. Sämtliche Sicherungsinstrumente werden in den Posten »Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten« bzw. »Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten« ausgewiesen. Die bei Gruppen Fair Value Hedges auf die Währungsbasis-Spreads der Cross Currency Swaps entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts

beziehen sich auf zeitraumbezogene gesicherte Grundgeschäfte und werden im »Sonstigen Ergebnis« erfasst. Die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der designierten Sicherungsinstrumente werden erfolgswirksam im »Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen« ausgewiesen.

Die Anwendung der besonderen Vorgaben zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen ist an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Am Anfang einer bilanziellen Sicherungsbeziehung steht die formale Designation und Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie der mit der Absicherung verfolgten Risikomanagementziele und -strategien. Zudem ist zu Beginn und in der Folgezeit regelmäßig nachzuweisen, dass die Sicherungsbeziehung wirksam bzw. effektiv ist. Die Vorgaben unterscheiden sich für die verschiedenen Arten von Sicherungsbeziehungen:

- **Micro- und Gruppen Fair Value Hedge:** Die Wirksamkeit ist prospektiv nachzuweisen. In der LBBW erfolgt dieser Nachweis monatlich. Bei den Micro Fair Value Hedges wird die prospektive Wirksamkeit mittels Regressionsanalysen nachgewiesen und bei den Gruppen Fair Value Hedges mittels Critical Term Matches. Diese Nachweise treffen eine Aussage, ob das Sicherungsinstrument und das gesicherte Grundgeschäft in Bezug auf das abgesicherte Risiko künftig voraussichtlich gegenläufige Wertentwicklungen aufweisen werden, und zwar unter Berücksichtigung des Kreditrisikos von Grund- und Sicherungsgeschäft. Außerdem muss die Sicherungsquote der bilanziellen Sicherungsbeziehung der Sicherungsquote entsprechen, die sich aus dem Volumen der tatsächlich gesicherten Grundgeschäfte und dem Volumen der tatsächlich zur Absicherung eingesetzten Sicherungsinstrumente entspricht.
- **Portfolio Fair Value Hedge:** Die Effektivität ist prospektiv und retrospektiv nachzuweisen. Die prospektive Effektivität wird mittels Regressionsanalysen nachgewiesen und die retrospektive Effektivität über die Dollar-Offset-Methode. Eine Effektivität liegt grundsätzlich nur dann vor, wenn die gegenläufigen Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der gesicherten Grundgeschäfte in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80 % und 125 % liegt.

Das »Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen« beinhaltet die oben beschriebenen Ergebniswirkungen aus gesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten von wirksamen bzw. effektiven Sicherungsbeziehungen. Es repräsentiert somit das Ausmaß der auf Ineffektivitäten zurückzuführenden Ergebnisbeiträge. Verantwortlich für Ineffektivitäten können bei Sicherungsbeziehungen zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gegen Zinsänderungsrisiken z.B. Unterschiede bei den bewertungsrelevanten Parametern von gesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten (z.B. Nominalabweichungen, Laufzeitinkongruenzen, unterschiedliche Zinszahlungstermine etc.) oder die Abzinsung der Zahlungsströme aus gesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten mit unterschiedlichen Diskontierungskurven sein. Bei Sicherungsbeziehungen zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gegen Fremdwährungsrisiken können Ineffektivitäten z.B. darauf zurückzuführen sein, dass aus der Bewertung des Sicherungsinstruments Ergebnisbeiträge resultierten, die bei der kassakursbedingten Bewertung der gesicherten Grundgeschäfte nicht auftreten. Die Micro- und Gruppen Fair Value Hedges der LBBW beinhalten keine Basisrisiken. Eine Anpassung der Sicherungsquote im Zeitablauf ist daher bei der LBBW nicht notwendig.

Eine bilanzielle Sicherungsbeziehung endet mit Abgang des Grund- oder Sicherungsgeschäfts. Sie endet auch, wenn die Voraussetzungen für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nicht mehr erfüllt werden. Darüber hinaus endet beim Portfolio Fair Value Hedge die Sicherungsbeziehung bei der LBBW jeweils zum Monatsultimo. Dieses Vorgehen ist der dynamischen Entwicklung des Bankbuchs geschuldet. Bestehende Geschäfte laufen aus oder werden vorzeitig getilgt und neue Geschäfte kommen hinzu. Diese Bestandsveränderungen ziehen wiederum die Beendigung oder den Neuabschluss von weiteren Sicherungsinstrumenten nach sich. Aus diesem Grund werden die bilanziellen Sicherungsbeziehungen der Portfolio Fair Value Hedges am Monatsultimo de-designiert und neu designiert. Die Einstellung der Zahlungsströme in die zugehörigen Laufzeitbänder erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Fälligkeit.

Bis zum 31. Oktober 2020 wurden die Micro Fair Value Hedges nach IAS 39 bilanziert. Die obigen Erläuterungen treffen weitestgehend auch auf die Bilanzierung der Micro Fair Value Hedges vor Übergang auf IFRS 9 zu. Die Effektivitätsmessung erfolgte bis zu diesem Zeitpunkt allerdings wie bei den Portfolio Fair Value Hedges beschrieben. Gruppen Fair Value Hedges wurden erstmalig nach dem Übergang auf IFRS 9 designed.

Im Zuge der IBOR-Reform hat das IASB für einen Übergangszeitraum diverse Ausnahmenvorschriften erlassen, die eine vorzeitige, durch die IBOR-Reform bedingte Auflösung von bilanziellen Sicherungsbeziehungen verhindern (vgl. Note 25).

24. Finanzgarantien

Ist der LBBW-Konzern Sicherungsnehmer, werden Finanzgarantien als sog. integraler Vertragsbestandteil des besicherten finanziellen Vermögenswerts bei der Ermittlung dessen Risikovorsorge nach IFRS 9 berücksichtigt, sofern ökonomisch eine Sicherungswirkung gegeben ist. Zugehörige Provisionszahlungen werden periodengerecht als Provisionsaufwand analog IFRS 15 erfasst.

Ist der LBBW-Konzern Sicherungsgeber, erfolgt der Erstantritt von Finanzgarantien zu einem Fair Value von null (sog. Nettomethode bei Barwertgleichheit von marktüblichen erwarteten Provisionseinzahlungen und erwarteten Leistungen). Im Rahmen der Folgebewertung werden begebene Finanzgarantien in das Impairmentmodell von IFRS 9 einbezogen und die zugehörigen Risikovorsorgebeträge unter »Rückstellungen im Kreditgeschäft« ausgewiesen.

25. IBOR-Reform

In der LBBW sind sowohl Kredit- als auch Kapitalmarktprodukte von der IBOR-Reform betroffen. Den vielfältigen Herausforderungen aus dieser Reform begegnet die LBBW in einem eigenständigen Projekt, in dem Vertreter aus den von der IBOR-Reform betroffenen Bereichen mitwirken.

Im Geschäftsjahr 2020 standen vor allem die Aktivitäten der Clearinghäuser im Fokus: Im Juli haben die Clearinghäuser die Verzinsung von Barsicherheiten von in Euro besicherten Zinsderivaten sowie die Bewertung dieser Derivate von EONIA auf €STR umgestellt. Durch den Austausch der Diskontierungskurven haben sich die beizulegenden Zeitwerte dieser Derivate geändert. Um diesen Übergang auf €STR wertneutral zu gestalten, wurden zudem Ausgleichszahlungen zwischen den Parteien geleistet. Gleiches hat sich im Oktober wiederholt, als die Clearinghäuser die Verzinsung von Barsicherheiten von in USD besicherten Zinsderivaten sowie die Bewertung dieser Derivate von EFFR auf SOFR umgestellt haben. In gleicher Manier wurden in den letzten Monaten des Geschäftsjahres die ersten bilateralen Verträge umgestellt. Bilanziell wurden die Effekte aus den Änderungen der beizulegenden Zeitwerte und die Ausgleichszahlungen periodengleich erfasst.

Einen weiteren Schwerpunkt der Projektaktivitäten bildeten die Vorbereitungen für den Übergang auf die alternativen Referenzzinssätze bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten. Während die aktuellen IBOR-Fixings es ermöglichen, am Anfang der Periode die nächste Zinszahlung zu bestimmen, wird der Referenzzins basierend auf den neuen RFRs erst am Ende der Zinsperiode bestimmt.

Aus bilanzieller Sicht stehen zum 31. Dezember 2020 weiterhin die beiden Fragen im Fokus, wie durch die IBOR-Reform notwendige Vertragsanpassungen bilanziell abzubilden sind und ob bestehende bilanzielle Sicherungsbeziehungen aufgrund der IBOR-Reform vorzeitig zu beenden sind.

Als Modifikation betrachtet die LBBW alle Fälle, in denen die IBOR-Reform eine vertragliche Anpassung der Zinskondition eines Finanzinstruments nach sich zieht. Hierunter fallen insbesondere der Wechsel des Referenzzinssatzes und die Aufnahme von Fallback-Klauseln. Beide Vertragsanpassungen stellen, unter sonst gleichen Bedingungen, nicht substantielle Modifikationen dar.

In der LBBW werden festverzinsliche finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in unterschiedlichen Währungen gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert. Zum Einsatz kommen überwiegend Zins-

swaps. Aus der IBOR-Reform werden auf diese Sicherungsbeziehungen voraussichtlich bis Ende 2021 mehrere Einflüsse einwirken: So werden sich bei vielen der Zinsswaps bis Ende 2021 die Zinskonditionen für die variable Seite ändern. Wann genau und in welcher Höhe ist noch ungewiss. Die vorzeitige Beendigung von Sicherungsbeziehungen kann in diesen Fällen die Folge sein. Aus diesem Grund hat das IASB mit dem IFRS »Interest Rate Benchmark Reform« neue Vorgaben aufgenommen, die es der LBBW ermöglichen, ihre Sicherungsbeziehungen für den Zeitraum dieser Unsicherheit aufrechtzuerhalten, selbst wenn durch Einflüsse aus der IBOR-Reform keine ausreichende Wirksamkeit bzw. Effektivität gegeben sein sollte. Des Weiteren beinhalten diese Ausnahmenvorschriften diverse operative Erleichterungen bei der Effektivitätsmessung und Designation von Sicherungsbeziehungen. Die Ausnahmenvorschriften dürfen nur solange genutzt werden, bis die Unsicherheit aus der IBOR-Reform auf die Sicherungsbeziehung endet. Der Zeitraum der Unsicherheit ist hierbei allerdings weit auszulegen und endet erst dann, wenn die finalen Nachfolger für die wegfallenden Referenzzinsen feststehen und in die Verträge von Finanzprodukten Eingang gefunden haben.

Die Sicherungsinstrumente der LBBW referenzieren auf EURIBOR, USD LIBOR, CHF LIBOR und GBP LIBOR. Für die Referenzzinssätze der EURIBOR-Familie liegen die Anwendungsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme der gewährten Erleichterungen nach Auffassung der LBBW zum 31. Dezember 2020 nicht mehr vor, da das European Money Market Institute als zuständiger Administrator für diese Referenzzinssätze am 28. November 2019 den erfolgreichen Abschluss seiner Reformbestrebungen verkündet hat.

Das Nominalvolumen der Sicherungsinstrumente, die noch unter die oben beschriebenen Ausnahmenvorschriften fallen, beläuft sich zum 31. Dezember 2020 auf 20.051 Mio. EUR (Vorjahr: 16.803 Mio. EUR). Die gesicherten Risikokomponenten waren zum 31. Dezember 2020 noch separat identifizierbar.

26. Zuwendungen der öffentlichen Hand

Die LBBW bilanziert die von der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgegebenen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO), die u. a. bei Erfüllung bestimmter Bedingungen mit einem Zinsbonus versehen sind, nach den Grundsätzen des IAS 20. Die EZB übernimmt als Institution der Europäischen Union hoheitliche Aufgaben (z.B. Festlegung und Durchführung der Geldpolitik, Überwachung des Bankensystems) und ist daher als »öffentliche Hand« gem. IAS 20.3 einzustufen. Da ein Zinsbonus bei gewöhnlichen Offenmarktgeschäften der EZB (insbesondere Haupt- oder längerfristige Refinanzierungsgeschäfte) nicht üblich ist, handelt es sich um Kredite, die mit einem unter dem Marktzins liegenden Zinssatz verzinst werden. Der durch die Zuwendungen gewährte Vorteil ist erst in der Periode zu erfassen (ggf. kumulativ für die Vergangenheit), in der eine angemessene Sicherheit darüber besteht, dass das Unternehmen die damit verbundenen Bedingungen erfüllen wird und dass die Zuwendungen gewährt werden. Der Vorteil wird planmäßig erfolgswirksam denjenigen Perioden zugeordnet, in denen die durch die Zuwendung zu kompensierenden Kosten als Aufwand angesetzt werden. Dies sind die regulären Refinanzierungskosten durch die (ausgeweitete) Kreditvergabe der LBBW, die pro rata während der Tenderlaufzeit anfallen. Die LBBW wählt dabei die Nettodarstellung, bei der die Zuwendungen den ausgewiesenen Zinsaufwand reduzieren.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Aus der Teilnahme an der dritten Serie der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO III) mit der EZB wurden in der Berichtsperiode Finanzierungsmittel im Nominalvolumen i. H. v. 20,0 Mrd. EUR aufgenommen. Gleichzeitig wurde ein Nominalvolumen i. H. v. 4,0 Mrd. EUR der TLTRO II zurückgeführt. Zum Ende der Berichtsperiode betrugen die Buchverbindlichkeiten aus TLTRO noch 19,95 Mrd. EUR (Vorjahr: 3,95 Mrd. EUR). Zins-Bonifikationen aus TLTRO III, die abhängig von einer Zunahme der Nettokreditvergabe sind, wurden im Geschäftsjahr 2020 nicht vereinnahmt. Risiken bei der Erreichung der aktuellen Nettokreditvergabebedingungen sieht die LBBW analog aller Marktteilnehmer insbesondere in einer zunehmend zurückhaltenden Kreditnachfrage ihrer Kunden in 2021 vor dem Hintergrund der konjunkturellen Unsicherheit aus der Corona-Pandemie.

Finanzielle Vermögenswerte

27. Barreserve

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Guthaben bei Zentralnotenbanken	13.437	18.180
Kassenbestand	213	151
Insgesamt brutto	13.650	18.331
Risikovorsorge	- 0	- 0
Insgesamt netto	13.650	18.331

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken waren Guthaben bei der Deutschen Bundesbank i.H.v. 7.141 Mio. EUR (Vorjahr: 16.166 Mio. EUR) enthalten.

28. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte

Forderungen an Kreditinstitute

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Kommunalkredite	47.685	31.655
Kontokorrentforderungen	1.279	1.703
Wertpapierpensionsgeschäfte	10.191	11.392
Andere Kredite	1.658	2.687
Schuldscheindarlehen	70	70
Tages- und Termingelder	6.418	6.881
Hypothekendarlehen	699	597
Sonstige Forderungen	484	834
Insgesamt brutto	68.485	55.819
Risikovorsorge	- 20	- 19
Insgesamt netto	68.465	55.801

Von den »Forderungen an Kreditinstitute« (brutto) besaßen zum Stichtag 26 Mrd. EUR (Vorjahr: 22 Mrd. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Der Bilanzposten umfasst zudem Weiterleitungsdarlehen i.H.v. 24,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 21,9 Mrd. EUR).

Forderungen an Kunden

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Andere Kredite	21.863	28.446
Hypothekendarlehen	39.299	31.782
Kommunalkredite	15.328	11.492
Forderungen aus Finance Lease	5.433	5.828
Weiterleitungsdarlehen	2.972	3.760
Wertpapierpensionsgeschäfte	5.371	8.423
Kontokorrentforderungen	2.245	2.861
Tages- und Termingelder	5.510	6.357
Schuldscheindarlehen	7.311	7.312
Sonstige Forderungen	3.860	4.935
Insgesamt brutto	109.193	111.197
Risikovorsorge	- 1.077	- 877
Insgesamt netto	108.116	110.320

Zum Stichtag besaßen »Forderungen an Kunden« (brutto) i.H.v. 74.851 Mio. EUR (Vorjahr: 73.525 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Neben den aus der Tabelle ersichtlichen Weiterleitungsdarlehen sind auch in anderen Unterposten Weiterleitungsdarlehen enthalten. Insgesamt umfasst der Bilanzposten 7,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 6,9 Mrd. EUR) an Weiterleitungsdarlehen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Geldmarktpapiere	0	160
Staatsanleihen und Staatsschuldverschreibungen	344	394
Sonstige Anleihen und Schuldverschreibungen	584	536
Insgesamt brutto	929	1.090
Risikovorsorge	- 8	- 8
Insgesamt netto	921	1.082

Zum Stichtag besaßen »Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere« i.H.v. 918 Mio. EUR (Vorjahr: 857 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Entwicklung der Risikovorsorge und Bruttobuchwerte

Entwicklung aktivisch abgesetzte Risikovorsorge:

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangszeit- punkt	Insgesamt
Stand 1. Januar 2020	59	294	549	1	904
Bestandsveränderungen	- 23	214	4	- 1	194
Transfer nach Stufe 1	14	- 13	- 1	0	- 0
Transfer nach Stufe 2	- 13	18	- 5	0	- 0
Transfer nach Stufe 3	- 2	- 8	10	0	0
Zuführung	10	283	161	0	454
Auflösung	- 31	- 66	- 99	- 1	- 198
Verbrauch	0	0	- 62	0	- 62
Zugänge	15	24	29	0	68
Abgänge	- 7	- 11	- 52	- 0	- 71
Sonstige Veränderungen	- 0	- 2	11	0	10
Stand 31. Dezember 2020	44	520	541	- 0	1.104

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangszeit- punkt	Insgesamt
Stand 1. Januar 2019	59	287	499	21	865
Bestandsveränderungen	- 13	11	29	- 18	9
Transfer nach Stufe 1	20	- 19	- 1	0	- 0
Transfer nach Stufe 2	- 7	15	- 8	0	0
Transfer nach Stufe 3	- 4	- 9	12	0	0
Zuführung	11	75	202	2	290
Auflösung	- 33	- 52	- 89	- 1	- 175
Verbrauch	0	0	- 86	- 19	- 106
Zugänge	24	7	50	0	81
Abgänge	- 10	- 11	- 45	- 2	- 68
Sonstige Veränderungen	0	0	16	1	17
Stand 31. Dezember 2019	59	294	549	1	904

Die Bestimmung der Risikovorsorge in der Corona-Krise, die einen sehr scharfen Abschwung ausgelöst hat und strukturell anders als bisherige Krisen verläuft, stellt eine große Herausforderung dar. Die statistischen Risikovorsorge-Modelle, die auf der Grundlage von langjährigen Datenhistorien geschätzt wurden, sind in der aktuellen Situation nicht uneingeschränkt verlässlich. Daher hat die LBBW die Risikovorsorge zum Jahresende 2020 mithilfe eines Mehrszenario-Ansatzes auf Basis von quantitativen Modellen in Verbindung mit einem expertenbasierten Overlay bestimmt. Darüber hinaus wurde der IFRS 9 Stufentransfer konjunkturell adjustiert, um einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos von Geschäften möglichst frühzeitig zu erkennen und einen Transfer nach Stufe 2 zeitnah auszulösen: Dazu wurden insbesondere vulnerable Portfolios im Rahmen eines kollektiven Stufentransfers anteilig nach Stufe 2 verschoben. Der prozentuale Transferanteil wurde dabei unter anderem in Abhängigkeit von der Region und der Zyklizität der Branchen bestimmt. Die Risikovorsorge zur Quantifizierung der Auswirkungen des Strukturwandels hin zur Elektromobilität wurde gegenüber dem Jahresende 2019 geringfügig reduziert. Der Rückgang ist

im Wesentlichen auf ein Abschnmelzen des Portfoliovolumens zurückzuführen. Darüber hinaus werden erhöhte Risiken für einen erfolgreichen Workout auf Portfolioebene bei einzelwertberechtigten Engagements berücksichtigt. Insgesamt wurde die Risikovorsorge infolge der Model Adjustments mit 276 Mio. EUR belastet.

Entwicklung der Bruttobuchwerte:

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Stand 1. Januar 2020	153.122	13.888	1.064	31	168.106
Bestandsveränderungen	- 34.865	23.231	86	- 5	- 11.554
Transfer nach Stufe 1	1.995	- 1.963	- 33	0	0
Transfer nach Stufe 2	- 26.975	26.993	- 19	0	- 0
Transfer nach Stufe 3	- 181	- 161	342	0	0
Tilgungen	- 9.705	- 1.638	- 205	- 5	- 11.553
Zugänge	105.048	392	94	0	105.534
Abgänge	- 86.389	- 4.682	- 655	- 15	- 91.740
Erfolgswirksame Abschreibungen (Direktabschreibung)	0	0	- 170	- 0	- 170
Erfolgsneutrale Abschreibung (Verbrauch Risikovor- sorge)	0	0	- 53	0	- 53
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0
Sonstige Veränderungen	1.769	6.011	687	17	8.484
Stand 31. Dezember 2020	138.686	38.840	1.053	28	178.607

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Stand 1. Januar 2019	142.436	14.537	957	61	157.991
Bestandsveränderungen	- 12.182	933	411	- 2	- 10.841
Transfer nach Stufe 1	2.220	- 2.204	- 16	0	- 0
Transfer nach Stufe 2	- 4.213	4.256	- 43	0	0
Transfer nach Stufe 3	- 534	- 177	712	0	- 0
Tilgungen	- 9.654	- 942	- 242	- 2	- 10.841
Zugänge	106.167	445	1	1	106.614
Abgänge	- 90.726	- 2.545	- 239	- 9	- 93.519
Erfolgswirksame Abschreibungen (Direktabschreibung)	0	0	- 11	0	- 11
Erfolgsneutrale Abschreibung (Verbrauch Risikovor- sorge)	0	0	- 81	- 19	- 101
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 1	0	0	0	- 1
Sonstige Veränderungen	7.428	518	27	0	7.973
Stand 31. Dezember 2019	153.122	13.888	1.064	31	168.106

Modifikationen

Finanzielle Vermögenswerte der Stufe 2 und Stufe 3 mit Vertragsanpassungen während der Berichtsperiode, bei denen es nicht zu einem bilanziellen Abgang kam, stellen sich wie folgt dar:

31.12.2020 Mio. EUR	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3		Insgesamt
		Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Vertragsmodifikation im laufenden Geschäftsjahr	1.555	159	9	1.723

31.12.2019 Mio. EUR	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3		Insgesamt
		Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Vertragsmodifikation im laufenden Geschäftsjahr	301	142	3	446

29. Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	31.039	26.642
Geldmarktpapiere	826	1.488
Anleihen und Schuldverschreibungen	30.213	25.154
<i>Forderungen</i>	3.712	3.116
<i>Eigenkapitalinstrumente</i>	59	487
Beteiligungen	56	485
Anteile an verbundenen Unternehmen	3	2
Insgesamt	34.810	30.245

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Der Posten »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« enthält insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Weiterverpfändung i. H. v. 653 Mio. EUR (Vorjahr: 483 Mio. EUR).

Zum Stichtag besaßen »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« i. H. v. 29.543 Mio. EUR (Vorjahr: 25.291 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Entwicklung der Risikovorsorge

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Stand 1. Januar 2020	3	0	0	0	3
Bestandsveränderungen	0	- 0	0	0	0
Zuführung	2	0	0	0	2
Auflösung	- 2	- 0	0	0	- 2
Zugänge	1	0	0	0	1
Abgänge	- 0	0	0	0	- 0
Sonstige Veränderungen	- 0	0	0	0	- 0
Stand 31. Dezember 2020	3	0	0	0	3

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Stand 1. Januar 2019	2	0	0	0	2
Bestandsveränderungen	- 0	- 0	0	0	- 0
Zuführung	0	0	0	0	0
Auflösung	- 1	- 0	0	0	- 1
Zugänge	1	0	0	0	1
Abgänge	- 0	0	0	0	- 0
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0
Stand 31. Dezember 2019	3	0	0	0	3

Entwicklung der Bruttobuchwerte

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Stand 31. Dezember 2019	29.748	10	0	0	29.758
Korrektur Vorjahreswerte	0	0	0	0	0
Stand 1. Januar 2020	29.748	10	0	0	29.758
Bestandsveränderungen	- 70	0	0	0	- 70
Transfer nach Stufe 1	0	0	0	0	0
Transfer nach Stufe 2	0	0	0	0	0
Transfer nach Stufe 3	0	0	0	0	0
Tilgungen	- 70	0	0	0	- 70
Zugänge	13.975	0	0	0	13.975
Abgänge	- 9.080	- 10	0	0	- 9.090
Sonstige Veränderungen	178	- 0	0	0	178
Stand 31. Dezember 2020	34.751	0	0	0	34.751

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Stand 31. Dezember 2018	22.302	10	0	0	22.312
Korrektur Vorjahreswerte	922	0	0	0	922
Stand 1. Januar 2019	23.224	10	0	0	23.234
Bestandsveränderungen	- 117	- 0	0	0	- 117
Transfer nach Stufe 1	10	- 10	0	0	0
Transfer nach Stufe 2	- 10	10	0	0	0
Transfer nach Stufe 3	0	0	0	0	0
Tilgungen	- 117	0	0	0	- 117
Zugänge	21.025	0	0	0	21.025
Abgänge	- 14.954	0	0	0	- 14.954
Sonstige Veränderungen	570	0	0	0	570
Stand 31. Dezember 2019	29.748	10	0	0	29.758

30. Adressenausfallrisiko

Die quantitativen Angaben zum Kreditrisiko erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Abweichend vom bilanziellen Konsolidierungskreis nach IFRS werden im Managementansatz lediglich die SüdLeasing Gruppe sowie die LBBW México Sofom konsolidiert abgebildet. Die in den folgenden Darstellungen maßgebliche Größe ist analog der internen Risikosteuerung das Brutto- bzw. Netto-Exposure.

Sicherheiten

Innerhalb der LBBW gelten hohe Standards in Bezug auf Sicherheiten. Leitsätze und Vorgaben der Sicherheitenstrategie stellen sicher, dass die Besicherung eine hohe Qualität aufweist. Beim Wertansatz der Sicherheiten greifen neben der individuellen Sicherheitenbewertung sog. Haircuts aus der LGD-Modellierung (Verwertungsquoten).

Die folgende Tabelle zeigt das maximale Adressenausfallrisiko sowie die Wirkung risikoreduzierender Maßnahmen:

31.12.2020 Mio. EUR	Brutto- Exposure	Netting/ Collateral	Kredit- derivate (Protection Buy)	Kredit- sicherheiten	Netto- Exposure
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	101.154	75.177	5.378	960	19.639
Handelsaktiva	90.976	66.099	5.378	960	18.539
Derivate	67.894	54.506	4.192	676	8.521
Eigenkapitalinstrumente	714	667	0	0	47
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.811	1.527	199	0	3.085
Forderungen	17.558	9.399	988	284	6.887
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente	1.232	191	0	0	1.041
Eigenkapitalinstrumente	583	191	0	0	392
Forderungen	650	0	0	0	649
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	8.946	8.888	0	0	58
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	939	0	0	0	938
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	58	0	0	0	58
Forderungen	881	0	0	0	880
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	34.107	0	0	0	34.107
Eigenkapitalinstrumente	1.476	0	0	0	1.476
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	29.688	0	0	0	29.688
Forderungen	2.943	0	0	0	2.943
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Barreserve	7.406	0	0	0	7.406
Forderungen an Kreditinstitute	70.033	34.378	0	537	35.117
Forderungen an Kunden	111.227	13.521	0	36.849	60.857
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	850	0	0	0	850
Insgesamt	325.715	123.076	5.378	38.347	158.914
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	63.737	0	0	3.895	59.842
Gesamt Exposure	389.452	123.076	5.378	42.242	218.756

31.12.2019 Mio. EUR	Brutto- Exposure	Netting/ Collateral	Kredit- derivate (Protection Buy)	Kredit- sicherheiten	Netto- Exposure
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	83.759	59.324	6.620	530	17.286
Handelsaktiva	76.164	52.988	6.620	521	16.035
Derivate	60.627	47.369	5.316	494	7.448
Eigenkapitalinstrumente	916	912	0	0	4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.494	1.163	219	0	5.112
Forderungen	8.128	3.544	1.085	27	3.471
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente	1.364	210	0	1	1.153
Eigenkapitalinstrumente	649	210	0	0	440
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10	0	0	0	10
Forderungen	704	0	0	1	703
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	6.231	6.126	0	8	97
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	959	0	0	4	955
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	60	0	0	0	60
Forderungen	899	0	0	4	895
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	28.627	0	0	0	28.627
Eigenkapitalinstrumente	1.920	0	0	0	1.920
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.185	0	0	0	24.185
Forderungen	2.522	0	0	0	2.522
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Barreserve	3.121	0	0	0	3.121
Forderungen an Kreditinstitute	66.831	25.872	0	531	40.428
Forderungen an Kunden	110.368	13.715	0	37.563	59.090
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.015	0	0	0	1.015
Insgesamt	294.680	98.911	6.620	38.628	150.522
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	58.651	0	0	3.148	55.503
Gesamt Exposure	353.332	98.911	6.620	41.776	206.025

Die Sicherungswirkung aus Netting- und Collateral-Vereinbarungen, Kreditderivaten (Protection Buy) und Kreditsicherheiten (sog. Risk Mitigation) in Bezug auf das maximale Adressenausfallrisiko i. H. v. 389 Mrd. EUR beträgt zum 31. Dezember 2020 insgesamt 171 Mrd. EUR bzw. 43,8 % (Vorjahr: 41,7 %). Der steigende Anteil der Risk Mitigation kommt vor allem durch höhere Anrechnungsbeträge bei Repo-/Leihe-Geschäften und der Collateral-Entwicklung bei Zinsderivaten zustande. Die Kreditsicherheiten haben sich stabil entwickelt. Segmentspezifisch bestehen Unterschiede, beispielsweise sind die Kreditsicherheiten bei Immobilienfinanzierungen höher als bei Unternehmenskunden.

In Ausnahmefällen (< 1 % des Portfolios) decken die Sicherheiten das Brutto-Exposure vollständig ab, was dazu führt, dass keine Wertberichtigungen gebildet werden.

Bonitätsbeeinträchtigte Vermögenswerte

Bonitätsbeeinträchtigte Vermögenswerte gemäß IFRS 9 sind Finanzinstrumente im Ausfall (Ratingklassen 16 – 18). Zum 31. Dezember 2020 entfiel hierauf ein Brutto-Exposure i.H.v. 1,2 Mrd. EUR.

Die nachstehende Tabelle zeigt das maximale Adressenausfallrisiko sowie die Wirkung risikoreduzierender Maßnahmen bonitätsbeeinträchtigter Vermögenswerte:

31.12.2020 Mio. EUR	Brutto- Exposure	Netting/ Collateral	Kredit- derivate (Protection Buy)	Kredit- sicherheiten	Netto- Exposure
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	18	0	0	0	18
Forderungen an Kunden	935	0	0	243	692
Insgesamt	953	0	0	243	710
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	268	0	0	15	253
Gesamt Exposure	1.222	0	0	258	963

31.12.2019 Mio. EUR	Brutto- Exposure	Netting/ Collateral	Kredit- derivate (Protection Buy)	Kredit- sicherheiten	Netto- Exposure
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	19	0	0	1	18
Forderungen an Kunden	968	0	0	268	700
Insgesamt	987	0	0	270	718
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	238	0	0	25	213
Gesamt Exposure	1.226	0	0	295	931

Für finanzielle Vermögenswerte, die während der Berichtsperiode abgeschrieben wurden, hinsichtlich derer aber noch Verfahren zur Vollstreckung laufen, betrug der ausstehende Vertragswert 6 Mio. EUR (Vorjahr: 26 Mio. EUR).

Ausfallrisiko und Konzentrationen

Die folgenden Darstellungen orientieren sich an den Abbildungen im Risikobericht für das Adressenausfallrisiko. Im Unterschied zu diesen werden hier nur Finanzinstrumente dargestellt, die unter den Anwendungsbereich der Wertminderungsbestimmungen des IFRS 9 fallen.

Brutto-Exposure nach Ratingcluster (internen Ratingklassen)

31.12.2020 Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
1 (AAAA)	26.588	54	0	0	26.643
1 (AAA)-1 (A-)	132.516	9.997	0	4	142.518
2-5	36.095	37.614	0	14	73.722
6-8	5.639	12.713	0	0	18.352
9-10	686	4.486	0	0	5.172
11-15	865	3.240	0	5	4.111
16-18 (Ausfall) ¹	0	0	1.209	12	1.222
Sonstige ²	2.747	525	0	0	3.271
Insgesamt	205.136	68.630	1.209	35	275.011

¹ Im »Ausfall« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß CRR Art. 178, wie z.B. Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder 90 Tage Zahlungsverzug, eingetreten ist. Das Brutto-Exposure wird vor Berücksichtigung der Risikovorsorge dargestellt.

² Non-Rated-Geschäfte, insbesondere Ratingverzicht.

31.12.2019 Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
1 (AAAA)	21.034	0	0	0	21.034
1 (AAA)-1 (A-)	139.545	709	0	2	140.256
2-5	59.356	7.992	0	17	67.365
6-8	13.473	5.139	0	0	18.612
9-10	1.722	2.092	0	0	3.814
11-15	1.125	2.426	0	5	3.557
16-18 (Ausfall) ¹	0	0	1.200	26	1.226
Sonstige ²	3.409	13	0	0	3.422
Insgesamt	239.664	18.371	1.200	49	259.285

¹ Im »Ausfall« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß CRR Art. 178, wie z.B. Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder 90 Tage Zahlungsverzug, eingetreten ist. Das Brutto-Exposure wird vor Berücksichtigung der Risikovorsorge dargestellt.

² Non-Rated-Geschäfte, insbesondere Ratingverzicht.

Brutto-Exposure nach Branchen

31.12.2020 Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Financials	119.667	1.217	22	0	120.906
davon Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung ¹	0	0	0	0	0
Unternehmen	37.377	55.082	1.116	15	93.590
Automobil	1.226	9.860	441	6	11.533
Bauwirtschaft	2.808	5.677	83	3	8.570
Chemie und Rohstoffe	1.275	5.479	62	0	6.816
davon Chemie	830	2.601	0	0	3.431
davon Rohstoffe	445	2.878	61	0	3.384
Handel und Konsumgüter	10.127	6.552	232	0	16.911
davon Verbrauchsgüter	9.341	2.441	74	0	11.856
davon Gebrauchsgüter	786	4.112	158	0	5.056
Industrie	2.820	8.054	149	0	11.024
Pharma- und Gesundheitswesen ¹	3.267	2.157	7	3	5.433
TM und Elektronik/IT ¹	3.376	4.067	33	0	7.475
Transport und Logistik	1.411	6.401	16	0	7.828
Versorger und Energie ¹	5.165	4.231	71	3	9.470
davon Versorger und Entsorger	2.396	3.040	34	3	5.473
davon Erneuerbare Energien	2.769	1.192	37	0	3.997
Sonstige	5.902	2.603	24	0	8.529
Immobilien	21.363	10.863	31	10	32.267
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	13.951	8.979	23	8	22.961
Wohnungswirtschaft	7.412	1.884	8	2	9.306
Öffentliche Haushalte	16.664	85	0	0	16.748
Privatpersonen	10.065	1.384	41	10	11.500
Insgesamt	205.136	68.630	1.209	35	275.011

1 Fokusbranchen.

31.12.2019 Mio. EUR	Stufe 3				Insgesamt
	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	
Financials	110.372	1.007	32	1	111.411
davon Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung ²	7.947	0	0	0	7.947
Unternehmen	79.429	10.561	1.072	27	91.089
Automobil	9.018	3.007	404	0	12.429
Bauwirtschaft	7.463	699	90	3	8.255
Chemie und Rohstoffe	6.874	696	77	0	7.648
davon Chemie	3.485	207	1	0	3.693
davon Rohstoffe	3.390	489	77	0	3.955
Handel und Konsumgüter	13.987	1.851	242	0	16.079
davon Verbrauchsgüter	10.099	891	75	0	11.065
davon Gebrauchsgüter	3.888	960	167	0	5.014
Industrie	9.565	1.482	114	0	11.161
Pharma- und Gesundheitswesen ¹	4.774	383	9	3	5.169
TM und Elektronik/IT ¹	7.054	443	10	0	7.507
Transport und Logistik	6.437	389	27	0	6.853
Versorger und Energie ¹	7.630	992	48	3	8.674
davon Versorger und Entsorger	4.638	268	36	3	4.945
davon Erneuerbare Energien	2.993	724	12	0	3.729
Sonstige	6.626	618	50	18	7.313
Immobilien	25.885	5.056	44	10	30.995
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	18.660	4.725	34	8	23.428
Wohnungswirtschaft	7.225	330	10	2	7.567
Öffentliche Haushalte	13.934	97	0	0	14.031
Privatpersonen	10.044	1.651	52	11	11.758
Insgesamt	239.664	18.371	1.200	49	259.285

¹ Fokusbranchen.

Bei Financials und öffentlichen Haushalten (davon insbesondere inländische öffentliche Haushalte) handelt es sich in der Regel um sehr gute, stabile Bonitäten mit einem geringen Exposure-Anteil in Stufe 2. Im Unternehmens- und Immobilienportfolio liegen höhere Exposure-Anteile in Stufe 2 vor. Beispielsweise in der Branche Automobil liegt dies u. a. in den längerfristigen Unsicherheiten hinsichtlich des Branchenwandels und den Auswirkungen auf die Hersteller und Zulieferer begründet. Darüber hinaus haben die konjunkturellen Risiken durch die Corona-Pandemie dazu geführt, dass die Exposure-Anteile in Stufe 2 deutlich steigen (siehe auch Entwicklung der Risikovorsorge unter Note 28 »Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte«).

Brutto-Exposure nach Regionen

31.12.2020 Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Deutschland	116.099	46.220	1.002	30	163.351
Westeuropa (ohne Deutschland)	59.026	13.197	64	5	72.293
Nordamerika	20.195	4.428	17	0	24.639
Asien/Pazifik	5.881	2.225	18	0	8.124
Sonstige ¹	3.935	2.560	108	0	6.603
Insgesamt	205.136	68.630	1.209	35	275.011

¹ Sonstige Regionen und Geschäfte ohne Länderzuordnung (z.B. Geschäfte mit supranationalen Institutionen).

31.12.2019 Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Deutschland	145.591	11.570	1.044	25	158.230
Westeuropa (ohne Deutschland)	63.892	4.008	30	23	67.954
Nordamerika	18.358	1.335	19	0	19.713
Asien/Pazifik	7.057	211	1	0	7.269
Sonstige ¹	4.766	1.248	105	2	6.120
Insgesamt	239.664	18.371	1.200	49	259.285

¹ Sonstige Regionen und Geschäfte ohne Länderzuordnung (z.B. Geschäfte mit supranationalen Institutionen).

Forbearance

Zum 31. Dezember 2020 bestanden in der LBBW Vermögenswerte mit einem Nettobuchwert i.H.v. 987 Mio. EUR (Vorjahr: 412 Mio. EUR), bei welchen Forbearance-Maßnahmen eingeräumt wurden. Dabei wurden im Wesentlichen Zugeständnisse hinsichtlich der Bedingungen und Konditionen gewährt. Bei einem Teilbestand der Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen i.H.v. 294 Mio. EUR (Vorjahr: 227 Mio. EUR) handelte es sich um Vermögenswerte mit beeinträchtigter Bonität.

Für Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen hat die LBBW Finanzgarantien i.H.v. 316 Mio. EUR (Vorjahr: 52 Mio. EUR) erhalten.

Weitere Aussagen zur Werthaltigkeit des Portfolios sowie qualitative Angaben können dem Risikobericht entnommen werden.

31. Sicherheiten

Sicherungsgeber

Die LBBW stellt Sicherheiten insbesondere im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensionsgeschäften. Die Besicherung erfolgt i.d.R. zu handelsüblichen, in Standardverträgen festgelegten Bedingungen. Bei Wertpapierpensionsgeschäften hat der Sicherungsnehmer das Recht, die Sicherheit zwischenzeitlich zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Insgesamt wurden Vermögenswerte i.H.v. 48.599 Mio. EUR (Vorjahr: 43.192 Mio. EUR) als Sicherheiten für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten übertragen.

Sicherungsnehmer

Aufgrund von Wertpapierpensionsgeschäften erhält die LBBW Wertpapiere als Sicherheit mit dem Recht, diese zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sofern sie bei Beendigung des Geschäfts gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Der beizulegende Zeitwert der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht-finanziellen Vermögenswerte, welche die LBBW auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, belief sich auf 23.470 Mio. EUR (Vorjahr: 22.400 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten war die LBBW bei Sicherheiten mit einem beizulegenden Zeitwert von insgesamt 23.470 Mio. EUR (Vorjahr: 22.400 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet. Der beizulegende Zeitwert der zum Berichtsstichtag veräußerten oder weitergereichten Sicherheiten mit Rückgabeverpflichtung an den Eigentümer betrug 3.615 Mio. EUR (Vorjahr: 3.152 Mio. EUR).

32. Freiwillig erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete Eigenkapitalinstrumente

Für einige Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente nutzt die LBBW das Wahlrecht des IFRS 9.5.7.5 zur erfolgsneutralen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert (Fair-Value-OCI-Option). Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Beteiligungen an einer Immobiliengesellschaft, für welche keine Veräußerungsabsicht besteht.

Der Rückgang der Eigenkapitalinstrumente steht insbesondere im Zusammenhang mit dem Verkauf eines nicht strategischen Minderheitsanteils. Mit dem Verkauf bereinigt die LBBW ihren Beteiligungsbesitz, um sich noch stärker auf das Kundengeschäft zu fokussieren.

Im Laufe des ersten Halbjahres wurden nach der Veräußerung die kumulierten Gewinne von freiwillig erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumenten aus dem »Sonstigen Ergebnis« in die »Gewinnrücklagen« umgegliedert (siehe Gesamtergebnisrechnung).

Im Geschäftsjahr 2020 wurden 3 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR) Dividenden für freiwillig erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Eigenkapitalinstrumente erfasst. Diese beziehen sich analog dem Vorjahr vollständig auf Eigenkapitalinstrumente, die zum Stichtag weiter im Bestand waren.

33. Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	58	61
Anleihen und Schuldverschreibungen	58	61
<i>Forderungen</i>	1.074	1.109
<i>Insgesamt</i>	1.132	1.170

Zum Stichtag besaßen »Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte« i. H. v. 1.112 Mio. EUR (Vorjahr: 1.150 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

31.12.2020 Mio. EUR	Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts	Aus dem Credit Spread resultierende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im Berichtsjahr
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	- 1	- 1
Forderungen	- 0	- 2
<i>Insgesamt</i>	- 1	- 3

31.12.2019 Mio. EUR	Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts	Aus dem Credit Spread resultierende Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im Berichtsjahr
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	2
Sonstige	1	- 1
Insgesamt	2	1

Das maximale Ausfallrisiko ist in Note 30 dargestellt.

34. Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.673	1.374
Handelsaktiva	39.405	30.421
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente	1.107	1.218
Insgesamt	42.185	33.013

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Positive Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	1.293	986
Positive Marktwerte aus Micro Fair Value Hedge	379	389
Insgesamt	1.673	1.374

Die Entwicklung der »Positiven Marktwerten aus Portfolio Fair Value Hedge« ist auf die Zuordnung von Handelsbuchderivaten im Rahmen des Hedge Accounting zurückzuführen.

Zum Stichtag besaßen »Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten« i. H. v. 1.640 Mio. EUR (Vorjahr: 1.303 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Die »Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten« unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere FVOCR	0	0
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23	18
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	93	105
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	27	32
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	236	234
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	1.293	986
Insgesamt	1.673	1.374

Handelsaktiva

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
<i>Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</i>	<i>22.657</i>	<i>19.834</i>
<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	<i>4.919</i>	<i>4.752</i>
Geldmarktpapiere	275	399
Anleihen und Schuldverschreibungen	4.644	4.353
<i>Forderungen</i>	<i>11.115</i>	<i>4.925</i>
Schuldscheindarlehen	4.785	3.318
Sonstige Geldmarktgeschäfte	2.558	158
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften	2.842	800
Sonstige Forderungen	930	649
<i>Eigenkapitalinstrumente</i>	<i>714</i>	<i>910</i>
Aktien	310	302
Investmentanteile	400	607
Sonstige Wertpapiere	4	0
Insgesamt	39.405	30.421

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Der Posten enthält insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Weiterverpfändung i. H. v. 642 Mio. EUR (Vorjahr: 297 Mio. EUR).

Zum Stichtag besaßen »Handelsaktiva« i. H. v. 27.993 Mio. EUR (Vorjahr: 24.693 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	5	16
Schuldverschreibungen	0	10
Stille Beteiligungen	5	5
<i>Forderungen</i>	659	707
Forderungen an Kunden	659	707
<i>Eigenkapitalinstrumente</i>	443	495
Aktien	5	12
Investmentanteile	275	304
Beteiligungen	138	151
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	27
Insgesamt	1.107	1.218

Zum Stichtag besaßen enthaltene Vermögenswerte i. H. v. 662 Mio. EUR (Vorjahr: 703 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

35. Übertragung finanzieller Vermögenswerte

Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Bei den übertragenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Vermögenswerte, die die LBBW im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensions- oder Leihgeschäften übertragen bzw. verliehen hat. Die im Rahmen des Förderkreditgeschäfts übertragenen Forderungen können nicht zwischenzeitlich durch die LBBW weiterveräußert werden. Bei Wertpapierpensions- oder Leihgeschäften erlischt das Nutzungsrecht an den Wertpapieren mit der Übertragung. Die Gegenparteien der dazugehörigen Verbindlichkeiten greifen nicht exklusiv auf diese Vermögenswerte zurück.

31.12.2020 Mio. EUR	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.649	1.612
Handelsaktiva	1.649	1.612
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	241	241
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	4.449	3.861
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	24.574	24.610
Forderungen an Kunden	12.343	12.354

31.12.2019 Mio. EUR	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögens- werte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlich- keiten
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Verpflichtend zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	685	552
Handelsaktiva	685	552
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	96	96
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2.286	1.776
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	21.793	21.792
Forderungen an Kunden	9.300	9.345
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2	0

Finanzielle Verbindlichkeiten

36. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Wertpapierpensionsgeschäfte	542	1.932
Weiterleitungsdarlehen	32.142	28.698
Schuldscheindarlehen	2.837	3.152
Tages- und Termingelder	37.971	27.733
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	367	347
Kontokorrentverbindlichkeiten	2.243	1.690
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	123	133
Sonstige Verbindlichkeiten	2.541	2.947
Insgesamt	78.765	66.633

Aus der Teilnahme an gezielt längerfristigem Refinanzierungsgeschäft (TLTRO III) mit der EZB wurden Finanzierungsmittel im Nominalvolumen i. H. v. 20,0 Mrd. EUR aufgenommen. Zum Ende der Berichtsperiode betrugen die Buchverbindlichkeiten hieraus noch 19,95 Mrd. EUR.

Im Posten sind zum Stichtag Verbindlichkeiten i.H.v. 53.375 Mio. EUR (Vorjahr: 32.733 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Kontokorrentverbindlichkeiten	57.287	46.194
Tages- und Termingelder	24.909	29.530
Schuldscheindarlehen	2.230	2.163
Wertpapierpensionsgeschäfte	954	1.916
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	2.041	2.195
Spareinlagen	5.238	5.595
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	192	219
Sonstige Verbindlichkeiten	2.435	2.507
Insgesamt	95.288	90.319

Im Posten sind zum Stichtag Verbindlichkeiten i. H. v. 5.854 Mio. EUR (Vorjahr: 6.673 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten enthalten.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Begebene Schuldverschreibungen	28.898	28.536
Hypothekenspfandbriefe	8.444	9.436
Öffentliche Pfandbriefe	4.585	4.867
Sonstige Schuldverschreibungen	15.868	14.233
Andere Verbriefte Verbindlichkeiten	12.936	10.280
Insgesamt	41.834	38.815

Zum Stichtag enthält der Posten »Verbriefte Verbindlichkeiten« i. H. v. 23.776 Mio. EUR (Vorjahr: 23.389 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Nachrangkapital

Das ausgewiesene »Nachrangkapital« darf im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Das »Nachrangkapital« gliederte sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	950	1.085
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.672	4.927
Genussrechtskapital	117	111
Insgesamt	5.740	6.123

Im Kalenderjahr wurden keine neuen nachrangigen Verbindlichkeiten aufgenommen. Dem standen Rückzahlungen i. H. v. 334 Mio. EUR (Nominalbetrag) gegenüber.

Zum Stichtag besaß das »Nachrangkapital« i. H. v. 4.929 Mio. EUR (Vorjahr: 5.382 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option), aufgeteilt nach Produktarten:

Mio. EUR	31.12.2020			31.12.2019		
	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt
Nachrangige EUR-Inhaberschuldverschreibungen	2.814	40	2.854	2.858	41	2.899
Nachrangige EUR-Namenspapiere	854	9	863	1.089	11	1.100
Nachrangige Fremdwährungs-Inhaberschuldverschreibungen	1.370	34	1.404	1.448	35	1.483
Insgesamt	5.038	83	5.121	5.395	87	5.482

In der obigen Tabelle sind nachrangige Namenspapiere und Emissionen der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 599 Mio. EUR (Vorjahr: 687 Mio. EUR) enthalten. Im Kalenderjahr wurden keine nachrangigen Verbindlichkeiten, die der Kategorie »Fair-Value-Option« zugeordnet wurden, neu aufgenommen.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) betrug – 190 Mio. EUR (Vorjahr: – 191 Mio. EUR).

Genussrechtskapital

Das Genussrechtskapital erfüllt die Bedingungen des Art. 63 CRR für Ergänzungskapital. Gemäß Art. 64 CRR erfolgte eine taggenaue Amortisierung der Ergänzungskapitalinstrumente während der letzten fünf Jahre ihrer Laufzeit.

Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellten sich zum Stichtag wie folgt dar:

31.12.2020 Mio. EUR	Nominalbetrag	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Namensgenussrechte			
Unternehmen	201	4,77 bis 7,13	bis 31.12.2022
Kreditinstitute	10	4,82	31.12.2020
Öffentliches Unternehmen	5	7,18	31.12.2020
Gesamtsumme	216		

31.12.2019 Mio. EUR	Nominalbetrag	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Namensgenussrechte			
Unternehmen	206	4,77 bis 7,18	bis 31.12.2022
Kreditinstitute	10	4,82	31.12.2020
Öffentliches Unternehmen	0		
Gesamtsumme	216		

In der obigen Tabelle sind Namensgenussscheine der Kategorie »Fair-Value-Option« mit einem Nominalkapital i. H. v. 101 Mio. EUR (Vorjahr: 101 Mio. EUR) enthalten.

Das Zinsergebnis für das Genussrechtskapital (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) für das Geschäftsjahr betrug insgesamt – 19 Mio. EUR (Vorjahr: – 18 Mio. EUR).

Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter

Die Vermögenseinlagen der stillen Gesellschafter erfüllen die Bedingungen des Art. 52 CRR für zusätzliches Kernkapital (AT1) nicht. Aufgrund der Übergangsbestimmungen des Art. 484 CRR können sie jedoch weiterhin innerhalb der Grenzen des Art. 486 CRR angerechnet werden. Daher kann nur noch ein Teil der »Stillen Einlagen« als AT1 angerechnet werden, der andere Teil wird, sofern die Bedingungen für Ergänzungskapital erfüllt sind, entsprechend den dafür gültigen Vorschriften angerechnet.

Zum Geschäftsjahresende bestanden folgende »Stille Einlagen«:

Laufzeit ¹	Ausschüttung in % des Nominalbe- trags	Nominalbetrag	
		31.12.2020 Mio. EUR	31.12.2019 Mio. EUR
15.11.1999-31.12.2019	0,0	0,0	10,0
25.04.1999-31.12.2019	0,0	0,0	30,0
29.10.2001-31.12.2019 (gekündigt)	3,92	0,0	3,2
29.10.2001-31.12.2019 (gekündigt)	3,92	0,0	86,3
05.01.2000-31.12.2020	8,25	30,0	30,0
19.05.1999-31.12.2024	7,11	20,0	20,0
13.07.2001-31.12.2026 ²	1,86	15,0	15,0
01.10.1999-31.12.2029	8,03 - 8,20	49,0	49,0
10.03.2000-31.12.2030	8,05 - 8,25	10,0	10,0
02.07.2001-31.12.2031	8,46	20,0	20,0
<i>Stille Einlagen mit festem Laufzeitende</i>		144,0	273,5

Zinsbindungsende	Ausschüttung in % des Nominalbe- trags	Nominalbetrag	
		31.12.2020 Mio. EUR	31.12.2019 Mio. EUR
31.12.2021	3,93	8,9	8,9
31.12.2022	3,74	4,7	4,7
31.12.2023	3,81	222,7	222,7
27.06.2027	2,24	200,0	200,0
Kein Zinsbindungsende ³	4,56	300,0	300,0
<i>Stille Einlagen ohne festes Laufzeitende</i>		736,3	736,3
Gesamt		880,3	1.009,8

¹ Rückzahlung erfolgt nach Feststellung des jeweiligen HGB-Jahresabschlusses zu einem vertraglich festgelegten Termin. Sofern der Beginn der Laufzeit genannt wird, bezieht sich die Angabe auf die erste eingegangene Verbindlichkeit in einer Gruppe von Verträgen mit ähnlichen Konditionen.

² Jährliche Zinsanpassung.

³ Zinssatz ist fixiert. Lediglich bestimmte Änderungen in der Steuergesetzgebung haben Auswirkung auf den Zinssatz.

Der Zinsaufwand für »Stille Einlagen« betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt – 38 Mio. EUR (Vorjahr: – 45 Mio. EUR).

37. Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Schuldscheindarlehen	769	825
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.920	4.011
Nachrangige Einlagen	132	170
Nachrangige Schuldverschreibungen	655	726
Geldmarktgeschäfte	117	115
Sonstige	915	909
Insgesamt	6.509	6.757

Die ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten dürfen im Fall einer Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Zum Stichtag enthält der Posten Verbindlichkeiten i.H.v. 4.693 Mio. EUR (Vorjahr: 5.524 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

31.12.2020 Mio. EUR	Differenz zwischen Buchwert und vertragsgemäßem, bei Fälligkeit zu zahlendem Betrag	Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values
Schuldscheindarlehen	316	24
Verbriefte Verbindlichkeiten	93	- 14
Nachrangige Verbindlichkeiten	88	17
Sonstige	258	27
Insgesamt	755	54

31.12.2019 Mio. EUR	Differenz zwischen Buchwert und vertragsgemäßem, bei Fälligkeit zu zahlendem Betrag	Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values
Schuldscheindarlehen	301	16
Verbriefte Verbindlichkeiten	113	- 18
Nachrangige Verbindlichkeiten	108	- 17
Sonstige	239	23
Insgesamt	761	5

Die Methode zur Separierung des auf die Änderung des Ausfallrisikos entfallenden Anteils an der Änderung des beizulegenden Zeitwerts ist in Note 42 beschrieben.

38. Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2.867	2.537
Handelsspassiva	25.948	24.422
Insgesamt	28.815	26.959

Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Negative Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2.089	1.760
Negative Marktwerte aus Micro Fair Value Hedge	775	777
Negative Marktwerte aus Gruppen Fair Value Hedge	4	0
Insgesamt	2.867	2.537

Die Entwicklung der »Negativen Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge« ist auf die Zuordnung von Handelsbuchderivaten im Rahmen des Hedge Accounting zurückzuführen.

Zum Stichtag besaßen »Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten« i.H.v. 2.730 Mio. EUR (Vorjahr: 2.387 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Die »Negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten« verteilten sich auf die Grundgeschäfte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	23	22
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	190	196
Derivative Sicherungsinstrumente auf Schuldinstrumente FVOCR	480	473
Derivative Sicherungsinstrumente auf Schuldinstrumente AC	80	85
Derivative Sicherungsinstrumente auf Gruppen Fair Value Hedge	4	0
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	2	1
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2.089	1.760
Insgesamt	2.867	2.537

Handelspassiva

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
<i>Negative Marktwerte aus Derivaten</i>	<i>19.030</i>	<i>17.035</i>
Sonstige Handelspassiva	6.918	7.387
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	252	827
Verbriefte Verbindlichkeiten	6.194	6.368
Schuldscheindarlehen	236	192
Geldmarktgeschäfte	236	0
Insgesamt	25.948	24.422

Zum Stichtag besaßen »Handelspassiva« i. H. v. 18.985 Mio. EUR (Vorjahr: 18.365 Mio. EUR) eine Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

39. Fälligkeitsanalyse

Die folgende Tabelle gliedert die undiskontierten finanziellen Verbindlichkeiten aus derivativen und nicht derivativen Geschäften nach vertraglichen Restlaufzeiten. Da der Ausweis undiskontiert und inklusive Zinszahlungen erfolgt, unterscheiden sich die Werte zum Teil von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten.

Zum Stichtag stellten sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Fälligkeitsstrukturen gemäß IFRS 7.39 wie folgt dar:

31.12.2020	bis zu 1	>1 bis zu 3	>3 bis zu 12	> 1 Jahr bis zu	
Mio. EUR	Monat	Monaten	Monaten	5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	52.120	18.749	23.847	52.475	26.798
Verbindlichkeiten aus Derivaten	50	119	254	747	250
Insgesamt	52.170	18.868	24.101	53.222	27.048
Un-/widerrufliche Kreditzusagen und Avale ¹	59.206	508	2.517	1.656	1.834
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	64.825				

¹ Basis: Alle im IFRS-Abschluss vom Rechnungswesen berücksichtigten Avale sowie un-/widerruflichen Kreditzusagen. Die angegebenen Werte basieren auf der Annahme, dass alle Avale in Anspruch genommen und jegliche Kreditzusage gezogen wird.

31.12.2019	bis zu 1	> 1 bis zu 3	> 3 bis zu 12	> 1 Jahr bis zu	
Mio. EUR	Monat	Monaten	Monaten	5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	57.735	13.890	24.610	38.954	24.910
Verbindlichkeiten aus Derivaten	250	256	1.086	4.492	3.116
Insgesamt	57.985	14.146	25.696	43.446	28.026
Un-/widerrufliche Kreditzusagen und Avale ¹	56.401	146	1.122	306	665
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	53.757				

¹ Basis: für die LiqV relevanten Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

40. Emissionstätigkeit

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Verbriefte Verbindlichkeiten	41.834	38.815
Der Fair-Value-Option zugeordnete verbrieftete Verbindlichkeiten	3.920	4.011
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete verbrieftete Verbindlichkeiten	6.194	6.368
Insgesamt	51.949	49.195

In der Berichtsperiode wurden neue Emissionen, im Wesentlichen kurzlaufende Geldmarktpapiere, mit einem Nominalvolumen von 989.620 Mio. EUR (Vorjahr: 984.441 Mio. EUR) begeben. Der Erstabsatz kann dabei deutlich unter dem begebenen Nominalvolumen liegen. Im gleichen Zeitraum belief sich das Volumen der Rückkäufe auf nominal 4.337 Mio. EUR (Vorjahr: 4.380 Mio. EUR) und das Volumen der Rückzahlungen auf nominal 683.350 Mio. EUR (Vorjahr: 621.473 Mio. EUR).

41. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Die dargestellten Geschäfte werden i. d. R. auf Basis von Rahmenvereinbarungen geschlossen, die bedingte oder unbedingte Rechte zur Saldierung von Forderungen, Verbindlichkeiten sowie von erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten vorsehen. Die aufgeführten Sicherheiten sind überwiegend auf Grundlage von Rückkaufvereinbarungen und Pfandrechten gestellt worden, wobei die Aufrechnung der Sicherheiten nur in den vertraglich vorgesehenen Fällen (z. B. bei Insolvenz) möglich ist. Bei Rückkaufvereinbarungen ist der Empfänger am Ende der Laufzeit zur Rückgabe des übertragenen Finanzinstruments verpflichtet. Zuvor hat er allerdings regelmäßig das Recht, die Sicherheit an Dritte zu verkaufen oder weiterzuverpfänden.

Der in der Bilanz ausgewiesene Nettobetrag der einzelnen Finanzinstrumente wird nach den im Abschnitt »Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden« dargestellten Maßgaben ermittelt. Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert angegeben.

Aktiva

31.12.2020 Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögens- werten	Saldierungs- betrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögens- werten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			
				Effekt von Saldierungs- Rahmenver- einbarungen	Erhaltene Sicherheiten		Nettobetrag
					Finanz- instrumente	Barsicher- heiten	
Kontokorrent- forderungen	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensions- geschäften/-leihe- geschäften	25.657	- 6.688	18.970	- 691	- 18.212	- 8	59
Derivate	64.967	- 42.966	22.001	- 11.123	- 17	- 4.128	6.734
Insgesamt	90.624	- 49.653	40.971	- 11.814	- 18.229	- 4.136	6.793

31.12.2019 Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögens- werten	Saldierungs- betrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögens- werten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			
				Effekt von Saldierungs- Rahmenver- einbarungen	Erhaltene Sicherheiten		
					Finanz- instrumente	Barsicher- heiten	Nettobetrag
Kontokorrent- forderungen	0	- 0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensions- geschäften/-leihe- geschäften	25.303	- 4.109	21.193	- 675	- 20.488	- 26	5
Derivate	48.535	- 29.161	19.374	- 10.589	- 2	- 3.173	5.611
Insgesamt	73.837	- 33.270	40.567	- 11.263	- 20.489	- 3.199	5.616

Passiva

31.12.2020 Mio. EUR	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen						
	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Gestellte Sicherheiten		Nettobetrag
					Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
Kontokorrentverbindlichkeiten	163	0	163	0	0	0	163
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihengeschäften	8.184	- 6.688	1.496	- 691	- 805	0	- 0
Derivate	61.830	- 42.966	18.865	- 11.123	- 8	- 6.203	1.531
Insgesamt	70.177	- 49.653	20.524	- 11.814	- 813	- 6.203	1.694

31.12.2019 Mio. EUR	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen						
	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Gestellte Sicherheiten		Nettobetrag
					Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
Kontokorrentverbindlichkeiten	90	- 0	89	0	0	0	89
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihengeschäften	7.957	- 4.109	3.848	- 675	- 3.170	- 3	- 0
Derivate	46.247	- 29.161	17.086	- 10.589	- 0	- 5.491	1.006
Insgesamt	54.293	- 33.270	21.023	- 11.263	- 3.170	- 5.494	1.095

42. Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den beizulegenden Zeitwerten der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumenten gegenübergestellt:

Aktiva

Mio. EUR	31.12.2020		31.12.2019 ¹	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Barreserve	13.650	13.650	18.331	18.331
Forderungen an Kreditinstitute	68.465	68.860	55.801	56.865
Forderungen an Kunden	108.116	112.465	110.320	119.461
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	921	924	1.082	1.083

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Passiva

Mio. EUR	31.12.2020		31.12.2019 ¹	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	78.765	79.802	66.633	67.869
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	95.288	96.362	90.319	91.457
Verbriefte Verbindlichkeiten	41.834	42.730	38.815	39.541
Nachrangkapital	5.740	7.067	6.123	6.483

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

43. Fair-Value-Hierarchie

Die bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zur Anwendung kommenden beizulegenden Zeitwerte sind unter Berücksichtigung der zur Bewertung verwendeten Bewertungsmethoden bzw. der Parameter in eine dreistufige Fair-Value-Hierarchie zu klassifizieren. Werden bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Parameter aus verschiedenen Levels verwendet, wird der sich ergebende beizulegende Zeitwert dem nächsten Level zugeordnet, dessen Parameter einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung hat.

Die dreistufige Fair-Value-Hierarchie mit der in IFRS 13 vorgesehenen Terminologie Level I, Level II und Level III wird in der LBBW wie folgt konkretisiert:

- Alle Finanzinstrumente mit auf aktiven Märkten unangepassten notierten Preisen sind der ersten Stufe (Level I) zugeordnet.
- Modellbewertete Derivate, handelbare Kredite, strukturierte, zum beizulegenden Zeitwert bewertete designierte Schuldtitel des Konzerns, Investmentfonds-Anteile sowie bestimmte Corporate-/Financial- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen (beobachtbare Parameter) sowie liquide Asset-Backed Securities sind der zweiten Stufe (Level II) zugeordnet.
- Die dritte Stufe (Level III) umfasst Finanzinstrumente, bei denen ein oder mehrere Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und diese einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den beizulegenden Zeitwert eines Instruments haben. Hierzu gehören komplexe OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-Backed Securities und strukturierter Verbriefungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Bilanzklassen auf die Bewertungsmethoden:

Aktiva

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2020	31.12.2019 ¹	31.12.2020	31.12.2019 ¹	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte						
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.099	1.440	40.006	30.611	1.080	963
Handelsaktiva	1.092	1.419	37.434	28.331	879	671
Derivate	0	0	22.577	19.506	80	328
Eigenkapitalinstrumente	242	321	472	589	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	850	1.097	4.069	3.655	0	0
Forderungen	0	0	10.315	4.581	799	343
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente	7	21	900	905	201	292
Eigenkapitalinstrumente	7	15	275	304	161	175
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	5	0	5	5	5
Forderungen	0	0	625	596	35	112
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	1.673	1.374	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	15	36	965	981	152	153
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15	36	43	25	0	0
Forderungen	0	0	922	956	152	153
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	24.141	20.356	10.666	9.497	3	392
Eigenkapitalinstrumente	56	95	0	0	3	392
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	24.085	20.261	6.954	6.381	0	0
Forderungen	0	0	3.712	3.116	0	0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	0	0	0	2	57
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte						
Barreserve	213	151	13.437	18.180	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	47.931	37.658	20.929	19.208
Forderungen an Kunden	0	0	15.619	20.981	96.846	98.480
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	- 0	924	681	0	402

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Passiva

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2020	31.12.2019 ¹	31.12.2020	31.12.2019 ¹	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten						
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	114	822	28.556	25.961	145	176
Handelsspassiva	114	822	25.689	23.424	145	176
Derivate	0	0	18.885	16.859	145	176
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	114	822	138	5	0	0
Einlagen	0	0	471	192	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	6.194	6.368	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	2.867	2.537	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	6.119	6.293	390	464
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	4.317	4.408	259	330
Andere finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1.802	1.886	131	134
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	78.398	66.491	1.405	1.378
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	95.635	90.843	727	614
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	40.708	38.088	2.022	1.453
Nachrangkapital	0	0	7.067	6.483	0	0

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Level Umgliederungen

Sollten sich in der Folge die zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert herangezogenen, wesentlichen Parameter ändern, wird die Einstufung in die Fair-Value-Hierarchie ebenfalls angepasst. Die notwendigen Umgliederungen zwischen den Levels I bis III werden zum Ende der Berichtsperiode anhand von durch das Risikocontrolling definierten Qualitätskriterien für die in der Bewertung verwendeten Marktdaten vorgenommen. Dabei spielen insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen der verwendeten Marktdaten eine Rolle.

Für modellbewertete Finanzinstrumente identifiziert das Risikocontrolling die Modellparameter, die für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert benötigt werden. Die Modelle unterliegen einem regelmäßigen Validierungsprozess, die Beobachtbarkeit der benötigten Modellparameter wird im Preisüberprüfungsprozess des Risikocontrollings überwacht. Dadurch können diejenigen Finanzinstrumente identifiziert werden, für die eine Umgliederung zwischen den Levels II und III der Bewertungshierarchie notwendig ist.

Seit dem letzten Abschlussstichtag ergaben sich folgende Verschiebungen zwischen den Levels I und II der Fair-Value-Hierarchie:

Aktiva

Mio. EUR	Umbuchungen aus Level I in Level II		Umbuchungen aus Level II in Level I	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	133	33	141	47
Handelsaktiva	133	33	141	25
Derivate	0	16	0	0
Eigenkapitalinstrumente	64	0	7	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69	17	134	25
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	22
Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	22
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	19	0	0	21
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19	0	0	21
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	403	165	767	10
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	403	165	767	10

Passiva

Mio. EUR	Umbuchungen aus Level I in Level II	
	31.12.2020	31.12.2019
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	9	33
Handelspassiva	9	33
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	0	33
Verbriefte Verbindlichkeiten	9	0

Im Berichtsjahr hat die LBBW Umgliederungen von Level I nach Level II vorgenommen, da für entsprechende Finanzinstrumente keine notierten Marktpreise aus aktiven Märkten vorlagen.

Gegenläufig erfolgten ebenfalls Umgliederungen, da für diese Geschäfte wieder notierte Marktpreise aus aktiven Märkten verfügbar waren.

Entwicklung Level III

Die Entwicklung der Bestände und Ergebnisse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level III), sind in den nachfolgenden Tabellen dargestellt. Die unrealisierten Ergebnisse der Level-III-Finanzinstrumente basieren sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht beobachtbaren Parametern. Viele dieser Finanzinstrumente sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die anderen Hierarchie-Leveln zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste dieser Absicherungsgeschäfte sind nicht in den oben dargestellten Tabellen ausgewiesen, da dort gemäß IFRS 13 nur die unrealisierten Gewinne und Verluste der Level-III-Finanzinstrumente auszuweisen sind.

Aktiva

Mio. EUR	Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		Der Fair-Value- Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte
	Eigenkapital- instrumente	Schuldverschrei- bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Forderungen
Buchwert zum 1. Januar 2020	392	0	153
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	0	0	- 1
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	0	0	- 3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	0	0	1
Andere Ergebnisposten	0	0	0
Alle im »Sonstigen Ergebnis« erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	- 46	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0
Abgänge durch Verkäufe	- 343	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	0	0	0
Sonstige Veränderungen	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2020	3	0	152
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	0	0	- 1
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	0	0	- 3
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	0	0	1
Andere Ergebnisposten	0	0	0

¹ Die Beträge sind im Posten »Bewertungsrücklage« erfasst.

Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte						Zur Veräuße- rung gehaltene langfristige Vermögens- werte und Veräußerungs- gruppen	Insgesamt
Handelsaktiva			Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente				
	Derivate	Forderungen	Eigenkapital- instrumente	Schuldver- schreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Forderungen		
	328	343	175	5	112	57	1.566
	93	10	- 8	0	4	- 0	98
	0	4	0	0	2	0	4
	93	6	- 8	0	2	0	94
	0	0	0	0	0	- 0	- 0
	0	0	0	0	0	0	- 46
	0	691	6	0	0	0	697
	0	0	- 12	0	0	- 44	- 399
	- 202	- 297	0	0	- 56	0	- 555
	0	0	0	0	0	- 13	- 13
	0	52	0	0	0	0	52
	- 139	- 1	0	0	- 25	0	- 164
	0	0	0	0	0	2	2
	80	799	161	5	35	2	1.237
	- 13	6	- 8	0	1	- 0	- 15
	0	2	0	0	- 1	0	- 2
	- 13	5	- 8	0	2	0	- 13
	0	0	0	0	0	- 0	- 0

	Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		Der Fair-Value- Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte
Mio. EUR	Eigenkapital- instrumente	Schuldverschrei- bungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Forderungen
Buchwert zum 31. Dezember 2018	425	0	153
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	0
Buchwert zum 1. Januar 2019	425	0	153
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	0	0	1
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	0	0	- 3
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet Finanzinstrumente	0	0	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanz- instrumenten	0	0	3
Andere Ergebnisposten	0	0	0
Alle im »Sonstigen Ergebnis« erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	- 33	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0
Zugänge durch Emissionen	0	0	0
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	0	0	0
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0
Sonstige Veränderungen	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2019	392	0	153
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanz- instrumente, die am Stichtag im Bestand sind	0	0	1
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	0	0	- 3
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente	0	0	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	0	0	3
Andere Ergebnisposten	0	0	0

¹ Die Beträge sind im Posten »Bewertungsrücklage« erfasst.

Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte						Zur Veräuße- rung gehaltene langfristige Vermögens- werte und Veräußerungs- gruppen	Insgesamt
Handelsaktiva		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente					
	Derivate	Forderungen	Eigenkapital- instrumente	Schuldver- schreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Forderungen		
	157	1.012	186	5	339	23	2.300
	0	0	0	0	0	0	0
	157	1.012	186	5	339	23	2.300
	3	- 11	21	0	3	1	17
	1	0	0	0	0	0	- 1
	0	0	0	0	0	0	0
	1	- 11	21	0	3	1	18
	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	- 33
	0	300	11	0	0	0	311
	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	- 38	0	0	- 82	- 120
	- 43	- 950	- 0	0	- 231	0	- 1.225
	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0
	214	0	0	0	0	0	214
	- 2	- 8	0	0	0	0	- 10
	0	0	- 4	0	0	116	112
	328	343	175	5	112	57	1.566
	3	- 24	9	0	3	0	- 8
	1	0	0	0	0	0	- 1
	0	0	0	0	0	0	0
	1	- 24	9	0	3	0	- 7
	0	0	0	0	0	0	0

Passiva

Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Insgesamt
	Verbriefte Verbindlichkeiten	Andere finanzielle Verbindlichkeiten	Handelspassiva	
			Derivate	
Buchwert zum 1. Januar 2020	330	134	176	640
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	- 18	- 3	- 14	- 34
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	- 1	- 0	- 0	- 1
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	- 17	- 2	- 14	- 33
Alle im »Sonstigen Ergebnis« erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	- 0	- 0	0	- 0
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	- 43	0	- 16	- 59
Umbuchungen in Level III	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	- 10	0	- 1	- 11
Buchwert zum 31. Dezember 2020	259	131	145	535
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	- 18	- 3	- 14	- 34
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	- 1	- 0	- 0	- 1
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	- 17	- 2	- 14	- 33

¹ Die Beträge sind im Posten »Bewertungsrücklage« erfasst.

Mio. EUR	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Verpflichtend er- folgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	Insgesamt
	Verbriefte Ver- bindlichkeiten	Andere finanzielle Verbindlichkeiten	Handelsspassiva	
			Derivate	
Buchwert zum 1. Januar 2019	385	116	200	701
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	- 6	1	17	12
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalin- strumenten	2	- 0	2	4
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	- 8	1	15	9
Alle im »Sonstigen Ergebnis« erfassten Erträge und Auf- wendungen ¹	0	0	0	0
Abgänge durch Verkäufe	- 41	0	0	- 41
Tilgungen/Glattstellungen	- 9	0	- 37	- 46
Umbuchungen in Level III	0	17	0	17
Umbuchungen aus Level III	0	0	- 4	- 4
Buchwert zum 31. Dezember 2019	330	134	176	640
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Be- stand sind	- 6	1	18	13
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalin- strumenten	2	- 0	2	4
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	- 8	1	16	9

¹ Die Beträge sind im Posten »Bewertungsrücklage« erfasst.

Sensitivitätsanalyse Level III

Basiert der Modellwert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Marktparametern, werden für die Ermittlung der möglichen Schätzungsunsicherheit alternative Parameter verwendet. Bei den meisten dem Level III zugeordneten Wertpapieren und Derivaten fließt nur ein unbeobachtbarer Parameter in die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ein, sodass es zu keinen Wechselwirkungen zwischen den Level-III-Parametern kommen kann. Die Gesamtsensitivität der Produkte, bei denen mehrere unbeobachtbare Parameter in die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts einfließen, ist unwesentlich, sodass auf die Berechnung einer Wechselwirkung dieser Parameter untereinander verzichtet wurde.

Für die Beteiligungen, die dem Level III zugeordnet sind, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten im Wesentlichen durch Up-/Down-Shifts der individuellen Betafaktoren. Sofern keine Betafaktoren bei der Bewertung verwendet wurden, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten auf Basis der durchschnittlichen, prozentualen Veränderung des beizulegenden Zeitwerts. Diese basiert auf dem Up-/Down-Shift der Beteiligungen, deren Bewertung ein Betafaktor zugrunde liegt.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen zeigen, die aus der relativen Unsicherheit in den beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertungen auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basieren:

Aktiva

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung		Negative Fair-Value-Änderung	
	Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	18,3	19,6	- 16,7	- 19,0
Handelsaktiva	11,6	8,8	- 11,7	- 8,2
Derivate	0,8	3,4	- 0,9	- 2,8
Forderungen	10,8	5,4	- 10,8	- 5,4
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente	6,7	10,8	- 5,0	- 10,7
Eigenkapitalinstrumente	4,7	4,6	- 3,1	- 4,6
Forderungen	1,9	6,2	- 1,9	- 6,1
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0,0	26,4	0,0	- 23,5
Eigenkapitalinstrumente	0,0	26,4	0,0	- 23,5
Insgesamt	18,3	46,0	- 16,7	- 42,5

Passiva

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung		Negative Fair-Value-Änderung	
	Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	2,6	3,6	- 2,7	- 4,5
Handelspassiva	2,6	3,6	- 2,7	- 4,5
Derivate	2,6	3,6	- 2,7	- 4,5
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0,4	0,6	- 0,3	- 0,4
Verbrieftete Verbindlichkeiten	0,4	0,6	- 0,3	- 0,4
Insgesamt	3,0	4,2	- 3,0	- 4,9

Signifikante nicht beobachtbare Parameter Level III

In den folgenden Tabellen werden die signifikanten nicht beobachtbaren Parameter der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten und dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente gezeigt.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert im unbeobachtbaren Parameter, der den Bewertungen in der Level-III-Kategorie zugrunde gelegt wurde. Es bestehen signifikant unterschiedliche Ausprägungen in den betroffenen Finanzinstrumenten. Daher können die Spannen bestimmter Parameter groß sein.

Die in der Tabelle aufgeführten Parameter-Shifts zeigen die in der Sensitivitätsanalyse vorgenommenen Änderungen des unbeobachtbaren Parameters nach oben und unten und geben somit Auskunft über die Bandbreite der von der LBBW gewählten Parameteralternativen zur Berechnung des beizulegenden Zeitwerts.

Aktiva

31.12.2020 Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne	Parameter- Shift
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate	Optionspreis- modelle	Zinskorrelationen	- 81 % - 100 %	rel. - 20 %/+ 10 %
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bps)	73 - 472	rel. - 10 - 30 %/ + 10 - 30 %
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handels- bestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente				
Eigenkapitalinstrumente	Net-Asset-Value- Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted- Cashflow- Methode	Kapitalisierungs- zinssatz	0,77% - 3,43 %	individuell je Instrument
	Ertragswert- verfahren	Beta-Faktor	1,00 - 1,23	rel. + 5 %/ - 5 %
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bps)	233 - 238	rel. - 30 %/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				
Forderungen				
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermö- genswerte				
Eigenkapitalinstrumente	Net-Asset-Value- Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted- Cashflow- Methode	n/a	n/a	n/a
	Ertragswert- verfahren	n/a	n/a	n/a

31.12.2019 Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne	Parameter- Shift
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate	Optionspreis- modelle	Zinskorrelationen	- 82 % - 99 %	rel. - 20 %/+ 10 %
		Devisen- korrelationen	28 %	abs. - 30 %/ + 30 %
		weitere Modellparameter	- 0,67 - 3,22	rel. - 22 %/+ 22 %
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bps)	73 - 325	rel. - 10 - 30 %/ + 10 - 30 %
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handels- bestand klassifizierte Finanzinstrumente sowie Eigenkapitalinstrumente				
Eigenkapitalinstrumente	Net-Asset-Value- Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted- Cashflow- Methode	Kapitalisierungs- zinssatz	2,32 % - 4,15 %	individuell je Instrument
	Ertragswert- verfahren	Beta-Faktor	1,00 - 1,19	rel. + 5 %/ - 5 %
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bps)	329 - 799	rel. - 30 %/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				
Forderungen	Optionspreis- modelle	Zinskorrelationen	21% - 99 %	rel. - 20 %/+ 10 %
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermö- genswerte				
Eigenkapitalinstrumente	Net-Asset-Value- Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted- Cashflow- Methode	n/a	n/a	n/a
	Ertragswert- verfahren	Beta-Faktor	1,05	rel. + 5 %/ - 5 %

Passiva

31.12.2020 Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne	Parameter- Shift
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Handelspassiva				
Derivate	Optionspreis- modelle	Zinskorrelationen	- 81 % - 100 %	rel. - 20 %/ + 10 %
	Barwertmethode	Wahrscheinlich- keit vorzeitige Beendigung	15%	abs. - 10 %/ + 10 %
	TRS-Modell	Diskontkurve (bps)	27 - 94	rel. - 30 %/+ 30 %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen				
Einlagen				
Verbriefte Verbindlichkeiten				
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten				
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreis- modelle	Zinskorrelationen	- 81 % - 100 %	rel. - 20 %/+ 10 %
Andere finanzielle Verbindlichkeiten				

31.12.2019 Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne	Parameter- Shift
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten				
Handelsspassiva				
Derivate	Optionspreis- modelle	Zinskorrelationen	- 82 % - 99 %	rel. - 20 %/+ 10 %
		Devisen- korrelationen	28 %	abs. - 30 %/ + 30 %
		weitere Modellparameter	- 0,67 - 3,22	rel. - 22 %/+ 22 %
	TRS-Modell	Diskontkurve (bps)	42 - 91	rel. - 30 %/+ 30 %
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen				
Einlagen				
Verbriefte Verbindlichkeiten				
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten				
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreis- modelle	Zinskorrelationen	10 % - 99 %	rel. - 20 %/+ 10 %
		Devisen- korrelationen	28 %	abs. - 30 %/ + 30 %
Andere finanzielle Verbindlichkeiten				

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei »Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen« sowie »Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen« erfolgt analog der ursprünglichen Bilanzposten.

Day One Profit or Loss

Werden zur Bewertung von Finanzinstrumenten nicht beobachtbare Parameter herangezogen, kann es zu Differenzen zwischen Transaktionspreis und beizulegendem Zeitwert kommen. Diese Abweichung wird als »Day One Profit or Loss« bezeichnet, welche erfolgswirksam über die Laufzeit des Finanzinstruments verteilt wird.

Credit Spreads, bestimmte Volatilitäten in Optionspreismodellen sowie Korrelationen zwischen Zinssätzen, Währungskursen und Ausfallrisiken verschiedener Adressen sind nicht durchgängig am Markt beobachtbar bzw. aus am Markt beobachtbaren Preisen ableitbar. Die Marktteilnehmer können unterschiedlicher Ansicht über die Ausprägung dieser in Modellen verwendeten unbeobachtbaren Parameter sein. Daher kann der Transaktionspreis vom, nach Ansicht der LBBW, fairen Marktwert abweichen.

Die LBBW bilanziert sog. Day One Profits für Handelsbestände der Klasse Derivate. Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung des Day One Profits für das Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Jahresende 2019 dar, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurde:

Mio. EUR	2020	2019
<i>Stand 1. Januar</i>	1	0
Neue Transaktionen (Zuführungen)	1	1
<i>Stand 31. Dezember</i>	2	1

44. Hedge Accounting

Höhe, Zeitpunkt und Unsicherheit künftiger Zahlungsströme

31.12.2020 Mio. EUR	bis 3 Monate	länger als 3 Monate bis unter 1 Jahr	>1 Jahr bis unter 5 Jahren	> 5 Jahre	unbestimmte Laufzeit
Fair Value Hedge					
Zinsänderungsrisiken (PFVHA + MFVHA)¹					
Nominalbetrag	13.086	34.912	152.109	147.633	0
Durchschnittlicher abgesicherter Zins (MFVHA, in %)					
CHF	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
EUR	0,0	3,3	4,8	5,2	0,0
GBP	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
USD	6,5	0,0	7,6	6,9	0,0
Fremdwährungsrisiken (MFVHA + GFVHA)¹					
Nominalbetrag	6	23	153	204	0
Durchschnittlicher abgesicherter Kurs (Exchange-Rate)					
CZK	0,0	0,0	27,2	0,0	0,0
HKD	0,0	10,4	0,0	0,0	0,0
NOK	8,6	8,5	0,0	0,0	0,0
USD	0,0	0,0	1,3	0,0	0,0

1 PFVHA – Portfolio Fair Value Hedge Accounting; MFVHA – Micro Fair Value Hedge Accounting; GFVHA – Gruppen Fair Value Hedge Accounting.

31.12.2019 Mio. EUR	bis 3 Monate	länger als 3 Monate bis unter 1 Jahr	>1 Jahr bis unter 5 Jahren	> 5 Jahre	unbestimmte Laufzeit
Fair Value Hedge					
Zinsänderungsrisiken (PFVHA + MFVHA)¹					
Nominalbetrag	1.768	17.183	88.141	82.051	0
Durchschnittlicher abgesicherter Zins (MFVHA, in %)					
CHF	0,0	4,2	0,0	0,0	0,0
EUR	4,3	5,9	4,4	5,7	0,0
GBP	0,0	1,5	0,0	0,0	0,0
USD	8,1	0,0	7,4	6,9	0,0
Fremdwährungsrisiken (MFVHA + GFVHA)¹					
Nominalbetrag	0	0	108	211	0
Durchschnittlicher abgesicherter Kurs (Exchange-Rate)					
AUD	0,0	0,0	0,0	1,5	0,0
HKD	0,0	0,0	10,4	0,0	0,0
NOK	0,0	0,0	8,5	0,0	0,0
USD	0,0	0,0	1,4	0,0	0,0

1 PFVHA – Portfolio Fair Value Hedge Accounting; MFVHA – Micro Fair Value Hedge Accounting; GFVHA – Gruppen Fair Value Hedge Accounting.

Auswirkungen der Sicherungsbilanzierung auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage

Die Sicherungsinstrumente, welche die LBBW in Sicherungsbeziehungen designiert hat, haben zum Stichtag folgende Auswirkungen auf die Bilanz:

31.12.2020 Mio. EUR	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Aktiva	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Passiva	Nominalbetrag der Sicherungs- instrumente	Bilanzposten, unter welchem die Sicherungs- geschäfte aus- gewiesen werden	Änderung der beizulegenden Zeitwerte zur Messung der Ineffektivität in der Berichts- periode
Fair Value Hedges					
Absicherung von Zinsänderungs- risiken	1.652	2.860	303.021	Diverse ¹	- 297
Micro Fair Value Hedge Account- ing	359	771	- 170	Diverse ¹	31
Portfolio Fair Value Hedge Accounting	1.293	2.089	303.190	Diverse ¹	- 328
Absicherung von Fremdwährungs- risiken	20	8	68	Diverse ¹	19
Micro Fair Value Hedge Account- ing	20	4	157	Diverse ¹	10
Gruppen Fair Value Hedge Accounting	0	4	- 89	Diverse ¹	9

¹ Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

31.12.2019 Mio. EUR	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Aktiva	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Passiva	Nominalbetrag der Sicherungs- instrumente	Bilanzposten, unter welchem die Sicherungs- geschäfte aus- gewiesen werden	Änderung der beizulegenden Zeitwerte zur Messung der Ineffektivität in der Berichts- periode
Fair Value Hedges					
Absicherung von Zinsänderungs- risiken	1.362	2.527	145.246	Diverse ¹	- 528
Micro Fair Value Hedge Account- ing	376	767	- 252	Diverse ¹	- 84
Portfolio Fair Value Hedge Accounting	986	1.760	145.498	Diverse ¹	- 444
Absicherung von Fremdwährungs- risiken	12	10	123	Diverse ¹	14
Micro Fair Value Hedge Account- ing	12	10	123	Diverse ¹	14
Gruppen Fair Value Hedge Accounting	0	0	0	Diverse ¹	0

¹ Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

Die in Sicherungsbeziehungen designierten Grundgeschäfte aus Fair Value Hedges haben zum Stichtag folgende Auswirkungen auf die Bilanz:

31.12.2020 Mio. EUR	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Aktiva	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Passiva	Kumulierte Aufwen- dungen oder Erträge, die im Buchwert der Grundge- schäfte erfasst wurden Aktiva	Kumulierte Aufwen- dungen oder Erträge, die im Buchwert der Grundge- schäfte erfasst wurden Passiva	Bilanzposten, unter welchem die Sicherungs- geschäfte ausgewiesen werden	Änderung der beizulegenden Zeitwerte zur Messung der Ineffektivität in der Berichtsperiode	Kumulierter Betrag des beizulegenden Zeitwerts gesicherter Positionen, die nicht mehr zur Absicherung von Gewinnen und Verlusten angepasst wurden
Absicherung von Zinsänderungs- risiken	33.895	25.942	62	44	0	326	1.341
Micro Fair Value Hedge Account- ting	1.976	1.160	62	44	Diverse ¹	- 18	338
Portfolio Fair Value Hedge Accounting	31.920	24.783	0	0	Diverse ¹	344	1.003
Absicherung von Fremdwäh- rungsrisiken	61	252	- 0	29	0	- 18	- 4
Micro Fair Value Hedge Account- ting	61	252	- 0	29	Diverse ¹	- 10	- 4
Gruppen Fair Value Hedge Accounting	0	0	0	0	Diverse ¹	- 9	0
Beendete Sicherungsbeziehungen	0	0	49	- 0	0	0	0

1 Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten; Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertetete finanzielle Vermögenswerte.

31.12.2019 Mio. EUR	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Aktiva	Buchwert der Sicherungs- geschäfte Passiva	Kumulierte Aufwen- dungen oder Erträge, die im Buchwert der Grundge- schäfte erfasst wurden Aktiva	Kumulierte Aufwen- dungen oder Erträge, die im Buchwert der Grundge- schäfte erfasst wurden Passiva	Bilanzposten, unter welchem die Sicherungs- geschäfte ausgewiesen werden	Änderung der beizulegenden Zeitwerte zur Messung der Ineffektivität in der Berichtsperiode	Kumulierter Betrag des beizulegenden Zeitwerts gesicherter Positionen, die nicht mehr zur Absicherung von Gewinnen und Verlusten angepasst wurden
Absicherung von Zinsänderungs- risiken	35.479	32.714	33	- 20	Diverse ¹	496	1.088
Micro Fair Value Hedge Account- ting	1.955	1.436	33	- 20	Diverse ¹	82	321
Portfolio Fair Value Hedge Accounting	33.524	31.278	0	0	Diverse ¹	414	767
Absicherung von Fremdwäh- rungsrisiken	89	247	0	20	Diverse ¹	- 14	- 5
Micro Fair Value Hedge Account- ting	89	247	0	20	Diverse ¹	- 14	- 5
Gruppen Fair Value Hedge Accounting	0	0	0	0	Diverse ¹	0	0
Beendete Sicherungsbeziehungen	0	0	11	6	Diverse ¹	0	0

1 Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten; Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertetete finanzielle Vermögenswerte.

Die vorstehenden Sicherungsbeziehungen aus Fair Value Hedges (PFVHA und MFVHA) haben zum Stichtag folgende Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung bzw. das »Sonstige Ergebnis«:

31.12.2020 Mio. EUR	In der GuV erfasste Ineffektivität	Posten in der GuV und im Eigenkapital, unter der die Ineffektivität erfasst wird
Absicherung von Zinsänderungsrisiken (MFVHA + GFVHA + PFVHA)	24	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
Absicherung von Fremdwährungsrisiken (MFVHA + GFVHA + PFVHA)	1	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
Absicherung von sonstigen Preisrisiken (MFVHA + GFVHA + PFVHA)	0	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

31.12.2019 Mio. EUR	In der GuV erfasste Ineffektivität	Posten in der GuV und im Eigenkapital, unter der die Ineffektivität erfasst wird
Absicherung von Zinsänderungsrisiken (MFVHA + GFVHA + PFVHA)	- 32	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
Absicherung von Fremdwährungsrisiken (MFVHA + GFVHA + PFVHA)	0	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen
Absicherung von sonstigen Preisrisiken (MFVHA + GFVHA + PFVHA)	0	Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen

F. Sonstiges

45. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Der Buchwert langfristiger Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden (Veräußerungsgruppen), deren Veräußerung geplant ist, wird überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch eine fortgesetzte Nutzung realisiert.

Bei der kumulativen Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen sind die betroffenen Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren und getrennt von den anderen Vermögenswerten bzw. Schulden in der Bilanz auszuweisen. Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten wird, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehaltene klassifizierte Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten wird die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte eingestellt. Die Bewertung der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden sowie Veräußerungsgruppen erfolgt grundsätzlich gemäß den Vorschriften des IFRS 5. Vermögenswerte, die unter die Ausnahmenvorschriften des IFRS 5.5 fallen, werden gemäß den Vorschriften des jeweils einschlägigen Standards bewertet. Dementsprechend unterliegt die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der relevanten Vermögenswerte dieses Bilanzpostens den gleichen Methoden, Parametern und Vorgehensweisen wie alle anderen zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerte der LBBW. Der Ausweis der als zur Veräußerung gehaltenen klassifizierten Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen erfolgt gesondert in den Bilanzposten »Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen« und »Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen«.

Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. in der Bewertungsrücklage im Eigenkapital enthalten und werden nicht separiert. Sofern es sich um aufgegebenen Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis daraus separat im Posten »Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen« zu zeigen.

Ergänzende Informationen

Im Zuge der stetigen Optimierung ihres Portfolios führte die LBBW im Berichtszeitraum Verhandlungen über den Verkauf von langfristigen Vermögenswerten sowie Veräußerungsgruppen bzw. hat diese abgeschlossen.

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich in Bezug auf die als zur Veräußerung klassifizierten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen folgende Änderungen:

- Für zwei als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien wurden im zweiten Halbjahr 2019 Verkaufsgespräche aufgenommen. Beide Objekte wurden in der ersten Jahreshälfte 2020 veräußert. Betroffen hiervon ist das Berichtssegment »Corporate Items«.
- Darüber hinaus wurden für zwei als Finanzinvestition gehaltene Immobilien im zweiten Halbjahr 2020 Verkaufsgespräche aufgenommen. Für beide Objekte ist das Signing bereits erfolgt, betroffen hiervon ist das Berichtssegment »Corporate Items«.

- Für eine Veräußerungsgruppe, für welche im zweiten Halbjahr 2019 Verkaufsgespräche aufgenommen wurden, erfolgte die Veräußerung in der ersten Jahreshälfte 2020. Die Veräußerungsgruppe war dem Berichtssegment »Corporate Items« zugeordnet.
- Für eine als Sachanlagen bilanzierte Immobilie wurden im zweiten Halbjahr 2019 Verkaufsgespräche geführt. Die Immobilie wurde im Laufe des ersten Halbjahres 2020 veräußert. Betroffen hiervon ist das Segment »Corporate Items«.
- Zudem wurden für eine weitere als Sachanlagen bilanzierte Immobilie im zweiten Halbjahr 2020 Verkaufsgespräche geführt. Betroffen hiervon ist das Segment »Corporate Items«.

Aus der Umklassifizierung der langfristigen Vermögenswerte gemäß IFRS 5 resultierte im Berichtszeitraum kein Wertminderungsaufwand.

Die Hauptgruppen der als zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden stellten sich wie folgt dar:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Aktiva		
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	2	57
Sachanlagen	0	8
Insgesamt	2	65
Passiva		
Sonstige Passiva	0	4
Insgesamt	0	4

46. Immaterielle Vermögenswerte

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Unter den immateriellen Vermögenswerten wird im Wesentlichen erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten, d.h. abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen, angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien gemäß IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird unverändert über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten werden unter den »Sonstigen betrieblichen Erträgen« erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang ausgebucht. Abgangsgewinne und -verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswerts. Zum Zeitpunkt der Ausbuchung ist der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Vermögenswerts erfolgswirksam zu erfassen. Der Ausweis erfolgt im »Sonstigen betrieblichen Ergebnis«.

Ergänzende Informationen

Die Bestandsentwicklung der »Immateriellen Vermögenswerte« kann den folgenden Aufstellungen für 2020 und 2019 entnommen werden:

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
<i>Stand 1. Januar 2020</i>	824	0	17	87	102	1.030
Zugänge	14	0	10	10	10	44
Umbuchungen	4	0	- 7	0	3	0
Abgänge	- 11	0	0	0	0	- 11
<i>Stand 31. Dezember 2020</i>	831	0	20	97	114	1.062
Ab- und Zuschreibungen						
<i>Stand 1. Januar 2020</i>	- 740	0	0	- 44	- 48	- 832
Planmäßige Abschreibungen	- 39	0	0	- 4	- 19	- 62
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
Abgänge	10	0	0	- 0	0	10
<i>Stand 31. Dezember 2020</i>	- 769	0	0	- 48	- 67	- 884
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2020	84	0	17	43	53	198
Stand 31. Dezember 2020	62	0	20	49	47	178

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
<i>Stand 1. Januar 2019</i>	862	0	20	87	70	1.039
Zugänge	10	0	13	0	21	43
Umbuchungen	3	0	- 16	0	13	- 0
Abgänge	- 51	0	0	0	- 2	- 53
<i>Stand 31. Dezember 2019</i>	824	0	17	87	102	1.030
Ab- und Zuschreibungen						
<i>Stand 1. Januar 2019</i>	- 744	0	0	- 40	- 31	- 815
Planmäßige Abschreibungen	- 44	0	0	- 4	- 16	- 64
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0	0	- 3	- 3
Abgänge	49	0	0	0	2	50
<i>Stand 31. Dezember 2019</i>	- 740	0	0	- 44	- 48	- 832
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2019	118	0	20	47	39	224
Stand 31. Dezember 2019	84	0	17	43	53	198

»Immaterielle Vermögenswerte« i. H. v. 110 Mio. EUR (Vorjahr: 127 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

47. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

An Dritte vermietete bzw. zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 gesondert in der Bilanz als »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft bzw. vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80 % der Gesamtnutzung ausmacht, werden in ihrer Gesamtheit als »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« ausgewiesen.

Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Die Folgebewertung erfolgt am Abschlussstichtag zum beizulegenden Zeitwert. Dieser bestimmt sich in erster Linie aus Modellbewertungen. Zur Validierung des beizulegenden Zeitwerts aus den Modellbewertungen werden regelmäßig Gutachten für wesentliche als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien eingeholt.

In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich Schätzunsicherheiten aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung, Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des beizulegenden Zeitwerts.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bilden die pro Objekt auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Zahlungsmittelüberschüsse. Die so ermittelten Ergebnisbeiträge werden durch Vergleichswerte von Maklerverbänden, Erfahrungswerte aus eigenen Verkäufen sowie Wertgutachten externer Sachverständiger plausibilisiert und verifiziert. Damit die entsprechenden Gutachten zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses vorliegen, wird für das aktuelle Jahr jeweils im zweiten Halbjahr durch das verantwortliche Management festgelegt, für welche Objekte externe Gutachten in Auftrag gegeben werden. Gemäß internen Vorgaben ist hierbei sicherzustellen, dass für die wesentlichen Objekte wenigstens alle drei Jahre ein Wertgutachten durch einen unabhängigen Sachverständigen erstellt wird.

Der beizulegende Zeitwert wird nach der Discounted-Cashflow-Methode auf der Grundlage folgender Annahmen berechnet. Als Bewertungsobjekt dient das jeweilige Gebäude als selbstständige, strategische Geschäftseinheit. Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Planungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Planungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Ergänzende Informationen

Entwicklung Buchwerte

Mio. EUR	Als Finanz- investition gehaltene Immobilien	Nutzungsrechte aus Leasing- verhältnissen	Insgesamt
Buchwert 1. Januar 2020	624	30	655
Zugänge	52	0	52
Abgänge	- 2	- 0	- 2
Umbuchungen in »Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen«	- 2	0	- 2
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 8	- 1	- 10
Fair-Value-Änderungen aus Beständen (erfolgswirksam)	28	- 1	27
Umbuchungen aus/in Vorräte und Sachanlagen	75	0	75
Buchwert 31. Dezember 2020	768	28	796

Mio. EUR	Als Finanz- investition gehaltene Immobilien	Nutzungsrechte aus Leasing- verhältnissen	Insgesamt
Buchwert 1. Januar 2019	688	35	723
Zugänge	4	0	4
Abgänge	- 2	0	- 2
Umbuchungen in »Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen«	- 108	- 4	- 112
Veränderung aus Währungsumrechnung	5	1	6
Fair-Value-Änderungen aus Beständen (erfolgswirksam)	37	- 2	34
Umbuchungen aus/in Vorräte und Sachanlagen	1	0	1
Buchwert 31. Dezember 2019	624	30	655

»Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien« werden auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III) bewertet und hatten zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

In den folgenden Tabellen werden die signifikanten nicht beobachtbaren Parameter der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien gezeigt. Die korrespondierenden Aussagen zu Finanzinstrumenten (siehe Note 43) gelten analog.

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien werden auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III) bewertet:

31.12.2020 Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne	Parameter-Shift
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cash- flow-Methode	Mietdynamisierung/ Indexierung	1,50%	n/a
		Diskontierungszinssatz	3,00 % - 8,76 %	
		Mietausfallwagnis	0,00 % - 4,00 %	
		Kosten Grundinstandhaltung	4,00 - 19,00 EUR/m ²	
		Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	1,00 % - 10,00 %	

31.12.2019 Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne	Parameter-Shift
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cash- flow-Methode	Mietdynamisierung/ Indexierung	1,50%	n/a
		Diskontierungszinssatz	3,45 % - 9,20 %	
		Mietausfallwagnis	0,75 % - 4,00 %	
		Kosten Grundinstandhaltung	5,00 - 17,90 EUR/m ²	
		Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	1,00 % - 6,50 %	

Die Entwicklung der Bestände und Ergebnisse der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Immobilien, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level III), ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Mio. EUR	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	
	01.01. – 31.12.2020	01.01. – 31.12.2019
Buchwert (Endbestand Vorjahr)	655	697
Erstanwendung IFRS 16	0	26
Buchwert (Anfangsbestand)	655	723
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	29	27
Andere Ergebnisposten	29	27
Zugänge durch Käufe	52	4
Abgänge durch Verkäufe	- 2	- 2
Sonstige Veränderungen	63	14
Umbuchungen gemäß IFRS 5	- 2	- 112
Buchwert (Endbestand)	796	655
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	29	27
Zinsergebnis und laufendes Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten	0	0
Ergebnis aus erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet Finanzinstrumente	0	0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten	0	0
Andere Ergebnisposte	29	27

48. Sachanlagen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, Leasinggegenstände sowie Nutzungsrechte aus Leasingverhältnissen ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – hauptsächlich linear, zu Teilen auch degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren	
	31.12.2020	31.12.2019
Gebäude	25 – 50	25 – 50
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 10	5 – 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 20	1 – 20
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 7	3 – 7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung, einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswerts) des jeweiligen Vermögenswerts, wird mindestens zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag aus

dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder des Nutzungswerts) ermittelt, mit dem Buchwert verglichen und bei Bedarf eine Wertminderung vorgenommen. Hat sich der erzielbare Betrag seit der letzten Wertminderung erhöht, wird eine Wertaufholung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten erfasst.

Die Abschreibungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten »Abschreibungen auf Sachanlagen« in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Wertaufholungen sowie Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im »Sonstigen betrieblichen Ergebnis« erfasst.

Ergänzende Informationen

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens im Berichts- und Vorjahr stellte sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Operate Lease	Nutzungs- rechte aus Leasing- verhältnissen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2020	942	133	251	25	208	376	1.934
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 0	0	- 1	0	0	- 0	- 1
Zugänge	4	0	9	8	53	7	82
Umbuchungen	- 14	0	1	- 22	35	0	- 0
Abgänge	- 0	- 0	- 14	0	- 5	- 25	- 44
Umbuchungen in »Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen«	- 0	0	0	0	- 0	0	- 0
Stand 31. Dezember 2020	931	133	246	11	291	357	1.971
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2020	- 640	- 122	- 176	0	- 144	- 38	- 1.120
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	- 17	- 2	- 11	0	- 5	- 42	- 77
Umbuchungen	6	0	0	0	- 6	0	1
Abgänge	0	0	13	0	1	2	16
Umbuchungen in »Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen«	0	0	0	0	0	0	0
Stand 31. Dezember 2020	- 650	- 124	- 174	0	- 154	- 78	- 1.180
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2020	302	10	75	25	64	338	814
Stand 31. Dezember 2020	281	9	72	11	137	279	790

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Operate Lease	Nutzungs- rechte aus Leasing- verhältnissen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
<i>Stand 1. Januar 2019</i>	949	132	252	2	197	354	1.886
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	1	- 0	0	0	2
Zugänge	11	1	13	24	13	27	89
Umbuchungen	- 7	0	- 0	- 1	1	0	- 6
Abgänge	- 0	- 1	- 14	- 1	- 0	- 6	- 21
Umbuchungen in »Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen«	- 12	0	0	0	- 3	0	- 15
<i>Stand 31. Dezember 2019</i>	942	133	251	25	208	376	1.934
Ab- und Zuschreibungen							
<i>Stand 1. Januar 2019</i>	- 627	- 121	- 180	0	- 143	0	- 1.070
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 0	0	- 0	0	0	- 0	- 1
Planmäßige Abschreibungen	- 21	- 2	- 9	0	- 4	- 40	- 78
Umbuchungen	4	0	0	0	1	0	5
Abgänge	0	1	13	0	0	2	16
Umbuchungen in »Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen«	5	0	0	0	2	0	7
<i>Stand 31. Dezember 2019</i>	- 640	- 122	- 176	0	- 144	- 38	- 1.120
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2019	322	11	72	2	54	354	816
Stand 31. Dezember 2019	302	10	75	25	64	338	814

Nähere Erläuterungen zu Leasinggeschäften sind in Note 49 dargestellt.

»Sachanlagen« i. H. v. 655 Mio. EUR (Vorjahr: 711 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

49. Leasinggeschäft

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

LBBW als Leasinggeber

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen als Leasinggeber gemäß IFRS 16 ist deren Klassifizierung als Finance Lease oder Operate Lease. Die Klassifizierung hat zu Beginn eines Leasingverhältnisses zu erfolgen und richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen und Risiken des Leasinggebers. Die zugrunde gelegten Kriterien werden regelmäßig überprüft. Liegt eine Veränderung der Gesamtbeurteilung vor, wird eine erneute Klassifizierung vorgenommen.

Ein Leasingverhältnis wird als Finance Lease klassifiziert, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. In den verbleibenden Fällen liegt ein Operate Lease vor.

Die Finance-Lease-Verträge der LBBW umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrags handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte bzw. Leasingraten sind i. d. R. im Voraus zu entrichten.

Soweit in der LBBW Operate-Lease-Geschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags im Konzern. Die Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Grundstücke – werden in der Konzernbilanz als Vermögenswerte aktiviert und unter den Sachanlagen oder als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt gemäß IAS 16 zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. gemäß IAS 40 zum beizulegenden Zeitwert. Sowohl die Leasingerlöse als auch erhaltene Sonder- und Vorauszahlungen werden über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im »Sonstigen betrieblichen Ergebnis«.

Im Rahmen eines Finance Lease wird zu Beginn der Laufzeit des Leasingverhältnisses der Leasinggegenstand (Vermögenswert) ausgebucht und eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts gegenüber dem Leasingnehmer unter dem Posten »Forderungen an Kunden bzw. Forderungen an Kreditinstitute« ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Während die Zinserträge auf Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt und im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, mindert der Tilgungsanteil die bilanzierte Forderung.

Die direkten Kosten, die dem Leasinggeber beim Vertragsabschluss entstehen, werden dem Leasingvertrag zugerechnet. Hierzu wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende interne Zinssatz so festgelegt, dass die anfänglichen direkten Kosten automatisch in den Leasingforderungen enthalten sind.

LBBW als Leasingnehmer

Leasingverhältnisse, welche die LBBW als Leasingnehmer abschließt, führen am Tag des Leasingbeginns zum Ansatz eines Nutzungsrechts, welches zu Anschaffungskosten bewertet wird. Die Anschaffungskosten setzen sich grundsätzlich aus der Leasingverbindlichkeit, den geleisteten Vorauszahlungen, anfänglichen direkten Kosten sowie erwarteten Rückbauverpflichtungen abzüglich Leasinganreizzahlungen zusammen.

Die Bilanzierung einer Leasingverbindlichkeit erfolgt auf Basis des Barwerts der zukünftigen Leasingzahlungen. Die Leasingzahlungen ermitteln sich aus fixen sowie variablen Bestandteilen, welche vereinbarte Zahlungen darstellen, die Schwankungen unterliegen und quasi-fix sind (z. B. indexabhängige Zahlungen). Für die Diskontierung wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz verwendet. Liegt dieser nicht vor, wird alternativ ein Grenzfremdkapitalzinssatz herangezogen. Die Leasinglaufzeit wird als unkündbare Grundmietzeit unter Berücksichtigung von Verlängerungs- sowie Kündigungsoptionen ermittelt. Für die Bewertung der Ausübungswahrscheinlichkeit von Optionen werden maßgebliche Fakten und Umstände berücksichtigt, die für den Leasingnehmer einen wirtschaftlichen Anreiz darstellen können. Eine erneute Beurteilung erfolgt, sobald signifikante Ereignisse oder Änderungen von Umständen eintreten.

In der Folgebewertung wird das Nutzungsrecht mit dem Anschaffungskostenmodell bewertet und demnach um kumulierte Abschreibungen sowie Wertminderungsaufwendungen angepasst. Die Abschreibungsdauer bemisst sich nach der Nutzungsdauer des Nutzungsrechts und stimmt grundsätzlich mit der Vertragslaufzeit überein.

Die Leasingverbindlichkeit wird in den Folgeperioden um einen konstanten Zinseffekt erfolgswirksam erhöht und entsprechend den geleisteten Leasingzahlungen ergebnisneutral getilgt.

Bei Neubeurteilungen und Vertragsanpassungen werden Nutzungsrechte sowie Leasingverbindlichkeiten in der Folgebewertung korrespondierend adjustiert.

Im Rahmen eines jährlichen Werthaltigkeitstests i. S. d. IAS 36 erfolgt eine Überprüfung des Nutzungsrechts auf Wertminderung.

Leasingverhältnisse, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von geringem Wert sind, werden vereinfacht umgesetzt.

Ergänzende Informationen

LBBW als Leasinggeber

Für die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Finance-Lease-Geschäfte ergab sich die folgende Laufzeitengliederung der zukünftigen Leasingzahlungen sowie Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Leasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Zukünftige Leasingzahlungen	5.700	6.124
Bis zu 1 Jahr	1.905	1.897
Über 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	1.416	1.419
Über 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	1.086	1.135
Über 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	685	734
Über 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	336	391
Über 5 Jahre	272	548
= Bruttoinvestitionswert	5.700	6.124
./. nicht garantierte Restwerte	8	7
./. unrealisierter Finanzertrag	258	290
= Nettoinvestitionswert	5.433	5.828
Bis zu 1 Jahr	1.821	1.837

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Leasingzahlungen eines Finance-Lease-Verhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden, nicht garantierten Restwerten. Die Leasingzahlungen sind dabei die festen oder an einen Index oder (Zins-)Satz gekoppelten Zahlungen (inklusive Restwertgarantien), welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses an den Leasinggeber zu zahlen hat, um das Recht zu erhalten, einen zugrunde liegenden Vermögenswert über die Laufzeit des Leasingverhältnisses zu nutzen. Nicht in den Leasingzahlungen enthalten sind bedingte Leasingzahlungen sowie Zahlungen für Nichtleasingkomponenten. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswerts. Die Abzinsung erfolgt auf Basis des dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatzes aus Sicht des Leasinggebers.

Der im Zinsertrag ausgewiesene Finanzertrag auf den Nettoinvestitionswert betrug im Berichtsjahr 231 Mio. EUR (Vorjahr: 246 Mio. EUR).

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate-Lease-Geschäften angesetzten Vermögenswerte unter den Sachanlagen, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilten sich wie folgt auf:

Mio. EUR	Grundstücke	Gebäude	Büroaus- stattung	Kraftfahr- zeuge	Technische Anlagen und Maschinen	Sonstige Leasing- gegenstände	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
<i>Stand 1. Januar 2020</i>	28	167	0	0	5	8	208
Zugänge	0	0	0	0	2	51	53
Umbuchungen	2	11	0	0	0	22	35
Abgänge	0	- 0	0	0	- 5	0	- 5
Umbuchungen in »Zur Veräu- ßerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräu- ßerungsgruppen«	- 0	- 0	0	0	0	0	- 0
<i>Stand 31. Dezember 2020</i>	30	178	0	0	2	81	291
Ab- und Zuschreibungen							
<i>Stand 1. Januar 2020</i>	- 4	- 140	0	0	- 0	- 0	- 144
Planmäßige Abschreibungen	0	- 3	0	0	- 1	- 2	- 6
Umbuchungen	- 0	- 5	0	0	0	0	- 5
Abgänge	0	0	0	0	1	0	1
Umbuchungen in »Zur Veräu- ßerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräu- ßerungsgruppen«	0	0	0	0	0	0	0
<i>Stand 31. Dezember 2020</i>	- 4	- 149	0	0	- 0	- 2	- 154
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2020	24	27	0	0	5	8	64
Stand 31. Dezember 2020	26	30	0	0	2	79	137

Mio. EUR	Grundstücke	Gebäude	Büroaus- stattung	Kraftfahr- zeuge	Technische Anlagen und Maschinen	Sonstige Leasing- gegenstände	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2019	28	169	0	0	0	0	197
Zugänge	0	0	0	0	5	8	13
Umbuchungen	- 0	1	0	0	0	0	1
Abgänge	0	- 0	0	0	0	0	- 0
Umbuchungen in Zur Veräu- ßerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräu- ßerungsgruppen	- 0	- 2	0	0	0	0	- 3
Stand 31. Dezember 2019	28	167	0	0	5	8	208
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2019	- 3	- 140	0	0	0	0	- 143
Planmäßige Abschreibungen	- 0	- 4	0	0	- 0	- 0	- 4
Umbuchungen	- 0	1	0	0	0	0	1
Abgänge	0	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen in »Zur Veräu- ßerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräu- ßerungsgruppen«	0	2	0	0	0	0	2
Stand 31. Dezember 2019	- 4	- 140	0	0	- 0	- 0	- 144
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2019	25	29	0	0	0	0	54
Stand 31. Dezember 2019	24	27	0	0	5	8	64

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate-Lease-Vereinbarungen vermieteten, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien betrugen 778 Mio. EUR (Vorjahr: 635 Mio. EUR). Die Entwicklung der Buchwerte ist in Note 47 dargestellt.

Im Berichtsjahr wurden Leasingerträge aus Operate-Lease-Vereinbarungen i. H. v. 64 Mio. EUR (Vorjahr: 72 Mio. EUR) aus fixen Leasingzahlungen und i. H. v. 3 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) aus variablen Leasingzahlungen, die nicht von einem Index oder (Zins-)Satz abhängen, vereinnahmt.

Für Leasingverhältnisse werden die allgemeinen Wertminderungsvorschriften des IAS 36 bzw. IFRS 9 angewandt.

Aus den Leasingverhältnissen werden folgende Zahlungen erwartet:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bis zu 1 Jahr	51	49
Über 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	48	43
Über 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	37	36
Über 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	33	29
Über 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	30	25
Über 5 Jahren	142	111
Zukünftige Leasingzahlungen aus Operate-Lease-Verträgen	341	293

LBBW als Leasingnehmer

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Nutzungsrechte aus Leasingvereinbarungen entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

Mio. EUR	Nutzungsrechte aus Grundstücken und Gebäuden	Nutzungsrechte aus Kraftfahrzeugen	Nutzungsrechte aus sonstiger Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten				
<i>Stand 1. Januar 2020</i>	355	9	11	376
Zugänge	2	3	2	7
Abgänge	- 24	- 1	- 0	- 25
<i>Stand 31. Dezember 2020</i>	333	12	13	357
Ab- und Zuschreibungen				
<i>Stand 1. Januar 2020</i>	- 32	- 3	- 1	- 37
Planmäßige Abschreibungen	- 38	- 4	- 2	- 43
Abgänge	1	1	0	2
<i>Stand 31. Dezember 2020</i>	- 70	- 6	- 3	- 78
Buchwerte				
<i>Stand 1. Januar 2020</i>	323	6	10	339
<i>Stand 31. Dezember 2020</i>	263	6	10	279

Mio. EUR	Nutzungsrechte aus Grundstücken und Gebäuden	Nutzungsrechte aus Kraftfahrzeugen	Nutzungsrechte aus sonstiger Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten				
<i>Stand 1. Januar 2019</i>	340	8	6	354
Zugänge	20	2	5	27
Abgänge	- 5	- 1	- 0	- 6
<i>Stand 31. Dezember 2019</i>	355	9	11	376
Ab- und Zuschreibungen				
<i>Stand 1. Januar 2019</i>	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	- 35	- 4	- 1	- 40
Abgänge	2	1	0	2
<i>Stand 31. Dezember 2019</i>	- 34	- 3	- 1	- 38
Buchwerte				
<i>Stand 1. Januar 2019</i>	340	8	6	354
<i>Stand 31. Dezember 2019</i>	322	6	10	338

Die Entwicklung der Nutzungsrechte aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist in Note 35 dargestellt. Zum Bilanzstichtag betrugen diese 28 Mio. EUR (Vorjahr: 30 Mio. EUR).

Für die künftigen nicht diskontierten Leasingzahlungen und die in den »Sonstigen Passiva« enthaltenen Leasingverbindlichkeiten ergab sich zum Bilanzstichtag die folgende Fälligkeitsstruktur:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bis zu 1 Jahr	47	47
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	126	145
Über 5 Jahre	174	213
Summe der nicht abgezinsten künftigen Leasingzahlungen	347	405
Bis zu 1 Jahr	44	39
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	119	133
Über 5 Jahre	163	208
Buchwert der Leasingverbindlichkeiten	326	381

In den Leasingverbindlichkeiten wurden potenzielle zukünftige Leasingzahlungen aus bestehenden Leasingverhältnissen i. H. v. 55 Mio. EUR aus Verlängerungsoptionen (Vorjahr: 34 Mio. EUR) bzw. i. H. v. 6 Mio. EUR aus Kündigungsoptionen (Vorjahr: 6 Mio. EUR) nicht berücksichtigt.

Im Berichtsjahr fielen Zinsaufwendungen für Leasingverbindlichkeiten i. H. v. – 2 Mio. EUR an (Vorjahr: – 3 Mio. EUR), die im Wesentlichen auf Leasingverhältnisse für Grundstücke und Gebäude zurückzuführen waren.

Der Aufwand für Leasingverhältnisse über einen Vermögenswert von geringem Wert betrug – 2 Mio. EUR (Vorjahr: – 2 Mio. EUR).

50. Ertragsteuern

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die LBBW ist in mehreren Steuerjurisdiktionen tätig. Die im Abschluss dargestellten Steuerposten werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Steuergesetze sowie der einschlägigen Verwaltungsauffassungen ermittelt und unterliegen wegen ihrer Komplexität möglicherweise einer abweichenden Interpretation durch Steuerpflichtige einerseits und lokale Finanzbehörden andererseits. Da unterschiedliche Auslegungen von Steuergesetzen als Ergebnis von Betriebsprüfungen zu nachträglichen Steuerzahlungen für vergangene Jahre führen können, werden diese basierend auf der Einschätzung der Unternehmensleitung in die Betrachtung einbezogen.

Laufende Ertragsteuerverpflichtungen bzw. -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- bzw. Erstattungsbetrag angesetzt.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte sowie der lokalen Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden. Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steueränderungen auf latente Steuern wird in der Periode, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde, im Steuerergebnis gebucht.

Eine Saldierung der laufenden und latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt unter den Voraussetzungen des IAS 12.71 bzw. IAS 12.74.

Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und

ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden entsprechend den zugrunde liegenden Sachverhalten in der Gesamtergebnisrechnung in den Unterpositionen Bewertungs- bzw. Gewinnrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge sowie Zinsvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, soweit deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Die Steuerplanung wird aus der aktuellen und vom Vorstand genehmigten Unternehmensplanung abgeleitet, die regelmäßig einen Planungszeitraum von fünf Jahren umfasst. In der Steuerplanung werden historische Erkenntnisse zur Profitabilität und zu den steuerlichen Einkommen berücksichtigt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Ertragsteueransprüche

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Laufende Ertragsteueransprüche	118	126
Inland	107	110
Ausland	11	16
Latente Ertragsteueransprüche	1.107	1.126
Insgesamt	1.225	1.251

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Die laufenden Ertragsteueransprüche sind i. H. v. 118 Mio. EUR (Vorjahr: 124 Mio. EUR) innerhalb eines Jahres fällig.

Ertragsteuerverpflichtungen

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	49	55
davon Rückstellung für Ertragsteuern	44	52
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	5	4
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	24	33
Insgesamt	73	89

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 48 Mio. EUR (Vorjahr: 55 Mio. EUR) sind innerhalb eines Jahres fällig.

51. Rückstellungen

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Allgemeines

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder, die bei Eintritt biometrischer Risiken (Alter, Invalidität, Tod) aufgrund erteilter Versorgungszusagen zu erbringen sind. Art und Höhe der an die versorgungsberechtigten Beschäftigten und Leistungsempfänger zu leistenden Ruhegelder richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (u. a. Gesamtzusagen, Betriebs- oder Dienstvereinbarungen).

Innerhalb der LBBW besteht eine Vielzahl an Versorgungsordnungen, die bis zum 31. Dezember 2020 im Wesentlichen als leistungsorientierte Pläne bilanziert wurden und alle für den Neuzugang geschlossen sind. Darüber hinaus bestehen weitere Anwartschaften bzw. Ansprüche gegenüber der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der LBBW und der Unterstützungskasse LBBW e. V.; beide Einrichtungen sind für den Neuzugang geschlossen. Bei allen vorgenannten Versorgungszusagen handelt es sich um Defined Benefit Plans i. S. v. IAS 19 (leistungsorientierte Pläne).

Daneben wurden für Beschäftigte aus Vorgängerinstituten Versorgungsansprüche, die als Defined Contribution Plans i. S. v. IAS 19 (beitragsorientierte Pläne) erfasst werden, übernommen, fortgeführt und ebenfalls für den Neuzugang geschlossen. Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Beschäftigten festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger.

Zum 31. Dezember 2020 hat die LBBW (Bank) den Großteil ihrer bestehenden Pensionsverpflichtungen gegen Zahlung eines Einmalbeitrages auf einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds deutschen Rechts als rechtlich selbstständige Einheit übertragen. Die Dotierung des Pensionsfonds führt zu einer Schaffung von Planvermögen i. S. d. IAS 19 i. H. v. 2,2 Mrd. EUR, das zur Erfüllung der übertragenen Leistungsansprüche dient. Eine Rückübertragung von Vermögenswerten an das Trägerunternehmen ist grundsätzlich ausgeschlossen. Sämtliche Anspruchsberechtigte erhielten ein unwiderrufliches Bezugsrecht gegenüber dem Pensionsfonds.

Aktuell existiert für Neueintritte in die LBBW eine fondsakzessorische Direktzusage – der LBBW VorsorgeFonds Plus – bestehend aus einem Basiskonto für Arbeitgeber-Beiträge und einem Aufbaukonto für Beiträge aus der freiwilligen Entgeltumwandlung aller Beschäftigten. Die Beiträge werden in einen Contractual Trust Arrangement (CTA) einbezahlt und über eine lebenszyklusorientierte Kapitalanlage investiert. Die Verpflichtung gegenüber den Beschäftigten orientiert sich dabei an der Entwicklung der Kapitalanlage, mindestens werden die eingezahlten Beiträge garantiert (sog. garantierte Mindestleistung). Auch hierbei handelt es sich um Defined Benefits Plans i. S. v. IAS 19 (leistungsorientierte Pläne).

Für einige aktive und ehemalige Beschäftigte besteht zudem ein Anspruch auf Beihilfeleistungen (medizinische Versorgung). Für den Anteil der Beschäftigten, für den nach Eintritt in den Ruhestand weiterhin Beihilfeansprüche bestehen, wurden diese als leistungsorientierte Pläne erfasst und dafür ebenfalls entsprechende Rückstellungen nach IAS 19 gebildet.

Für die ebenfalls angebotene Entgeltumwandlungsmöglichkeit über eine Direktversicherung besteht kein Rückstellungsbedarf, da diese als beitragsorientierter Plan i. S. v. IAS 19 erfasst wird.

Zusagen im Ausland

In der Niederlassung in London, UK (Landesbank Baden-Württemberg London Branch) wurde den Beschäftigten eine endgehalts- und dienstjahresabhängige Direktzusage (Pensionsplan) erteilt, die für den Neuzugang geschlossen und für neu eintretende Beschäftigte durch einen beitragsorientierten Plan i. S. v. IAS 19 ersetzt wurde. Die Pensionsverpflichtungen des Pensionsplans sind mit einem durch einen Pension-Trust verwalteten Planvermögen unterlegt. Der Pensionsplan sowie der Pension-Trust unterliegen den Regularien in UK, wonach die Bank und die für den Trust zuständigen Treuhänder (Trustees) eine Funding-Strategie entwickeln und Zuwendungen an den Trust planen müssen. Die Risiken aus dem Pensionsplan trägt die Bank. Dabei handelt es sich u. a. um Kapitalanlagerisiken und biometrische Risiken (insbesondere Langlebigkeitsrisiko).

Die Strategie der Vermögensanlage wird alle drei Jahre durch die Bank und die Trustees überprüft und ggf. angepasst. Im Falle einer Unterdeckung wird ein Zuwendungsplan zur Erreichung des gewünschten Deckungsgrads vereinbart. Ein Teil des Planvermögens deckt die erwarteten Zahlungsverpflichtungen kongruent ab (Asset Liability Matching).

Aufgrund von Unwesentlichkeitsgesichtspunkten werden die weiteren Angaben für die ausländischen Pläne nicht differenziert dargestellt.

Bewertung und Bilanzansatz

Für die leistungsorientierten Pläne wird nach den Bestimmungen von IAS 19 der Verpflichtungsumfang jährlich durch einen unabhängigen versicherungsmathematischen Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten (Bezüge- und Rententrend), die zu erwartenden Versorgungsfälle (Alter, Invalidität, Tod), die zu erwarteten Auszahlungsmodalitäten sowie Austritte ohne Versorgungsfall (Fluktuation) berücksichtigt. Ergänzend zum Bezüge- und Rententrend wird in der Bewertung der Pensionsverpflichtungen unterstellt, dass die Bezügeentwicklung der aktiven Beschäftigten bis zum 50. Lebensjahr durch Karriereentwicklung leicht oberhalb des allgemeinen Trends liegt. Der Bezüge- und Rententrend orientiert sich an der Marktinflation. Die Wahrscheinlichkeiten für Tod, Invalidität und die Ehwahrscheinlichkeiten werden den Richttafeln von Prof. Klaus Heubeck entnommen. Als Rentenbeginnalter wird das Alter 64 herangezogen.

Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis eines Rechnungszinssatzes ermittelt, der auf dem alternativen RATE-Link-Verfahren von Willis Towers Watson basiert. Die Datengrundlage für die Zinsermittlung sind die von Bloomberg für die Eurozone erfassten Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating bei wenigstens der Hälfte der Ratingagenturen. Durch finanzmathematische Methoden wird aus dieser Datengrundlage eine Zinsstrukturkurve abgeleitet und hieraus ein mit den Verpflichtungen laufzeitkongruenter Rechnungszinssatz abgeleitet. Die beschriebenen Prämissen werden jährlich geprüft und bei Bedarf angepasst.

Abweichungen vom erwarteten Verlauf der Pensionsverpflichtungen sowie Änderungen der Berechnungsparameter (v. a. Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Rentensteigerung oder Rechnungszinssatz) führen zu sog. versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Diese werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe direkt in den Gewinnrücklagen bzw. im »Sonstigen Ergebnis« erfasst und verändern entsprechend das Eigenkapital.

Der als Schuld- bzw. Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich (falls vorhanden) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens zum Bilanzstichtag. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan, die sich auf den erdienten Anteil von Versorgungsanwartschaften auswirken. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung bzw. bei vorhandenem Planvermögen der Pensionsrückstellung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht. Der Personalaufwand entspricht dem Barwert des jährlichen Zuwachses der erdienten Versorgungsanwartschaft zuzüglich eines eventuellen nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands.

Es erfolgt eine Saldierung der Erträge aus dem Planvermögen mit dem Zinsaufwand. Im Ergebnis wird somit nur der Nettozinsaufwand ausgewiesen. Für die Berechnung des Nettozinsergebnisses wird der Diskontierungszinssatz zugrunde gelegt. Der Ausweis des Dienstzeitaufwands sowie des Nettozinsergebnisses erfolgen in den Verwaltungsaufwendungen.

Risiken und Steuerung

Bei den leistungsorientierten Plänen, die nicht auf den Pensionsfonds nach deutschem Recht übertragen wurden, ist die jeweilige Konzerngesellschaft verpflichtet, Versorgungsleistungen an frühere Beschäftigte

und deren Hinterbliebene zu gewähren. Die damit verbundenen Risiken werden von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen. Für den Teil der leistungsorientierten Zusagen, die auf den Pensionsfonds nach deutschem Recht übertragen wurden, haben Leistungsberechtigte einen Anspruch direkt gegenüber dem Pensionsfonds. Die LBBW bleibt in der Subsidiärhaftung.

Als wesentliche Risiken sind Bilanz-, Liquiditäts- und Kapitalanlagerisiken zu nennen. Bilanzrisiken bestehen nach IAS 19 vor allem in Bezug auf die Auswirkungen der Pensionsverpflichtungen und der Pensionsplanvermögen auf das Eigenkapital, da die Differenz aus erwarteten und tatsächlichen Pensionsverpflichtungen im »Sonstigen Ergebnis« erfasst wird und das Eigenkapital verändert. Bilanzrisiken entstehen dem Grunde und der Höhe nach durch die oben beschriebenen versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste. Sie können sowohl be- als auch entlastend wirken. Haupteinflussfaktor bei den auf die Bilanz bezogenen Risiken sind der Rechnungszinssatz, die Rendite auf Planvermögen sowie die sonstigen ökonomischen und demografischen Bewertungsparameter. Ein weiteres Risiko besteht nach der Übertragung der Pensionsverpflichtungen in der Nachschusspflicht der LBBW an den Pensionsfonds, sofern ein Unterschreiten der Mindestdeckungsrückstellung vorliegt.

Der Rechnungszinssatz spielt bei der Bestimmung des Verpflichtungsumfangs eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt wegen seiner Volatilität. Der allgemeine Rückgang des Zinsniveaus in den letzten Jahren führte zu einem deutlich geringeren Rechnungszinssatz und damit zu einer starken Erhöhung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen. Außerdem wirken sich von den Bewertungsannahmen abweichende Bestands- sowie Marktentwicklungen auf die Verpflichtungshöhe und damit auf die entsprechenden Bilanzposten aus. Fallen die tatsächlichen Bezüge- und Rentenerhöhungen höher oder niedriger aus als angenommen, ergeben sich entsprechende Verluste oder Gewinne. Bei den Gesamtversorgungs- und Limitierungssystemen haben die Entwicklungen der Anwartschaften und Ansprüche bei externen Versorgungsträgern, wie dem (Beamtenversicherungsverein) BVV oder der gesetzlichen Rentenversicherung, Einfluss auf die Höhe der von der Konzerngesellschaft zu leistenden Versorgung, was sich insbesondere bei nachhaltigen Trendänderungen relativ stark auf die Pensionsverpflichtungen auswirken kann. Neben den genannten ökonomischen Risiken bestehen auch sog. biometrische Risiken. Da ein großer Teil der Pensionsverpflichtungen auf lebenslang zu zahlende Leistungen entfällt, ist dabei besonders das Langlebigkeitsrisiko zu nennen. Weichen die tatsächlich beobachteten Todesfälle von den auf Basis der Richttafeln erwarteten ab, ergeben sich ebenfalls Gewinne oder Verluste.

Für die wesentlichen Parameter wurden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Neben dem Rechnungszins als wirkungsstärkste Einflussgröße wurden dabei die Wirkungen des Bezüge-, Renten- und Karrieretrends sowie der Fluktuations- und Verrentungswahrscheinlichkeit untersucht. Auf die Verpflichtungen aus den Kapitalkonten (Basis- und Aufbaukonto) wirken sich die Sterblichkeit, der Bezüge- und Rententrend sowie die Fluktuation vergleichsweise geringer aus, weil rückwirkend dienstzeitbezogen die Versorgungsanwartschaft für aktive Beschäftigte nicht dynamisch mit den Bezügen anwächst. Dadurch wird sich das Bilanzrisiko der Konzernunternehmen im Zeitablauf stetig vermindern. Auf die Verpflichtungen aus dem LBBW VorsorgeFonds Plus hat es in aller Regel aufgrund der Saldierung keinen Einfluss.

Die Erfüllung der Pensionsverpflichtungen ist mit der Zahlung von Ruhegeldern und damit einem Liquiditätsabfluss verbunden. Zudem führte die Dotierung des Pensionsfonds zu einem Liquiditätsabfluss. Abgesehen vom Rechnungszinssatz, der keinen Einfluss auf die Höhe der Versorgungsleistungen hat, wirken sich die beschriebenen Faktoren der Bilanzrisiken auch auf den Liquiditätsbedarf aus. Für die Verpflichtungen des Pensionsfonds, der Unterstützungskasse und der Zusatzversorgungskasse der LBBW sowie der Verpflichtung aus dem LBBW VorsorgeFonds Plus besteht jeweils Planvermögen, aus dem die Ruhegelder erbracht werden. Für weitere Pensionsverpflichtungen besteht kein Planvermögen, sodass Versor-

gungsleistungen aus dem Vermögen der Konzernunternehmen zu erbringen sind. Im Falle einer Unterdeckung stehen die Trägerunternehmen für Nachschüsse ein. Für das Planvermögen besteht ein Kapitalanlagerisiko, dem durch ein sorgsames Asset Management begegnet wird.

Der gesetzliche Insolvenzschutz der Pensionsverpflichtungen der LBBW erfolgt für Zusagen, die nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung im Jahr 2005 erteilt wurden, über den Pensionssicherungsverein. Alle älteren Pensionszusagen sind über die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast insolvenzgesichert.

Sonstige Rückstellungen

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen gebildet. Der beste Schätzwert entspricht einem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt.

Die »Sonstigen Rückstellungen« im Personalbereich enthalten u. a. Jubiläumsrückstellungen, Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit sowie leistungsorientierte Vergütung.

Nach den Regelungen der Ehrungsordnung wird für eine Betriebszugehörigkeit von 10, 25, 40, 50 Jahren eine Jubiläumszahlung gewährt, deren Höhe sich nach betrieblichen oder tarifvertraglichen Regelungen richtet. Hierfür werden entsprechend Jubiläumsrückstellungen ermittelt und gebildet.

Für abgeschlossene Altersteilzeitvereinbarungen werden ebenfalls Rückstellungen gebildet. Die vonseiten des Gesetzgebers vorgeschriebene Wertsicherung für Wertguthaben bei Altersteilzeit erfolgt im Wege einer doppelseitigen Treuhandvereinbarung. Das in den Depots vorgehaltene und zweckgebundene Vermögen ist zumeist in einem Geldmarktfonds investiert und wird mit den entsprechenden Rückstellungen saldiert.

Die LBBW bietet ihren Beschäftigten in der Bank und einigen Tochtergesellschaften ein Langzeitkonto, das sog. LBBW FlexiWertkonto, an. Hierbei haben die Beschäftigten die Möglichkeit, Entgeltbestandteile in das FlexiWertkonto einzubringen und in Form von Zeit (Entnahmezeit) wieder zu entnehmen. Zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung dieser Wertguthaben wurde eine doppelseitige Treuhandvereinbarung eingerichtet. Für die aus diesen Konten entstehenden Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet und mit dem Wertguthaben saldiert.

Für alle »Sonstigen Rückstellungen« bestehen grundsätzlich dieselben Risiken wie für die Altersversorgungsverpflichtungen, allerdings aufgrund der kürzeren Verpflichtungsdauer in weitaus geringerem Umfang.

Des Weiteren bestehen Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft sowie »Übrige Rückstellungen«, welche Rückstellungen für Restrukturierung und Rechtsrisiken enthalten. Nähere Erläuterungen zu den Rechtsrisiken befinden sich im Risiko- und Chancenbericht.

Ergänzende Informationen

Rückstellungen

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	1.667	3.772
Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	210	222
Rückstellungen im Kreditgeschäft	277	146
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	126	140
Übrige Rückstellungen	243	251
Insgesamt	2.523	4.530

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Es bestanden zum Stichtag »Rückstellungen« i. H. v. 1.955 Mio. EUR (Vorjahr: 4.119 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von mehr als zwölf Monaten.

Pensionsrückstellungen

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2020	2019 ¹
Stand 31. Dezember	3.967	3.435
Anpassung Vorjahreswerte inklusive Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	82
Stand 1. Januar	3.967	3.517
In der GuV erfasste Veränderungen	106	121
Zinsaufwand/-ertrag	38	60
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung Pensionsrückstellungen	68	61
Im »Sonstigen Ergebnis« erfasste Veränderungen	113	446
Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne aus Änderungen der demografischen Annahmen	34	0
Versicherungsmathematische Verluste/Gewinne aus Änderungen der finanziellen Annahmen	109	440
Erfahrungsbedingte versicherungsmathematische Verluste/Gewinne	- 30	4
Wechselkursänderungen	- 0	2
Andere Veränderungen	- 115	- 118
Gezahlte Leistungen	- 115	- 117
Stand 31. Dezember	4.072	3.967

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung sank der Zinssatz für die Abzinsung von Pensionsverpflichtungen im Vorjahresvergleich erneut. Er fiel von 0,97 % auf 0,56 %, was zu einer Erhöhung der Pensionsrückstellung führte.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen gliederte sich nach Art der Begünstigten wie folgt:

Mio. EUR	01.01. - 31.12.2020	01.01. - 31.12.2019 ¹
Barwert der Pensionsverpflichtungen für aktive Arbeitnehmer	1.594	1.555
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Anwärter	625	593
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Rentner	1.853	1.820
Insgesamt	4.072	3.967

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Die Untergliederung dieses Barwerts nach Art der Leistung ergab sich wie folgt:

Mio. EUR	01.01. - 31.12.2020	01.01. - 31.12.2019 ¹
Barwert der angesammelten, aber verfallbaren Pensionsverpflichtungen	1.467	288
Barwert der unverfallbaren Pensionsverpflichtungen	2.605	3.679
Insgesamt	4.072	3.967

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen ergab sich aus den folgenden Zusagen bzw. Leistungen:

Mio. EUR	01.01. - 31.12.2020	01.01. - 31.12.2019 ¹
Barwert der Pensionsverpflichtungen, begründet durch bedingte Leistungen	4	4
Barwert der Pensionsverpflichtungen, begründet durch künftige Gehaltssteigerungen	204	291
Barwert der Pensionsverpflichtungen, begründet durch sonstige Leistungen	3.864	3.671
Insgesamt	4.072	3.967

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2020	31.12.2019
Fluktuation	4,00	4,00
Abzinsungssatz	0,56	0,97
Erwartete Einkommensentwicklung	1,45	1,85
Erwartete Rentenentwicklung	1,30	1,70
Karrieredynamik	0,50	0,50
Verrentungswahrscheinlichkeit	50,00	50,00

Die Sterblichkeit, Ehemwahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den aktuellen Heubeck-Richttafeln 2018 G. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnungsmäßigen Pensionierungsalter angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum Abschlussstichtag hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen. Eine Änderung der einzelnen Parameter um 0,5 Prozentpunkte hätte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtung zum Ende des laufenden Geschäftsjahres:

31.12.2020 Mio. EUR	Zunahme um 0,5 Prozentpunkte	Abnahme um 0,5 Prozentpunkte
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Abzinsungssatzes	- 316	360
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	104	- 87
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	85	- 77
Änderung der Karrieredynamik	3	- 3
Änderung der Fluktuation	- 0	0
Änderung der Verrentungswahrscheinlichkeit	2	- 2

31.12.2019 ¹ Mio. EUR	Zunahme um 0,5 Prozentpunkte	Abnahme um 0,5 Prozentpunkte
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Abzinsungssatzes	- 306	348
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	114	- 100
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	86	- 77
Änderung der Karrieredynamik	4	- 4
Änderung der Fluktuation	- 1	1
Änderung der Verrentungswahrscheinlichkeit	1	- 1

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um ein Jahr würde zu einem Anstieg der Leistungszusagen um 142 Mio. EUR (Vorjahr: 149 Mio. EUR) führen.

Bei der Ermittlung der Sensitivitäten wurde jeder Parameter c. p. gestresst. Eine Korrelation der Bewertungsannahmen untereinander wurde somit nicht berücksichtigt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wies zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Festgelder und sonstige liquide Mittel	9	8
Level-I-bewertet	5	4
Level-II-bewertet	4	4
Wertpapiere	176	185
Wertpapiere – Eigenkapitalinstrumente	45	45
Eigenkapitalinstrumente von Kreditinstituten	33	45
Level-I-bewertet	33	32
Level-II-bewertet	0	13
Eigenkapitalinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	11	0
Level-II-bewertet	11	0
Wertpapiere – Schuldinstrumente	131	139
Schuldinstrumente von Kreditinstituten	119	139
Level-I-bewertet	119	129
Level-II-bewertet	0	10
Schuldinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	12	0
Level-II-bewertet	12	0
Immobilien	1	3
Investmentfonds	2.219	0
Level-I-bewertet	2.219	0
Planvermögen	2.405	195

In den vorab aufgeführten Vermögenswerten des Planvermögens sind keine übertragbaren Finanzinstrumente der LBBW bzw. von der LBBW genutzte Immobilien enthalten.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2020	2019
Stand 1. Januar	197	199
In der GuV erfasste Veränderungen	2	4
Zinsertrag/-aufwand	2	4
Im »Sonstigen Ergebnis« erfasste Veränderungen	- 2	4
Ertrag/Aufwand aus dem Planvermögen (abzüglich des im Nettozinsergebnis erfassten Ertrags)	- 1	2
Wechselkursänderungen	- 2	2
Andere Veränderungen	2.208	- 12
Beiträge des Arbeitgebers	2.224	7
Gezahlte Leistungen	- 16	- 19
Stand 31. Dezember	2.405	195

Der für das kommende Geschäftsjahr geschätzte einzuzahlende Beitrag der LBBW zum Planvermögen beläuft sich im Konzern auf 8 Mio. EUR (Vorjahr: 7 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	4.072	3.967
davon Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	3.577	3.498
davon Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	495	469
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	- 2.405	- 195
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	1.667	3.772
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	1.667	3.772

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung beträgt 16,8 Jahre (Vorjahr: 15,9 Jahre).

Die folgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse der Leistungszahlungen im aktuellen Geschäftsjahr:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Fälligkeitsanalyse		
Bis 1 Jahr	125	117
Mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	531	548
Mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	738	777
Mehr als 10 Jahre bis zu 15 Jahren	778	788
Mehr als 15 Jahre	2.796	2.551

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

Sonstige Rückstellungen

Die Entwicklung der »Sonstigen Rückstellungen« im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2020	140	222	251	612
Zuführung	57	47	139	242
Auflösung	- 11	- 51	- 91	- 153
Verbrauch	- 57	- 5	- 60	- 122
Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	0	1	1	3
Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	- 0	- 1	- 0	- 1
Sonstige Veränderungen	- 2	- 2	2	- 2
Stand 31. Dezember 2020	126	210	243	579

Die »Sonstigen Rückstellungen« im Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Jubiläumsrückstellungen und Rückstellungen für leistungsorientierte Vergütung.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestanden verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen die LBBW. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater der Bank Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sind sowie die Höhe der Beträge abschätzbar ist. Bei anderen rechtlichen Risiken war der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass eine Zahlung der Bank nicht wahrscheinlich ist (ggf. erfolgt ein Ausweis als Eventualverbindlichkeit) bzw. dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

Insgesamt wurden »Sonstige Rückstellungen« mit einer Laufzeit von mehr als zwölf Monaten i. H. v. 417 Mio. EUR abgezinst. Dabei können auch negative Zinssätze zur Anwendung kommen. Die durchschnittlichen Fälligkeiten der »Sonstigen Rückstellungen« liegen in einer Bandbreite von einem Jahr bis zu 13 Jahren.

Die nach IFRS 9 gebildete Risikovorsorge auf Finanzgarantien und außerbilanzielle Geschäfte ist in den Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten (Ermittlung der Risikovorsorge siehe Note 20).

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Rückstellungen im Kreditgeschäft dar:

Mio. EUR	Stufe 1 Erwarteter Verlust über 12 Monate	Stufe 2 Erwarteter Verlust über Restlaufzeiten	Stufe 3 Beeinträchtigte Bonität nach Zugangs- zeitpunkt	Beeinträchtigte Bonität im Zugangs- zeitpunkt	Insgesamt
Stand 1. Januar 2020	18	30	97	0	146
Bestandsveränderungen	- 12	125	- 1	0	113
Transfer nach Stufe 1	4	- 4	0	0	0
Transfer nach Stufe 2	- 5	8	- 3	0	0
Transfer nach Stufe 3	- 0	- 1	1	0	0
Zuführung	2	136	31	0	170
Auflösung	- 13	- 14	- 30	0	- 57
Zugänge	7	3	39	0	49
Abgänge	- 2	- 3	- 24	0	- 29
Sonstige Veränderungen	- 0	- 0	- 1	0	- 2
Stand 31. Dezember 2020	11	155	111	0	277

52. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Unter den »Sonstigen Aktiva« werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierunter fallen auch Vorräte, die im Wesentlichen die Aktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Immobiliengeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH stehen, abbilden. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstückgleiche Rechte mit fertigen und/oder unfertigen Bauten.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs-/Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., die des Nettoveräußerungswerts gemäß IAS 2.28 ff. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt. Die Anschaffungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Erwerbs- und Bereitstellungskosten, die Herstellungskosten beinhalten alle direkt zurechenbaren Kosten sowie Fertigungs- und Materialgemeinkosten. Als Nettoveräußerungswert werden die jeweils am Markt erwarteten, individuell erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich geschätzter Kosten für die Fertigstellung und weiterer bis zum Verkauf anfallender Kosten angesetzt. Die Abbildung der Ergebnisse dieser Geschäftstätigkeit erfolgt unter dem Posten »Sonstiges betriebliches Ergebnis«, der auch die Wertveränderungen beinhaltet.

Die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen auf Basis des IAS 23 ist an die Bedingung gebunden, dass es sich bei dem Objekt um einen qualifizierten Vermögenswert handelt. Bei den angefallenen Fremdkapitalzinsen

handelt es sich vor allem um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Es wurden individuelle Zinssätze, die zwischen 0,85 % p. a. und 2,50 % p. a. (Vorjahr: 0,85 % p. a. und 2,50 % p. a.) liegen, angewandt.

Unter den »Sonstigen Passiva« sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieses Postens zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Ergänzende Informationen

Sonstige Aktiva

Wertminderungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten »Sonstiges betriebliches Ergebnis« ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Vorräte	802	762
Forderungen an Finanzbehörden	71	61
Übrige Sonstige Aktiva	2.006	1.797
Insgesamt	2.878	2.619

In den »Sonstigen Aktiva« waren Vermögenswerte i. H. v. 336 Mio. EUR (Vorjahr: 610 Mio. EUR) enthalten, die eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten haben.

Die »Vorräte« erhöhten sich vorrangig aufgrund von Zugängen zu diversen Immobilien-Projekten und unterteilten sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	421	434
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	91	89
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	161	110
Sonstiges Vorratsvermögen	129	128
Insgesamt	802	762

Der Buchwert der »Vorräte«, die zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufsaufwendungen angesetzt wurden, betrug 44 Mio. EUR (Vorjahr: 46 Mio. EUR).

Der Buchwert der »Vorräte«, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten verpfändet wurden, betrug 283 Mio. EUR (Vorjahr: 289 Mio. EUR).

Es wurden Fremdkapitalzinsen i. H. v. 6 Mio. EUR (Vorjahr: 11 Mio. EUR) aktiviert.

Unter dem »Sonstigen Vorratsvermögen« werden u. a. Edelmetallbestände ausgewiesen.

Sonstige Passiva

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Verbindlichkeiten aus		
Sonstigen Steuern	40	51
Beschäftigungsverhältnissen	15	37
Lieferungen und Leistungen	63	71
Fremdanteilen	3	3
Leasing	326	381
Erhaltene Anzahlungen	198	146
Übrige Sonstige Passiva	1.571	1.424
Insgesamt	2.217	2.113

Die »Sonstigen Passiva« mit einer Fälligkeit von größer zwölf Monaten betrugen zum Stichtag 285 Mio. EUR (Vorjahr: 347 Mio. EUR).

Erläuterungen zu Leasingangaben finden sich in Note 49.

53. Außerbilanzielle Geschäfte

Eventualverbindlichkeiten

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	7.232	7.777
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	151	113
Insgesamt	7.383	7.890

Die Eventualverbindlichkeiten werden von Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dominiert:

- Eine Bürgschaft ist gemäß § 765 Abs. 1 BGB die vertragliche Verpflichtung des Bürgen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen.
- Gewährleistungsverträge sind alle nicht als Bürgschaft zu qualifizierenden vertraglichen Verpflichtungen, die das Entstehen für einen bestimmten Erfolg oder eine Leistung oder für den Nichteintritt eines bestimmten Nachteils oder Schadens zum Gegenstand haben.
- Das Dokumenten-Akkreditiv ist das Versprechen einer Bank, bei Vorlage bestimmter Dokumente Zahlung zu leisten.

Finanzgarantien sind hierin nicht enthalten.

Liegen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vor, ist ein etwaiger Verlust anhand wahrscheinlichgewichteter Szenarien zu ermitteln. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich aus dem barwertigen Betrag, mit dem die Bank eine Inanspruchnahme zu ihren Lasten durch den Garantiebegünstigten erwartet, abzüglich erwarteter Zuflüsse, z.B. aus Rechten (Rückgriffsrechte, Sicherheiten etc.). Der Ausweis erfolgt im Posten »Rückstellung im Kreditgeschäft«.

Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten umfassen neben Rechtsrisiken auch Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Restrukturierungsfonds (»Bankenabgabe«), die bei Abwicklungsmaßnahmen auf erstes Anfordern ganz oder teilweise zu leisten sind und für die eine Barsicherheit gestellt worden ist.

Das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) regelt die zukünftige finanzielle Ausstattung der gesetzlichen und institutsbezogenen Sicherungssysteme, darunter auch das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe. Die LBBW hat sich gegenüber dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. als Träger des institutsbezogenen Sicherungssystems unwiderruflich

verpflichtet, neben dem Jahresbeitrag weitere Zahlungen z. B. im Entschädigungsfall gemäß § 10 EinSiG auf erstes Anfordern zu leisten. Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten beinhalten die in diesem Zusammenhang geleisteten Sicherungsleistungen.

Zusätzlich zu den in obiger Tabelle dargestellten Eventualverbindlichkeiten bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

- Die LBBW hat sich nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds dazu verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.
- Abgegebene Patronatserklärungen können der Anteilsbesitzliste (siehe Note 57) entnommen werden.
- Verpflichtung aus der Gewährträgerhaftung: Die LBBW (Bank) haftet für die bis zum 18. Juli 2001 entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der ehemaligen LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, zeitlich unbegrenzt. Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Andere Verpflichtungen

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Unwiderrufliche Kreditzusagen	32.677	28.961
Insgesamt	32.677	28.961

Der Posten besteht ausschließlich aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Betrag der gewährten Zusage, den die Bank nicht widerrufen kann. Im Falle der Inanspruchnahme besteht für die LBBW das Risiko, dass ihre Forderung gegenüber dem Kreditnehmer abzüglich der Sicherheiten nicht werthaltig ist (zur Risikovorsorgebildung siehe Note 20).

Weitere nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	894	617
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	203	273
Widerrufliche Kreditzusagen	22.946	20.380
Übrige	39	31
Insgesamt	24.082	21.300

Zusätzlich zu den in obiger Tabelle dargestellten sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

Die Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen beinhalten Nachschusspflichten gegenüber zentralen Kontrahenten i. H. v. 805 Mio. EUR (Vorjahr: 531 Mio. EUR). Zuzüglich zu den in der Tabelle dargestellten Posten fallen jährlich 213 Mio. EUR (Vorjahr: 197 Mio. EUR) für Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen an.

Eventualforderungen

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Rechtsstreitigkeiten	7	7
Insgesamt	7	7

Treuhandgeschäfte

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten sowie Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Forderungen an Kreditinstitute	755	234
Forderungen an Kunden	174	94
Finanzanlagen	1	1
Sonstige Aktiva	32	28
Treuhandvermögen insgesamt¹	962	358
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	960	355
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1	1
Sonstige Verbindlichkeiten	0	2
Treuhandverbindlichkeiten insgesamt¹	962	358

¹ Inklusive Forderungen und Verbindlichkeiten in fremdem Namen auf fremde Rechnung (Verwaltungskredite).

54. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unterhält die LBBW Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Hierzu gehören die Anteilseigner der LBBW (siehe Note 55), beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen und nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, assoziierte Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der LBBW (Bank) einschließlich Angehöriger. Sonstige nahestehende Personen/Unternehmen enthalten zudem Beteiligungen der Anteilseigner und Unternehmen, auf welche die Personen in Schlüsselpositionen und deren Familienangehörige einen beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss ausüben können.

Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit Personen in Schlüsselpositionen können der Note 59 entnommen werden.

Die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Dabei handelte es sich u.a. um Kredite, Tages- und Termingelder, Derivate und Wertpapiergeschäfte.

Der Umfang der Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

31.12.2020 Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahestehende Personen/ Unternehmen
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	582	4	2	110	0	940
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	732	0	22	171	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	24	0	0	0	0	0
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	2.514	0	6	82	4	516
Sonstige Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Aktiva insgesamt	3.852	4	30	363	4	1.456
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	579	10	44	120	10	11.908
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	53	0	146
Rückstellungen	0	0	0	0	3	0
Passiva insgesamt	580	10	44	174	13	12.054
Außerbilanzielle Geschäfte	383	1	9	90	3	1.080

31.12.2019 Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahestehende Personen/ Unternehmen
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte	548	3	3	200	0	1.322
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	526	0	22	171	0	99
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	18	0	0	0	0	0
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.904	0	6	118	6	421
Sonstige Vermögenswerte	0	0	1	0	0	0
Aktiva insgesamt	2.997	3	33	489	6	1.842
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	2.687	10	45	154	10	11.662
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	22
Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	53	0	201
Rückstellungen	0	0	0	0	3	0
Passiva insgesamt	2.688	10	46	207	13	11.885
Außerbilanzielle Geschäfte	331	1	10	86	4	930

Aus Geschäften mit nahestehenden Personen und Unternehmen ergaben sich wesentliche Erträge und Aufwendungen im Zinsergebnis i. H. v. 231 Mio. EUR (Vorjahr: 132 Mio. EUR).

Die LBBW hat die Ausnahmeregelung gemäß IAS 24.25 nicht in Anspruch genommen.

Mit Wirkung zum 31. Dezember 2020 hat die LBBW (Bank) unmittelbare Pensionsverpflichtungen i. H. v. 2.218 Mio. EUR an einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds nach deutschem Recht zusammen mit den entsprechenden Finanzierungsmitteln übertragen.

55. Eigenkapital

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg i. V. m. § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg eingezahlte Kapital. Am Stammkapital der LBBW sind beteiligt:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) mit 40,53 %,
- das Land Baden-Württemberg (Land) mit 24,99 %,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt) mit 18,93 %,
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) mit 15,55 %.

Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabe-Agio).

Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus dem Konzernergebnis die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Darüber hinaus sind in den Gewinnrücklagen die Effekte aus versicherungswirtschaftlichen

cherungsmathematischen Gewinnen bzw. Verlusten inklusive dazugehöriger latenter Steuern im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen werden realisierte Gewinne und Verluste aus der eigenen Bonität (Own Credit Spread) sowie die dazugehörigen latenten Steuern.

Die Zusammensetzung des »Sonstigen Ergebnis« ist aus der Eigenkapitalveränderungsrechnung ersichtlich.

Ergänzende Informationen

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019 ¹
Stammkapital	3.484	3.484
Kapitalrücklage	8.240	8.240
Gewinnrücklage	1.243	744
Sonstiges Ergebnis	74	152
Bilanzgewinn/-verlust	172	442
Eigenkapital der Anteilseigner	13.214	13.063
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	745	745
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	33	32
Insgesamt	13.992	13.840

1 Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 3).

In den Gewinnrücklagen wurden kumulierte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern i. H. v. – 1.303 Mio. EUR (Vorjahr: – 1.223 Mio. EUR) ausgewiesen. Auch Gewinn- und Verlustvorträge aus vergangenen Perioden wurden in den Gewinnrücklagen ausgewiesen.

Im Sonstigen Ergebnis war zum aktuellen Stichtag ein Bewertungseffekt nach latenten Steuern i. H. v. 38 Mio. EUR (Vorjahr: 4 Mio. EUR) im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität enthalten, was zum Teil auf die Erhöhung des eigenen Credit Spread (sog. Own Credit Spread, OCS) infolge der Corona-Pandemie zurückzuführen war.

Insgesamt enthielt der Posten Eigenkapital erfolgsneutral erfasste Steuern i. H. v. 538 Mio. EUR (Vorjahr: 555 Mio. EUR).

Aufgrund der Corona-Pandemie hatte die EBA als übergeordneter Regulator und die EZB als zuständige Aufsichtsbehörde im Jahr 2020 empfohlen, vorläufig auf Ausschüttungen aus dem Jahresergebnis 2019 und 2020 zu verzichten. Mitte Dezember 2020 wurde durch die EZB mitgeteilt, dass im Zeitraum bis zum 30. September 2021 eine Ausschüttung von bis zu 15 % des kumulierten Konzernergebnisses (in der aufsichtsrechtlichen Definition und nach Steuern bzw. Bedienung von zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen) der beiden Geschäftsjahre, zusammen aber höchstens 20 Basispunkte bezogen auf die harte Kernkapitalquote als angemessen betrachtet wird. Die LBBW hat daher eine entsprechende Ausschüttungsabsicht für das Jahr 2019 bei der EZB angezeigt, die keine Einwände gegen eine Ausschüttung im Rahmen des von ihr definierten Leiplankenansatzes erhoben hat. Die Beschlussfassung über die Gewinnverwendung obliegt der Hauptversammlung. Diese hat im Februar 2021 – unter Einhaltung der von der EZB vorgegebenen Leitplanken – einen Beschluss gefasst, eine Ausschüttung an ihre Träger aus dem Jahresergebnis 2019 in Höhe von 70 Mio. EUR vorzunehmen. Auf das harte Kernkapital (CET 1) hat die Ausschüttung keinen Einfluss, da der für Ausschüttungszwecke vorgesehene Betrag nicht dem CET 1 zugeordnet war.

Die detaillierte Entwicklung der einzelnen Bestandteile des Postens Eigenkapital kann der Eigenkapitalveränderungsrechnung entnommen werden.

56. Kapitalmanagement

Zielsetzung des Prozesses ist es, eine angemessene Kapital- und Liquiditätsausstattung sowohl in Zeiten normaler Geschäftstätigkeit wie auch in Stressphasen sicherzustellen und damit die dauerhafte Überlebensfähigkeit des LBBW-Konzerns zu gewährleisten. Für den normalen Geschäftsbetrieb steht dabei die Erreichung der Unternehmensziele im Fokus, während zugleich für Stressphasen Vorkehrungen für eine hinreichende Stressresistenz getroffen werden.

Die jährlich durchgeführte Mittelfristplanung umfasst die ökonomische und die regulatorische Sichtweise, verknüpft diese und fungiert als Bindeglied zwischen dem strategischen Rahmen und der unterjährigen Gesamtbanksteuerung. Der Planungszeitraum erstreckt sich über fünf Jahre; Grundlage für die Planung ist die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Corona-Lage sowie die in diesem Rahmen geplante Geschäftstätigkeit.

Die Planung legt damit die Grundlage für die Überwachung festgelegter Ziele auf allen Steuerungsebenen. Innerhalb der Steuerungsbereiche und -dimensionen werden Zielabweichungen analysiert, berichtet und ggf. Maßnahmen zur Zielerreichung beschlossen, umgesetzt und nachgehalten. Dies erfolgt durch die festgelegten Zuständigkeiten/Gremien innerhalb der Steuerungskreisläufe.

Ergänzend wird die Einhaltung der internen Zielvorgaben auch für eine adverse Entwicklung der Corona-Lage über den gleichen Zeithorizont sichergestellt.

Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden bei Entscheidungen durch Gremien und ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen unterstützt. Das risikorelevante Berichtswesen i. S. d. Vorgaben der MaRisk bilden dabei der Gesamtrisikobericht und der Bericht an das Asset Liability Committee (ALCo).

Das überwachende Gremium Risiko Komitee setzt sich zusammen aus den für Immobilien- und Projektfinanzierungen, Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Risikomanagement, Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten, dem Bereichsdezernent Finanzen/Strategie sowie den Bereichsleitern aus Konzernrisikocontrolling, Compliance, Finanzcontrolling, Treasury und Marktfolge. Als beratender Ausschuss arbeitet es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Risikoüberwachung, Risikomethodik und Risikostrategie für den Gesamtkonzern. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen.

Das steuernde Gremium ALCo hat ebenfalls eine beratende Funktion und beschließt über Vorschläge zur Entscheidung durch den Gesamtvorstand. Fokus des ALCo ist die strategische Ressourcensteuerung für den Gesamtkonzern. Es unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, Kapitalsteuerung, Liquiditätssteuerung und Refinanzierung sowie der Marktpreisrisikosteuerung. Das Komitee setzt sich zusammen aus den für Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Risikomanagement, Compliance und Revision zuständigen Dezernenten, dem Bereichsvorstand Finanzen/Strategie sowie den Bereichsleitern Finanzcontrolling und Treasury. Darüber hinaus nehmen die Bereiche Konzernrisikocontrolling und Finanzen an den Sitzungen teil.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht das Regulatorik-/Bilanzierungskomitee. Das Komitee setzt sich u. a. zusammen aus den für Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Risikomanagement, Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten, den Bereichsvorständen Informationstechnologie, Finanzen/Strategie sowie Bereichsleitern aus Recht, Konzernrisikocontrolling, Compliance, Finanzen, Finanzcontrolling, Konzernrevision, Treasury und Marktfolge.

Ökonomisches Kapital

Zur Sicherstellung einer unter ökonomischen Gesichtspunkten angemessenen Kapitalisierung erfolgt eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikoarten und Tochtergesellschaften hinweg sowie deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse).

Die interne Überwachung der Risikotragfähigkeit (RTF) anhand von verbindlichen Zielwerten und Toleranzgrenzen stellt die Angemessenheit der ökonomischen Kapitalausstattung des LBBW-Konzerns für Zeiten der normalen Geschäftstätigkeit wie auch für Stressphasen sicher. Aktuell stehen hierbei mögliche Entwicklungen der Corona-Pandemie gegenüber anderen denkbaren Szenarien im Mittelpunkt. Die Darstellung der Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns erfolgt vor möglichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung (sog. Bruttobetrachtung).

Details hierzu befinden sich im Risikobericht des zusammengefassten Konzernlageberichts.

Regulatorisches Kapital

Die Kapitalquoten der LBBW-Gruppe werden nach den Vorgaben von Art. 92 CRR i. V. m. Art. 11 CRR ermittelt. Danach betragen die jederzeit einzuhaltenden Quoten:

- Harte Kernkapitalquote (Basis: hartes Kernkapital) von 4,5 %, zuzüglich relevanter Kapitalpuffer,
- Kernkapitalquote (Basis: hartes sowie zusätzliches Kernkapital) von 6,0 %,
- Gesamtkapitalquote (Basis: hartes und zusätzliches Kernkapital sowie Ergänzungskapital) von 8 %.

Durch die EZB wurde der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) durchgeführt. Auf Grundlage dieses Prozesses wurde von der EZB festgelegt, dass die LBBW über die Mindestanforderungen nach Art. 92 CRR hinaus im Jahr 2020 unverändert einen SREP-Aufschlag in Höhe von 1,75 % vorzuhalten hat. Im Gegensatz zum Vorjahr war ab April 2020 eine harte Kernkapitalquote i. H. v. 8,98 % (bis April 2020: 9,75 %) auf konsolidierter Basis einzuhalten. Die Reduktion um 0,77 Prozentpunkte resultiert aus der geänderten Anforderung an die vorzuhaltende Kapitalqualität. Durch die Erleichterungen aufgrund der Corona-Pandemie kann der verbleibende Anteil in Höhe von 0,77 Prozentpunkten in Form von AT1 bzw. T2-Kapital vorgehalten werden. Eine weitere Reduktion um 0,25 Prozentpunkte ergibt sich aufgrund des geänderten Beschlusses zum Puffer für anderweitig systemrelevante Banken, womit die Kapitalanforderung an das harte Kernkapital ab November 2020 8,73 % beträgt. In dieser Quote sind die gesetzlichen Mindestanforderungen an die harte Kernkapitalquote, der Kapitalerhaltungspuffer, der Puffer für anderweitig systemrelevante Banken sowie die zusätzliche Kapitalanforderung der Aufsicht im Rahmen des SREP-Prozesses enthalten.

Des Weiteren ist ein institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer vorzuhalten. Dieser Kapitalpuffer kann von Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und von Drittstaaten für die in ihren Staaten belegenen maßgeblichen Risikopositionen verhängt werden. Ergänzend hierzu hat die Bank die Anforderungen aus der Pillar II Capital Guidance (P2G) als zusätzliche Kapitalempfehlung einzuhalten.

Die Quoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Kapitalbestandteile zum Gesamtforderungsbetrag, ausgedrückt als Prozentsatz. Der Gesamtforderungsbetrag ergibt sich aus den risikogewichteten Forderungsbeträgen für das Kredit- und Verwässerungsrisiko, dem Gegenparteiausfallrisiko aus Handelsbuchhaltung, den Marktpreisrisiken (Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken), den Risiken einer Anpassung der Kreditbewertung bei OTC-Derivaten sowie dem Operationellen Risiko. Diese aufsichtsrechtlich geforderten Quoten wurden im Geschäftsjahr 2020 jederzeit eingehalten.

Die Eigenmittel ergeben sich aus der Summe von Kernkapital und Ergänzungskapital.

Das Kernkapital setzt sich zusammen aus dem harten sowie dem zusätzlichen Kernkapital. Dabei umfasst das harte Kernkapital das eingezahlte Kapital, die damit verbundenen Agien (Kapitalrücklagen), die Gewinnrücklagen und das kumulierte »Sonstige Ergebnis«.

Das zusätzliche Kernkapital enthält die im Geschäftsjahr 2019 begebene AT1-Anleihe sowie die Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Diese können aufgrund der Übergangsbestimmungen bis Ende 2021 innerhalb der gemäß Art. 486 CRR i.V.m. § 31 SolvV geltenden Bandbreiten weiterhin in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden. Nicht mehr in diese Bandbreiten fallende Beträge können, sofern die Bedingungen für die Anrechnung als Ergänzungskapital erfüllt sind, in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden.

Das Ergänzungskapital besteht aus verbrieften langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten sowie langfristigen nachrangigen Darlehen und Genussrechten, welche die Bedingungen des Art. 63 CRR erfüllen, sowie den damit verbundenen Agien. Weiterhin werden die Anteile der »Stillen Einlagen«, die aufgrund der Übergangsbestimmungen nicht mehr als AT1-Kapital angerechnet werden können, im Rahmen des Ergänzungskapitals angerechnet. Die Instrumente des Ergänzungskapitals unterliegen in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit einer taggenauen Abschmelzung.

Vom harten Kernkapital sind die immateriellen Vermögenswerte, von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche aus Verlustvorträgen, die Vermögenswerte von Pensionsfonds mit Leistungszusage sowie der Wertberichtigungsfehlbetrag für Forderungen, die gemäß dem IRB-Ansatz berechnet wurden, abzuziehen. Des Weiteren müssen bei der Ermittlung der Eigenmittel die durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingten Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten und aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren, sowie Wertanpassungen aufgrund der Anforderungen für eine vorsichtige Bewertung abgezogen werden. Einen weiteren Abzugsposten bilden die unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Einlagensicherungssystem des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) sowie gegenüber dem Abwicklungsfonds des Single Resolution Board (SRB).

Im Rahmen der Marktpflege können in Wertpapieren verbriefte Ergänzungskapitalbestandteile innerhalb der geltenden Grenzen zurückgekauft werden. Eigene zurückgekauften, direkt sowie indirekt gehaltene Ergänzungskapitalinstrumente sind vom Ergänzungskapital abzuziehen. Die beantragte Obergrenze wurde im Jahr 2020 eingehalten.

Die LBBW wendet den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigten, auf internen Ratings basierenden Ansatz (Basis-IRB-Ansatz) für die Ermittlung der Eigenmittelunterlegung von Adressrisiken aus wesentlichen Forderungsklassen an. Die Eigenmittelanforderungen für Forderungen, für die noch keine Zulassung eines Ratingverfahrens vorliegt, werden nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) berechnet.

Die Eigenmittel gemäß CRR berechnen sich auf Basis des IFRS-Abschlusses der aufsichtsrechtlich einzubeziehenden Unternehmen.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel sowie des Gesamtrisikobetrags des LBBW-Konzerns nach aktuell geltendem Aufsichtsrecht (»phase-in«) zum Meldestichtag 31. Dezember 2020 ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
<i>Eigenmittel</i>	18.732	18.492
Kernkapital (Tier I)	13.632	13.257
davon hartes Kernkapital (CET I)	12.406	11.790
davon zusätzliches Kernkapital (AT I)	1.226	1.467
Ergänzungskapital (Tier II)	5.100	5.235
<i>Gesamtrisikobetrag</i>	82.042	80.484
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko, Vorleistungen sowie sonstige Risikopositionsbeträge	70.207	69.347
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	2	19
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	5.951	5.282
Gesamtbetrag der Risikopositionen für »Operationelle Risiken«	4.745	4.661
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	1.137	1.175
<i>Gesamtkapitalquote in %</i>	22,8	23,0
<i>Kernkapitalquote in %</i>	16,6	16,5
<i>Harte Kernkapitalquote in %</i>	15,1	14,6

Weitere Informationen nach Art. 435 ff. CRR, darunter zu den Eigenmitteln und den Eigenmittelanforderungen nach Art. 437 und 438 CRR, veröffentlicht die LBBW im Offenlegungsbericht nach § 26a KWG. Der Offenlegungsbericht wird vierteljährlich aktualisiert und ist auf der Homepage der LBBW unter dem Stichwort »Offenlegungsbericht« zu finden.

Mio. EUR	31.12.2020	31.12.2019
<i>Kernkapital (Tier I)</i>	13.632	13.257
Eingezahlte Kapitalinstrumente	3.485	3.485
Agio	8.240	8.240
Zusätzliches Kernkapital	1.226	1.467
Einbehaltene Gewinne, kumuliertes Ergebnis sowie »Sonstige Rücklagen«	1.144	1.030
Abzugspositionen vom harten Kernkapital gemäß CRR unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen	- 462	- 965

Erläuterung der Veränderungen 2019 zu 2020

Das harte Kernkapital (CET 1) der LBBW-Gruppe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr. Die wesentlichen Gründe hierfür waren die Zurechnung des Jahresergebnisses 2019 zum harten Kernkapital unter Abzug des für die Ausschüttung vorgesehenen Betrages. Des Weiteren führten die Reduktion des IRB-Fehlbetrags und der immateriellen Vermögensgegenstände im Zuge der Feststellung des Jahresabschlusses 2019 ebenfalls zu einer Erhöhung des CET 1. Die Erhöhung der versicherungsmathematischen Verluste wurde durch eine angestiegene Neubewertungsrücklage bei den Beteiligungen kompensiert. Dieses Jahr erfolgte die Beantragung auf Anrechnung von Jahresendgewinnen des Geschäftsjahres 2020 gemäß Art. 26 Abs. 2 CRR. Damit einhergehend verringerte sich insbesondere erneut der Abzugsposten »Immaterielle Vermögensgegenstände« gegenüber dem Vorjahr. Die Inanspruchnahme der Übergangsregelungen für die Erstanwendungseffekte nach IFRS 9 sowie der Übergangsbestimmungen für die Neubewertungsrücklage zeitwertbilanzierter Schuldtitel von Zentralstaaten wirkten sich in Summe ebenfalls erhöhend auf das harte Kernkapital aus.

Das zusätzliche Kernkapital (AT1) verringerte sich aufgrund der geltenden Übergangsbestimmungen, die nur noch eine begrenzte Anrechnung von »Stillen Einlagen« ermöglichen. Das Ergänzungskapital (T2) war ebenfalls rückläufig. Dies resultierte insbesondere aus Fälligkeiten sowie der taggenauen Amortisierung von Ergänzungskapitalbestandteilen. Weitere Punkte waren die Entwicklung der Währungskurse von USD und SGD und die vom Ergänzungskapital abzuziehenden Erstanwendungseffekte gemäß IFRS 9. Gegenläufig dazu wirkte die Anrechnung von »Stillen Einlagen« im Rahmen der Übergangsvorschriften, die gemäß CRR die Bedingungen für AT1 nicht mehr erfüllen, sondern lediglich die Bedingungen für T2. Der Wertberichtigungsüberschuss wirkte sich ebenfalls erhöhend auf das Ergänzungskapital aus.

Die das harte Kernkapital beeinflussenden Veränderungen wirken sich auf alle Kapitalquoten aus. Eine Erhöhung des zusätzlichen Kernkapitals beeinflusst die Kern- sowie die Gesamtkapitalquote; die Emission von Ergänzungskapital hat lediglich auf die Gesamtkapitalquote einen positiven Effekt.

Der Gesamtrisikobetrag erhöhte sich leicht gegenüber dem Vorjahres-Ultimo. Im Kreditrisiko waren die Haupttreiber die allgemeine Geschäftsentwicklung und der Abschluss von Neugeschäften sowie konjunkturell getriebene Ratingaufschläge bei den gemäß internem Ratingansatz bewerteten Forderungen. Gegenläufig dazu wirkte sich der Verkauf einer strategischen Beteiligung im ersten Halbjahr aus. Der Anstieg des Gesamtforderungsbetrags für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken resultiert ebenfalls aus dem Abschluss von Neugeschäften.

G. Zusatzangaben nach § 315e HGB

57. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures

Der Anteil der assoziierten Unternehmen und der Joint Ventures an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie an Erlösen und Periodenergebnissen wird in Note 8 dargestellt.

Die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, die LBBW Service GmbH, Stuttgart, die ALVG Anlagenvermietung GmbH, Stuttgart, die SüdFactoring GmbH, Stuttgart, und die SüdLeasing GmbH, Stuttgart, haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt die vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes der LBBW gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss sowie gemäß § 285 Nr. 11 HGB zum Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB zum Abschlussstichtag. In der Auflistung des Anteilsbesitzes sind die Gesellschaften, für die eine Patronatserklärung abgegeben wurde, gekennzeichnet.

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigen- kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen							
1. Tochterunternehmen							
a. Vollkonsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
1	ALVG Anlagenvermietung GmbH ^{1, 6, 7, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	19.000,00	0,00
2	Austria Beteiligungsgesellschaft mbH ²⁶	Stuttgart	66,67		EUR	36.308,16	171,47
3	Berlin Lützowstraße GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	60,00		EUR	- 2.955,43	- 2.777,52
4	Centro Alemán de Industria y Comercio de México S.de R.L.de C.V. ^{2, 26}	Mexiko- Stadt, Mexiko	100,00		MXN	- 8.644,54	2.122,31
5	Dritte Industriefhof Objekt-GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	701,91	0,00
6	Eberhardstraße Stuttgart GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 3.603,78	240,27
7	Employrion Komplementär GmbH ^{1, 8, 26}	Weil	100,00		EUR	33,40	0,92
8	Entwicklungsgesellschaft Grunewaldstraße 61 - 62 mbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 3.405,34	- 7,08
9	Entwicklungsgesellschaft Uhlandstraße 187 GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 2.210,79	- 7,02
10	Erste IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1, 8, 23}	Weil	100,00		EUR	26,80	1,29
11	Erste Industriefhof Objekt-GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	474,96	0,00
12	EuroCityCenterWest GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	3.989,74	9.055,60
13	EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	35,01	- 0,10
14	FLANTIR PROPERTIES LIMITED ^{1, 26}	Nicosia, Zypern	100,00		RUB	- 8.843,92	1.698,87
15	FOM/LEG Generalübernehmer GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 7.188,70	1.284,85
16	Fünfte Industriefhof Objekt-GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	575,02	0,00
17	German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft ^{5, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	7.720,60	0,00
18	German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. ^{1, 26}	Singapur, Singapur	100,00		SGD	20.474,91	2.164,18
19	IMBW Capital & Consulting GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	250,00	0,00
20	Immobilienvermittlung BW GmbH ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	3.501,74	795,41
21	Industriefhof-Aktiengesellschaft ^{1, 6, 26}	Stuttgart	93,63		EUR	23.281,64	0,00
22	Kiesel Finance Management GmbH ^{1, 26}	Baienfurt	90,00		EUR	44,24	2,10
23	Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	1.994,98	- 48,36
24	Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc ²⁶	London, Groß- britannien	100,00		EUR	896,00	- 31,00
25	LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ^{3, 7, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	38.380,00	18.578,87
26	LBBW Corporate Real Estate Management GmbH ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	2.612,43	- 205,28

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
27	LBBW Immobilien Asset Management GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	1.305,03	0,00
28	LBBW Immobilien Capital Fischertor GmbH & Co. KG ^{1, 26}	München	93,98	94,00	EUR	- 5.209,39	37,74
29	LBBW Immobilien Capital GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 2.199,49	13,07
30	LBBW Immobilien Development GmbH ^{1, 4, 6, 7, 26}	Stuttgart	94,90		EUR	15.394,95	0,00
31	LBBW Immobilien Development Komplementär GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 731,65	- 123,06
32	LBBW Immobilien Investment Management GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 13,87	- 46,95
33	LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH ^{1, 4, 6, 7, 26}	Stuttgart	81,62		EUR	2.016,51	0,00
34	LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	94,90		EUR	3.303,97	0,00
35	LBBW Immobilien Management GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	375.690,52	0,00
36	LBBW Immobilien Romania S.R.L. ^{1, 26}	Bukarest, Rumänien	100,00		RON	- 34.494,94	- 848,01
37	LBBW Immobilien Süd GmbH & Co. KG ^{1, 4, 26}	München	100,00		EUR	- 33.946,85	2.490,76
38	LBBW Immobilien-Holding GmbH ^{5, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	402.050,54	0,00
39	LBBW Leasing GmbH i. L. ²⁶	Mannheim	100,00		EUR	25.004,42	- 19,96
40	LBBW México ^{2, 26}	Mexiko-Stadt, Mexiko	100,00		MXN	3.433,75	1.181,38
41	LBBW Service GmbH ^{5, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	224,67	0,00
42	LBBW US Real Estate Investment LLC ²⁶	Wilmington, USA	100,00		USD	54.363,91	2.180,15
43	LBBW Venture Capital Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	33.945,34	1.001,02
44	LEG Projektgesellschaft 2 GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	4.726,47	- 2.227,16
45	LEG Verwaltungsgesellschaft 2 mbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	27,21	- 1,40
46	LIAM Horizont Stuttgart GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	31,44	0,21
47	LOOP GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	192,74	- 7,68
48	Löwentor Stuttgart Komplementär GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	28,18	1,20
49	Löwentor Stuttgart Projekt GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	70,00		EUR	8.676,60	4.963,93
50	LRP Capital GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	3.408,63	- 51,67
51	Lyoner Quartier GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 6.806,81	- 2.321,17
52	Mainz Marina A + B GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
53	MMV Bank GmbH ^{7, 26}	Koblenz	100,00		EUR	51.248,38	10.467,18
54	MMV Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1, 6, 7, 26}	Koblenz	100,00		EUR	21.000,00	0,00
55	MMV Versicherungsdienst GmbH ^{1, 6, 26}	Koblenz	100,00		EUR	27,05	0,00

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
56	MMV-Mobilen Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH ^{1, 6, 7, 26}	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
57	Nymphenburger Straße München GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	202,94	163,05
58	Nymphenburger Straße München Komplementär GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	20,33	- 0,63
59	Pasing Projekt GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	- 5.393,21	10.291,69
60	Projekt 20 Verwaltungs GmbH ^{1, 26}	München	100,00		EUR	43,01	1,35
61	Projektgesellschaft SMK 69 mbH ^{1, 26}	Eschborn	60,00		EUR	- 63,30	163,45
62	Revaler Straße Grundbesitz GmbH ¹	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
63	Schlossgartenbau Objekt-GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	18.560,61	0,00
64	Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft ^{1, 6, 26}	Stuttgart	92,68		EUR	6.592,42	0,00
65	SG Management GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	13.735,43	427,30
66	Signaris GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	94,90		EUR	7.152,81	- 2.818,66
67	SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	1.844,09	710,42
68	SLP Mobilen-Leasing Verwaltungs GmbH ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	368,43	82,76
69	Süd Beteiligungen GmbH ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	153.283,63	13.438,63
70	Süd KB Sachsen GmbH ^{1, 26}	Leipzig	100,00		EUR	11.044,19	687,27
71	Süd KB Unternehmensbeteiligungs-gesellschaft mbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	46.915,71	- 1.096,63
72	SüdFactoring GmbH ^{3, 5, 7, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	70.000,00	0,00
73	Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	61.181,87	0,00
74	SüdLeasing Agrar GmbH ^{1, 7, 26}	Mannheim	100,00		EUR	2.678,78	877,29
75	SüdLeasing GmbH ^{5, 7, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	33.999,56	0,00
76	targens GmbH ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	5.357,92	2.031,98
77	Turtle Portfolio GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 24.029,57	- 567,24
78	Turtle Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 20.704,86	1.317,10
79	Turtle 1. Verwaltungs-GmbH ^{1, 26}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	1,78	3,80
80	Ungererstraße München GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
81	Vierte Industriehof Objekt-GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	1.176,78	0,00
82	zob Esslingen Grundbesitz GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	1.276,95	737,14
83	Zweite IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	23,22	1,19
84	Zweite Industriehof Objekt-GmbH ^{1, 6, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	19.825,72	0,00
85	Zweite LBBW US Real Estate GmbH ²⁶	Leipzig	100,00		EUR	51.887,47	1.536,04

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
b. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)							
86	Employrion Immobilien GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Weil	35,00	50,00	EUR	8,00	0,00
87	Erste IMBW Capital & Consulting Objektgesellschaft mbH & Co. KG ^{1, 23}	Weil	40,00	50,00	EUR	- 34,14	0,00
88	Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Kröpeli-ner-Tor-Center Rostock mbH & Co. KG ^{1, 26}	Berlin	39,94	50,00	EUR	- 8.755,33	- 230,41
89	Weinberg Capital Designated Activity Company ^{8, 28}	Dublin, Irland			EUR	70,00	0,00
90	Weinberg Funding Ltd. ^{8, 28}	St.Helier, Jer-sey, Groß-britannien			EUR	3,60	0,00
2. Gemeinschaftsunternehmen, die at-Equity bewertet werden							
91	ARGE ParkQuartier Berg ^{1, 26}	Stuttgart	50,00		EUR	403,63	- 10,26
92	Bad Kreuznacher Entwicklungs-gesellschaft mbH (BKEG) ^{1, 26}	Bad Kreuznach	50,00		EUR	3.372,75	235,18
93	GlZS GmbH & Co. KG ²⁶	Frankfurt am Main	33,33		EUR	19.041,82	- 3.178,01
94	OVG MK6 Komplementär GmbH ^{1, 26}	Berlin	50,00		EUR	28,43	1,47
95	Parcul Banatului SRL ^{1, 26}	Bukarest, Rumänien	50,00		RON	198,28	- 87,45
3. Assoziierte Unternehmen, die at-Equity bewertet werden							
96	Altstadt-Palais Immobilien GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Weil	40,00	50,00	EUR	- 57,18	- 4,68
97	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungs-gesellschaft ²⁶	Stuttgart	40,00		EUR	246.025,88	19.598,71
98	BWK Holding GmbH Unternehmensbeteiligungs-gesellschaft ²⁶	Stuttgart	40,00		EUR	11.416,48	852,61
99	EGH Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Heidelberg	33,33		EUR	6.915,62	58,18
100	Hypo Vorarlberg Bank AG ^{1, 7, 26}	Bregenz, Österreich	23,13		EUR	1.119.518,86	56.111,45

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen wegen untergeordneter Bedeutung							
1. Tochterunternehmen							
a. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
101	Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	1.717,79	461,86
102	Berlin Lützowstraße Komplementär GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	31,74	1,76
103	DEBTVISION GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	80,00		EUR	3.985,66	- 1.675,77
104	German Centre for Industry and Trade Beijing Co., Ltd. ²⁶	Beijing, China	100,00		CNY	6.083,72	1.137,17
105	Heurika Mobiliën-Leasing GmbH ^{1, 4, 26}	Mannheim	100,00		EUR	244,38	- 9,72
106	Karin Mobiliën-Leasing GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	884,31	0,00
107	KB Projekt GmbH ^{1, 26}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	51,03	4,63
108	Kröpeliner-Tor-Center Rostock Verwaltungs-gesellschaft mbH ^{1, 8, 26}	Berlin	100,00		EUR	30,25	1,78
109	Laurus Grundstücksverwaltungs-gesellschaft mbH i. L. ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	1.268,84	- 3,96
110	LBBW Gastro Event GmbH ^{5, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	130,00	0,00
111	LBBW Immobilien Verwaltung GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	71,47	4,92
112	LBBW Pensionsmanagement GmbH ^{5, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
113	LBBW REPRESENTAÇÃO LTDA. ^{2, 26}	São Paulo, Brasilien	100,00		BRL	132,05	21,22
114	LBBW (Schweiz), AG ²⁶	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	8.391,55	- 453,13
115	LEG Osiris 4 GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	27,09	- 0,99
116	LGZ-Anlagen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L. ²⁶	Mainz	100,00		EUR	2.858,60	814,25
117	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesell-schaft mbH & Co. Landesfunkhaus Erfurt KG i. L. ²⁶	Erfurt	99,77	24,00	EUR	- 3.409,86	2.738,42
118	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesell-schaft mbH & Co. Objekt Polizei Nordhausen KG ²⁶	Düsseldorf	100,00	15,00	EUR	- 3.420,70	709,26
119	LLC German Centre for Industry and Trade ²⁶	Moskau, Russland	100,00		RUB	1.851,77	- 56,54
120	MLP Verwaltungs GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	106,31	0,00
121	MMV-Mittelrheinische Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1, 6, 26}	Koblenz	100,00		EUR	26,43	0,00
122	Pollux Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	2.272,29	- 150,14
123	SL Bayern Verwaltungs GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	65,00	0,00
124	SL Bremen Verwaltungs GmbH ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	919,70	261,90
125	SL BW Verwaltungs GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	39,64	0,00
126	SL Düsseldorf Verwaltungs GmbH ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	601,38	- 3,21
127	SL Mobiliën-Leasing GmbH & Co. Hafis KG ^{1, 8, 26}	Mannheim	0,00	51,00	EUR	1.986,07	- 6,30

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
128	SL Operating Services GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	80,41	0,00
129	SL RheinMainSaar Verwaltungs GmbH ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	57,53	- 0,66
130	SL Schleswig-Holstein Verwaltungs GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	91,56	0,00
131	SL Ventus GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	470,15	- 4,85
132	Städtische Pfandleihe Stuttgart GmbH ²⁶	Stuttgart	100,00		EUR	4.042,78	463,98
133	Süd Mobilien-Leasing GmbH i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	28,28	0,00
134	Süd Verwaltung Schweiz GmbH ²⁶	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	96,49	21,37
135	SüdLeasing Finance GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	- 0,70
136	SüdLeasing Finance-Holding GmbH i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	100,00		EUR	174,58	0,00
137	Yankee Properties II LLC ⁸	Wilmington, USA	0,00	100,00		k. A.	k. A.
138	Yankee Properties LLC ¹⁶	New York, USA	100,00		USD	528,85	- 21,47
139	Zenon Mobilien-Leasing GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	36,61	0,00
140	Zorilla Mobilien-Leasing GmbH i. L. ^{1, 26}	Mannheim	100,00		EUR	33,79	0,00
141	Zweite Karl-Scharnagl-Ring Immobilien Verwaltung GmbH ^{1, 26}	München	100,00		EUR	43,86	1,50
b. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)							
142	Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS Sachsen LB Depot A i. L. ¹⁴	Luxemburg, Luxemburg	100,00		EUR	5.897,89	- 248,71
143	LBBW AM-Start ^{8, 31}	Stuttgart			EUR	60.256,20	3.256,15
144	LBBW High Yield 2027 ⁸	Stuttgart				k. A.	k. A.
145	LBBW Income Strategie ^{8, 27}	Stuttgart			EUR	11.974,49	275,15
146	LBBW Multi Asset Defensiv Nachhaltigkeit ^{8, 25}	Stuttgart			EUR	9.954,99	- 45,01
147	Pfalz Invest Nachhaltigkeit ⁸	Stuttgart				k. A.	k. A.
148	Weinberg Capital LLC ⁸	Wilmington, Delaware, USA				k. A.	k. A.
2. Gemeinschaftsunternehmen, die nicht at-Equity bewertet werden							
149	EPSa Holding GmbH ^{1, 26}	Saalfeld	45,00		EUR	3.700,66	272,99
150	German Centre for Industry and Trade India Holding-GmbH ^{1, 26}	München	50,00		EUR	42,98	- 17,99
151	GIZS Verwaltungs-GmbH ²⁶	Frankfurt am Main	33,33		EUR	33,98	8,42
152	Projektgesellschaft Hangweide GbR ^{1, 8}	Stuttgart	0,00	33,33		k. A.	k. A.
153	SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG ^{1, 26}	Tübingen	75,02		EUR	3.869,01	- 3,62

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
3. Assoziierte Unternehmen, die nicht at-Equity bewertet werden							
154	AGVS Holding GmbH ^{1, 26}	Villingen-Schwenning	45,00		EUR	20.937,71	2.109,92
155	Deharde GmbH ^{1, 26}	Varel	39,47		EUR	2.292,09	- 2.862,92
156	EURAMCO Immobilien GmbH ^{1, 26}	Aschheim-Dornach	49,00		EUR	13,77	- 6,86
157	FABMATICS Holding GmbH ^{1, 26}	Dresden	50,00		EUR	7.116,90	1.193,03
158	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Wolfstor 2, Esslingen i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	30,99		EUR	587,43	- 0,71
159	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart/Leinfelden-Echterdingen ^{1, 26}	Stuttgart	29,09		EUR	779,06	- 27,71
160	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart/Fellbach i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	42,63		EUR	475,91	118,57
161	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Ludwigsburg »Am Schloßpark« i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	44,64		EUR	524,11	- 601,23
162	Janoschka AG ^{1, 26}	Kippenheim	39,80		EUR	18.365,55	- 227,16
163	Kiesel Finance GmbH & Co. KG ^{1, 8, 26}	Baienfurt	0,00	75,00	EUR	- 495,31	- 192,20
164	KKL Holding GmbH ^{1, 26}	Düsseldorf	48,27	47,20	EUR	17.467,00	2.113,95
165	Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²⁶	Stuttgart	20,00		EUR	1.022,58	0,00
166	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH ²⁶	Dresden	25,27		EUR	49.169,05	1.566,85
167	MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG ²⁶	Düsseldorf	94,00	49,00	EUR	- 1.228,49	442,40
168	Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau ^{7, 26}	Stuttgart	25,00		EUR	260.866,68	21.215,32
169	SL Mobiliën-Leasing GmbH & Co. ENERCON KG ^{1, 8, 26}	Mannheim	0,00	80,00	EUR	35.260,94	- 617,35
170	SLN Maschinen Leasing GmbH & Co. OHG ^{1, 8, 26}	Stuttgart	0,00	75,00	EUR	- 3.160,22	- 1.198,75
171	SLP Mobiliën-Leasing GmbH & Co. OHG ^{1, 8, 26}	Mannheim	0,00	75,00	EUR	534,98	161,29
172	Xavin GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	29,94		EUR	- 9,44	- 316,61
173	1. yourTime Solutions AbwicklungsGmbH ^{1, 13}	Potsdam	20,11		EUR	- 478,00	- 1.317,00
III. Beteiligungen i. S. d. § 271 (1) HGB¹⁰							
174	ABE Clearing S.A.S., à capital variable ²⁶	Paris, Frankreich	2,04		EUR	31.181,00	3.267,00
175	Abingworth Bioventures III L. P. ^{1, 26}	London, Großbritannien	0,44		USD	884,02	k. A.
176	Acousia Therapeutics GmbH ^{1, 26}	Tübingen	12,35		EUR	2.940,96	- 2.290,11
177	ADLATUS Robotics GmbH ^{1, 26}	Ulm	0,75		EUR	- 606,93	- 1.117,55
178	African Export-Import Bank ²⁸	Kairo, Ägypten	0,04		USD	2.279.403,73	256.499,63
179	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²⁶	Frankfurt am Main	3,29		EUR	253.193,10	10.621,00

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
180	ALPHA CEE II L.P. ^{1, 26}	Grand Cay-man, Kai-maninseln	2,41		EUR	49.879,00	362,00
181	amcure GmbH ^{1, 26}	Eggenstein-Leopoldsha-fen	18,26		EUR	- 503,85	- 2.138,11
182	Bain Capital VIII L. P. ^{1, 26}	Grand Cay-man, Kai-maninseln	0,32		EUR	7.446,43	- 36,59
183	Biametrics GmbH i. L. ^{1, 19}	Tübingen	17,47		EUR	- 508,59	- 1.218,76
184	BS Abwicklungs-GmbH i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	1,10		EUR	- 1,82	24,80
185	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH ²⁶	Dresden	27,96	18,44	EUR	44.085,43	489,16
186	CCP Systems AG i. L. ^{1, 15}	Stuttgart	0,96		EUR	9.182,77	- 10.654,37
187	CME Group Inc.	Wilmington, USA	0,00			k. A.	k. A.
188	Code Intelligence GmbH ^{1, 26}	Bonn	13,33		EUR	451,00	- 280,00
189	Computomics GmbH ^{1, 26}	Tübingen	0,75		EUR	- 1.288,13	- 422,30
190	CorTec GmbH ^{1, 23}	Freiburg	5,95		EUR	- 112,12	- 2.702,65
191	crealytics GmbH ^{1, 26}	Passau	9,86		EUR	8.851,17	368,47
192	CVC European Equity Partners IV (A., L. P. ^{1, 26}	Grand Cay-man, Kai-maninseln	0,29		EUR	1.117,57	- 16,80
193	Depository Trust & Clearing Corporation	New York, USA	0,00	0,02		k. A.	k. A.
194	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{7, 26}	Stuttgart	8,11		EUR	206.719,07	9.331,24
195	Doughty Hanson & Co. IV Partnership 2 ^{1, 26}	London, Groß-britannien	4,04		EUR	15.898,89	- 1.151,57
196	Dritte SHS Technologiefonds GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 26}	Tübingen	4,94		EUR	26.633,41	462,81
197	Erste IFD geschlossener Immobilienfonds für Deutschland GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 26}	Hamburg	0,18		EUR	1.662,08	k. A.
198	FL FINANZ-LEASING GmbH ²³	Wiesbaden	17,00		EUR	- 585,02	- 124,58
199	Fludicon GmbH i. L. ^{1, 15}	Darmstadt	7,88		EUR	516,90	- 2.184,41
200	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse ³⁰	Bonn	25,00	20,00		k. A.	k. A.
201	GLB GmbH & Co. OHG ^{26, 29}	Frankfurt am Main	30,05		EUR	2.838,18	- 53,36
202	GLB-Verwaltungs-GmbH ^{26, 29}	Frankfurt am Main	30,00		EUR	57,65	1,98
203	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Leinfelden-Echterdingen/ Stuttgart-Möhringen i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	0,11		EUR	744,38	118,27
204	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Sillenbacher Markt i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	0,02		EUR	2.602,36	- 35,29
205	Grundstücks- Vermögens- und Verwaltungs-GbR Leonberg-Ditzingen i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	0,37		EUR	1.467,64	- 0,65

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
206	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Esslingen-Stuttgart i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	13,57		EUR	518,32	- 8,63
207	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR Stuttgart-Mitte II i. L. ^{1, 26}	Stuttgart	0,13		EUR	484,60	- 0,27
208	HANSA TREUHAND Dritter Beteiligungsfonds GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 26}	Hamburg	0,03		EUR	702,16	- 137,54
209	HANSA TREUHAND Zweiter Beteiligungsfonds GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 17}	Hamburg	0,16		EUR	- 9.582,96	- 129,48
210	Heidelberg Innovation BioScience Venture II GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 26}	Leimen	3,83		EUR	2.878,34	6.411,62
211	Humboldt Multi Invest B S.C.A., SICAV-FIS i. L. ^{1, 11, 14}	Luxemburg, Luxemburg	99,93		EUR	6.928,35	- 165,43
212	Icon Brickell LLC ¹	Miami, Florida, USA	13,35			k. A.	k. A.
213	ImmerSight GmbH ^{1, 26}	Ulm	0,90		EUR	- 163,77	- 251,75
214	KAMAU Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG i. L. ^{1, 18}	Grünwald	0,36		EUR	613,07	8,90
215	Kreditgarantiegemeinschaft der Freien Berufe Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²⁶	Stuttgart	4,76		EUR	153,39	0
216	Kreditgarantiegemeinschaft der Industrie, des Verkehrsgewerbes und des Gastgewerbes Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²⁶	Stuttgart	15,28		EUR	1.299,87	0
217	Kreditgarantiegemeinschaft des Gartenbaues Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²⁶	Stuttgart	4,50		EUR	138,31	0
218	Kreditgarantiegemeinschaft des Handels Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²⁶	Stuttgart	9,14		EUR	1.021,91	0
219	Kreditgarantiegemeinschaft des Handwerks Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²⁶	Stuttgart	9,76		EUR	1.001,05	0
220	Kunststiftung Baden-Württemberg gGmbH ²⁶	Stuttgart	2,00	0,61	EUR	10.432,48	283,76
221	Maehler & Kaege AG i. L. ^{1, 7}	Ingelheim	7,50	9,26	EUR	- 2.041,59	67,06
222	MAT Movies & Television Productions GmbH & Co. Project IV i. L. ^{1, 22}	Grünwald	0,22		EUR	512,71	- 17,54
223	MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²⁶	Stuttgart	9,94	8,33	EUR	81.295,93	4.303,30
224	MFP Munich Film Partners New Century GmbH & Co. HAM Productions KG i. L. ²⁶	Grünwald	0,50	0,50	EUR	3.779,73	141,17
225	NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Villingen-Schwenningen KG i. L. ^{9, 26}	Düsseldorf	5,00	6,00	EUR	0	717,32
226	Notion Systems GmbH ^{1, 26}	Schwetzingen	0,75		EUR	261,18	68,00
227	Otego GmbH i. L. ^{1, 19}	Karlsruhe	6,25		EUR	375,85	- 151,80
228	PARAMOUNT GROUP, INC. ^{1, 26}	Lutherville, USA	0,50	0,54	USD	3.767.153,66	- 30.016,27
229	Paramount Group Operating Partnership LP ¹	Wilmington, USA	2,70	0,00		k. A.	k. A.
230	Phenex Pharmaceuticals AG ^{1, 26}	Heidelberg	8,90		EUR	- 11.048,75	- 20.359,35
231	Poldergesellschaft Neumühlen-Westkai mbH ^{1, 23}	Hamburg	16,67		EUR	133,78	k. A.

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
232	»PORT MENIER« GmbH & Co. KG ^{1,23}	Bramstedt	0,15		EUR	180,29	- 48,09
233	PressMatrix GmbH ^{1,26}	Berlin	14,08		EUR	- 536,12	730,64
234	Reha-Klinik Aukammtal GmbH & Co. Betriebs-KG i. I. ¹	Wiesbaden	5,54			k. A.	k. A.
235	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG ²⁶	München	18,80		EUR	9.060,75	- 2.270,03
236	RWSO Grundstücksgesellschaft TBS der Württembergischen Sparkassenorganisation GbR ²⁶	Stuttgart	10,00	8,55	EUR	4.933,83	204,49
237	S CountryDesk GmbH ²³	Köln	2,50		EUR	498,59	49,76
238	Schiffahrts-Gesellschaft »HS ALCINA« mbH & Co. KG i. I. ^{1,21}	Hamburg	0,04		EUR	351,16	- 3.497,26
239	Schiffahrts-Gesellschaft »HS MEDEA« mbH & Co. KG i. I. ^{1,21}	Hamburg	0,16		EUR	657,90	- 1.121,08
240	Schiffahrts-Gesellschaft »HS MOZART« mbH & Co. KG i. I. ^{1,16}	Hamburg	0,23		EUR	- 7.619,62	k. A.
241	Schiffahrts-Gesellschaft »HS OCEANO« mbH & Co. KG i. I. ^{1,20}	Hamburg	0,04		EUR	- 4.701,27	k. A.
242	Schiffahrts-Gesellschaft »HS ONORE« mbH & Co. KG i. I. ^{1,16}	Hamburg	0,04		EUR	16.149,92	- 2.643,64
243	SE.M.LABS GmbH i. I. ^{1,19}	Stuttgart	0,75		EUR	- 474,89	- 331,64
244	SI-BW Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG ²⁶	Stuttgart	4,00	3,96	EUR	43.739,54	1.192,84
245	SimuForm GmbH i. I. ^{1,13}	Dortmund	6,84		EUR	235,00	- 300,00
246	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.) ¹⁹	La Hulpe, Belgien	0,14		EUR	394.698,39	81.079,47
247	stimOS GmbH ^{1,26}	Konstanz	1,05		EUR	- 814,41	- 364,51
248	Synapticon GmbH ^{1,26}	Schönaich	0,57		EUR	5.919,72	- 3.265,76
249	tado GmbH ^{1,26}	München	1,59		EUR	6.359,24	- 9.932,32
250	Technologiegründerfonds Sachsen Plus GmbH & Co. KG ^{1,26}	Leipzig	8,48		EUR	12.285,54	- 4.662,20
251	Technologiegründerfonds Sachsen Seed GmbH & Co. KG ^{1,26}	Leipzig	3,34		EUR	4.663,71	- 87,71
252	Technologiegründerfonds Sachsen Start up GmbH & Co. KG ^{1,26}	Leipzig	10,83		EUR	11.120,93	28.719,03
253	Teralytics AG ^{1,26}	Zürich, Schweiz	6,19		CHF	7.991,66	- 9.301,03
254	tocario GmbH i. I. ^{1,24}	Stuttgart	0,77		EUR	- 677,02	- 381,16
255	TradeIX Limited ^{1,23}	Cork, Irland	2,33		USD	3.390,28	- 8.075,47
256	TuP 8 GmbH & Co. KG i. I. ^{1,26}	Berlin	0,46		EUR	6.965,95	- 3.862,31
257	TVM IV GmbH & Co. KG ^{1,26}	München	1,67		EUR	2.007,52	- 4.473,26
258	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG ^{1,26}	München	3,89		EUR	6.759,03	84,21

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
259	Visa Inc. ²⁴	San Francisco, USA	0,00		USD	28.214.430,98	9.826.730,66
260	VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 26}	Mainz	16,65		EUR	1.381,17	16,00
261	VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz Nr. 2 GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 26}	Mainz	16,65		EUR	740,59	- 2,69
262	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Plus GmbH & Co. KG ^{1, 26}	Leipzig	13,68	13,72	EUR	17.455,28	- 242,34
263	Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH ^{1, 26}	Stuttgart	16,06		EUR	2.240,37	- 3.109,59
264	Zweieundfünfzigste IFH geschlossener Immobilienfonds für Holland GmbH & Co. KG i. L. ^{1, 12}	Hamburg	1,05		EUR	25.654,00	- 14.921,34
265	1701 JFK Boulevard Philadelphia, L.P. i. L. ¹²	Deleware, USA	0,03		USD	89.802,14	2.027,65
266	5Analytics GmbH i. L. ^{1, 23}	Köngen	0,75		EUR	77,20	- 629,99

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Es besteht eine Patronatserklärung.

4 Seitens einer Konzerntochter besteht eine Patronatserklärung.

5 Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungs- und/ oder Beherrschungsvertrag.

6 Es besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.

7 Beteiligung an großer Kapitalgesellschaft mit einem Stimmrechtsanteil größer 5 % (§ 340a (4) Nr. 2 HGB).

8 Kein Anteilsbesitz im Sinne von § 285 Nr. 11 HGB.

9 Ist gleichzeitig eine strukturierte Einheit nach IFRS 12.

10 Finanzinstrumente nach IFRS.

11 Einstufung als Beteiligung, in Liquidation; es werden keine relevanten Entscheidungen mehr getroffen.

12 Es liegen Daten nur zum 31.12.2012 vor.

13 Es liegen Daten nur zum 31.12.2013 vor.

14 Es liegen Daten nur zum 31.07.2014 vor.

15 Es liegen Daten nur zum 31.12.2014 vor.

16 Es liegen Daten nur zum 31.12.2015 vor.

17 Es liegen Daten nur zum 25.07.2016 vor.

18 Es liegen Daten nur zum 31.12.2019 vor. Liquidationsschlussbilanz.

19 Es liegen Daten nur zum 31.12.2017 vor.

20 Es liegen Daten nur zum 04.04.2018 vor.

21 Es liegen Daten nur zum 30.11.2018 vor.

22 Es liegen Daten nur zum 31.12.2018 vor. Liquidationsschlussbilanz.

23 Es liegen Daten nur zum 31.12.2018 vor.

24 Es liegen Daten nur zum 30.09.2019 vor.

25 Es liegen Daten nur zum 31.10.2019 vor.

26 Es liegen Daten nur zum 31.12.2019 vor.

27 Es liegen Daten nur zum 29.02.2020 vor.

28 Es liegen Daten nur zum 31.12.2019 nach IFRS vor.

29 Einstufung als Beteiligung, da keine relevanten Entscheidungen mehr getroffen werden und Liquidation erwartet wird.

30 Einstufung als Beteiligung, da keine wirtschaftlichen Aktivitäten von der Gesellschaft ausgehen.

31 Es liegen Daten nur zum 31.10.2020 vor.

58. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen (Köpfe) setzten sich wie folgt zusammen:

	2020			2019		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	4.645	2.589	7.234	4.484	2.626	7.110
Teilzeit	305	2.588	2.893	279	2.562	2.842
Auszubildende ¹	195	128	323	183	105	288
Insgesamt	5.144	5.305	10.449	4.946	5.293	10.240

¹ Inklusive Studierenden der Dualen Hochschule.

59. Organe und deren Mandate

Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Vorstand

Vorsitzender

RAINER NESKE
Zentralbereiche

Stv. Vorsitzender

MICHAEL HORN
Private und Geschäftskunden/Sparkassen
(bis 30. April 2020)

Mitglieder

ANASTASIOS AGATHAGELIDIS
Risikomanagement und Compliance
(seit 1. Januar 2021)

KARL MANFRED LOCHNER
Unternehmenskunden

STEFANIE MÜNZ
Finanzen und Operations
(seit 1. Januar 2021)

DR. CHRISTIAN RICKEN
Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/
Internationales Geschäft

THORSTEN SCHÖNENBERGER
Immobilien und Projektfinanzierung

VOLKER WIRTH
Risikomanagement, Operations und Prozessmanagement, Compliance und Revision
(bis 31. Dezember 2020)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

CHRISTIAN BRAND
Ehemaliger Vorsitzender des
Vorstands der L-Bank

CHRISTIAN HIRSCH
(bis 18. Mai 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CHRISTIAN ROGG
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Stv. Vorsitzende

EDITH SITZMANN MDL
Ministerin für Finanzen des
Landes Baden-Württemberg

GABRIELE KELLERMANN
(seit 18. Mai 2020)
Mitglied des Vorstands der
BBBank eG

CLAUS SCHMIEDEL
(bis 18. Mai 2020)
CEO der Citalog GmbH

Mitglieder

JÖRG ARMBORST
(seit 18. Mai 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

MARC-OLIVER KIEFER
(bis 18. Mai 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER
Executive Vice President Global
Services Delivery, SAP SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassen-
verbands Baden-Württemberg

JENS BAUMGARTEN
(seit 18. Mai 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

WIEBKE SOMMER
(seit 18. Mai 2020)
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister
der Stadt Weil am Rhein

FRITZ KUHN
(bis 6. Januar 2021)
Oberbürgermeister a. D.

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

DR. FLORIAN STEGMANN
(seit 18. Mai 2020)
Staatssekretär im Staats-
ministerium Baden-Württemberg,
Chef der Staatskanzlei

UTA-MICHAELA DÜRIG
(bis 18. Mai 2020)
Unternehmens- und
Stiftungsberaterin

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Geschäftsführende Gesellschafte-
rin der EversheimStuible
Treuberater GmbH

WALTER FRÖSCHLE
(bis 18. Mai 2020)
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschaf-
ter der Unternehmensgruppe
Eberspächer

BURKHARD WITTMACHER
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Esslingen-
Nürtingen

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister i. R.

**PROF. DR. WOLFGANG REINHART
MDL**
Fraktionsvorsitzender,
Rechtsanwalt

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Gremien setzten sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	Vorstand		Aufsichtsrat	
	2020	2019	2020	2019
Bezüge				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen ¹	6,5	6,7	1,0	1,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen) ²	12,1	21,0	0,0	0,0
Bezüge früherer Mitglieder und deren Hinterbliebener				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	12,7	12,7	0,0	0,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen) ²	175,6	169,5	0,0	0,0

1 Inklusive Sitzungsgeld.

2 Pensionsrückstellungen inklusive Beihilferückstellungen.

Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zugunsten der Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats beliefen sich zum 31. Dezember 2020 auf 4 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR). Davon entfallen 3 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR) auf Mitglieder des Vorstands und 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) auf Mitglieder des Aufsichtsrats.

Die Kredite wurden mit einem Effektivzinssatz zwischen 1,23% und 4,96 % ausgereicht und haben eine vertragliche Restlaufzeit von wenigen Monaten bis hin zu 36 Jahren. Alle mit dem aufgeführten Personenkreis getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

Wie auch im Vorjahr wurden im Geschäftsjahr 2020 keine Vorschüsse gewährt.

Mandate

Im Folgenden werden die von gesetzlichen Vertretern der LBBW und AidA¹-Vorständen wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten sowie die von Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten aufgeführt.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Boerse Stuttgart GmbH, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Christian Ricken bis 16.10.2020
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 30.04.2020
	Aufsichtsrat	Andreas Götz ab 01.07.2020
Eurex Clearing Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Dr. Thilo Roßberg
EUWAX AG, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Christian Ricken
GRIESHABER Logistik GmbH, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 30.04.2020
Hypo Vorarlberg Bank AG, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 30.04.2020
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Christian Ricken
	Aufsichtsrat	Cara Friederike Schulze ab 01.08.2020
	Aufsichtsrat	Michael Nagel bis 30.04.2020
	Aufsichtsrat	Thomas Rosenfeld bis 31.07.2020
Mainzer Stadtwerke AG, Mainz	Aufsichtsrat	Hannsgeorg Schönig
MMV Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Karl Manfred Lochner
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Volker Wirth bis 31.12.2020
	Aufsichtsrat	Peter Hähner
MMV Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats	Karl Manfred Lochner
	Stv. Vorsitzender des Beirats	Volker Wirth bis 31.12.2020
	Beirat	Peter Hähner
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn bis 30.04.2020
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Thorsten Schönenberger
	Aufsichtsrat	Andreas Götz ab 01.07.2020
	Aufsichtsrat	Thomas Christian Schulz
SüdFactoring GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Karl Manfred Lochner
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Volker Wirth bis 31.12.2020
	Aufsichtsrat	Norwin Graf Leutrum von Ertingen
SüdLeasing GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Karl Manfred Lochner
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Volker Wirth bis 31.12.2020
	Aufsichtsrat	Norwin Graf Leutrum von Ertingen
VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Stuttgart	Aufsichtsrat	Claudia Diem
Württembergische Versicherung Aktiengesellschaft, Stuttgart	Aufsichtsrat	Claudia Diem

¹ Anstalt in der Anstalt.

04

Weitere Informationen



Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 2. März 2021

Der Vorstand



RAINER NESKE
Vorsitzender



ANASTASIOS AGATHAGELIDIS



KARL MANFRED LOCHNER



STEFANIE MÜNZ



DR. CHRISTIAN RICKEN



THORSTEN SCHÖNENBERGER

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020, der Gewinn- und Verlustrechnung und Gesamtergebnisrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang (Notes), einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den mit dem Lagebericht des Mutterunternehmens zusammengefassten Konzernlagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft. Den zusammengefassten nichtfinanziellen Bericht, auf den in Abschnitt »Grundlagen des Konzerns« des zusammengefassten Lageberichts Bezug genommen wird, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2020 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte des oben genannten zusammengefassten nichtfinanziellen Berichts, auf den in Abschnitt »Grundlagen des Konzerns« des zusammengefassten Lageberichts Bezug genommen wird.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden »EU-APrVO«) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt »Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts« unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Handelsgeschäften und Krediten mit Hilfe von Bewertungsmodellen und -verfahren (IFRS 13 Bewertungshierarchie Level 2 und Level 3)
2. Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft
3. Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds und deren Bewertung bei der Landesbank Baden-Württemberg

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhaltsbeschreibung (einschließlich Verweis auf zugehörige Angaben im Konzernabschluss)
- b) Prüferisches Vorgehen

1. Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Handelsgeschäften und Krediten mit Hilfe von Bewertungsmodellen und -verfahren (IFRS 13 Bewertungshierarchie Level 2 und Level 3)

- a) Für die von der Landesbank Baden-Württemberg gemäß IFRS 13 zum Fair Value angesetzten Handelsgeschäfte und Kredite, die unter den Bilanzposten »Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« (Mrd. EUR 34,8), »Der Fair Value Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte« (Mrd. EUR 1,1), »Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte« (Mrd. EUR 42,2), »Der Fair Value Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten« (Mrd. EUR 6,5) und »Verpflichtend erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten« (Mrd. EUR 28,8) ausgewiesen werden, sind teilweise keine notierten Preise auf dem von der Landesbank Baden-Württemberg festgelegten Hauptmarkt beobachtbar. Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, werden Bewertungsverfahren, Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf aktiven Märkten, Preise für

identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf nicht aktiven Märkten verwendet. Für Bewertungsmodelle verwendete Inputfaktoren beruhen, soweit vorhanden, auf an Märkten beobachtbaren Parametern.

Bei modellbasierten Bewertungen bestehen erhöhte Risiken aus Bewertungsunsicherheiten (z. B. aufgrund der Verwendung nicht sachgerechter Bewertungsmodelle oder nicht angemessener Ausprägungen von Inputfaktoren) bzw. größeren Spannen von vertretbaren Bandbreiten aufgrund der im Rahmen der Bewertung dieser Handelsgeschäfte und Kredite erforderlichen ermessensbehafteten Schätzungen und Annahmen. Daher wurde die Ermittlung der modellbewerteten beizulegenden Zeitwerte von uns als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt identifiziert.

Die Angaben zur Bilanzierung und Bewertung der Handelsgeschäfte und Kredite finden sich im Konzernabschluss in den Anhangangaben (Notes) in Abschnitt 21 »Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts«, Abschnitt 42 »Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten« und Abschnitt 43 »Fair Value-Hierarchie«.

- b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die modellbewerteten Handelsgeschäfte und Kredite, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, analysiert. Dazu haben wir die Angemessenheit und Wirksamkeit der relevanten internen Kontrollen zur Bewertung dieser Handelsgeschäfte und Kredite beurteilt, wobei wir uns insbesondere von der Angemessenheit und Wirksamkeit der prüfungsrelevanten Kontrollen hinsichtlich des handelsunabhängigen Verifizierungsprozesses für Preise und Marktdaten (IPV) sowie der Modellvalidierung überzeugt haben. Unter Einbeziehung unserer internen Bewertungsspezialisten, die Teil des Prüfungsteams sind, haben wir eine Beurteilung der Eignung der verwendeten Bewertungsmodelle im Einklang mit den Vorschriften des IFRS 13 für – nach risikoorientierten Kriterien – ausgewählte Produkte vorgenommen.

Darüber hinaus haben unsere internen Bewertungsspezialisten anhand einer Stichprobe eine eigenständige, unabhängige Nachbewertung bzw. Plausibilisierung der Handelsgeschäfte und Kredite, die in der Bewertungshierarchie Level 2 und Level 3 gemäß IFRS 13 klassifiziert sind und zum Fair Value angesetzt werden, zum Bilanzstichtag durchgeführt und mit der Bewertung durch die Landesbank Baden-Württemberg verglichen.

2. Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

- a) Zum 31. Dezember 2020 werden im Konzernabschluss der Landesbank Baden-Württemberg innerhalb des Postens »Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte« Forderungen an Kunden und Kreditinstitute in Höhe von insgesamt Mrd. EUR 176,6 ausgewiesen, dies entspricht 64 % der Bilanzsumme. Von diesen Forderungen ist die bestehende Risikovorsorge in Höhe von insgesamt Mio. EUR 1.096,5 bereits abgesetzt. Die Risikovorsorge enthält sowohl Einzelwertberichtigungen in der Stufe 3 in Höhe von Mio. EUR 534,4 als auch parameterbasiert ermittelte Wertberichtigungen in der Stufe 1 und 2 in Höhe von Mio. EUR 562,2. Darüber hinaus bestehen Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen in Höhe von Mrd. EUR 40,1 sowie widerrufliche Kreditzusagen und übrige andere Verpflichtungen in Höhe von Mrd. EUR 24,3. Für diese sind Rückstellungen im Kreditgeschäft in Höhe von Mio. EUR 276,7 gebildet. Die Risikovorsorge (inkl. Rückstellungen im Kreditgeschäft) beinhaltet Netto-Zuführungen zu Model-Adjustments in Höhe von insgesamt Mio. EUR 276,0.

Eine mögliche Risikovorsorge ermittelt sich bei Finanzinstrumenten mit beeinträchtigter Bonität (Stufe 3) nach den bankseitig vorgegebenen Verfahren hierbei aus der Differenz des aktuellen Bruttobuchwertes der Forderung und den aus mindestens zwei Szenarien abgeleiteten zukünftig erwarteten Zahlungseingängen, die mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz dieser Forderung abgezinst werden. Für nicht signifikante Vermögenswerte erfolgt die Schätzung der Risikovorsorge parameterbasiert analog der Stufe 2 Risikovorsorge. Bei außerbilanziellen Geschäften, bei denen entweder eine Inanspruchnahme durch zweifelhafte Schuldner (Bürgschaften, Gewährleistungen) droht oder Wertminderungen aufgrund von Auszahlungsverpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen) zu erwarten sind, sind gegebenenfalls entsprechende Rückstellungen zu bilden.

Darüber hinaus leitet die Bank Risikovorsorge für Finanzinstrumente in der Stufe 1 aus dem nach internen Verfahren geschätzten 12-Monats-Kreditverlust und die Risikovorsorge für Finanzinstrumente mit signifikanter Erhöhung des Kreditrisikos (Stufe 2) aus dem mittels interner Verfahren aus dem über die Laufzeit geschätzten Kreditverlust her. Dabei werden die erwarteten Kreditverluste des Portfolios unter Anwendung statistisch ermittelter Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten sowie des erwarteten Exposures zum Ausfallzeitpunkt unter Einbeziehung der Länderrisiken in Form von Transfer- bzw. Konvertierungsrisiken ermittelt.

Die Landesbank Baden-Württemberg berücksichtigt die Model-Adjustments in der Risikovorsorge sowie in den Rückstellungen im Kreditgeschäft, um ihren Erwartungen hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung angemessen Rechnung zu tragen.

Das Kreditgeschäft ist eine Kerngeschäftstätigkeit der Landesbank Baden-Württemberg. Sowohl bei der individuellen als auch bei der modellbasierten Bewertung von Forderungen und der Ermittlung des wahrscheinlichen Erfüllungsbetrags von Rückstellungen ergibt sich ein erhöhtes Risiko, dass die Höhe der gegebenenfalls erforderlichen Risikovorsorge nicht angemessen ist. Ermessensbehaftete Schätzungen der gesetzlichen Vertreter treten z. B. im Hinblick auf die Modellierung der Bewertungsmodelle, die Schätzungen von Annahmen und Inputfaktoren, wie den erwarteten zukünftigen Zahlungseingängen und bei der Bewertung von Sicherheiten oder der erwarteten Ausfälle auf. Da die Werthaltigkeit der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte und damit korrespondierend die angemessene Ermittlung der Risikovorsorge mit Unsicherheiten behaftet ist, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Die Angaben zur Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft finden sich in den Notes in Abschnitt 20 »Risikovorsorge«.

- b) Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes haben wir auf der Grundlage unserer Risikoeinschätzung sowohl das relevante interne Kontrollsystem geprüft als auch aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt. Die Aufbau- und Funktionsprüfung umfasste dabei die Prozesse zur Identifikation von Hinweisen auf eine Wertminderung (Risikofrüherkennung – BISA), zum Rating von Kunden, zur Sicherheitenbewertung sowie zur Cashflow-basierten Ermittlung der Wertminderung (EWB-Ermittlung in der Stufe 3). Darüber hinaus haben wir eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Prozesse zur Ermittlung der Risikovorsorge für Finanzinstrumente der Stufen 1 und 2 und der parameterbasiert ermittelten Risikovorsorge für Finanzinstrumente der Stufe 3 durchgeführt.

Ergänzend haben wir auf Basis von nach risikoorientierten Gesichtspunkten sowie repräsentativ ausgewählten Stichproben die angemessene Identifikation von Hinweisen auf eine Wertminderung sowie die Bewertung von Forderungen, für die eine Überprüfung der Werthaltigkeit nach Beurteilung der Landesbank Baden-Württemberg erforderlich war, einschließlich der Angemessenheit der geschätzten Werte überprüft und beurteilt. Für die Bewertung der Forderungen haben wir die zugrunde liegenden Annahmen, insbesondere die Höhe und den Zeitpunkt der erwarteten zukünftigen Zahlungseingänge inkl. der Rückflüsse aus bestehenden Sicherheiten sowie die Diskontierung der Zahlungseingänge in den jeweiligen Szenarien einschließlich der Szenariogewichtung, gewürdigt.

Hierbei haben wir insbesondere zur Prüfung der Ermittlung der Risikovorsorge für Finanzinstrumente der Stufen 1 und 2, der parameterbasierten Ermittlung der Risikovorsorge für Finanzinstrumente der Stufe 3 und der Model-Adjustments interne Spezialisten hinzugezogen, die Teil des Prüfungsteams sind.

Darüber hinaus haben wir die Risikovorsorge für Finanzinstrumente der Stufen 1 und 2 und die parameterbasiert ermittelte Risikovorsorge für Finanzinstrumente der Stufe 3 anhand einer zufällig ausgewählten Stichprobe nachvollzogen und die Methodik zur Ableitung der gebildeten Model-Adjustments sowie die Angemessenheit der Höhe der Wertberichtigungen anhand von Nachweisen beurteilt.

Ferner haben wir die Angaben in den Notes auf Richtigkeit und Vollständigkeit geprüft.

3. Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds und deren Bewertung bei der Landesbank Baden-Württemberg

- a) Die Landesbank Baden-Württemberg hat im Geschäftsjahr 2020 mit Abschluss eines Pensionsfondsvertrags einen definierten Teil der bereits erdienten (»Past Service« i.S. d. § 2 BetrAVG) inländischen Pensionsverpflichtungen aus Zusagen der betrieblichen Altersversorgung im Zuge eines Wechsels des Durchführungsweges auf einen Pensionsfonds übertragen. Sie hat damit zum 31. Dezember 2020 Pensionsplanvermögen in Höhe von Mrd. EUR 2,2 geschaffen, das mit den Pensionsverpflichtungen saldiert wurde.

Die Rückstellung für die übertragenen Pensionsverpflichtungen wird unter dem Bilanzposten »Rückstellungen« zum Bilanzstichtag mit Mrd. EUR 0,9 ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt auf Basis des von der Landesbank Baden-Württemberg beauftragten versicherungsmathematischen Gutachtens nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (sog. »projected unit credit method«). Für die Berechnung der Pensionsverpflichtungen sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rententrend, die Fluktuation, die Entwicklung von Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung, die Inflation, die Auszahlungsoptionen sowie die biometrische Wahrscheinlichkeit zu treffen. Ferner wurden die Abzinsungssätze auf Grundlage der Renditen bestimmt, welche für hochwertige festverzinsliche Unternehmensanleihen am Abschlussstichtag am Markt erzielt wurden. Die jeweiligen Annahmen wurden durch die gesetzlichen Vertreter der Landesbank Baden-Württemberg festgelegt.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen ist von komplexer Natur. Hinzu kommen Anpassungen in der Bewertung einzelner Versorgungsordnungen aufgrund von Korrekturen bei der Festlegung der Bewertungsparameter sowie die Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf den Pensionsfonds. Daher wurde der Sachverhalt der Übertragung der Pensionsverpflichtungen und deren Bewertung von uns als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt bestimmt.

Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zu dem Übertragungsvorgang sind in den Notes in Abschnitt 51 »Rückstellungen«, Unterabschnitt »Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen« enthalten.

- b) Bezüglich der Übertragung haben wir durch aussagebezogene Prüfungshandlungen zunächst die vertraglichen Grundlagen der Übertragung eingesehen und die Qualifizierung des Pensionsfondsvermögens als Planvermögen kritisch gewürdigt. Hierzu haben wir den Pensionsfondsvertrag mit Hilfe von internen Spezialisten unseres Netzwerkes als Teil unseres Prüfungsteams analysiert. Für die betreffenden Pensionsverpflichtungen haben wir uns ein Prozessverständnis bzgl. der aufbau- und ablauforganisatorischen Maßnahmen zur Verarbeitung und tatsächlichen systemseitigen Erfassung der einzelnen Mitarbeiterdaten verschafft. Darüber hinaus haben wir den vollständigen und richtigen Datenaustausch mit dem Aktuar nachvollzogen.

Das vorgelegte versicherungsmathematische Gutachten des Aktuars zu den übertragenen Pensionsverpflichtungen der Landesbank Baden-Württemberg haben wir – unter Berücksichtigung unserer Einschätzung von deren Kompetenz, den Fähigkeiten und der Objektivität – hinsichtlich der verwendeten Bewertungsverfahren und -annahmen kritisch gewürdigt und beurteilt.

Darauf aufbauend haben wir die versicherungsmathematischen Parameter mit Markterwartungen abgeglichen und die Bewertung nachvollzogen.

Die Abbildung im Konzernabschluss und die Ausführungen in den Notes in Abschnitt 51 »Rückstellungen«, Unterabschnitt »Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen« zur Übertragung der Pensionsverpflichtungen und Rückstellungsberechnung haben wir nachvollzogen sowie die Angaben auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- den Bericht des Aufsichtsrats,
- den uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung zu stellenden gesonderten zusammengefassten nichtfinanziellen Bericht nach den §§ 315b und 315c HGB i. V. m. §§ 289b bis 289e HGB, auf den im Abschnitt »Grundlagen des Konzerns« des zusammengefassten Lageberichts Bezug genommen wird,
- die Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 97 Abs. 2 Satz 4 HGB bzw. nach § 315 Abs. 1 Satz 5 HGB zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht und
- alle übrigen Teile des Geschäftsberichts,
- aber nicht den Konzernabschluss, nicht die inhaltlich geprüften Angaben im zusammengefassten Lagebericht und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Angaben im zusammengefassten Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht, den Konzern zu liquidieren, oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs, oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach § 317 Abs. 3b HGB

Prüfungsurteil

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3b HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der beigefügten Datei

SHA256:62FDC803A719E893EF14B7311B906C33FEF13081DC074B039FF20DF26A80BAE5 enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts (im Folgenden auch als »ESEF-Unterlagen« bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat (»ESEF-Format«) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden »Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts« enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Konzernabschluss und zum beigefügten zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten beigefügten Datei enthaltenen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3b HGB unter Beachtung des Entwurfs des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3b HGB (IDW EPS 410) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt »Verantwortung des Konzernabschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen« weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätssicherungssystem des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) angewendet.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB und für die Auszeichnung des Konzernabschlusses nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Die gesetzlichen Vertreter sind zudem verantwortlich für die Einreichung der ESEF-Unterlagen zusammen mit dem Bestätigungsvermerk und dem beigefügten geprüften Konzernabschluss und geprüften zusammengefassten Lagebericht sowie weiteren offenzulegenden Unterlagen beim Betreiber des Bundesanzeigers.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Konzernabschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Konzernabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts ermöglichen.
- beurteilen wir, ob die Auszeichnung der ESEF-Unterlagen mit Inline XBRL-Technologie (iXBRL) eine angemessene und vollständige maschinenlesbare XBRL-Kopie der XHTML-Wiedergabe ermöglicht.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 18. Mai 2020 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 23. Juni 2020 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2020 als Konzernabschlussprüfer der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herbert Apweiler.

Stuttgart, den 4. März 2021

Deloitte GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



(Klaus Löffler)
Wirtschaftsprüfer



Herbert Apweiler
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese zukunftsgerichteten Aussagen sind erkennbar durch Formulierungen wie »erwarten«, »wollen«, »antizipieren«, »beabsichtigen«, »planen«, »glauben«, »anstreben«, »einschätzen«, »werden«, »vorhersagen« oder ähnliche Begriffe. Diese Aussagen basieren auf den gegenwärtigen Einschätzungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen, sondern unterliegen einer Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Sollten einer dieser Unsicherheitsfaktoren oder andere Unwägbarkeiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den in diesen Aussagen genannten oder implizit zum Ausdruck gebrachten Ergebnissen abweichen.

Die LBBW übernimmt keine Verpflichtung, vorausschauende Aussagen laufend zu aktualisieren, da diese ausschließlich von den Umständen am Tag ihrer Veröffentlichung ausgehen.

MEHR INFORMATIONEN ÜBER DIE LANDESBANK BADEN-WÜRTTEMBERG

www.LBBW.de

kontakt@LBBW.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landesbank Baden-Württemberg
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

Konzeption & Realisation:

Landesbank Baden-Württemberg

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Der Geschäftsbericht erscheint
auch in englischer Sprache.

Landesbank Baden-Württemberg

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Hauptsitze

Stuttgart

Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Telefon 0711 127-0

Karlsruhe

Ludwig-Erhard-Allee 4
76131 Karlsruhe
Telefon 0721 142-0

Mannheim

Augustaanlage 33
68165 Mannheim
Telefon 0621 428-0

Mainz

Rheinallee 86
55120 Mainz
Telefon 06131 64-0